

Wehrpflicht auf dem Prüfstand

Seit Wiens Bürgermeister das Thema »Volksbefragung zur Wehrpflicht« in den Wahlkampf einbrachte, reichen die Forderungen von »lassen, wie sie ist« bis »abschaffen«.



Foto: Bundesheer

Könnte möglicherweise demnächst der Vergangenheit angehören: die Angelobung der Jungmänner am Nationalfeiertag.

Zur Vorgeschichte: Am 15. April 1955 traf die österreichische Regierungsdelegation im Moskauer Kreml ein und wurde dort vom sowjetischen Staatschef Nikita Chruschtschow empfangen. Drei sehr harte Verhandlungstage lagen hinter den österreichischen Politikern und Diplomaten, denen es schließlich durch das Moskauer Memo-

randum gelungen war, den Grundstein für den baldigen Abschluß des seit Kriegsende ersehnten Staatsvertrags zu legen. Der Regierungsdelegation gehörten Bundeskanzler Julius Raab, Vizekanzler Adolf Schärf, Außenminister Leopold Figl und Staatssekretär Bruno Kreisky an. Man wollte für Österreich eine Neutralität „nach Schweizer

Vorbild“ erreichen, also keinem Militärbündnis beitreten und keine fremden Militärstützpunkte auf eigenem Gebiet zulassen.

Noch am selben Tag flog die Delegation zurück und wurde nach ihrer Landung auf dem Flugplatz Bad Vöslau stürmisch gefeiert.

Lesen Sie weiter auf der Seite 3



Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe widmen wir einem Thema breiten Raum, das seit Monaten die Innenpolitik mehr oder weniger beherrscht: der Debatte über die Abschaffung der Wehrpflicht, eine grundlegende Reform des Bundesheeres und die damit verbundenen Auswirkungen auf Zivildienst und Katastrophenschutz. Brisanz liefert in erster Linie die Tatsache, daß die SPÖ die Wehrpflicht abschaffen, die ÖVP aber davon eigentlich nichts wissen will. Die Positionen sind festgefahren und man ist gespannt, wie dieser gordische Knoten gelöst werden kann, ohne das Band zu zerschneiden. Denn auf eine Neuwahl können beide Parteien – in der Regierungshalbzeit – wohl nicht abzielen.

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 92

Neues zur Briefwahl	11	Siemens: U-Bahnen für Warschau	64
Neujahrsempfang der Regierung	13	Der Wiener Eistraum	65
OÖ übernimmt Bundesratsvorsitz	15	Kurioses über Grenzen hinweg	66
Wenn Wahlkabine und Stimmzettel leer bleiben	17	Drei Viertel mit Nicht- raucherschutz zufrieden	67
Neue gesetzliche Regelungen für Verkehrsteilnehmer	19	Mühlviertler Bergkräuter	68
Davos: Zusammenarbeit für nachhaltiges Wachstum	20	Bruno Kreisky	
Ausdruck späten Bekenntnisses einer moralischen Verantwortung	22	Am 22. Jänner hätte Österreichs längstdienender Bundeskanzler seinen 100. Geburtstag gefeiert.	70
Zwei Jahre erfolgreiches Engagement für den Frieden	25	Innsbrucks Altbürgermeisterin Hilde Zach ist gestorben	74
Wien im Fokus	27	Ein Kuppelbau aus reinem Eis	78
Österreichs Beitrag zur 54. Biennale di Venezia 2011	28	KIX – Das fliegende Eiweiß	79
Fest der Ungarndeutschen	30	Mit »grünen« Drohnen den zivilen Luftraum erobern	80
Österreich(er) im Ausland – quo vadis?	32	Eine Lösung, die sich rechnet	81
Freude über Zusage Österreichs	33	Feuilleton: Im Fluß der Zeit Von Christa Mössmer.	82
Ungarn wünscht sich ein starkes Europa	34	Österreich hat ein neues Museum	83
Grußwort von Minister- präsident Viktor Orbán	39	Erobern – Entdecken – Erleben im Römerland Carnuntum	89
Burgenlandjournal		Alpine Desire im Österreichischen Kulturforum New York	91
10 Jahre Landeshauptmann Hans Niessl	40	Florentina Pakosta im Leopold Museum	93
Burgenland ist für die Arbeitsmarktöffnung gerüstet	41	Living Archives im Kunsthhaus Bregenz	95
Leistungen der Freiwilligen- organisationen sind unbezahlbar	42	BRUNO. – Bruno Kreisky, porträtiert von Konrad Rufus Müller	97
Neue Energie für das Burgenland	44	Denkmal des Monats: Boulevardtheater im Annahof	98
Ehrung für Altbischof Paul Iby	47	Serie »Jugendstil« von Prof. Peter Schubert. Diesmal: Ungarn...	100
Lisztomania 2011	48	Salzburg Biennale 2011	104
Die Geschichte des Burgenlandes	50	Serie »Österreicher in Hollywood« von Rudolf Ulrich. Diesmal: die Schauspielerinnen Eva von Berne	106
Wachstum gewinnt durch Exportdynamik an Schwung	56	Urlaub so gut wie gebucht	
Exportziele schon im November erreicht	58	Die Region Neusiedler See	108
Rekord bei Ankünften	59		
Wien bleibt Top-Standort	61		
Neuer OÖ-HighTech-Fonds	62		
1.000.000.000 € für St. Pölten	63		



Über das Phänomen des Nichtwählens S 17



10 Jahre LH Hans Niessl S 40



Alt-Bgm. Hilde Zach ist gestorben S 74



Österreich hat ein neues Museum S 83



Urlaub in der Region Neusiedlersee S 108

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 1: Bundesheer; Parlamentsdirektion/Carina Ott; Burgenländisches Landesmedienservice; Rathaus Medienservice Innsbruck / Martin Vandory; Österreich Journal / Österreichfotos; ARGE Naturparke

Innenpolitik

➤ Seit Anfang Mai 1955 feilte in Wien die Botschafterkonferenz am Text des Staatsvertrags. Noch am Vorabend der Unterzeichnung gelang es Leopold Figl, in der Außenministerkonferenz die Streichung der Mitverantwortungs-Klausel Österreichs am Zweiten Weltkrieg zu erreichen. Da zu aller Überraschung Einigkeit über den endgültigen Vertragstext erzielt wurde, waren die Vorbereitungen für die Unterzeichnung des Staatsvertrags und der begleitenden Feierlichkeiten von Zeitdruck und Improvisation geprägt.

Am 15. Mai 1955 war es dann schließlich soweit: Zu Mittag traten die Außenminister, Wjatscheslaw Molotow (UdSSR), John Dulles (USA), Harold Macmillan (Großbritannien), Antoine Pinay (Frankreich) sowie Leopold Figl für Österreich und die alliierten Botschafter im Marmorsaal des Schlosses Belvedere zur feierlichen Vertragsunterzeichnung zusammen. Mit den Worten Figls „Österreich ist frei!“ wurde dieser schicksalsträchtige Moment gekrönt.

Am 8. Juli wurde der Beschluß des Alliierten Rates vom 10. Dezember 1945 aufgehoben, der Österreich ein Verbot militärischer Aktivitäten auferlegt hatte. Schon eine Woche später, am 15. Juli, wurde das „Amt für Landesverteidigung“ als Sektion VI des Bundeskanzleramtes eingerichtet und bereits am 27. Juli wurden die Gendarmeriegrundschulen der B-Gendarmerie in provisorische Grenzschutzabteilungen umgewandelt und am 21. Dezember 1955 hält der Landesverteidigungsrat seine erste Sitzung ab.

Im darauffolgenden Jahr sollte das Österreichische Bundesheer anlässlich des Ungarn-Aufstandes 1956 seine erste Bewäh-



Foto: Bundesheer

1955: Erster militärischer Festakt durch die provisorische Bundesregierung: Bundespräsident Theodor Körner schreitet mit Major Birsak die Front ab.

rungsprobe meistern müssen. Am 21. August 1968 erfolgte die Teilalarmierung des Bundesheeres infolge des Einmarsches von Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR, von 7. bis 9. September wurden – angesichts der unübersichtlichen Lage in der CSSR – Teile des Bundesheeres neuerlich in volle und strenge Bereitschaft versetzt.

Im Jänner 1991 erforderte wachsende Besorgnis in Kärnten und Steiermark über Krise in Slowenien eine erhöhte Wachsamkeit beim Bundesheer, im Juni eskaliert die Situation in Jugoslawien und löst den Einsatz von Teilen des Bundesheeres an der jugoslawischen Grenze in der Steiermark, Kärnten und im Burgenland aus, der erst am 31. Juli wieder beendet wird.

Seit Bestehen wird das Bundesheer auch

im Inland eingesetzt, um zivile Einsatzkräfte und Bevölkerung bei der Bekämpfung von Überschwemmungen, großen Waldbränden oder nach Lawinenabgängen zu unterstützen.

Eine wesentliche Aufgabe erfüllt das Bundesheer auch durch die Entsendung von Soldaten und Hilfsmitteln im Rahmen von UN-Einsätzen: Seit 1960 haben mehr als 90.000 österreichische Soldaten und zivile Helfer an über 50 internationalen friedensunterstützenden und humanitären Missionen teilgenommen.

Kein Zweifel an diesen Leistungen

Es gibt kaum jemanden, der an diesen Leistungen des Bundesheeres zweifelt. Bis zum Fall des Eisernen Vorhangs 1989 und der daraus resultierenden späteren Öffnung unserer „Ostgrenzen“ durch den Beitritt unserer Nachbarn Tschechien, Slowakei, Ungarn und – später – Slowenien war auch die Notwendigkeit der militärischen Landesverteidigung im herkömmlichen Sinne kaum angezweifelt worden. Doch das Friedensprojekt Europäische Union hat das Bedrohungsszenario für Österreich völlig verändert, ist doch der „Feind aus dem Osten“ abhanden gekommen.

Spätestens seit diesem Zeitpunkt schwelt auf kleiner Flamme, aber immerhin, die Debatte über die Struktur des Bundesheeres. Die öffentliche Auseinandersetzung bei unseren deutschen Nachbarn der letzten Monate, wo mit 1. Juli 2011 die allgemeine Wehrpflicht ausgesetzt und die Truppe von 240.000 auf bis zu 185.000 Soldaten verkleinert wird, hat auch Schwung in die heimi-



Foto: Bundesheer

1956: Erste Bewährungsprobe für österreichische Soldaten an der Staatsgrenze anlässlich des Ungarn-Aufstandes.

Innenpolitik

schen Überlegungen gebracht. Die Positionen reichen von der unveränderten Beibehaltung unter Verstärkung der finanziellen Dotierung des Bundesheers bis zur völligen Abschaffung der Wehrpflicht und Übernahme der Landesverteidigung durch ein Berufsheer.

Der »Startschuß«

So richtig Tempo brachte Wiens Bürgermeister Michael Häupl Anfang Oktober in die Debatte, als er kurz vor der Landtagswahl in Wien in einem Interview im ORF-„Mittagsjournal“ erklärte, er selbst sei jedenfalls gegen die Beibehaltung der Wehrpflicht und er wolle durch seinen Vorstoß für eine Volksbefragung (deren Ausgang allerdings keine rechtlich verbindliche Wirkung hat, Anm.) „eine lange Diskussion abschliessen“. Davor müsse aber noch eine „wohl-vorbereitete Diskussion“ stattfinden, schließlich sei die Wehrpflicht eine „lebensbegleitende Situation“. Zudem müsse das Thema Zivildienst sowie bestehende Aufgaben wie der Katastrophenschutz in die Diskussion mit einbezogen werden. Auch in Deutschland sei damals (also im Oktober 2010) die Wehrpflicht diskutiert worden, Österreich könne da nicht hinten anstehen. Aufgrund der bestehenden Rahmenbedingungen in der Europäischen Union – Österreich sei „von Freunden umgeben“ – sei aus seiner, Häupls, Sicht eine Wehrpflicht in der bestehenden Form nicht zu halten. Bei so einem wichtigen Thema müsse das Volk jedenfalls mitentscheiden. Also soll, 61 Jahre nach dem im Moskauer Memorandum festgeschriebenen Zugeständnis der Alliierten, das Volk über seine Meinung zum Weiterbestehen des Bundesheeres befragt werden.

Noch am selben Tag, an dem der Wiener Bürgermeister seinen Vorschlag einer Volksbefragung zur allgemeinen Wehrpflicht bekräftigte, stand dieses Thema im Mittelpunkt des Pressefoyers nach der Sitzung des Ministerrates am 5. Oktober. „Eine Volksbefragung kann erst am Ende einer ernsthaften Diskussion und nach Vorliegen konkreter Varianten abgehalten werden“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ). Diese Varianten müßten in der nächsten Zeit vom Verteidigungsminister gemeinsam mit dem Außenminister ausgearbeitet werden. Dabei würden auch Vorschläge der verschiedenen Parteien und Interessensvertreter einfließen. Ebenso würden internationale Entwicklungen in der Diskussion berücksichtigt.

„Die Diskussion um die Wehrpflicht bedeutet nicht, daß alles, was heute im Bun-



Foto: Bundesheer / Macher

Rund 500 Soldaten standen im Sommer 2008 im Hilfeinsatz, um die Folgen des Hochwassers in der Steiermark zu beseitigen.



Foto: Bundesheer

Rechts: Eine Patrouille des Special Task Service überwacht die Zonengrenze auf den Golanhöhen mit SISU-Radpanzern

desheer geschieht, falsch ist“, so der Bundeskanzler. Und man könne keinesfalls etwas abschaffen, ohne dazu eine Alternative zu haben. „Die aktive Neutralitätspolitik Österreichs muß in jeden Fall gewährleistet bleiben“, sagte Faymann. Ebenso müsse die Erfüllung der Aufgaben im Katastrophenfall und im Rahmen von internationalen Friedenseinsätzen sichergestellt sein. Erste Analysen hätten ergeben, daß zumindest 15.000 Mann für den Katastrophenschutz und 1.000 für Auslands- und andere Sicherungseinsätze gebraucht würden.

Die Diskussion über den Zivildienst sei auch zu führen, es dürfe dabei aber nicht die eine Institution in die umfassende Abhängigkeit der anderen genommen werden. „Zivildienstler sind nicht einfach auf ewige Zeiten nur als billige Arbeitskräfte zu sehen“, sagte Faymann. Es müßte im Falle einer Reform der bestehenden allgemeinen Wehrpflicht prinzipiell über neue Arbeits-

plätze im Pflegebereich ebenso geredet werden wie über eventuelle Anreize für junge Menschen zu einem freiwilligen Sozialdienst, so der Kanzler.

Vizekanzler Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) sah „das Bundesheer als wichtiges Rückgrat der Gesellschaft. Wer dem Volk Fragen zur Wehrpflicht stellen will, muß zunächst einmal selbst einige offene Fragen klären. Nämlich: Wenn es ein Berufsheer geben soll, wie groß muß es sein? Was bedeutet ein Berufsheer für die Einsatzbereitschaft des Heeres in Katastrophenfällen? Ist die Wahrung der österreichischen Neutralität auch mit einem Berufsheer sichergestellt? Wie hoch sind die Kosten eines Berufsheeres im Verhältnis zur jetzigen Wehrpflicht? Wie geht es mit dem Zivildienst und mit dem Assistenzeinsatz weiter?“ Der Finanzminister stand geplanten Änderungen im System der Wehrpflicht positiv gegenüber, allerdings, forderte er damals, müsse am Anfang

Innenpolitik

der Debatte nicht die Frage an das Volk stehen, sondern die Beantwortung dieser Fragen durch den Verteidigungsminister.

Ein klares Bekenntnis zur Wehrpflicht hat FPÖ-Bundesparteiobermann Heinz-Christian Strache abgegeben. „Die FPÖ war immer für die Beibehaltung der Wehrpflicht und ist es auch jetzt“, so Strache, der vor den „Nebenwirkungen“ bei einer allfälligen Abschaffung warnte. So werde automatisch auch der Zivildienst abgeschafft werden, was besonders für unsere älteren Mitbürger verheerende Auswirkungen hätte, so Strache. „Rettungsorganisationen, Pflegeeinrichtungen und sozialen Einrichtungen drohe damit der Kollaps. Das Instrument einer „Volksbefragung“ begrüßte Strache als Zeichen der direkten Demokratie. „Wir wollen eine ordentliche Landesverteidigung und wollen nicht das Bundesheer abschaffen.“

BZÖ-Klubobmannstellvertreter Herbert Scheibner erklärte, das BZÖ wolle eine moderne, zukunftsorientierte Landesverteidigung ohne Wehrpflicht, die aber auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhe und aus Berufssoldaten mit einer ernst genommenen Miliz bestehe. „Vor wenigen Tagen hat der Verteidigungsminister noch eine Lobrede auf die Wehrpflicht vom Stapel gelassen, aber wenige Tage später aus wahltaktischen Gründen hat sich nun bei der SPÖ alles um 180 Grad gedreht“, so Scheibner weiter. Das BZÖ forderte die Bundesregierung auf, im Hinblick auf die Notwendigkeit von Verwaltungsreformen auch im Bereich der Lan-

desverteidigung angesichts der geänderten militärischen Rahmenbedingungen Österreichs dem Nationalrat umgehend einen Antrag auf Durchführung einer Volksbefragung über die Wehrpflicht zuzuleiten.



Norbert Darabos
Verteidigungsminister

Foto: Bundesheer/Peter Lechner

Peter Pilz, Sicherheitssprecher der Grünen, erklärte, die Grünen würden auf die Abschaffung der Wehrpflicht pochen und sprächen sich diesbezüglich für eine Volksbefragung im Herbst 2011 aus. Damit hätte man genug Zeit, eine Reform sachlich ordentlich vorzubereiten. Würde es 2011 keine Volksbefragung geben, will Pilz ein Volksbegehren organisieren.

Das Ergebnis einer Volksbefragung erachte er unabhängig vom Ausgang als bindend, so Pilz. Man müsse verfassungsrechtlich die Frage des Zivildienstes klären, betonte Pilz, dann wüsste er sich ein

Aussetzen der Wehrpflicht für 2011 mittels Erlass von Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ).

Breite Diskussion ohne Tabus

Der bekräftigte in seiner Rede anlässlich der Angelobung von etwa 1100 Rekruten am Wiener Heldenplatz am Nationalfeiertag (26. Oktober) die Leistungen des Bundesheeres für die österreichische Bevölkerung. Der Katastrophenschutz, die Auslandseinsätze, der Schutz bei atomaren Unfällen, die Luftraumüberwachung oder die Evakuierung von österreichischen Staatsbürgern aus Krisenregionen wären ohne das Bundesheer nicht möglich. Die Diskussion um die allgemeine Wehrpflicht wolle er offen führen, daher würden derzeit auch verschiedene Wehrsystem-Modelle und Varianten durchgerechnet. Die bewährte Neutralität, sagte Darabos, solle sicherheitspolitische Leitlinie bleiben.

„Wer wenn nicht das Bundesheer könnte zwei Millionen Arbeitsstunden im Katastrophenschutz leisten?“, fragte Darabos. „Wir brauchen das Bundesheer für die Sicherheit in unserem Land“, stellte er fest. Die ÖsterreicherInnen hätten einen Anspruch darauf, daß ihnen das Bundesheer zur Seite stehe, wenn sie Hilfe brauchen, so der Ressortchef.

Zur Wehrpflicht-Debatte stellte der Minister klar: „Ich habe mehrfach festgehalten, daß ich das Mischsystem als das derzeit beste Modell für das Österreichische Bundesheer und das neutrale Österreich betrach-



Foto: Bundesheer

Bundesheer-Einsatz im Tschad 2008: Die Gelände-Fahrzeuge »Sandviper« vor einer Erkundungsfahrt.

Innenpolitik

te. Ich spreche mich aber natürlich auch für eine breite und offene Diskussion ohne Tabus aus und stehe der Einbindung der Bevölkerung in dieser wichtigen gesellschaftspolitischen Frage positiv gegenüber.“ Bevor jedoch die Bevölkerung befragt werde, so Darabos, solle man alle Fakten und Argumente genau prüfen und auf den Tisch legen. „Ich habe daher den Generalstab beauftragt, mehrere Modelle und Varianten von Wehrsystemen bis Ende des Jahres durchzurechnen und vorzulegen“, sagte der Minister.

Die Neutralität, so Darabos in seiner Rede weiter, habe sich absolut bewährt und müsse daher auch künftig unsere sicherheitspolitische Leitlinie bleiben. „Das hindert uns nicht, im internationalen Krisenmanagement solidarisch zu sein“, sagte der Minister. Denn Österreich sei gestaltendes Mitglied der UNO, der EU und der OSZE. Österreich nehme seit nunmehr 50 Jahren an UNO-mandatierten Friedensmissionen teil. Und Österreich gestalte als Mitglied der Europäischen Union die Europäische Sicherheitspolitik aktiv mit – freiwillig und auf Basis unserer Neutralität. „Wir haben mehr als 1100 Soldaten im Ausland – für die Größe unseres Landes und unserer Armee ist das ein beachtlicher Beitrag, und sind, nur um ein Beispiel zu nennen, bei der EU-Mission in Bosnien größter Truppensteller“, so Darabos. „Österreichs Neutralitätsverständnis steht also nicht für Passivität, es steht für Solidarität. Und diese engagierte Neutralitätspolitik sollten wir auch in Zukunft fortführen“, betonte der Minister.

„Mit mehr als 1000 Auslandssoldaten bleibt Österreich auch 2011 einer der größten Truppensteller in der EU“, sagte Darabos dann Anfang November im Ministerrat, wo auch die Fortsetzung der Einsätze in Bosnien (bis zu 400 Soldatinnen und Soldaten), im Kosovo (bis zu 600), am Golan (bis zu 387) sowie der Missionen auf Zypern (bis zu 5), in Afghanistan (bis zu 5), im Kongo (bis zu 5), in Georgien (bis zu 5), in Kroatien (bis zu 5) und in Nepal (bis zu 5) beschlossen hat. Für die Missionen im Kosovo und in Bosnien stehen auch 250 SoldatInnen als kurzfristige Reserve zur Verfügung. Weiters wurde die Teilnahme des Bundesheeres an den Operativen Reservekräften (Operational Reserve Force) für den Westbalkan (Kosovo und Bosnien) verlängert.

Wenige Tage später warf ÖVP-Wehrsprecher Norbert Kapeller dem Verteidigungsminister in der Frage einer neuen österreichischen Sicherheitsstrategie Säumigkeit vor. „Der Minister hat mehrfach angekün-

digt, bis Ende dieses Jahres eine neue Sicherheitsdoktrin erarbeiten zu wollen. Anfang 2011 sollte laut seinen Aussagen ein neues Verteidigungskonzept stehen“, jetzt gebe es nicht einmal Vorschläge.

In einem Interview mit der „Tiroler Tageszeitung“ erklärte Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP), Sicherheitspolitik zeichne sich durch verlässliche Strukturen aus. Bevor diese jedoch geschaffen werden könnten, sei eine Analyse der sicherheitspolitischen Lage gefragt und daraus resultierend ein Sicherheitskonzept zu erstellen. Deshalb zuerst die Erstellung eines Konzepts, bevor über Strukturen gesprochen werde: „Es ist ein schwerer systematischer Fehler, schon jetzt am Ergebnis zu feilen, daran, wie das Bundesheer ausschauen soll, ohne überhaupt die Lage analysiert zu haben.“



Michael Spindelegger
Außenminister

Foto: ÖVP / Jakob Glaser

Wenn am Ende des Prozesses Veränderungen sichtbar würden, sollte über eine Reform der Wehrpflicht nachgedacht werden. Klar sei, daß ein kleineres Berufsheer im Sinne der SPÖ auch die Frage nach der Neutralität stellen würde. Spindelegger dazu: „Ab einer bestimmten Größe stellte sich immer die Frage nach der Arbeitsteilung mit anderen Partnern. Wir wollen das nicht, weil wir zur Neutralität stehen. Aber in den Varianten des Ministers Darabos wird das alles eine Rolle spielen.“

Wie der Außenminister, steht auch Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) einer Volksbefragung sehr skeptisch gegenüber. Ohne Konzept die Bevölkerung über die Struktur zu befragen wäre verantwortungslos. Dieses Instrument darf von Politikern nicht dazu verwendet werden, um sich aus der Verantwortung stehlen zu können.

Verteidigungsminister Darabos stellte daraufhin fest, daß „sich Seriosität in der Wehrpflicht-Diskussion auch dadurch auszeichnet, erst die Fakten abzuwarten, bevor

man sich eine Meinung bildet und eine Entscheidung trifft.“ Die Entscheidung über die Zukunft des Bundesheeres werde gewissenhaft und gründlich vorbereitet. „Ende Dezember habe ich dem Koalitionspartner einen Vorschlag zur neuen Sicherheitsstrategie unterbreitet, welche die Grundlage für die Ausrichtung des Bundesheeres darstellt. Und demnächst werden mit den Heeresmodellen alle Fakten zu den verschiedenen Wehrsystemen auf den Tisch gelegt. Damit wird die Diskussion rund um die allgemeine Wehrpflicht in sachliche Bahnen gelenkt“, so Darabos. Die Entscheidung über die Zukunft des Österreichischen Bundesheeres erfolge auf Basis eines fünfstufigen Prozesses, erläuterte der Minister.

»Freiwilligenheer ist die Zukunft«

Am 17. Jänner sprach sich der Verteidigungsminister Norbert Darabos für eine Umstellung des Bundesheeres auf ein Freiwilligenheer mit einer starken Milizkomponente aus. „Nach einer intensiven Auseinandersetzung mit der Thematik, nach Gesprächen mit meinen Amtskollegen aus dem Ausland, nach der internationalen Enquete und nach der genauen Analyse der sieben Wehrsystem-Modelle bin ich zur Auffassung gelangt, daß ein Freiwilligenheer die Zukunft ist“, so Darabos. Man habe mit dem bisherigen System in den letzten Jahrzehnten im großen und ganzen gute Erfahrungen gemacht. Aber er sei überzeugt, daß mit einer Freiwilligen-Armee die künftigen Herausforderungen besser bewältigt werden können, so der Minister.

In dem von ihm bevorzugten Modell werde die Miliz deutlich gestärkt, nannte der Verteidigungsminister einen der zentralen Punkte. „Damit ist das Bundesheer auch weiterhin fest in der Gesellschaft verankert und es werden langjährige Wünsche der Milizverbände erfüllt“, unterstrich Darabos. Auch in Zukunft werden mindestens 10.000 SoldatInnen für den Katastrophenschutz und 1000 Personen für internationale Friedenseinsätze zur Verfügung stehen. Auch dem verfassungsmäßig festgelegten Auftrag zur Landesverteidigung würde selbstverständlich nachgekommen, so Darabos.

Durch eine Umstellung auf ein Freiwilligenheer nach Modell 3 (Berufs- und Zeitsoldaten, Profi-Milizsoldaten und Zivilbediensteten – und damit ohne allgemeine Wehrpflicht) werde das Bundesheer schlanker und effizienter, führte der Minister weiters aus. Das neue Modell koste mit 2,18 Mrd. Euro pro Jahr auch nicht mehr als das bisherige,

Innenpolitik

was gerade angesichts der angespannten Budgetsituation ein wichtiges Kriterium sei. Und es müßten nicht mehr bis zu 24.000 Grundwehrdiener jährlich für den Dienst mit der Waffe verpflichtet werden, die Entlastung junger Staatsbürger sei „die Friedensdividende“ der Republik Österreich. „Das Modell bedeutet: Gleiche Leistung und gleiche Kosten – aber ohne Zwang“, brachte es der Minister auf den Punkt.

Die künftige Ausrichtung des österreichischen Bundesheers sei eine zentrale gesellschaftspolitische Frage. Die Entscheidung über die Zukunft des Bundesheeres werde daher von ihm als ressortverantwortlichen Minister gewissenhaft und gründlich vorbereitet und auf Basis eines fünfstufigen Prozesses getroffen, erklärte Darabos. Nach der Einbindung von internationalen Experten und der Vorlage einer Sicherheitsstrategie im Dezember erfolge mit der Präsentation der sieben Wehrsystem-Modelle der dritte Schritt im Zuge dieses Prozesses.

Er habe, so der Minister, auch dem Koalitionspartner die sieben Modelle und das von der SPÖ präferierte Modell bereits vorgelegt. Nun werde man mit der ÖVP in die Diskussion einsteigen und die weitere Vorgehensweise festlegen. „Am Ende eines sachlichen Diskussionsprozesses soll die Bevölkerung eingebunden werden“, bekräftigte Darabos.

Nach einem gemeinsamen Gespräch mit Darabos bemängelte Außenminister Michael Spindelegger, die „spärliche Informationslage“ zu dessen Bundesheerplänen: „Viele Grundfragen sind weiterhin ungeklärt. Auch eine Abwägung aller Vor- und Nachteile sowie die langfristigen und kurzfristigen Auswirkungen müssen analysiert werden. Diese Abwägungen haben wir uns heute eigentlich erwartet, das war aber nicht vorhanden.“ Spindelegger betont aber auch, daß die ÖVP an einer konstruktiven Lösung interessiert sei und deshalb weitere Gespräche führen wolle. In diesem Zusammenhang verwies er einmal mehr auf das von der ÖVP forcierte Konzept einer „Wehrpflicht neu“.

Für den Außenminister stellte sich zudem die Frage, ob Darabos hier eine SPÖ-Position vertrete oder seine persönliche Präferenz anführe. Aus all diesen Gründen werde es weiterer Gespräche brauchen, die unter Einbindung aller Betroffenen passieren müßten.

FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache forderte, Darabos solle „abdanken, bevor er dem Heer endgültig den Todesstoß versetzen kann“. Es sei klar, daß eine Heeresreform

notwendig sei. Die Abschaffung der Wehrpflicht sei jedoch der für Österreich ungeeignetste Weg dazu. Auch wenn zahlreiche EU-



Heinz-Christian Strache
FPÖ-Parteiboss

Foto: FPÖ

Mitglieder die Wehrpflicht aussetzen, beziehungsweise abschaffen würden, sei damit noch nicht gesagt, daß dies auch für Österreich der beste Weg sei, so Strache. Man müsse bedenken, daß dieser Weg direkt in die NATO führe und somit die Österreichische Neutralität abschaffe, betonte Strache. „Es ist daher nicht zulässig, die Aussetzung der Wehrpflicht, wie etwa im NATO-Mitgliedsland Deutschland, eins zu eins auf Österreich umzulegen.“ Vielmehr müsse man sich überlegen, wie der Dienst beim österreichischen Bundesheer für Grundwehrdiener attraktiver und sinnvoller gestaltet werden könne. Und Strache verwies darauf, daß die gesellschaftspolitische Komponente der Wehrpflicht von der SPÖ völlig verdrängt werde. „Mit der völlig unnötigen Abschaffung der Wehrpflicht aus einer Laune heraus, zerstört Darabos nicht nur das Bundesheer, sondern auch den Zivildienst und mit ihm die soziale Grundversorgung der Österreicher“, warnte Strache. Zudem bedeute der Darabos-Plan auch noch eine massive Kostenexplosion bei Heer und Zivilorganisationen.

Die BZÖ-Abgeordnete Martina Schenk bekräftigte die BZÖ-Forderung für eine Mischform aus Freiwilligenheer und Milizkomponente. Jährlich würden aus dem Heeresbudget 800 Millionen Euro für den Grundwehrdienst aufgewendet, diese könnten bei einer Aussetzung der Wehrpflicht eingespart werden.

Der Zivildienst solle durch das BZÖ-Modell „Bürgerhilfe“ ersetzt werden. „Dieses Modell fußt auf drei Säulen. Junge Menschen, Langzeitarbeitslose und Pensionisten sollen die Möglichkeit haben, auf freiwilliger Basis einen Dienst an der Allge-

meinheit zu leisten. Dafür sollen freiwillige Frauen und Männer 1300 Euro brutto (1000 Euro netto) monatlich erhalten, um Anreize zu schaffen und Lohndumping zu vermeiden.“ Schenk sieht diese Maßnahme als gute Möglichkeit, um Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsprozeß zu integrieren.

Der Grüne Sicherheitssprecher Peter Pilz plädierte für eine deutliche Verkleinerung der Armee und den gänzlichen Verzicht auf die Miliz. Der Katastrophenschutz könnte demnach von einem zivilen „Technischen Hilfswerk“ nach deutschem Vorbild günstiger erledigt werden.

Grundsätzlich unterstützen die Grünen den Schwenk der SPÖ in Richtung Abschaffung der Wehrpflicht und sagen der Regierung die Unterstützung bei einer allfälligen Verfassungsänderung zu. „Der Wiener Bürgermeister hat dafür gesorgt, daß die Grundsätze des Verteidigungsministers nicht in Stein, sondern in Butter gemeißelt sind“, ätzte Pilz mit Blick auf den „Umfaller“ von Verteidigungsminister Norbert Darabos, der im vorigen Sommer noch gemeint hätte, mit ihm werde es kein Ende der Wehrpflicht geben.

Scharfe Kritik übte Pilz aber neuerlich daran, daß nun ausgerechnet Schweden als Vorbild dienen soll. Auch in Schweden sei die Abschaffung der Wehrpflicht nämlich ein „Wahlkampfzug“ gewesen und überfallsartig beschlossen worden. Entsprechend chaotisch verlaufe die Umstellung dort nun auch.

Das Bundesheer würde Pilz auf etwa 9000 Personen verkleinern, das Ministerium halbieren, auf Panzer und Artillerie gänzlich verzichten und auch die Landesmilitärkommanden stellt er in Frage. Nun brauche es jedenfalls die „Regierungsgarantie, daß ab 1. Jänner 2012 keine jungen Männer mehr zum Bundesheer einberufen werden“, fordert Pilz.

Generalstabschef für Wehrpflicht

In einem Interview in der am 24. Jänner erschienenen Ausgabe des Nachrichtenmagazins „profil“ sprach sich General Edmund Entacher, der Generalstabschef des Bundesheeres, nachhaltig für die Beibehaltung der Wehrpflicht aus. „Wir haben schon jetzt ein Mischsystem aus Berufsheer, Wehrpflichtigen und Milizsoldaten, mit dem wir bisher alle an uns gestellten Aufgaben gut bewältigen konnten“, so Entacher. „Warum soll ich ein neues System einführen, das voller Risiken steckt und bei dem es kein Zurück mehr gibt? Kein vernünftiger Mensch würde das tun“, so der ranghöchste Offizier

Innenpolitik

Österreichs. „Der große Verlierer ist dann nicht das Bundesheer, sondern das österreichische Volk“, warnt der General, der auch als SPÖ-Mitglied eine konträre Haltung zu Darabos einnimmt. Dessen Meinungswandel schmerze ihn. „Es gibt in der Politik sicher auch taktische Überlegungen“, vermutet der General.

Entachers Haupteinwände gegen das neue Berufswehr-Modell betreffen das Budget und die Zahl der Freiwilligen: Die Behauptung von Darabos, das neue Modell würde nicht mehr kosten als das bestehende, bezweifelt Entacher im „profil“-Interview. „Nur wenn man die Anforderungen drastisch herunterfährt, stimmt diese Berechnung. Es ist wie bei einer Diät. Sie können natürlich auf 400 Kalorien täglich runtergehen, aber innerhalb kurzer Zeit sind Sie dann wahrscheinlich tot.“

Bei den künftigen Rekrutierungen befürchtet der Armeechef, „daß wir die notwendige Anzahl von Freiwilligen nicht erreichen werden“. Er habe entsprechende Warnungen aus den Niederlanden, Belgien und zuletzt auch aus Schweden erhalten.

Aufgrund dieses Interviews gab der Verteidigungsminister dann bekannt, er habe Entacher aus „dienstlichem Interesse“ entlassen, könne mit ihm nicht mehr zusammenarbeiten, da das notwendige Vertrauensverhältnis nicht mehr vorhanden sei. Und Darabos wehrte sich gegen Vorwürfe, die Entlassung des hochrangigen Offiziers sei persönlich motiviert – er werde sich in seinem Reformkurs für das Österreichische Bundesheer durch Kritik nicht beirren lassen. „Im Gegenteil, die Wortmeldungen dieser Verhinderer und Blockierer bestärken mich noch in meinem Kurs“, entgegnete Darabos am 24. Jänner Aussagen vonseiten der Offiziersgesellschaft und des Milizverbandes. Und betonte, daß diese Organisationen lediglich Privatvereine seien.

„Das sind die Meinungen von Herren, die nicht den Rückhalt des Bundesheeres haben“, so Darabos. Sein Vorschlag eines Freiwilligenheeres führe zu einer Professionalisierung und Stärkung der Miliz. Damit setze er langjährige Forderungen dieser Vereine um. Auch weiß sich Darabos durch eine große Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. „Klarerweise“ sei er, Darabos, für Meinungsfreiheit, aber am Ende des Tages müsse die politische Linie von den Mitarbeitern des Hauses mitgetragen werden.

ÖVP-Generalsekretär Fritz Kaltenegger bezeichnete „die Drohungen“ von Darabos gegen seine engsten Vertrauten und hochran-



Foto: Bundesheer/Pendl H.

General Entacher (l.) bei einem Besuch in Bosnien, im Bild mit dem italienischen Generalmajor Stefano Castagnotto, Commander EUFOR.

gigsten Generäle, die sich von seinen Plänen abwenden, als „unangebracht“. Es zeige lediglich, daß „die Pläne in entscheidenden Fragen völlig unausgegoren sind und mehr Fragen aufwerfen, als sie beantworten, vor allem hinsichtlich Katastrophenschutz, Hochwasserhilfe und Zivildienst. Der offensichtlich schwer verunsicherte Verteidigungsminister soll sich am Riemen reißen und endlich klipp und klar die Fragen beantworten, wie künftig Katastrophenschutz und Zivildienst gewährleistet werden können. Was er bisher vorgelegt hat, kann das definitiv nicht leisten“, so Kaltenegger. Generalstabschef Entacher bewege sich auf Basis der derzeit gültigen Verfassung und erfülle lediglich seine Aufgabe, indem er „den Schutz unseres Landes an vorderste Stelle seines Interesses stellt“. Es sei inakzeptabel, wie ein hochrangiger Militär von Darabos bedroht werde. „Weil es hier nicht um irgendeine politische Maßnahme geht, sondern um die Sicherheitspolitik unserer Nation, ist es höchste Zeit, daß sich Heinz Fischer zu Wort meldet. Ich verlange vom Bundespräsidenten einen Ordnungsruf in Richtung Verteidigungsminister Darabos“, so Kaltenegger.

Der Bundespräsident hat am 25. Jänner Darabos zu einem Gespräch in die Hofburg eingeladen. Fischer bekräftigte, daß er hoffe, daß die Abberufung des Generalstabschefs durch Darabos vor dem Verfassungsgerichtshof standhalte. Er habe ein „ernstes und sachliches Gespräch mit dem Verteidigungsminister“ geführt, so das Staatsoberhaupt. Er

betrachte seine Aufgaben vor allem darin, einen sachlichen Diskurs aufrecht zu erhalten, so der Präsident. Grundlegende Fragen müßten gründlich diskutiert werden. Er schätze Entacher als „tüchtigen Offizier, der eine klare Meinung hat“, so Fischer: „Ich hoffe, daß dieser Bescheid der Judikatur des Verfassungsgerichtshofs entspricht.“

Gefragt nach der Zukunft des Wehrsystems sagte Heinz Fischer, die Wehrpflicht sei sicher kein Auslaufmodell, aber auch nicht das einzig denkbare Modell. Die entscheidenden Fragen der Kosten sowie jene der Personalrekrutierung würden sich erst in der Praxis beantworten lassen.

In einer Presseaussendung erklärte Darabos, „die Entscheidung über die Zukunft des Bundesheeres wird von mir als ressortverantwortlicher Bundesminister gewissenhaft und gründlich vorbereitet und auf Basis eines fünfstufigen Prozesses getroffen: 1. Einbindung von Experten aus dem Ausland: Dezember 2010 2. Vorlage der Sicherheitsstrategie: Dezember 2010 3. Vorlage der sieben Wehrdienstmodelle Jänner 2011 4. Politische Diskussion im Frühjahr 2011 5. Einbindung der Bevölkerung am Ende eines sachlichen Diskussionsprozesses.“ Er habe den dritten Schritt im Zuge dieses Prozesses bereits gesetzt und der Öffentlichkeit die ihm vom Generalstab vorgelegten Modelle präsentiert sowie seine Präferenz für ein Freiwilligenheer klar zum Ausdruck gebracht, so der Minister.

„Schützehilfe“ erhielt Darabos von Bundeskanzler Werner Faymann: „Zur Diskus-

Innenpolitik

sion über die Absetzung des Chefs des Generalstabs durch Minister Norbert Darabos sage ich als Regierungschef klar, daß der ressortzuständige Minister das Recht hat, darüber zu entscheiden, ob das Vertrauensverhältnis zu seinen Generälen ausreichend ist oder nicht.“ Für die Wehrdienstreform seien im Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport sieben Modelle entwickelt worden. Der Verteidigungsminister habe eine Präferenz für ein Freiwilligenheer gezeigt. Mit dem Koalitionspartner werde nun in eine politische Diskussion eingetreten. „Bis zum Sommer werden wir innerhalb der Regierung eine gemeinsame Meinung haben oder gemeinsam die weitere Vorgangsweise festlegen“, sagte Faymann.

ÖVP-Generalsekretär Kaltenegger zeigte sich besorgt über die Abberufung von Generalstabschef Entacher durch Darabos: „Hier werden ernst zu nehmende Kritiker und Experten mundtot gemacht.“ Das sei eine höchst bedenkliche Vorgehensweise. „Entacher hat voll auf Basis der geltenden Gesetze agiert und zu einer laufenden parteipolitischen Debatte sachlich Stellung bezogen. Offenbar versucht Darabos aus parteipolitischen Motiven inhaltliche Kritiker mundtot zu machen“, so Kaltenegger. Darabos wäre gut beraten, die inhaltliche Kritik ernst zu nehmen. Denn die Bedenken Entachers seien auch die Bedenken der Bevölkerung, die sich um den Katastrophenschutz beim nächsten Hochwasser und um den Zivildienst sorgen würde.

„Es ist unfassbar“, sagte FPÖ-Chef Strache. „Der Generalstabschef, der getreu zur Verfassung und Neutralität steht und dies auch öffentlich artikuliert, wird vom Verteidigungsminister für eine Meinungsäußerung kalt abserviert. Wer so handelt, wie Darabos, steht weder am Boden der Verfassung noch erweist er der Demokratie einen guten Dienst. Diese schier ungeheuerliche Vorgangsweise des noch amtierenden Verteidigungsministers ist unverzüglich im Nationalen Sicherheitsrat sowie im Landesverteidigungsausschuß zu erörtern. Darabos ist im Interesse der Sicherheit unseres Landes keinen Tag länger tragbar“, so Strache.

BZÖ-Bündnisobmann Josef Bucher sagte, „der für Katastrophenschutz zuständige SPÖ-Minister Darabos ist selbst die größte Katastrophe für das Land und das Bundesheer. Er sorgt dafür, daß im österreichischen Bundesheer Chaos herrscht und keinerlei Orientierung vorhanden ist, in welche Richtung sich das Bundesheer in den kommenden Jahren entwickeln soll.“ Für Bucher

ist es generell legitim, daß man als Führungsperson sein Team austausche, wenn man zu diesem kein Vertrauen mehr habe. „Bei Darabos handelt es sich jedoch um eine dramatische Führungsschwäche. Wie soll die Bevölkerung Vertrauen zu einem Minister haben, der für die Sicherheit des Landes und der Menschen verantwortlich ist und nicht einmal sein eigenes Ministerium im Griff hat.“



Josef Bucher
BZÖ-Parteiboss
Foto: BZÖ

Der Sicherheitssprecher der Grünen, Peter Pilz, stellte fest: „Verteidigungsminister Darabos ist für das Chaos, in dem das Bundesheer versinkt, persönlich verantwortlich. Er hat vom Kauf der Eurofighter bis zum Scheitern der Bundesheerreform in seiner



Peter Pilz
Sicherheitssprecher der Grünen
Foto: Die Grünen

Amtszeit alles falsch gemacht was man falsch machen kann. Aber in zwei Punkten hat er recht: 1. Die Wehrpflicht muß abgeschafft werden und 2. Ein Generalstabschef, der sich öffentlich gegen seinen Minister stellt, muß abgesetzt werden.“

Am 26. Jänner berichtet die Tageszeitung „Der Standard“, daß der Verteidigungsminister Norbert Darabos bei der Kostenberechnung der Wehrmodelle interveniert haben soll, um das von ihm bevorzugte

„Modell 3“ im präsentierten Entwurf um 500.000 Euro kostengünstiger erscheinen zu lassen. Der Grund für die unterschiedlichen Zahlen soll, wie ein ranghoher Militär im Gespräch mit dem „Standard“ berichtet habe, eine Intervention von Darabos selbst sein.

In einer ersten Reaktion forderte der SPÖ-Nationalratsabgeordnete Jan Krainer eine Rückkehr zur Sachlichkeit in der Debatte. „Wir sollten uns darauf konzentrieren, das Österreichische Bundesheer fit für die Zukunft zu machen“, so Krainer. Dafür brauche es jetzt eine sachliche Debatte, um die Frage zu beantworten, wie man den aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen am effizientesten begegnen kann.

Aus Sicht der SPÖ sei dies am besten durch die Umstellung auf ein Freiwilligenheer zu erreichen. Eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung unterstützt die SPÖ-Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht. „Offensichtlich hat das Bundesheer geschafft, die jungen Männer während der Ableistung ihres Wehrdienstes zu überzeugen, diesen abzuschaffen“, so Krainer, der als wichtiges Argument ins Treffen führte, daß ein Freiwilligenheer zu mehr Professionalisierung führe.

ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf sagte in einem Ö1-„Mittagsjournal“-Interview, das Vertrauen der ÖVP in den Verteidigungsminister sei schwerst erschüttert. „Er schreckt nicht davor zurück, auch Berechnungen aus dem Militär zu manipulieren, um seine Position argumentieren zu können.“ Vor gerade einmal zwei Jahren hätten ÖVP und SPÖ noch gemeinsam im Koalitionsabkommen die Beibehaltung der Wehrpflicht festgeschrieben. Noch vor kurzem sei für Verteidigungsminister Darabos die Wehrpflicht „in Stein gemeißelt“ gewesen. In einer beispiellosen Allianz mit der „Kronen Zeitung“ habe die SPÖ nun einseitig den Boden des Regierungsabkommens verlassen. Da stelle sich zunächst einmal die Frage, worauf man sich beim Regierungspartner noch verlassen könne, so der ÖVP-Klubobmann.

Auf die Frage, ob Darabos für die ÖVP als Verhandlungspartner noch tragbar sei, erwidert Kopf, daß man sich die Minister der SPÖ nicht aussuchen könne, Verhandlungen wegen der erschütterten Vertrauensbasis aber sicher „sehr sehr schwer“ würden. „Wenn man jetzt schon Zahlenmaterial schönen muß, um darstellen zu können, daß man angeblich auch mit einem Berufsheer, mit einer Söldnertruppe, dieselben Dienste zu

Innenpolitik

denselben Kosten leisten kann, dann ist das ein Alarmsignal für uns, genau in diese Falle nicht zu gehen. Wir werden uns mit Sicherheit nicht so wie die SPÖ von der ‚Kronen Zeitung‘ in eine überhastete Abschaffung der Wehrpflicht hineinhetzen lassen, das ist mit uns nicht zu machen“, so Kopf.

FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky stellte fest, sollte sich der aktuelle Bericht im „Standard“ bestätigen, wonach Darabos die Berechnung seines Präferenzmodelles zur Abschaffung der Wehrpflicht um 500 Millionen Euro getürkt habe, „dann ist das Faß endgültig übergelaufen“ und Darabos möge besser noch heute als morgen den Hut nehmen. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß sowie eine Ministerklage wären die einzig logischen Konsequenzen daraus.

„Bundeskanzler Faymann soll Verteidigungsminister Darabos so rasch wie möglich abberufen. Das Verteidigungsministerium und das Bundesheer müssen nämlich wieder in ein ruhiges Fahrwasser kommen“, verlangte der stellvertretende BZÖ-Klubobmann, Herbert Scheibner. Es sei nun notwendig, daß sich der Nationalrat mit dieser katastrophalen Situation der österreichischen Sicherheit und der Landesverteidigung beschäftige. Bis jetzt habe sich diese sicherheitspolitische Agitation ausschließlich im Kabinett von Darabos abgespielt. „Das ist nicht nur gesetzwidrig, sondern auch absolut gegen die Interessen Österreichs. Wir müssen auch auf die Auswirkungen des Lissabon-Vertrages reagieren, da gibt es eine Beistandsgarantie. Die EU wird immer mehr zu einem Verteidigungsbündnis. Das hat eine Auswirkung auf die Sicherheitspolitik Österreichs und damit auf die Aufgabensituation des Bundesheeres“, erklärte Scheibner.

Einer vom BZÖ geforderten Sondersitzung des Nationalrats im Zusammenhang mit der aktuellen Debatte rund ums Bundesheer steht der Sicherheitssprecher der Grünen, Peter Pilz, grundsätzlich positiv gegenüber: „Eine ausgezeichnete Idee“, befindet Pilz. „Ich plädiere dafür, in der Sondersitzung einen Dringlichen Antrag auf möglichst baldige Durchführung einer Volksabstimmung über die Wehrpflicht einzubringen. Diese Volksabstimmung könnte dann noch vor dem Sommer stattfinden“, so Pilz.

Sondersitzung im Nationalrat

In einer Sondersitzung des Nationalrats forderten die Grünen am 4. Feber mit ihrem Dringlichen Antrag die ehestmögliche Abhaltung einer Volksbefragung zur Abschaf-

fung oder Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht. Da sich die bisherige Vorgehensweise von Verteidigungsminister Norbert Darabos in dieser Frage als nicht zielführend



Bundeskanzler Werner Faymann
SPÖ-Bundesparteivorsitzender



Vizekanzler Josef Pröll
ÖVP-Bundesparteiobmann

erwiesen habe und seine diesbezüglichen Modellberechnungen umstritten seien, verlangten die Grünen, das Volk zu befragen und brachten außerdem einen Mißtrauensantrag gegen den Verteidigungsminister ein. Aber nicht nur die Opposition, sondern auch Koalitionspartner ÖVP konfrontierte den Ressortleiter mit Kritik. Die Mißtrauensanträge der Grünen und der FPÖ gegen den

Verteidigungsminister scheiterten aber ebenso wie einer des BZÖ, der an die gesamte Bundesregierung gerichtet war. In der überaus lebhaften Diskussion argumentierten die Debattenredner nicht nur pro und contra allgemeine Wehrpflicht, sondern behandelten grundsätzliche Fragen der Sicherheitspolitik, der Neutralität, des Zivildienstes und des Katastrophenschutzes. Die Abgeordneten brachten ihre sehr divergierenden Vorschläge dazu ein, welche Aufgaben das Heer künftig erfüllen soll und wie es dafür auszugestalten sei.

Wie zu erwarten war, brachte die Debatte im Hohen Haus keine Lösung des Problems, das sich – aus momentaner Sicht – als schwer lösbar darstellt. Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) hat sich – einen Tag vor der Sondersitzung – demonstrativ hinter seinen Verteidigungsminister gestellt und ihm den Rücken gestärkt. In einem Interview mit der Tageszeitung „Kurier“ erklärte er, auch nach der Sitzung werde der Verteidigungsminister Norbert Darabos heißen. „Und das ohne Weisungen. Ich stehe hundert Prozent hinter Darabos und seinem Modell für ein Freiwilligenheer. Und das tut auch die SPÖ“, so Faymann.

Vizekanzler Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) erklärte am Tag nach der Sondersitzung in einem Interview, vor jeder Entscheidung über die Zukunft des Bundesheeres müsse es zunächst eine Sicherheitsstrategie für Österreich geben, bevor die Frage der Wehrpflicht diskutiert werden könne. „Hier hat sich die SPÖ – allen voran Verteidigungsminister Darabos – in eine Debatte veranrannt, die so nicht notwendig war“, so Pröll. Jetzt gehe es darum, zur Sachlichkeit zurückzukehren. ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf sagte in seinem Debattenbeitrag im Parlament, Darabos habe „eine ordentliche Portion Mißtrauen bei der ÖVP erworben.“ Wegen der weitreichenden Folgen eines parlamentarischen Mißtrauens habe die ÖVP aber davon abgesehen, sich den Mißtrauensanträgen der Opposition nicht anzuschließen. „Aber Sie sollten den Bogen nicht überspannen“, so Kopf.

Zu Redaktionsschluß dieser ÖJ-Ausgabe zeigten sich die Regierungsparteien bemüht, wieder zu einem konstruktiven Gesprächsklima zurückzukehren. Wird wohl nicht anders gehen, als einen Kompromiß zu finden. Denn die nächste Nationalratswahl soll turnusmäßig im Herbst 2013 abgehalten werden, also in zweieinhalb Jahren. Und an einer Neuwahl dürften wohl weder SPÖ, noch ÖVP Interesse haben. ■

Neues zur Briefwahl

Wir ergänzen unseren umfangreichen Bericht über die geplanten bzw. geforderten Änderungen im Briefwahlrecht in der Ausgabe 91: Niederösterreich führt strengere Bestimmungen bei Beantragung und Ausfolgung der Wahlkarten ein – Kärnten hat auch die Nationalratswahlordnung angefochten sowie eine Änderung der Landtags- und Gemeinderatswahlordnung beschlossen – Grüne legen Reformvorschlag vor

Am 27. Jänner hat eine Initiative zur Änderung der Landtagswahlordnung Zustimmung aller Parteien des Niederösterreichischen Landtags gefunden. **ÖVP-NÖ-Klubobmann LAbg. Klaus Schneeberger:** „Ich freue mich, daß wir die strengeren Bestimmungen bei der Briefwahl einstimmig beschlossen haben. Eine geheime und persönliche Wahl ist das höchste Gut der Demokratie, daher war es uns wichtig, alle Fraktionen ins Boot holen zu können. Mit der heute beschlossenen Novelle sollen Lücken, die bei der Briefwahl aufgetaucht sind, geschlossen werden. So werden die Bestimmungen bei der Beantragung und Ausfolge von Briefwahlkarten strenger und die Nachfrist wird gestrichen. Gleichzeitig haben wir darauf geachtet, daß die Briefwahl weiterhin bürgerfreundlich ist. Mit der Änderung der NÖ Landtagswahlordnung ist uns dieser Spagat erfolgreich gelungen. Wir waren die ersten, die eine Briefwahl für Landtagswahlen ermöglicht haben und wir sind die ersten, die Lehren aus den Erfahrungen mit der Briefwahl ziehen“, so Schneeberger.

„Gerade bei der Beantragung bzw. Ausfolge gibt es nun strengere Bestimmungen. So ist eine mündliche Beantragung nur persönlich möglich, wobei die Identität des Antragstellers zu überprüfen ist. Bei schriftlichen Anträgen muß künftig die Identität durch eine Kopie einer Urkunde nachgewiesen werden. Auch bei der Ausgabe gibt es nun Änderungen: Bei Selbstabholung bei der Gemeinde sind die Unterlagen dem Antragsteller persönlich auszufolgen. Ehegatten, Eltern, Kinder oder Lebensgefährten können zwar auch die Briefwahlkarte abholen, sie müssen jedoch eine Vollmacht dafür haben. Kann die Wahlkarte nicht abgeholt werden, muß diese eingeschrieben durch einen Zustelldienst übermittelt werden. Außerdem muß die Briefwahlkarte nachweislich zugestellt werden, beispielsweise durch Rsb-Sendung. Eine Zustellung durch Bedienstete der Gemeinde ist künftig nicht mehr möglich“, informierte Schneeberger.

„Außerdem wurde nun festgelegt, daß die Briefwahlstimme am Wahltag bis 6.30 Uhr bei der zuständigen Gemeinde eingelangt sein muß. Ein taktisches Wählen nach Wahlschluß ist damit nicht mehr möglich. Damit



http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_091.htm

den Bürgerinnen und Bürger auch dieselbe Zeit für ihre Wahlentscheidung bleibt, wurden die Fristen vorverlegt“, erklärt der Klubobmann.

„Der heutige Beschluß ist ein weiterer demokratiepolitischer Meilenstein in Niederösterreich und ich freue mich, daß die Änderung der Landtagswahlordnung eine 100prozentige Zustimmung im NÖ Landtag erhalten hat“, so Schneeberger abschließend.

Die **Verfassungssprecherin der NÖ Sozialdemokraten, LAbg. Karin Renner**, sagte, „die SPÖ Niederösterreich hat mehrfach in der Vergangenheit auf die Mißstände im Zusammenhang mit der Briefwahl aufmerksam gemacht und auch die Schwachstellen deziert beim Namen genannt. Daher war es für uns Sozialdemokraten in den intensiven Parteilgesprächen sehr wichtig, das freie, geheime und persönliche Wahlrecht auch bei der Briefwahl abzusichern.“

„Für dokumentierte Vorgänge, wie die ‚persönliche Abholung‘ von Briefwahlkarten durch Parteifunktionäre oder auch die Verletzung des geheimen und persönlichen Wahlrechts durch ‚Assistenzleistungen‘ von politischen FunktionärInnen außerhalb von fliegenden Wahlkommissionen, darf in einer freien Demokratie kein Platz sein. Insofern werden die neuen, strengeren Rechtsvorschriften dafür sorgen, daß einerseits das freie, geheime und persönliche Wahlrecht nicht hinterlaufen wird, andererseits die Briefwahl den Wählerinnen und Wählern bei Bedarf ihr Stimmrecht sichert“, so Renner.

Kärnten sieht Verfassungswidrigkeit bei Briefwahl auf Bundesebene

Wie Landeshauptmann Gerhard Dörfler am 13. Jänner bekanntgab, wurde in der Sitzung der Kärntner Landesregierung eine Anfechtung der Nationalratswahlordnung beschlossen. „Ein Handeln seitens der Kärntner Landesregierung ist in diesem Punkt dringend notwendig, da die derzeitige Briefwahl-Regelung der Nationalratswahlordnung als verfassungswidrig einzustufen ist und deshalb diese einer Aufhebung bedarf“, erklärte Dörfler.

Anhand der derzeitigen Regelung bei der schriftlichen Beantragung der Ausstellung einer Wahlkarte müsse die Identität des Antragstellers lediglich „glaubhaft gemacht“ werden. Demnach ist ein voller Identitätsnachweis nicht notwendig. Zudem erfolgt die Ausfolgung der Wahlkarte samt amtlichem Stimmzettel ohne Zustellnachweis. „Bei einem Fehler der Abwicklung oder dem Ausbleiben der postalischen Zustellung der Wahlkarte würde das faktisch einen Entzug des Wahlrechtes bedeuten, nachdem die Ausstellung eines Duplikates ausgeschlossen ist und der an sich Wahlberechtigte so nicht mehr von seinem Recht auf Stimmabgabe Gebrauch machen könnte“, so der Landeshauptmann. Hinzu komme die Gefahr, daß fälschlicherweise für einen anderen Wahlberechtigten eine Wahlkarte beantragt und die ohne Zustellnachweis übermittelten

Innenpolitik

Wahlkartenunterlagen mißbräuchlich benutzt werden.

„Durch diese Schwächen der geltenden Regelung sind die verfassungsrechtlichen Garantien des persönlichen Wahlrechts nicht ausreichend gewährleistet, weshalb diese Regelung verfassungswidrig erscheint“, argumentiert Dörfler.

Die Kärntner Landesregierung wird aber auch die eigene Landtags- und Gemeinderatswahlordnung reformieren. Nachdem im Herbst des vergangenen Jahres im Kärntner Landtag eine Reform beider Wahlordnungen beschlossen wurde, hat der Verfassungsdienst des Landes Kärnten in der zweiten Jännerwoche einen diesbezüglichen Gesetzesentwurf erarbeitet, der Mitte Jänner in Begutachtung ging.

„Wie auf Nationalratsebene, ist das geltende Briefwahlssystem in Kärnten ebenfalls mißbrauchsanfällig. Auch hier bedarf es einer umfassenden Reform, um die rechtlich ordnungsgemäße Stimmabgabe bei der Briefwahl zu gewährleisten“, so Dörfler. Der derzeitige Gesetzesentwurf, der sowohl die Landtags- als auch die Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlordnung betrifft, sieht vor, daß die Zustellung der Wahlkarten nur mehr zu eigenen Händen möglich ist. Das bedeutet, daß eine beantragte Wahlkarte mittels eines RSa-Briefes an den Wahlberechtigten persönlich zuzustellen ist und diese damit nicht fälschlicherweise in fremden Besitz gelangen kann.

Außerdem sieht die Novelle vor, daß eine gültige Stimmrechtsausübung nur dann vorliegt, wenn die Wahlkarte vor dem Schließen des letzten Wahllokales in Kärnten bei der Bezirksbehörde einlangt oder den Poststempel spätestens vom Freitag vor dem Wahltag trägt und diese bis Dienstag nach dem Wahltag um 12 Uhr einlangt.

„Diese Wahlrechtsreform ist notwendig, um eine Beeinflussung des Wahlergebnisses nach dessen erster Bekanntgabe zu verhindern und um den Wahlberechtigten die Sicherheit zu geben, daß sie unter allen Umständen zu ihrem Wahlrecht in der Form der Briefwahl kommen“, stellte Dörfler klar.

SPÖ-Parteivorsitzender LHStv. Peter Kaiser verwies nach der Regierungssitzung auf die Tatsache, daß die Reform des Wahlrechts eine der Forderungen der SPÖ darstelle und so auch ein wichtiger Bestandteil des SPÖ Kärnten Demokratiepaketes sei. „Unsere Überlegungen sehen vor, daß Wahlkarten bis spätestens zum Wahlschluß am Wahltag, bei der zuständigen Behörde einlangen müssen. Zudem sollen das Aus-

händigen der Unterlagen für die Briefwahl nur gegen persönlichen Nachweis erfolgen“, erklärte Kaiser.

Grundsätzliche Zustimmung zur geplanten Gesetzesnovelle für die Landtags- und Gemeinderatswahlen kam auch von den **Kärntner Grünen, wie deren Landessprecher, Rolf Holub**, erklärte. Auch die Anfechtung der Nationalratswahlordnung bewerten sie als „positiv und demokratiepolitisch notwendig“.

Die Einsicht der Regierungsparteien komme reichlich spät und hätte schon längst erledigt sein müssen: Holub erinnerte dabei an die bereits bestehende Forderung der Grünen auf Bundesebene, die Briefwahl grundlegend zu reformieren. Auch bei der letzten Novellierung der Landtagswahlordnung haben die Grünen auf die Gefahren bei der Briefwahl hingewiesen: „Die Unzulänglichkeiten sind bei dieser Form der Wahl einfach zu groß“ sieht Holub eine Gefahr für die demokratischen Abläufe. In der derzeitigen Form sei die Briefwahl „offen wie ein Scheunentor für Mißbrauch“. Das taktische Wählen nach Wahlschluß sowie ein möglicher Mißbrauch der Wahlkarten am Postweg sind Beispiele dafür.

Den Grünen geht der Novellierungsvorschlag der Landesregierung im Fall der Gemeinderats- und Landtagswahlen jedoch nicht weit genug. Sie sehen auch in der „organisierten Briefwahl“ ein demokratiepolitisches Problem. Dabei komme es zu halböffentlichen Massenwahlen, die von den ortsansässigen Funktionärinnen und Funktionären der Proporzparteien organisiert werden. Besonders beeinträchtigte und ältere Menschen werden hier immer wieder einem Gruppenzwang ausgesetzt.

Auswirkungen für AuslandskärntnerInnen

Das „Österreich Journal“ fragte beim gF. Leiter des Kärntner Verfassungsdienstes, Gerold Glantschnig, an, welche Auswirkungen diese Änderungen für wahlberechtigte AuslandskärntnerInnen haben wird: „Bislang liegt“, so Glantschnig, „im Gegenstand noch kein Beschluß der Landesregierung vor, sondern nur ein Begutachtungsentwurf. Dazu wurde auch die Unternehmenszentrale der Post AG um Stellungnahme ersucht. In Abstimmung mit der Beurteilung der Post AG wird dann die endgültige Entwurfsfassung erstellt werden. Erst dann wird ihre Frage nach den Auswirkungen auf die wahlberechtigten AuslandskärntnerInnen beantwortet werden können.“

Wir werden Sie, sehr geehrte LeserInnen, dann natürlich umgehend informieren.

Die Grünen brachten einen Entschließungsantrag im Parlament ein

Die Grünen haben am 20. Jänner einen Entschließungsantrag zur Reform des Briefwahlrechts im Parlament eingebracht. Darin werden auch Kritik und Ideen des ExpertInnenhearings, das die Grünen im November 2010 veranstalteten, aufgegriffen. Gefordert werden eine Verfassungsänderung und Änderungen der Wahlordnungen auf Bundesebene. „Die Nachfrist für das Einlangen der ausgefüllten Wahlkarten soll zur Gänze fallen. Dafür müssen aber auch die Wahlfristen davor entsprechend vorverlegt werden. Die Regelungen zur Beantragung und Ausfolgung von Wahlkarten werden mißbrauchssicherer gemacht. Die Wahlbehörde soll verpflichtet werden, eine Abrechnung über ausgestellte und eingelangte Wahlkarten zu machen, WahlkartenwählerInnen ein Auskunftsrecht erhalten. Die Abgabe einer falschen eidesstattlichen Erklärung und die Wahlbeeinflussung sollen nach Ansicht der Grünen unter Strafe gestellt werden“, umreißt die Verfassungssprecherin der Grünen, Daniela Musiol, kurz den Inhalt des Antrags. „Zusätzlich soll zum Schutz vor Vereinnahmung von Menschen mit Behinderung und Menschen die an Demenz erkrankt sind, eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe eingesetzt werden, die vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen zur Briefwahl und beim Wählen vor der Wahlbehörde nähere Handlungsanleitungen ausarbeiten soll.“

„Die Mißbrauchsfälle der Vergangenheit müssen unseres Erachtens zu Änderungen führen. Allerdings muß ein bestimmtes Maß an Wahlkomfort erhalten werden, will man nicht die Briefwahl zu Tode bürokratisieren. Deshalb wäre es auch überzogen zu verlangen, daß die Wahlkarte nur mehr mit blauem Rückschein (RSa-Brief) an die WählerInnen zugesandt werden darf. Es bleiben Restrisiken. Deshalb muß unterstrichen werden, daß die Wahl vor der Wahlbehörde die Regel ist und die Briefwahl die Ausnahme, die nur im Fall der Verhinderung, am Wahltag zur Urne gehen zu können, möglich ist“, erläutert Musiol. Um die Wahlbeteiligung trotzdem zu heben, soll auch die vorgezogene Stimmabgabe vor der Wahlbehörde nach dem Steirischen Modell (einige Abendstunden am Freitag vor dem Wahlsonntag) ermöglicht werden. „Wir erwarten uns, daß im Parlament die Verhandlungen über unseren Antrag bald aufgenommen werden.“ ■

Neujahrsempfang

Bundeskanzler Werner Faymann: »Österreich muß in Zukunft zu den Ländern mit der besten Bildung zählen« – Vizekanzler Josef Pröll: »Gemeinsamer Weg der Bundesregierung sichert Österreichs Spitzenposition in Europa«



Fotos (2): BKA/HBF / Andy Wenzel

Am 19. Jänner 2011 fand der erste Neujahrsempfang mit rund 1500 geladenen Gästen in der Wiener Hofburg statt.

Bundeskanzler Werner Faymann hat am 19. Jänner im Zuge des Neujahrsempfanges der Bundesregierung dafür plädiert, „das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen“. Rund 1500 Gäste fanden sich dazu in der Hofburg ein. „Wir dürfen keine Zeit verlieren und müssen die Bildungsreform mit ganzer Kraft vorantreiben. Österreich muß in Zukunft zu den Ländern mit der besten Bildung zählen“, sagte Faymann. Kinderbetreuung, der vorschulische Bereich, kleinere Klassen, ein einheitliches Lehrerdienstrecht, gemeinsame Lehrerausbildung sowie der tertiäre Sektor und die Studienplatzfinanzierung müßten dafür gestärkt werden. Noch heuer will der Kanzler dafür die „richtigen Weichen“ stellen.

Die Allgemeine Wehrpflicht und die derzeitige Situation des Bundesheers sind für den Kanzler nicht mehr „zeitgemäß“ und ungeeignet für die Herausforderungen der Zukunft. Für die Sicherheit unseres Landes brauche es daher „neue Weichenstellungen“ und Reformen. Faymann weiter: „Wenn es keine parlamentarische Einigung gibt, wird eine Volksbefragung notwendig sein.“ Re-

gierung, Parlament und die österreichische Bevölkerung seien gefordert, über die Zukunft des Bundesheeres noch im ersten Halbjahr 2011 zu entscheiden.

Um die Finanzierbarkeit der Pflege zu sichern, brauche es, so der Bundeskanzler, „die Schaffung eines Pflegefonds, als weiteren Mosaikstein in unserem Pflege- und Gesundheitssystem“. Damit soll den Men-



Bundeskanzler Werner Faymann (l.) im Gespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer

schen „ein Altern in Würde“ ermöglicht werden. „Wir dürfen in dieser Frage nicht die Hände in den Schoß legen – eine Reform muß auf der Tagesordnung stehen“, betonte Faymann. Weiters sprach er sich dafür aus, „Spekulation in Europa zu bekämpfen, die Finanzmärkte zu regulieren und zusätzliche Einnahmen in Europa zu schaffen“. Damit soll vor allem der soziale Zusammenhalt gestärkt werden: „Im eigenen Land müssen wir in diesem Bereich vorbildlich und in Europa beispielgebend sein.“

„Mut und Entschlossenheit braucht es“, so Faymann, „für eine Verwaltungsreform und ein Zurückdrängen der Bürokratie“. Ziel müsse sein, mit weniger Leuten, dieselbe Qualität zu gewährleisten und Menschen in wichtigeren Bereichen einzusetzen.

Das Prinzip der Gemeinsamkeit habe sich bereits in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise bewährt. Und nur so könne Österreich auch in Zukunft notwendige Reformen, etwa in der Bildung oder beim Bundesheer, bewältigen. „Es ist unsere Aufgabe, daran zu arbeiten, daß wir auch in zehn Jahren das Land mit der höchsten Beschäfti-

Innenpolitik

gung und der geringsten Arbeitslosigkeit in Europa sind“, skizzierte der Bundeskanzler seine Zukunftsperspektiven. Österreich habe sich bereits ausgezeichnet, die Krise besser bewältigt zu haben, als die meisten anderen Länder in Europa. „Der Schlüssel dafür liegt in der Gemeinsamkeit“, so Faymann.

Besonders hob Bundeskanzler Faymann die Sozialpartnerschaft hervor. Sie verkörpere das Prinzip der Gemeinsamkeit und sei auch „Vorgabe für die Zukunft“. Und weiter: „Die Unternehmer des Landes, die Arbeitnehmer, Forschung und Entwicklung, Leistungskraft und Wirtschaftswachstum sowie die Export-Erfolge braucht es auch weiterhin für eine möglichst hohe Beschäftigung.“

Pröll: Fokus 2011 auf Aufschwung, Wachstum und Arbeitsplätze

„Wir setzen heute zu Beginn eines spannenden Jahres ein gutes und wichtiges Zeichen der Gemeinsamkeit. Der heutige Tag ist ein klares Signal für die gemeinsame Arbeit in der Bundesregierung, in der Politik, mit der Wirtschaft und mit der Kultur“, so Finanzminister ÖVP- Bundesparteiobmann Josef Pröll anlässlich des Neujahrsempfangs der Bundesregierung. Vor zahlreichen Gästen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Religion präsentierte der Finanzminister eine Bilanz für 2010: „Wir können stolz darauf sein, wo Österreich heute steht. Wir stehen im internationalen Vergleich sehr gut da. Wir gehören zu den allerbesten Ländern, was die Solidität in Europa betrifft, und wir sind eines von nur noch sechs Ländern in Europa, die über Top- Bewertungen, internationaler Ratingagenturen verfügt. Das ist auch das Resultat der guten und gemeinsamen Arbeit der Bundesregierung.“

Für 2011 nennt Pröll drei Schwerpunkte, die im Fokus der politischen Arbeit stehen werden: Aufschwung, Wachstum und Arbeitsplätze. „Wir müssen den Wohlstand gemeinsam erwirtschaften. Unsere Exporte tragen uns, aber es ist wichtig, die Zukunftsräume unserer Exportwirtschaft, wie den Balkan oder den Schwarzmeerraum, gemeinsam zu bearbeiten und dafür zu sorgen, daß diese wichtigen Märkte auch einen Aufschwung erleben.“ Bewegung orte der Finanzminister auch in der Bildungsdebatte: „Wir haben mit dem Abschied von der Hauptschule ein klares Signal gesetzt. Jetzt geht es darum, rasch in die Umsetzung zu kommen. Die Parameter an denen wir uns dabei orientieren müssen, sind Leistung, Sprache und Vielfalt.“

Ein weiteres Schwerpunktthema für die Bundesregierung wird die Lösung und Si-



Foto: ÖVP / Jakob Glaser

Finanzminister Josef Pröll beim Neujahrsempfang in der Wiener Hofburg

cherstellung der Pflegefinanzierung sein: „Die Pflege wird immer mehr zur großen Herausforderung für viele Familien, aber auch für die Gemeinden. Wir sind bereit,

2011 – das Jahr der Freiwilligentätigkeit

Anlässlich des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit informierten Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Bürgermeister Michael Häupl und der Präsident des österreichischen Gemeindebundes, Helmut Mödlhammer, über Ziele, Vorhaben und Projekte. Mit Hilfe dieses Schwerpunkts werde man die Voraussetzungen für freiwilliges Engagement in Österreich verbessern. Zudem stehe auch die Sensibilisierung der Bevölkerung für den Wert und die Bedeutung von Freiwilligentätigkeit im Vordergrund. Freiwilliges Engagement sei als „Schatz für die Lebensqualität“ in Städten und Gemeinden unerlässlich für die Gesellschaft.

In Österreich leisten rund drei Millionen Menschen freiwillige Arbeit. Damit liegt die Republik im europäischen Vergleich gemeinsam mit den Niederlanden, Schweden und dem Vereinigten Königreich im Spitzfeld. „Europa muß weiterhin auf Solidarität und Zusammenhalt bauen. Freiwilligentätigkeit hat dabei eine besondere Bedeutung, da sie konkreter Ausdruck aktiver Bürgerschaft ist, durch die wichtige europäische Grundwerte gestärkt werden. Dies gilt in gleicher Weise für städtische Ballungszentren und den ländlichen Raum“, unterstrich Häupl.

Vom 25. bis 27. Jänner haben sich im Wiener Rathaus rund 100 Freiwilligenorganisationen aus ganz Österreich präsentiert. ■

2011 gemeinsam mit den Bundesländern eine Pflegelösung zu erarbeiten, die sowohl die Angehörigen als auch die Gemeinden entlastet. Wir werden jetzt rasch mit den Bundesländern über die Zukunft des Pflegefonds sprechen“, so Pröll.

In der laufenden Bundesheerdebatte möchte der Finanzminister bis zum Sommer zu einer Lösung kommen, stellt aber klar: „Aus meiner Sicht ist klar: Bevor wir über die Struktur des zukünftigen Bundesheeres sprechen, müssen zentrale Sicherheitsfragen gelöst werden. Die Aufrechterhaltung der Landesverteidigung, die hohe Kompetenz im Auslandseinsatz, der gesicherte Katastrophenschutz und eine Gewährleistung des Zivildienstes haben oberste Priorität. In diesem Zusammenhang und anlässlich des heutigen ‚Jahr der Freiwilligen‘ möchte ich mich ausdrücklich bei jenen Frauen und Männern bedanken, die sich die Frage der Entgeltung nicht stellen, sondern sich freiwillig in den Dienst Österreichs stellen“, so Pröll. ■

Budgetanteil der Direktförderungen nahm zu

Die Direktförderungen des Bundes betrugen im Jahr 2009 4,5515 Mrd. € (2008: 4,3562 Mrd. €, 2007: 4,2097 Mrd. €), ihr Anteil an den Budgetausgaben stieg auf 6,6 % (2008: 5,4 %, 2007: 5,8 %) an. 25,6 % (2008: 26,2 %, 2007: 30,7 %) der direkten Förderungen wurden durch zweckgebundene Einnahmen bedeckt, etwa aus Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung, der Kraftfahrzeugsteuer, aus Mitteln für die Siedlungswasserwirtschaft, aus dem Innovations- und Technologiefonds oder aus dem Katastrophenfonds. Dies geht aus dem Förderungsbericht 2009 der Bundesregierung hervor, der seit kurzem dem Parlament vorliegt.

An der Spitze der Förderungsgeber stand auch 2009 das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft mit insgesamt 2,2745 Mrd. €, was der Hälfte aller Direktsubventionen des Bundes entspricht (2008: 2,1773 Mrd. € oder 50 %).

Die indirekten (steuerlichen) Förderungen stiegen 2009 insgesamt auf 10,303 Mrd. € (2008: 10,063 Mrd. €; 2007: 9,759 Mrd. €). Davon flossen 82 % (2008: 82,4 %; 2007: 82 %) an private Haushalte und an nicht auf Gewinn berechnete Institutionen. 16,3 % (2008: 15,9 %, 2007: 16,3 %) erhielten Unternehmen, während 1,7 % (2008: 1,7 %, 2007: 1,7 %) der indirekten Subventionen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zugutekamen. ■

OÖ übernimmt Vorsitz

Mit 1. Jänner 2011 hat das Bundesland Oberösterreich sowohl den Vorsitz der Landeshauptleutekonferenz als auch den Vorsitz im Bundesrat übernommen.

Österreich hat, wie europa- und weltweit, ein schweres wirtschaftliches Jahr hinter sich. Und das, obwohl in Österreich die weltweite Finanzkrise besser bewältigt wurde, als in anderen Staaten. Immerhin ist Österreich im dritten Quartal 2010 mit 0,9 Prozent mehr als doppelt so rasch gewachsen wie die EU mit 0,4 Prozent.

Österreichs Politik steht aber auch vor großen Herausforderungen. Bis zum Jahr 2014 soll die Wende in der negativen Schuldenentwicklung eingeleitet werden, zu dem auch die Länder ihren Beitrag leisten werden. Die Pflegefinanzierung bedarf einer raschen Lösung und die langfristige Spitalsfinanzierung muß neu diskutiert werden. Des weiteren erwarte man sich eine breite Bildungs- und nicht nur eine Schulverwaltungsdiskussion.

„Politik ist nicht das Verlängern der Gegenwart, sondern das Planen der Zukunft.“ Die Bundesländer bekennen sich daher zu Veränderungen und Reformen und lassen sich daher nicht als Reformverweigerer abstempeln – sind aber auch keine Zentralisten. Sie werden geschlossen und gemeinsam die Interessen des Föderalismus vertreten.

»Alle Neune« – viele gute Gründe für den Föderalismus in Österreich

Oberösterreich wird als Vorsitzland der Landeshauptleutekonferenz und des Bundesrates nochmals klar die Vorteile eines modernen, effizienten und bürgernahen Föderalismus in Österreich erarbeiten und diese den Bürgern näher bringen:

- Föderalismus in Österreich bedeutet, daß jede Organisationseinheit unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips Eigenständigkeit und Eigenverantwortung ausübt, jedoch gleichzeitig zu einer übergreifenden Gesamtheit zusammengeschlossen ist. Was bedeutet, daß gesellschaftliche Probleme dort gelöst werden, auf der sie entstehen und am besten erkannt werden.
- Föderalismus ist ein dynamisches System, in dem es einen Wettbewerb und wechselseitiges Lernen zwischen und innerhalb der verschiedenen staatlichen Ebenen gibt. Diese sind netzwerkartig



Foto: Land OÖ/Kraml

Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz Landeshauptmann Josef Pühringer (l.) und der Präsident des Bundesrates, Bundesrat Gottfried Kneifel

miteinander verbunden. Dem kooperativen Föderalismus kommt daher besondere Bedeutung zu. Weltweit ist eine deutliche Aufwertung dezentraler Strukturen festzustellen. Zwar gehen auf Grund der großen Unterschiede in den Traditionen und Strukturen nicht alle Staaten den Weg, Bundesstaaten zu gründen, es werden aber vermehrt nicht nur Verwaltungskompetenzen, sondern auch Gesetzgebungsaufgaben übertragen.

- Die föderalen Strukturen Österreichs ermöglichen nicht nur eine Nähe der Behörden zu den Bürgern, sondern auch eine viel bessere Beteiligung an der Verwaltung und Gesetzgebung und somit einer echten Teilhabe für den Bürger am Gemeinwesen.
- Föderalismus ermöglicht den Ländern und ihrer Bevölkerung eigenverantwortlich und eigenständig zu sein. Selbstbestimmtes Handeln ist innerhalb eines gesamtstaatlichen Rahmens einer rein

ausführenden Tätigkeit überlegen. Denn das fördert Innovation und Effizienz.

- Föderalismus befähigt die Länder, ihre Stärken ausspielen zu können. Sie können aus eigener Kraft attraktive Wirtschaftsstandorte sein, ohne von der Zentrale abhängig zu sein.
- Föderalismus bringt, wie auch der internationale Vergleich zeigt, den Regionen besonders gute Entwicklungschancen, auch in wirtschaftlicher Hinsicht.
- Da Föderalismus flexibleres Handeln vorsieht als ein zentralistisches System, können Krisen im Regelfall besser bewältigt werden. Das zeigt sich nicht nur bei Naturkatastrophen, wo der Zusammenhalt der örtlichen Gemeinschaft und die Überschaubarkeit der Strukturen ein wesentlicher Vorteil ist, sondern auch in Wirtschaftskrisen.
- Die Länder sind hier in der Lage, flexibler auf die Erfordernisse der Wirtschaft gezielt zu reagieren und vor allem, die

Innenpolitik

klein- und mittelständische Wirtschaft zu fördern.

Das Arbeitsprogramm

Unter der Vorsitzführung des niederösterreichischen Landeshauptmanns Erwin Pröll im zweiten Halbjahr 2010 wurde eine Reihe von wichtigen Themen vorbereitet und in die Zielgerade geführt. Jetzt heißt es diese im ersten Halbjahr 2011 weiterzubetreiben bzw. abzuschließen:

Stabilitätspakt

Die Länder werden – wie dem Bund bereits zugesagt – ihren Beitrag zur Stabilität der Staatsfinanzen leisten und sich an den gesamtstaatlichen Anstrengungen zur Budgetkonsolidierung beteiligen. Verhandlungen braucht es allerdings noch hinsichtlich des Zeitr Rahmens, in denen die Länder ihren Beitrag leisten können.

Pflegefinanzierung

Die beiden Themen Stabilitätspakt und Pflege sind verknüpft zu betrachten, weil ein Teil der zur Budgetsanierung geplanten Steuererhöhungen für den Pflegefonds zweckgewidmet werden soll. Die genaue Summe steht noch nicht fest, zwei Drittel sollen jedenfalls vom Bund, ein Drittel von Ländern und Gemeinden übernommen werden. Der Bund ist hier entsprechend gefordert, denn er hat das Problem wesentlich mitverursacht, indem das Pflegegeld seit 1993 nur dreimal valorisiert wurde. Vor allem die Gemeinden brauchen als Hauptzahler hier rasch Sicherheit und können bei der Finanzierung nicht mehr länger alleine gelassen werden.

Verwaltungsreform

Ein beachtlicher Teil der Einsparungen im Budget soll in der Verwaltung erzielt werden. Die Bundesländer stehen zu diesen Reformen und werden auch hier ihren Beitrag dazu leisten. Diese müssen aber nicht immer plakativ und laut vor sich gehen, sondern passieren täglich auf allen Ebenen: Strukturen werden vereinfacht, Standards harmonisiert, Planstellen werden nicht nach besetzt. Oberösterreich hat im Juni 2010 seine eigene Verwaltungsreform gestartet und damit klar Reformbereitschaft gezeigt.

Breite Bildungs- anstatt oberflächlicher Schulverwaltungsdiskussion

Bildung und Schule sind die beste Lebensversicherung, die den Menschen mit-



Foto: cityfoto.at / Franz Josef Schenk

Übergabe der Präsidenschaft im Bundesrat: »Alt«-Präsident des österreichischen Bundesrates (l.) mit seinem Nachfolger (seit 1. Jänner 2011) Gottfried Kneifel

gegeben werden kann. Daher sollte die Diskussion um die Bildung auch breit angelegt sein. Oberösterreich werde unter seinem Vorsitz einige Ideen einbringen.

BR Gottfried Kneifel, Präsident des Bundesrates

Neue Impulse für Österreich

Mit Wirkung vom 1. Jänner 2011 ging turnusgemäß die Präsidenschaft im Bundesrat vom Bundesland Niederösterreich an das Bundesland Oberösterreich. Der bisherige Präsident, Martin Preiner, übergab daher an Präsident Gottfried Kneifel symbolisch einen überdimensionalen Parlamentschlüssel, der von Schlossermeister Josef Eisl aus St. Wolfgang gefertigt wurde. Da Gottfried Kneifel die europäische Donaunraumstrategie zum Schwerpunktthema seiner Bundesrats-Präsidenschaft gemacht hat, fand Anfang Jänner die feierliche Übergabe im Rahmen einer Donauschiffahrt von Ardagger/NÖ nach Enns/OÖ statt.

Kneifel: „Mein Ziel ist es, zur Modernisierung Österreichs durch kreative Impulse zur Staatsreform beizutragen. Eine Mehrheit der Menschen wartet auf Neuorientierung und Veränderung. Im Zusammenspiel mit Landeshauptmann Josef Pühringer, der zeitgleich Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz ist, möchte ich dafür sorgen, daß mein Heimatbundesland und die oö. Bevölkerung davon profitieren!“

Der Bundesrat

Der Bundesrat vertritt die Interessen der Bundesländer im Prozeß der Bundesgesetzgebung und wird daher auch als „Länder-

kammer“ bezeichnet. In Österreich übt der Bundesrat die demokratische Funktion der „Zweiten Kammer“ aus. Der Bundesrat zählt derzeit 62 Mitglieder und Oberösterreich stellt davon elf Mandatäre: 6 VP, 3 SP, 1 FP sowie 1 Grüne. Seine Mitglieder werden von den Landtagen der Bundesländer entsandt, Oberösterreich wird im Wiener Parlament derzeit von Notburga Aistleitner (VP), Hermann Brückl (FP), Efgani Dönmez (Grüne), Michael Hammer (VP), Gottfried Kneifel (VP), Johann Kraml (SP), Ewald Lindinger (SP), Werner Stadler (SP), Josef Steinkogler (VP), Ferdinand Tiefnig (VP) und Angelika Winzig (VP) vertreten. Die Bundesländer wechseln sich im Vorsitz halbjährlich ab, Präsident/in wird jenes Mitglied des Bundesrates, das von seinem Bundesland an erster Stelle gereiht wurde – Gottfried Kneifel ist derzeit Erstgereihter der oberösterreichischen Bundesräte.

Der Bundesrat übt gemeinsam mit dem Nationalrat die Gesetzgebung des Bundes aus. Er hat ein Einspruchsrecht gegen Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates. Es handelt sich dabei um ein so genanntes „suspensives Veto“ mit aufschiebender Wirkung, weil der Nationalrat einen Einspruch des Bundesrates gegen einen seiner Beschlüsse durch Wiederholung dieses Beschlusses überwinden kann (Beharrungsbeschluß). In einigen Fällen hat der Bundesrat jedoch ein „absolutes Veto“. Wenn es um Eingriffe in Bundesländerkompetenzen geht, ist die ausdrückliche Zustimmung des Bundesrates unbedingt nötig. Der Bundesrat kann auch selbst Gesetzesanträge stellen.

<http://www.ooe.gv.at>

Wenn Wahlkabine und Stimmzettel leer bleiben

Podiumsdiskussion über das Phänomen des Nichtwählens



Foto: Parlamentsdirektion/Carina Ott

Am Podium v.li. Stefan Bachleitner (Managing Partner von The Skills Group), Eva Zeglovits (Fakultätszentrum für Methoden in den Sozialwissenschaften, Universität Wien), Claudia Dannhauser (»Die Presse«), Fritz Plasser (Dekan der Innsbrucker Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie) und Robert Stein (Bundesministerium für Inneres/Wahlangelegenheiten)

Das „unbekannte Wesen Nichtwähler“ stand am Abend des 13. Jänner im Zentrum einer Podiumsdiskussion, zu der Nationalratspräsidentin Barbara Prammer ins Pressezentrum des Hohen Hauses geladen hatte. Daß sich im vergangenen Jahrzehnt die Zahl jener BürgerInnen, die von ihrem Wahlrecht nicht Gebrauch machen, nahezu verdoppelt hat, gebe schließlich Anlaß, diesem Thema mehr Aufmerksamkeit zu widmen, zeigte sich auch Moderatorin Claudia Dannhauser (»Die Presse“) überzeugt.

Was diese Menschen davon abhält, zur Wahlurne zu schreiten, ob sie für die Politik überhaupt noch erreichbar sind und wie sie von Motivforschung und Statistik betrachtet werden – das waren nur einige von vielen Fragen, denen sich Stefan Bachleitner (Leiter der Kampagne zur Wiederwahl von Bundespräsident Heinz Fischer und Managing Partner von The Skills Group), Fritz Plasser (Dekan der Innsbrucker Fakultät für Politikwis-

senschaft und Soziologie, Koordinationsplattform Österreichische Wahlforschung), Robert Stein (Bundesministerium für Inneres/Wahlangelegenheiten) und Eva Zeglovits (Fakultätszentrum für Methoden in den Sozialwissenschaften, Universität Wien) stellten.

Prammer: Über das Kernrecht Wählen gilt es ausgiebig zu diskutieren

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer gab im Rahmen einleitender Worte zu bedenken, daß dem heute zu diskutierenden Thema immer nur spontan – und dabei meist unmittelbar nach Wahlen – Aufmerksamkeit geschenkt werde. Es bedürfe aber, wie sie ausführte, einer grundlegenden Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Nicht- bzw. ungültig Wählens, zumal das Wahlrecht historisch betrachtet hart erkämpft worden sei. Die Podiumsdiskussion, mit der die neue Veranstaltungsreihe des Parlaments eingeleitet werde, biete dazu Gelegenheit. Was die Veranstaltungsreihe „Medien.Macht.De-

mokratie“ selbst anbelange, nehme sie es sich zum Ziel, aktuelle Themen spontan und kurzfristig aufzugreifen, schloß Prammer.

Der Faktor »Wahlnorm«

Eva Zeglovits kam zunächst auf die Problematik der wissenschaftlichen Meßbarkeit des diskutierten Phänomens zu sprechen: Gehe es um die Festlegung der Zahl der NichtwählerInnen, werde schließlich gerne zu empirischen Instrumenten wie Umfragen gegriffen. Da es sich beim Nichtwählen aber um ein sozial unerwünschtes Verhalten handle, komme der Faktor „Wahlnorm“ zum Tragen, weshalb auch Menschen, die nicht zur Wahl gegangen sind, mitteilen, ihre Stimme abgegeben zu haben. Dadurch käme es zu Verzerrungen, vor allem dann, wenn die Befragten ein höheres Bildungsniveau aufwiesen oder es sich um eine besonders wichtige Wahl handle. Andere Meßinstrumentarien stünden den ForscherInnen allerdings kaum zur Verfügung, schloß sie.

Innenpolitik

Foto: Parlamentsdirektion/Carina Ott



Nationalratspräsidentin Barbara Prammer begrüßt die VeranstaltungsteilnehmerInnen

Der Politikwissenschaftler Fritz Plasser hielt den Faktor Wahlnorm, der einst für eine höhere Wahlbeteiligung gesorgt habe, aber für rückläufig. Der Generationenwechsel und die Abschwächung der Bedeutung familiärer Integrationsnetzwerke ließen diese Richtschnur in den Hintergrund treten, zeigte er sich überzeugt.

»Negative campaigning« hat Vor- und Nachteile

Stefan Bachleitner kam vor dem Hintergrund seiner beruflichen Erfahrung auf die Phänomene des „negative“ und „dirty campaigning“ zu sprechen. Ersteres sei in Österreich zwar stark negativ konnotiert, werde aber kaum betrieben. „Dirty campaigning“ wäre hingegen, wie Bachleitner ausführte, stark ausgeprägt. Das sei nicht nur auf die politische Kultur, sondern auch auf mangelnde Dialogorientierung und Wettbewerbsethik zurückzuführen, hielt der Experte fest. Daß auf diesen Gebieten einiges falsch laufe, müsse man auch den im Parlament vertretenen Parteien anlasten, zeigte er sich überzeugt. Es sei außerdem eine fatale Entwicklung, wenn Kampagnen zur Demobilisierung der WählerInnen anderer Parteien immer mehr Gewicht zukomme. Vor dem Hintergrund der verbreiteten Negativaussagen über die EntscheidungsträgerInnen des Landes gelte es an der Reputation der Politikbranche zu arbeiten. Die Parteien müßten positiver und selbstbewußter auftreten, stand für ihn fest.

Die Vorteile eines wohl dosierten „nega-

tive campaigning“ führte Eva Zeglovits ins Treffen: Ihr zufolge könne die von einer Partei an der anderen geübte Kritik zur besseren Unterscheidbarkeit der Angebote für die Wählerschaft beitragen und damit mobilisierend wirken. Zu wenig Information und Überblick über die Positionen, die von politischen AkteurInnen vertreten werden, hielten schließlich viele Menschen von der Teilnahme an Wahlen ab, zeigte sie sich überzeugt.

Auch Politikwissenschaftler Fritz Plasser konnte der Sichtweise, daß „comparative campaigning“ einen Nutzen für die WählerInnen zeitige, etwas abgewinnen. In Österreich dominiere aber, wie Bachleitner treffend ausgeführt habe, die harte Form des „negative campaigning“, die auf die BürgerInnen eine demoralisierende Wirkung habe und sie von den Wahlurnen fernhalte. Über die Wahlkampfführung zu reflektieren sei deshalb eine „Denkaufgabe“, die man den Parteien nur dringend empfehlen könne, schloß Plasser.

Unterschiedliche Positionen in Hinblick auf die Briefwahl

Unterschiedliche Positionen bezogen die DiskutantInnen beim Thema Briefwahl: Während Bachleitner eine Verwässerung der Bedeutung des Wahltages, eine Abwertung des Wahlakts und ein Sinken der Wahlbeteiligung durch die Öffnung dieses Wahlkanals befürchtete, sprachen sich Fritz Plasser und Robert Stein sogar explizit für die Abschaffung der Bestimmung des Artikel 26,6 B-VG, der die Anforderung einer Wahlkarte

nur in besonderen Fällen vorsieht, aus. Tatsächlich sei ein solcher Verhinderungsgrund zur reinen Formsache geworden, führte der Vertreter des Innenministeriums aus.

Stein zufolge stehen in Österreich vier von insgesamt sechs möglichen Wahlkanälen zur Stimmabgabe zur Verfügung. Nicht umgesetzt habe man bislang das sogenannte „Wählen auf Depot“ und die umstrittene Stimmabgabe auf elektronischem Wege. Letztere könnte aber, wie er einräumte, durchaus eine spezifische Gruppe unter den NichtwählerInnen ansprechen. Die Rahmenbedingungen spielen in Hinblick auf die Mobilisierung von WählerInnen insofern eine Rolle, als sie dazu imstande wären, die persönlichen „Kosten“ der Stimmabgabe zu erhöhen oder zu senken. Eine Personalisierung des Wahlrechts spreche zwar mehr WählerInnen an, mache aber auch den Stimmzettel komplizierter, gab Stein in diesem Zusammenhang zu bedenken.

Strategien und Lösungsansätze für das Problem des Wählerschwunds

Die zunehmende Bedeutung der neuen Medien und die mobilisierende Wirkung anderer Netzwerke gelte es stärker im Zuge von Wahlkampfkampagnen zu berücksichtigen, stand für Fritz Plasser außer Frage. Der Bürger müsse außerdem das Gefühl haben, daß er mit seiner Stimme etwas bewegen könne, zeigte sich Robert Stein überzeugt: Betrachte man die verschiedenen Wahlbeteiligungen, so könne man ersehen, daß die Menschen eher zur Wahlurne schritten, wenn sie dieses Gefühl verspürten.

Stefan Bachleitner hielt es beim Einsatz von Wahlkarten für unerlässlich, daß diese noch am Wahltag ausgezählt würden. Sonst mache sich in der Wählerschaft, die diesen Kanal gewählt habe, Frustration breit. Als gute Idee bewertete er auch die Einführung eines „Superwahlsonntags“, den Nationalratspräsidentin Barbara Prammer als Idee in die öffentliche Diskussion eingebracht hatte.

Eva Zeglovits plädierte in diesem Zusammenhang für die Beseitigung von Informationsdefiziten der Wählerinnen und Wähler, die derzeit nur in Hinblick auf die Gruppe der 16jährigen diskutiert würden.

Im Anschluß debattierten die geladenen ExpertInnen und die Nationalratspräsidentin mit den zahlreich erschienen Gästen über Vor- und Nachteile eines Mehrheitswahlrechts, Politikverdrossenheit als Folge mangelnder Repräsentation und die Chancen, die sich durch die Einführung des erwähnten „Superwahlsonntags“ eröffnen könnten. ■

Neue gesetzliche Regelungen für Verkehrsteilnehmer

Gestaffelte Entziehungszeiten für Raser, Zulassungsschein im Scheckkarten-Format oder Änderungen im Vormerkssystem – einige Beispiele

Mit dem Jahreswechsel sind in Österreich einige neue gesetzliche Regelungen, die den Straßenverkehr betreffen, in Kraft getreten. Weitere stehen im Lauf des Jahres noch bevor. Das KfV (Kuratorium für Verkehrssicherheit) gibt einen Überblick über die wichtigsten rechtlichen Entwicklungen:

FSG-Novelle: gestaffelte Entziehungszeiten für Raser

Seit 1. Jänner 2011 sind zwei Änderungen des Führerscheingesetzes (FSG) in Kraft: Raser erwarten ab sofort längere Führerscheinentziehungszeiten, und das Lenken von Einsatzfahrzeugen bis zu 5,5 t ist nun auch mit einem B-Führerschein möglich.

Bisher betrug die Entziehungsdauer bei Tempoüberschreitungen von 40 km/h (Ortsgebiet) bzw. 50 km/h (außerhalb des Ortsgebietes) – oder mehr – zwei Wochen. „Neu ist, daß mit der Höhe der Überschreitung auch die Dauer der Führerscheinentziehung steigt. Damit stehen vor allem Raser, die deutlich zu schnell fahren, im Visier“, sagt Armin Kaltenegger, Leiter der Rechtsabteilung im KfV.

Mit der FSG-Novelle wurde auch für Fahrzeuge von Feuerwehren, Rettungsorganisationen und bestimmte Fahrzeuge des öffentlichen Sicherheitsdienstes die Möglichkeit geschaffen, diese – bis zu einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 5,5 t – mit einem Führerschein der Klasse B zu lenken. Voraussetzungen für das Lenken dieser Spezialfahrzeuge sind allerdings eine organisationsinterne theoretische und praktische Ausbildung und Prüfung. Dies soll die für die Öffentlichkeit so wichtige Tätigkeit der Rettungseinrichtungen erleichtern.

Zulassungsschein im Scheckkarten-Format

Bereits seit 1. Dezember 2010 kann der Zulassungsschein auch als Scheckkarte beantragt werden, seit 3. Jänner 2011 werden die ersten ausgeliefert. Der Scheckkartenzulassungsschein enthält dieselben Daten wie die Papiervariante, teilweise allerdings in

elektronischer Form auf einem Chip. Diverse Sicherheitsmerkmale, wie etwa eine in den Hintergrund eingearbeitete Mikroschrift, sorgen für Fälschungssicherheit. Beantragt werden kann der elektronische Zulassungsschein mit Mehrkosten von 19,80 Euro wie bisher in allen Zulassungsstellen. Bestehende Papier-Zulassungsscheine gelten weiterhin, und auch in Zukunft kann ein Zulassungsschein in Papierform beantragt werden. Der Vorteil dieser Neuerung liegt in der leichteren Handhabbarkeit der Karte, Lenker werden den Zulassungsschein fortan mit sich führen und so Autodieben das Handwerk erschweren.

Änderungen beim Vormerkssystem

Mit 1. März 2011 werden auch Änderungen im Vormerkssystem wirksam: Die Vormerkung der Delikte wird auf drei Jahre verlängert, wenn innerhalb der ersten beiden Jahre ein zweiter Verstoß (oder mehr) begangen worden ist, statt daß die Delikte wie bisher nach zwei Jahren gelöscht werden. Der Beobachtungszeitraum für Verkehrsteilnehmer, die Vormerkdelikte begangen haben, wird also verlängert. „Das heißt, kommt es innerhalb dieser drei Jahre zu einem dritten Delikt wird der Führerschein jedenfalls entzogen. Mit der Änderung wird das grundsätzliche Ziel des Vormerksystems unterstützt, auffällige Lenker zu einer dauerhaften Verhaltensänderung zu bewegen“, so Kaltenegger. Darüber hinaus wird das Vormerkssystem um das Delikt „Nichtanhalten vor beschränkten Eisenbahnübergängen, wenn das Schließen angekündigt wird“ erweitert und so eine kleine Gesetzeslücke geschlossen.

Neue Regelungen bei Diabetes, Sehvermögen und Epilepsie

Änderungen wird es im Lauf des Jahres auch bei der Führerscheinuntersuchung für Personen mit bestimmten Erkrankungen geben. „Die Voraussetzungen des Führerscheinerwerbs bei Diabetes und bei Epilepsie werden in der geänderten Gesundheitsverordnung genauer geregelt. Im Bereich Sehvermögen werden unter anderem die

Anforderungen an die Sehschärfe für alle Führerscheinklassen etwas herabgesetzt, bei den Führerscheinklassen A, B und F fällt die Höchstgrenze der Gläserstärke voraussichtlich weg“, erklärt Kaltenegger.

Änderungen bei Planung, Bau und Überprüfung von Straßen

Neue Regelungen bei Planung, Bau und Überprüfung von Straßen bringt eine EU-Richtlinie, die ebenfalls voraussichtlich im Lauf des Jahres in Österreich umgesetzt wird. „Die neuen Vorschriften enthalten klare Vorgaben für Maßnahmen zur Verbesserung der Straßenverkehrsinfrastruktur. Verbindlich im Gesetz geregelt werden beispielsweise so genannte Road Safety Audits, d.h. umfassende Prüfungen von Straßenneubauten unter dem Aspekt der Straßenverkehrssicherheit. Dazu werden auch zertifizierte Gutachter ausgebildet. Die neue Richtlinie wird das Sicherheitsniveau im transeuropäischen Straßennetz deutlich erhöhen und vereinheitlichen“, sagt Kaltenegger. Auch Sicherheitsüberprüfungen im bestehenden Straßennetz werden geregelt.

Rettungsgasse

Eine neue Regelung, die 2011 im Detail geplant wird, ist die Einführung der Rettungsgasse. Derzeit gibt es in der Straßenverkehrsordnung zwar eine klare Regelung, daß Einsatzfahrzeuge mit Folgetonhorn oder Blaulicht immer Vorrang haben. Nicht geregelt ist allerdings, wie sich die Verkehrsteilnehmer genau zu verhalten haben. „Wenn Einsatzkräfte wegen eines Staus oder blockierenden Fahrzeugen nicht zum Unfallort gelangen können, vergeht wertvolle Zeit, die im Ernstfall Leben retten könnte. Mit einer klaren gesetzlichen Anweisung, wie man Einsatzfahrzeugen Platz machen muß, entfällt der derzeit gegebene schwierige Abstimmungsbedarf unter den Kfz-Lenkern. Die Rettungsgasse ist daher ein wichtiger Schritt zu einer wesentlich rascheren Hilfe für Unfallopfer“, so Kaltenegger. Die Einführung der Rettungsgasse erfolgt voraussichtlich ab 1. Jänner 2012. ■

Zusammenarbeit für nachhaltiges Wachstum

Österreich und OECD luden beim Weltwirtschaftsforum zur Diskussionsrunde »Europa und Zentralasien« Bundeskanzler Werner Faymann traf Schweizer Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey – Im Juni Weltwirtschafts-Forum in Wien

Foto: BKA/HOPI-MEDIA / Bernhard J. Holzner



Im Bild die Teilnehmer der von Österreich organisierten Präsentation des Zentralasienberichtes der OSCE (v.l.): Außenminister Michael Spindelegger, Karim Massimov (Premierminister Kasachstan), Ilham Aliyev (Präsident Aserbaidschan), Viktor Yanukovych (Präsident Ukraine), Angel Gurría (Generalsekretär OSCE) und Bundeskanzler Werner Faymann

Rund 2500 Führungspersonlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft haben zwischen 26. und 30. Jänner am 41. Jahrestreffen des World Economic Forums in Davos in den Bündner Bergen teilgenommen. Im Rahmen dessen lud Österreich zu einem Gedankenaustausch über die künftigen Beziehungen zwischen Europa und Zentralasien. Im Besein des Generalsekretärs der OECD, Angel Gurría, sowie hochrangiger Politiker der Region und Vertretern der Wirtschaft betonte Bundeskanzler Werner Faymann wie wichtig es sei, nach der Finanzkrise auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückzukehren. „Zu nachhaltigem Wachstum gehören die Reduktion der Abhängigkeit von Rohstoffen, Investitionen in Bildung und Infrastruktur, die Modernisierung der Industrie sowie die Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe.“

Ein ständiger politischer Dialog und eine

enge wirtschaftliche Kooperation zwischen den beiden Regionen könnten dazu beitragen, dieses auch sozialpolitisch wichtige Ziel rascher zu erreichen. Faymann verwies darauf, daß etwa österreichische Firmen ihr Know-How im Straßen- und Schienenbau, im Tourismus oder in den Erneuerbaren Energien in Zentralasien zur Verfügung stellen können. Umgekehrt profitiere Österreich und Europa, wenn künftig mehr Gas aus Zentralasien über die geplante Nabucco-Pipeline geliefert werde. „Nabucco ist für Europa von strategischer Bedeutung, weil es die Energiesicherheit erhöht.“

Der Bundeskanzler verwies in Davos aber auch auf die Bedeutung von Demokratie und Reformprozessen in der Region: „Die faire Verteilung der Einkommen wird die Entwicklung stabiler Gesellschaften unterstützen.“

Faymann traf in Davos auch zu einem

Gespräch mit der Schweizer Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey zusammen. Beide Regierungschefs betonten in freundschaftlicher Atmosphäre das traditionell gute Verhältnis der Nachbarländer. Gesprächsthemen waren die wirtschaftliche Situation Europas, Lehren, die aus der Wirtschaftskrise zu ziehen sind – vor allem im Bereich der Regulierung der Finanzmärkte –, die Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union sowie mit Österreich im speziellen. Calmy-Rey bekräftigte im Gespräch mit Faymann, daß die Schweiz den „bilateralen Weg“ mit der EU fortsetzen wolle.

Faymann: „Die Schweiz ist mit ihrer ähnlichen Wirtschaftsstruktur wie Österreich auch deswegen so gut durch die Krise gekommen, weil man auch die Klein- und Mittelbetriebe unterstützt und die Kaufkraft der Bevölkerung erhalten hat. Die neuesten Konjunkturprognosen zeigen, daß die

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BKA/HOPI-MEDIA / Bernhard J. Holzner



Bundeskanzler Werner Faymann traf mit der schweizer Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey zu politischen Gesprächen zusammen.

Schweiz wie auch Österreich mit ihren Strategien auf dem richtigen Weg liegen.“ Beide Länder setzen auf Investitionen in Zukunftsbereiche wie Bildung, Wissenschaft und Umwelt. „Diese Übereinstimmung begrüße ich sehr“, so Faymann.

Spindelegger: »Im Juni wird Wien zu Davos«

„Zentralasien, der Südkaukasus und die Schwarzmeerregion zählen zu den politischen und wirtschaftlichen Zukunftsregionen Europas. Da geht es nicht nur um Öl und Gas, diese Länder wollen ihr wirtschaftliches Wachstum auf eine breitere Basis stellen. Alle EU-Länder sind an diesem Raum interessiert. Wir müssen hier einfach schneller sein, denn auch unsere wirtschaftliche Zukunft liegt in diesen Märkten“, erklärte Außenminister Spindelegger am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos.

Erstmals wird am 8. und 9. Juni 2011 das Regional Forum des Schweizer Wirtschaftsforums in Wien stattfinden. Mit den Schwerpunkten Osteuropa und Zentralasien sollen rund 500 Teilnehmer, darunter Staats- und Regierungschefs sowie Vertreter der Wirtschaft und Zivilgesellschaft, gelockt werden. „Wir müssen über den Tellerrand blicken. Um Wien als Drehscheibe und Tor zu Südosteuropa zu stärken, müssen wir unsere Vernetzung mit der Schwarzmeerregion und Zentralasien verdichten“, so Spindelegger weiter, der am 27. Jänner, gemeinsam mit Vertretern der OECD, im Rahmen des „Österreich-Lunches“ in Davos den so genann-

ten Wettbewerbsfähigkeitsindex präsentierte. „Mit der OECD haben wir einen wichtigen Partner an Bord. Sie ist eine Schlüsselorganisation in der Region, die uns Türen öffnet“, so der Außenminister weiter.

Neben dem „Österreich-Lunch“ hat Spindelegger acht bilaterale Treffen mit Staats- und Regierungschefs abgehalten und an mehreren Diskussionsforen teilgenommen. „Wie werden wir unseren Wohlstand in Zukunft aufrecht erhalten und zur selben Zeit weltweit für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen können? Das ist die Kernfrage, um die sich alles dreht. Wie schafft es eine entwickelte, soziale Marktwirtschaft, ein Hoch-

lohnland wie Österreich, in Zukunft seine Stellung in einer Welt zu sichern, deren wirtschaftliche Gravitationsfelder sich verlagern. Ich bin davon überzeugt, daß wir unseren Platz halten und ausbauen können, wenn wir gezielt daran arbeiten“, so Spindelegger. abschließend

Leitl begrüßt Idee eines europäisch-russischen Wirtschaftsraums

Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), begrüßte die vom russischen Präsidenten Dmitri Medwedew in Davos angesprochene Vision eines gemeinsamen europäisch-russischen Wirtschaftsraumes: „Die Europäische Union und Rußland ergänzen sich schon jetzt in vielen Bereichen auf sinnvolle Weise. Rußland war und ist ein natürlicher Partner – eine engere Kooperation würde eine noch stabilere wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung fördern.“ Ein erster sinnvoller Schritt wäre der Abschluß eines Freihandelsabkommens im Hinblick auf einen erweiterten europäischen Wirtschaftsraum als Zukunftsvision.

Die Bedeutung Rußlands für Europa und umgekehrt offenbare sich auch an den bilateralen Handelsbeziehungen am Beispiel Österreichs. Der gegenseitige Außenhandel läuft auf Hochtouren. Im abgelaufenen Jahr legten die österreichischen Exporte nach Rußland um über 20 Prozent und die Importe aus Rußland um rund 50 Prozent zu. Rußland ist Österreichs elft wichtigster Außenhandelspartner, sowohl die Ex- als auch die Importe betreffend. ■

<http://www.wef.gr.ch>



Bundeskanzler Werner Faymann (l.) und Außenminister Michael Spindelegger

Ausdruck späten Bekenntnisses einer moralischen Verantwortung

Außenminister Michael Spindelegger zum zehnjährigen Bestehen des Washingtoner Abkommens – Stuart E. Eizenstat: Die Kenntnis der Wahrheit ist befreiend – NR-Präsidentin Barbara Prammer: Historisches Bewußtsein schaffen



Foto: Pimke / Creative Commons 2.5 Attribution

Die Gedenkstätte sei die bedeutendste internationale Erinnerungsstätte an die Verbrechen der Shoah am Ort eines ehemaligen Vernichtungslagers; ihre Erhaltung für die Nachwelt sei daher insbesondere für Österreich von überragender Bedeutung, erklärten Bundeskanzler Werner Faymann, Vizekanzler Josef Pröll und Außenminister Michael Spindelegger am 1. Feber 2011.

Für das durch das NS-Regime gesetzte Unrecht kann es keine Wiedergutmachung geben. Mit dem Washingtoner Abkommen hat Österreich aber eine sichtbare Geste gegenüber den überlebenden Opfern gesetzt. Das Vertragswerk und seine Umsetzung sind auch Ausdruck unseres Bekenntnisses zu einer moralischen Verantwortung für die Versäumnisse bei den vorherigen Restituten und Entschädigungen“, sagte Außenminister Michael Spindelegger aus Anlaß des 10jährigen Bestehens des sogenannten Washingtoner Abkommens.

Am 17. Jänner 2001 wurde das Washingtoner Abkommen von Österreich, den USA und unter anderen auch von Vertretern der „Conference on Jewish Material Claims Against Germany“, einschließlich des Zen-

tralkomitees der Juden Österreichs in Israel und des „American Council for Equal Compensation of Nazi Victims from Austria“ unterzeichnet. Mit dem Übereinkommen wurde eine abschließende Klärung der diesbezüglichen Rechts- und Entschädigungsfragen erreicht.

Durch das Abkommen wurde der mit 210 Mio. US-Dollar dotierte Allgemeine Entschädigungsfonds eingerichtet. Aufgabe dieses Fonds ist es, die moralische Verantwortung für Vermögensverluste, die Opfer des NS-Regimes in Österreich im Zeitraum von 1938 bis 1945 erlitten haben, durch freiwillige Leistungen anzuerkennen. Bis zum Ende der Antragsfrist am 28. Mai 2003 sind über 20.000 Anträge beim Entschädigungsfonds eingelangt. Nach Abweisung der letz-

ten Sammelklage in den USA und Bekanntmachung des Rechtsfriedens durch die österreichische Bundesregierung am 13. Dezember 2005 hat der Entschädigungsfonds mit den ersten Vorauszahlungen begonnen. Bis Dezember 2010 wurden rund 202 Mio. US-Dollar zur Auszahlung angewiesen.

Weitere 150 Mio. US-Dollar wurden zur Entschädigung für entzogene Mietrechte, Hausrat und persönliche Wertgegenstände zur Verfügung gestellt. Neben diesen, heute so gut wie abgeschlossenen finanziellen Leistungen, hat die beim Allgemeinen Entschädigungsfonds eingerichtete Schiedsinstanz bisher die Rückgabe von Liegenschaften an 81 Antragsteller im geschätzten Gesamtwert von rund 40 Mio. US-Dollar empfohlen. Zusätzlich zu den Leistungen des Allgemei-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles/ Mike Ranz



v.l.: Hans Winkler (Staatssekretär a.D.), Wolfgang Schüssel (Bundeskanzler a.D.), Lilly Sucharipa und Maria Schaumayer (Verhandlungsteam Zwangsarbeiter), Botschafter Stuart E. Eizenstat, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, William C. Eacho (Botschafter der Vereinigten Staaten) und Herbert Pichler (Wirtschaftskammer Österreich)

nen Entschädigungsfonds wurden von Österreich zahlreiche Sozialmaßnahmen zugunsten der NS-Opfer getroffen, wie die Möglichkeit im Ausland Pflegegeld zu beziehen und Leistungen der Pensionsversicherung begünstigt nachzukaufen.

Zuletzt wurde im November des vergangenen Jahres die Einrichtung eines Fonds zur Instandsetzung jüdischer Friedhöfe in Österreich vom Nationalrat beschlossen. „Mit der Erfüllung der Bestimmung, Unterstützung für die Restaurierung und Erhaltung jüdischer Friedhöfe zu leisten, hat Österreich den letzten Schritt zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Washingtoner Abkommen gesetzt“, unterstrich Spindelegger.

Das mit dem Washingtoner Abkommen erzielte Verhandlungsergebnis brachte Österreich letztendlich die „legal closure“, den sogenannten Rechtsfrieden gegenüber anhängigen und zukünftigen Sammelklagen. „Das darf keinesfalls mit einer ‚moral closure‘ verwechselt werden. Eine solche darf und wird es niemals geben. Das bedeutet für mich nicht etwa, die Fortschreibung einer kollektiven Schuld, sondern vielmehr die Verpflichtung, aus den Ereignissen der Vergangenheit zu lernen und in der Zukunft alles zu unternehmen, damit sich derartige Verbrechen niemals wiederholen“, so der Außenminister abschließend.

Vortrag im Parlament

Aus Anlaß des Jahrestages lud Nationalratspräsidentin Barbara Prammer am 17. Jänner gemeinsam mit dem Präsidenten der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik

und die Vereinten Nationen, Bundeskanzler a.D. Wolfgang Schüssel, zu einem Vortrag des damaligen amerikanischen Chefverhandlers und EU-Botschafters, Stuart E. Eizenstat, ins Parlament. Österreich habe mit der Unterzeichnung des „Washingtoner Abkommens“ Verantwortung für die Opfer des Holocaust übernommen, betonte Prammer, die geleisteten Entschädigungszahlungen würden das Land aber nicht davon entbinden, weiter mit aller Anstrengung das Gedenken an die NS-Opfer hoch zu halten.

Österreich hat, wie erwähnt, zugesichert, 210 Mio. US-Dollar für Opfer des Nationalsozialismus bereitzustellen und zu diesem Zweck den Allgemeinen Entschädigungsfonds eingerichtet. Dieser hat seit Aufnahme seiner Tätigkeit fast 21.000 Anträge mit rund 120.000 einzelnen Forderungen im Gesamtausmaß von 1,5 Mrd. \$ bearbeitet. Mittlerweile ist die Arbeit des Fonds fast abgeschlossen: 96 Prozent der Fondsmittel sind ausgezahlt, Betroffene erhielten in der Regel zwischen 10 und 20 Prozent der geltendgemachten Ansprüche. Mit einem weiteren, erst vor kurzem eingerichteten Fonds kommt Österreich der Verpflichtung zur Instandsetzung jüdischer Friedhöfe nach.

Prammer: Historisches Bewußtsein schaffen

Eine der größten Herausforderungen des Allgemeinen Entschädigungsfonds sei es gewesen, nicht nur faire Verfahren zu gewährleisten, sondern auch psychologische Aspekte nicht zu vernachlässigen, betonte Prammer in ihren Begrüßungsworten. Die Schicksale jener, die sich an den Fonds gewandt

hatten, seien sehr mannigfaltig und unterschiedlich gewesen, skizzierte sie. Viele Betroffene seien auch nicht in der Lage gewesen, geltend gemachte Verluste zu dokumentieren, hier sei der Entschädigungsfonds bei der Beschaffung erforderlicher Dokumente hilfreich zur Seite gestanden. Laut Prammer haben sich 30 Prozent der Anträge auf Ausbildungs- und Arbeitsplatzverluste bezogen, 20 Prozent auf liquidierte Unternehmen und 50 Prozent auf andere Arten von Vermögensverlusten.

Abseits der Tätigkeit des Entschädigungsfonds verwies Prammer auf die verstärkten Bemühungen Österreichs in den vergangenen Jahren, Erinnerungsarbeit zu leisten und historisches Bewußtsein zu schaffen, um jedwede Art von nationalsozialistischen Tendenzen zu unterbinden. In diesem Zusammenhang machte sie etwa auf vom Nationalfonds und vom Zukunftsfonds geförderte Schul- und andere Projekte sowie die Demokratiewerkstatt des Parlaments aufmerksam. Österreich müsse seine Anstrengungen auf diesem Gebiet mit aller Kraft weiterführen, betonte Prammer, die Opfer des Holocaust dürften nicht allein gelassen werden.

Schüssel: Erfolgreiche Arbeit von National- und Entschädigungsfonds

Wolfgang Schüssel verwies eingangs seiner Rede darauf, daß der Sitzungssaal des Nationalrats jener Platz sei, an dem eine Reihe von Gesetzen zur Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus einstimmig beschlossen wurde. Sowohl der Allgemeine Entschädigungsfonds als auch der National-

Österreich, Europa und die Welt

fonds hätten erfolgreiche Arbeit geleistet, betonte er. Insgesamt seien 350 Mio. € an Betroffene ausgezahlt worden, nicht nur an Opfer des Holocaust, sondern etwa auch an ehemalige Zwangsarbeiter. Dazu habe Österreich an NS-Opfer bislang 820 Mio. € an Pensionszahlungen und mehr als 120 Mio. € an Pflegegeldzahlungen geleistet.

Großes Lob äußerte Schüssel für Stuart E. Eizenstat. Dieser habe nicht nur mit ihm und seinem Mitarbeiterstab das „Washingtoner Abkommen“ und das Abkommen zur Entschädigung von Zwangsarbeitern verhandelt, Eizenstat sei auch der Vater vieler anderer internationaler Verträge und einer der brillantesten und besten Verhandler, den er je kennengelernt habe, unterstrich Schüssel.

Eizenstat: Österreich leistete Pionierarbeit

Stuart E. Eizenstat nannte das Washingtoner Abkommen eine „Wasserscheide in der neueren österreichischen Geschichte“. Es habe dem österreichischen Volk ein besseres Verständnis seiner eigenen, komplizierten Geschichte während des Zweiten Weltkriegs gegeben und Österreich zu einem weltweiten Führer in der Suche nach Gerechtigkeit für die Opfer der Shoah und andere Nazi-Opfer gemacht. Kein Land sei in dieser Frage schneller und weiter gegangen, seine moralische Verantwortung zu übernehmen und Schlüsse daraus zu ziehen, erklärte der Redner.

Eizenstat gab einen Überblick über die oftmals tragische Geschichte der Juden in der Diaspora, die erst in den USA rechtliche Gleichheit eingeräumt bekamen, wenngleich es selbst dort immer wieder zu Diskriminierungen bis in die 60er-Jahre des 20. Jahrhunderts gekommen sei. In Europa erwies sich die Konferenz von Evian als fatal für die Juden, denn auf diesem Treffen signalisierten die Alliierten dem Dritten Reich, daß sie nichts zur Rettung der Juden unternehmen würden. Evian führte somit direkt zum Wannsee, wo die so genannte „Endlösung der Judenfrage“ von den Nationalsozialisten beschlossen wurde. Lange Zeit hätten sich die Verantwortlichen auf Seiten der Alliierten geweigert, die Wahrheit zur Kenntnis zu nehmen, während in Deutschland nicht weniger als zwölf Millionen Zwangsarbeiter zum Einsatz kamen und millionenfach Juden in Vernichtungslagern ermordet wurden.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wurden diese tragischen Zusammenhänge nicht wirklich aufgearbeitet, weil man dem „Kalten Krieg“ mehr Bedeutung beimaß. Erst der

Prozeß gegen Adolf Eichmann in Israel rückte das Thema wieder ins kollektive Gedächtnis und erwies sich so als ein Wendepunkt in der historischen Aufarbeitung des Holocaust. Nach 1989 gab es wei-

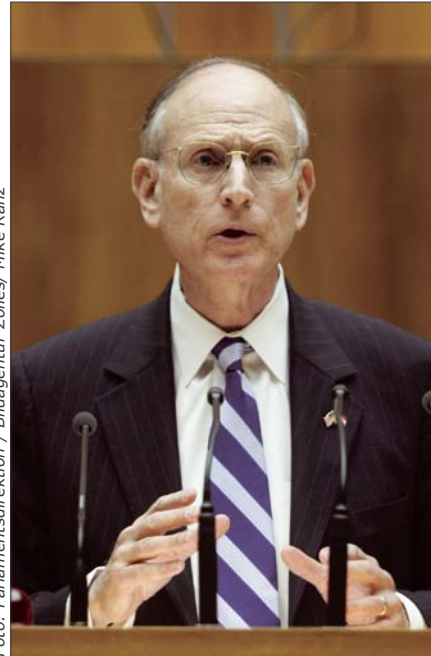


Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles/ Mike Ranz

Botschafter Stuart E. Eizenstat

tere Impulse durch die Öffnung zahlreicher zuvor unzugänglicher Archive.

Eizenstat kam sodann auf die besondere Rolle Österreichs zu sprechen. Hier habe es unmittelbar nach der Okkupation durch Nazi-Deutschland eine „wilde Arierisierung“ gegeben, in der 7000 jüdische Geschäfte liquidiert und zahllose Sportplätze, Schulen und Spitäler ihren Besitzern geraubt wurden. Bereits ab Mai 1938 galten die Nürnberger Rassegesetze, und ein halbes Jahr später wurden im Rahmen der „Reichskristallnacht“ 50 Synagogen niedergebrannt und über 4.000 Geschäfte geplündert. 126.000 Juden war die Flucht aus Österreich gelungen, die übrigen 60.000 wurden von den Nazis in den diversen Lagern ermordet. Bemerkenswert hoch sei dabei der Anteil von Österreichern in der NS-Spitze gewesen, erinnerte Eizenstat bei dieser Gelegenheit.

Nach dem Krieg habe sich Österreich lange Zeit auf seine Rolle als erstes Opfer der NS-Aggression zurückgezogen, und erst die „Waldheim-Affäre“ habe hier zu einem Umdenkprozeß geführt. Als besonders bedeutsam hob Eizenstat die Rede des damaligen Bundeskanzlers Franz Vranitzkys 1991 hervor, in der er sich zu allen Daten und Taten während der Jahre 1938 und 1945 bekannte. Auch den Besuch des damaligen Bundespräsidenten Thomas Klestil in Israel

würdigte der Vortragende. Die Schaffung des Nationalfonds und die Einsetzung einer Historikerkommission hätten die Bemühungen Österreichs gezeigt, mit seiner Geschichte ins Reine zu kommen.

Österreich habe damit Pionierarbeit geleistet und sei zum Vorbild für viele andere Staaten geworden, unterstrich Eizenstat. Insbesondere ging er dabei auf die Bemühungen des seinerzeitigen Kanzlers Wolfgang Schüssel ein, während dessen Amtszeit durch das Abkommen von Washington nachhaltige Resultate gezeitigt werden konnten. Dabei sei die Geldleistung weniger wichtig gewesen als das Zeichen der Anerkennung. Österreich habe damit gezeigt, daß es seine Lektion aus der Geschichte gelernt habe, die Opfer ehre und sich ihrer erinnere. Damit werde es möglich sein, künftig eine solche Entwicklung, wie sie zwischen 1933 und 1945 stattfand, verhindern zu können, und daran habe Österreich seinen Anteil, anerkannte Eizenstat. Die Kenntnis der Wahrheit mag schmerzvoll sein, sie sei aber auch befreiend, ermögliche sie doch, aus ihr für die Zukunft zu lernen. Das habe Österreich getan, und dazu gratuliere er ihm, schloß der Redner.

Zwei Wochen später, am 1. Februar 2011, brachte der Ministerrat einen Beitrag Österreichs zur Sanierung und Erhaltung der Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau auf den Weg. Insgesamt sechs Millionen Euro sollen, so hieß es, ab 2012 zur Verfügung stehen. Der grundsätzliche Beschluß war schon vergangenes Jahr getroffen worden, heuer sollen die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden. hatte die Regierung sich schon im Vorjahr grundsätzlich festgelegt. Polen hatte sich an mehr als 20 Staaten mit der Bitte gewandt, eine für die Generalsanierung der Gedenkstätte gegründete internationale Stiftung finanziell zu unterstützen. Bisher gibt es Zusagen etwa von Deutschland in der Größenordnung von etwa 60 Mio. Euro, von den USA rund 11 Mio. Euro.

Die Gedenkstätte sei „die bedeutendste internationale Erinnerungsstätte an die Verbrechen der Shoah am Ort eines ehemaligen Vernichtungslagers; ihre Erhaltung für die Nachwelt ist daher insbesondere für Österreich von überragender Bedeutung“, erklärten Bundeskanzler Werner Faymann, Vizekanzler Josef Pröll und Außenminister Michael Spindelegger. Ohne Sanierung aber sei dessen Bestand gefährdet.

<http://www.auschwitz.org.pl>

Zwei Jahre erfolgreiches Engagement für den Frieden

Der Außenminister zog eine positive Bilanz über die österreichische Sicherheitsratsmitgliedschaft 2009/10



Foto: BMeIA / Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA

Außenminister Michael Spindelegger nahm am 26. Oktober 2010 an der UN-Sicherheitsratssitzung in New York zum Thema *Frauen, Frieden und Sicherheit* gemeinsam mit US-Außenministerin Hillary Rodham Clinton teil (beide Bildmitte oben).

Mit dem Jahreswechsel 2010/2011 ging die Mitgliedschaft Österreichs im UNO-Sicherheitsrat zu Ende. Zwei Jahre lang hat Österreich als gewähltes Mitglied des UN-Sicherheitsrates Verantwortung für die Erhaltung von internationalem Frieden und Sicherheit getragen. „Die Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat war vor allem ein Dienst an der Weltgemeinschaft und bedeutete ein enormes Arbeitspensum und eine große Herausforderung für das gesamte Außenministerium. Gleichzeitig hat Österreich die Chance genutzt, sich mit eigenständigen Schwerpunkten und thematischen Initiativen einzubringen und in konstruktiver und vermittelnder Weise zur Arbeit des Sicherheitsrates beizutragen“, zog Außenminister Michael Spindelegger Bilanz über die zu Ende gegangene österreichische Sicherheitsratsmitgliedschaft 2009/10.

„Unser Engagement hat sich gelohnt. Wir haben unsere Prioritäten konsequent verfolgt und bewiesen, daß auch nichtständige Mitglieder einen nachhaltigen Beitrag leisten können. In den letzten Wochen haben wir

dafür von vielen Seiten Lob und Anerkennung erhalten. Wir können mit Zufriedenheit auf unsere Arbeit im Sicherheitsrat zurückblicken“, hielt der Außenminister resümierend fest. Mehr als 100 Resolutionen, sowie fast 150 Vorsitz- und Presseerklärungen mußten in annähernd 600 formellen und informellen Sitzungen beraten und erarbeitet werden. Spindelegger war in den zwei Jahren selbst achtmal in New York, um an Sicherheitsratssitzungen teilzunehmen. Dank intensiver Vorbereitung und guter Netzwerkarbeit, ist in zahlreichen Resolutionen und Dokumenten des Sicherheitsrates heute eine „österreichische Handschrift“ zu erkennen.

Fingerspitzengefühl gefordert

Gleich zu Beginn seiner Mitgliedschaft war Österreich im Sicherheitsrat mit der Gaza-Krise konfrontiert, die besonderes Fingerspitzengefühl erforderte. „In den Verhandlungen zur Beendigung der Kampfhandlungen und zur Ermöglichung humanitärer Hilfe konnten wir zu einer Verständigung zwischen den arabischen Staaten und

den P5 im Sicherheitsrat beitragen. In der Folge gelang es trotz anfänglich großer Auffassungsunterschiede eine gemeinsame Resolution zu verabschieden“, unterstrich Spindelegger. Dieses österreichische Engagement fand während der gesamten Mitgliedschaft seine Fortsetzung, etwa bei den Krisen in Sri Lanka, auf der koreanischen Halbinsel, im Iran, Sudan und im Kongo.

Einer der Höhepunkte der Mitgliedschaft war zweifellos die einstimmige Annahme der Resolution 1894 zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten während des österreichischen Vorsitzes im November 2009. Die Resolution 1894 bekräftigt die an alle Konfliktparteien gerichtete Forderung zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte. Das Herzstück sind konkrete Maßnahmen zum besseren Schutz von ZivilistInnen durch UN-Blauhelme, wobei Österreich seine eigenen Erfahrungen als langjähriger Truppensteller eingebracht hat. „Dadurch konnten wir einen substanziellen Beitrag leisten, der die Arbeit der UN-Friedensmis-

Österreich, Europa und die Welt

sionen weltweit in Zukunft beeinflussen wird“, zeigte sich der Außenminister zufrieden.

UN-Friedenseinsätze

In weiterer Folge engagierte sich Österreich dafür, daß die Bestimmungen der Resolution 1894 in die Verlängerung der Mandate von UN-Friedenseinsätzen einfließen. Bei einer Reihe von UN-Einsätzen konnte der Schutz der Zivilbevölkerung als Kernaufgabe verankert bzw. weiter ausgebaut werden. Die massiven Übergriffe auf die Zivilbevölkerung – vor allem auf Frauen und Kinder – im Kongo sowie die aktuellen Entwicklungen in der Elfenbeinküste machen neuerlich deutlich, daß der Schutz der Zivilisten immer mehr zu einer Kernaufgabe der UN-Missionen wird und ein wesentliches Element der öffentlichen Bewertung des Erfolges solcher Einsätze ist. „Die immer wieder auftretenden schockierenden Übergriffe in Konfliktregionen machen deutlich, daß hier konkreter Handlungsbedarf besteht. Wir werden in unseren Bemühungen zur Verbesserung des Schutzes der Zivilbevölkerung auch nach Beendigung unserer Mitgliedschaft im Sicherheitsrat nicht nachlassen“, so der Außenminister.

Zugang zum Recht

„Daß alle Menschen gleichen Zugang zu Recht und Rechtssprechung haben und sich auf die Anwendung von Gesetzen verlassen können, ist keineswegs selbstverständlich. Wir haben daher die Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit und die Herrschaft des Rechts zu klaren Schwerpunkten unserer Mitgliedschaft gemacht“, so Spindelegger. Dieses „Leitmotiv“ wurde konsequent auf allen Arbeitsebenen verfolgt: Als Vorsitz des Al-Kaida/Taliban-Sanktionenkomitees hat Österreich etwa eine Initiative für mehr Objektivität und Transparenz der UNO-Terroristenlisten durchgesetzt. Diese Liste von rund 500 Personen und Organisationen, die in Verbindung mit Al-Kaida oder den Taliban gebracht werden und daher Sanktionen unterworfen sind, stellt ein zentrales Instrument der UNO in der Terrorismusbekämpfung dar. Auf österreichische Initiative wurde die Funktion einer Ombudsperson geschaffen. Damit wurde erstmals Personen, die auf dieser UNO-Terrorliste aufscheinen, die Möglichkeit eingeräumt, Einspruch bei einer unabhängigen Instanz zu erheben und eine unabhängige Überprüfung zu verlangen. Im Juni 2010 wurde die kanadische Richterin Kimberly Prost zu ersten

Ombudsfrau für die Terrorliste ernannt. „Mit dieser Resolution ist es uns gelungen, eine Lücke im internationalen Rechtsschutz zu schließen und die Geltung der Menschenrechte in diesem sensiblen Bereich zu stärken“, so Spindelegger.

Ebenfalls unter österreichischem Vorsitz konnte in der Arbeitsgruppe für internationale Straftribunale ein wichtiger Erfolg im



UN-Sicherheitsrat: US-Außenministerin Hillary Rodham Clinton und Außenminister Michael Spindelegger

Kampf gegen die Straflosigkeit erreicht werden: Die von Österreich ausgearbeitete Resolution 1966 ermöglicht die Weiterführung der Arbeit der UNO-Straftribunale für Jugoslawien und Ruanda und stellt so sicher, daß Kriegsverbrecher weiterhin gesucht und vor Gericht gestellt werden.

Schutz der Frauen

Ein besonderes Anliegen Österreichs war es auch, konkrete Maßnahmen zum Schutz von Frauen in Konflikten und zur Stärkung ihrer Rolle in Friedensprozessen zu setzen. „Frauen stellen 50 Prozent unserer Gesellschaft. Friede, Sicherheit und Fortschritt sind auf Dauer nicht möglich, wenn die Hälfte der Gesellschaft ausgeblendet wird. Frauen müssen überall auf der Welt frei von Gewalt und Unterdrückung ihren Lebensweg selbst bestimmen und an politischen Entscheidungen teilhaben können“, betonte der Außenminister. Österreich hat auch die Forderung unterstützt, Gewalt gegen Frauen effektiver zu verhindern, sowie die Täter einer gerechten Strafe zuzuführen. Durch die Ernennung von Margot Wallström zur ersten

Sondergesandten des UN-Generalsekretärs für sexuelle Gewalt wird diesem Thema künftig mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Österreich als UNO-Amtssitz

„Mein erklärtes Ziel war es auch, die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat zu nützen, um Österreich als Drehscheibe für den internationalen Dialog und als UNO-Amtssitz zu stärken. Wenn wir eine rückblickende Bilanz der vergangenen zwei Jahre ziehen, ist uns da einiges gelungen“, betonte Spindelegger. Mit der Ansiedlung eines UNO-Liaisonbüros für Abrüstungsfragen (UNODA) in Wien und eines sicherheitspolitischen Think-Tanks, des Wiener Zentrums für Abrüstung und Non-Proliferation, wird Wien als Kompetenzzentrum für Abrüstung und nukleare Sicherheit weiter gestärkt. Der UN-Retreat in Alpbach, der in der Zwischenzeit schon ein Fixpunkt im jährlichen UN-Kalender geworden ist, trägt zur Internationalität Österreichs ebenso bei wie die Eröffnung der Internationalen Anti-Korruptionsakademie in Laxenburg und der Verbindungsbüros der Internationalen Organisation für Migration und des Internationalen Friedensinstituts.

Österreich hat sich im Sicherheitsrat auch bewußt als Bindeglied zur Europäischen Union verstanden und immer engen Kontakt mit Brüssel und der Hohen Vertreterin Catherine Ashton gehalten. Zudem hat sich Österreich konsequent für eine Stärkung der EU im Rahmen der Vereinten Nationen eingesetzt – ein Thema, bei dem noch einiges an Überzeugungsarbeit in der UNO notwendig ist. Daß Catherine Ashton vergangenen Mai erstmals an einer Sicherheitsratssitzung teilnehmen konnte, ging beispielsweise auf eine österreichische Initiative zurück.

Arbeit bleibt Säule der Außenpolitik

Auch nach dem Ende der Mitgliedschaft im Sicherheitsrat wird die Arbeit in den Vereinten Nationen eine Säule der österreichischen Außenpolitik bleiben: „Unsere Arbeit ist mit dem Abschluß der Mitgliedschaft Österreichs im Sicherheitsrat nicht zu Ende. Wir werden die Expertise und die Netzwerke, die wir in den letzten zwei Jahren aufgebaut haben, weiter nützen, wie etwa im Sudan oder im Nahen Osten. Auch die Arbeit zur Stärkung des Schutzes von ZivilistInnen in Konfliktsituationen werden wir konsequent fortsetzen. Dazu werden wir auch unsere angestrebte Mitgliedschaft im UNO-Menschenrechtsrat nützen“, so der Außenminister abschließend. ■

Wien im Fokus

Was viele Wienerinnen und Wiener gar nicht mehr bemerken, weil es ihnen selbstverständlich ist, findet im Ausland große Anerkennung.



Foto: RK / Ismail Gökmén

Wien im Fokus internationalen Interesses: Bürgermeister Michael Häupl (4.v.r.) empfing türkische Sportjournalisten im Rathaus.

Die vielen Straßenbahnen und eine U-Bahn, die am Wochenende rund um die Uhr fährt, der soziale Wiener Wohnbau, das berühmte Wiener Wasser, die unzähligen Kulturangebote – und allgemein: die hohe Lebensqualität der Stadt. Was viele WienerInnen gar nicht mehr bemerken, weil es ihnen selbstverständlich ist, findet im Ausland große Anerkennung. Daher kommen auch immer mehr internationale JournalistInnen nach Wien, um über kommunale Themen zu berichten. 2010 waren KollegInnen aus Deutschland, Frankreich, Italien und der Türkei in Wien. Auch in China, Japan, in Korea, Rußland und in Mexiko interessiert man sich für die Bundeshauptstadt.

Wien punktet international

Inhaltlich ging es dabei um ein breites Themenfeld: Um den Bereich Umweltschutz (hier haben etwa die Wiener Bäder für ihre vorbildlichen Maßnahmen mehrere internationale Preise bekommen) und auch die Wiener Linien und Wohnbauträger hatten Gelegenheit, sich international zu präsentieren. Man interessierte sich auch für Maßnahmen der Wiener Jugend- und Sozialpolitik und für das Thema Migration. Und selbstverständlich ging es immer wieder um die Wiener Lebensqualität allgemein, d.h. um die Wiener Küche sowie um Freizeitaktivitäten, größere und kleinere Veranstaltungen der Sport- und Kulturstadt Wien. 2010 auch aktuell: Die Volksbefragung und die Wiener Gemeinderatswahl.

Die Medien dieser Länder, die über Wien berichten, erreichen via Satellit viele Mil-

lionen Menschen. Der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien hat 2010 mehr als 200 internationale JournalistInnen mit Informationen versorgt. Die Stadt Wien kooperiert hier mit unterschiedlichen Kultureinrichtungen wie den Wiener Festwochen, dem Konzerthaus und dem Museumsquartier, aber auch mit dem Wiener Riesenrad und verschiedenen Firmen oder anderen Einrichtungen wie WienTourismus oder dem Bundespressedienst.

Konkrete Beispiele aus dem vergangenen Jahr

Im Dezember befand sich ein Team von „Studio B“ aus Belgrad in Wien, das für einen mehrteiligen Städtevergleich Belgrad- Bratislava-Budapest-Wien drehte. Schwerpunkt der Sendungen, die sowohl von der EU als auch von der BBC kofinanziert wurden, lag auf den Themen Stadtverkehr, Jugend/Ausbildung, Junge Unternehmer/Förderungen, Soziale Versorgung und Umweltschutz.

Ebenfalls im Dezember befand sich ein Team des zu Televisa gehörenden mexikanischen Kanals Galavision in Wien. Gedreht wurde für das Abendprogramm „TV de Noche“, eines der drei meist gesehenen und erfolgreichsten mexikanischen Fernsehprogramme, das regelmäßig 10 Millionen Menschen in ganz Mexiko und den USA erreicht. Hier wurde die Wiener Küche, unterschiedliche Wiener Betriebe (Leschanz Schokoladen; Staud's Marmeladen; Kaffeerösterei Alt Wien; Heuriger Zahel), Weihnachtsmärkte sowie Sehenswürdigkeiten und die Stadt allgemein präsentiert.

Mehrmals waren 2010 wichtige türkische Medien in Wien zu Besuch. So befand sich im Mai eine Gruppe JournalistInnen aus Izmir in Wien. Sie kamen von zwei TV-Sendern und vier Printmedien, u.a. den größten und wichtigsten Tageszeitungen der Region Izmir mit rund 10 Millionen EinwohnerInnen. Top-Thema in der Berichterstattung war eine ausführliche Präsentation der Wiener Linien, da derzeit in einigen großen türkischen Städten, so auch in Izmir, Planungen für den Ausbau von U- und Straßenbahnlinien vorgenommen werden und das Wiener Modell von großem Interesse war. Anlässlich des Matches Besiktas-Rapid befanden sich Ende September sechs türkische Sportjournalisten in Wien, die sich auch kommunalen Themen widmeten.

Im Dezember konnte eine 1,5-stündige Live-Diskussion aus der Hauptbücherei Wien von mehreren Millionen Menschen verfolgt werden, die der staatliche türkische Fernsehsender TRT übertragen hatte. Über kurze Einspielungen, die weihnachtlich beleuchtete Einkaufsstraßen und Weihnachtsmärkte, den Blick über Wien aus einem Waggon des Riesenrads u.v.m. zeigten, konnten sich mehr als 85 Millionen türkischsprachige Menschen von den schönen Seiten der Stadt überzeugen. Die Betreuung der internationalen Medien ist für Wien in doppelter Weise förderlich: Einerseits geht es um Imagebildung im internationalen Bereich (nicht zuletzt auch im Kontext ökonomischer Interessen). Andererseits hilft der Blick nach außen, Wien auch zukünftig als offene Stadt zu gestalten. ■

<http://www.wien.gv.at>

Österreichs Beitrag zur 54. Biennale di Venezia 2011

Präsentation durch Kulturministerin Claudia Schmied und Kommissärin Eva Schlegel – Markus Schinwald mit einer Einzelschau im österreichischen Pavillon

Eva Schlegel ist eine international renommierte, ausstellungserfahrene Künstlerin und ausgezeichnete Kennerin der in- und ausländischen Kunstszene. Zwei Mal war sie auf der Biennale di Venezia als Künstlerin vertreten. Mit ihrer Auswahl des Künstlers und mit der von ihr initiierten Plattform Approaching Venice hat Eva Schlegel als Kommissärin des österreichischen Pavillons bereits jetzt die Weichen gestellt für einen erfolgreichen Österreichauftritt in diesem Sommer bei der 54. Biennale di Venezia, betonte Kulturministerin Claudia Schmied bei der Präsentation des österreichischen Beitrags zur 54. Biennale di Venezia 2011 in der gemeinsamen Pressekonferenz mit Eva Schlegel.

Die älteste und bedeutendste Kunstbiennale weltweit

Die Biennale di Venezia ist die älteste und bedeutendste Kunstbiennale weltweit und ein anerkannter Gradmesser in der Kunstwelt für das Aufspüren von aktuellen Tendenzen in der Kunst. Sie findet heuer zum 54. Mal vom 4. Juni bis 27. November 2011 unter dem Generalthema ILLUMInations statt. In diesem Jahr finanziert das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur mit 400.000 Euro die Konzeption, Organisation und Durchführung der Ausstellung im österreichischen Pavillon.

Eva Schlegel erfährt mit ihren künstlerischen Positionen eine international vielbeachtete Rezeption und war bereits 1990 (44. Biennale di Venezia / Aperto, Kurator



Foto: HBE / Harald Minich

v.l.: Kulturministerin Claudia Schmied, Markus Schinwald und Biennale- Kommissärin Eva Schlegel

Harald Szeemann) und 1995 (46. Biennale di Venezia / The Media Pavilion, Kommissär Peter Weibel) als Künstlerin mit Beiträgen auf der Biennale di Venezia vertreten. Neben ihrer umfangreichen künstlerischen Tätigkeit hat Eva Schlegel auch als Kuratorin zahlreiche Ausstellungen durchgeführt, welche widerständige und auch jüngere Positionen in den Fokus der Betrachter stellten. Seit Juni 2008 ist Eva Schlegel Vorsitzende des Universitätsrats an der Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz. Neben zahlreichen Einzel- und Gruppenaus-

stellungen ist Eva Schlegel auch durch ihre architektonischen Interventionen bekannt.

Markus Schinwald im österreichischen Pavillon

Österreich wird bei der diesjährigen Biennale di Venezia durch den 1973 in Salzburg geborenen und heute in Wien und Los Angeles lebenden und arbeitenden Künstler Markus Schinwald vertreten. „Markus Schinwald hat vorwiegend im Ausland – u. a. in Zürich, Frankfurt, Brüssel und Budapest – erfolgreich komplexe Installationen in ver-

Foto: Miklós Surányi / Műcsarnok Kunsthalle Budapest



Ausstellungsansicht »Markus Schinwald: Pocket History«, Műcsarnok Kunsthalle Budapest, Budapest 2009

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Margherita Spiluttini / Augarten Contemporary



Ausstellungsansicht: »Markus Schinwald, Augarten Contemporary«, Wien 2007

schiedenen Museen und Kunstinstitutionen realisiert und kann auf ein umfangreiches Œuvre zurückgreifen. In seinen Arbeiten verbindet er performative mit bildnerischen, skulpturalen, filmischen und architektonischen Elementen. Subtil spürt Markus Schinwald Dispositiven der Kontrolle, Disziplinierung und Selbstkorrektur nach. Sie schreiben sich in den menschlichen Körper ein, formen, durchdringen ihn und werden als psychologisch aufgeladene Innenwelten wieder an der Körperoberfläche sicht- und spürbar“, begründet Kommissärin Eva Schlegel ihre Wahl des Künstlers.

Schinwalds Arbeiten gehen über die visuelle Wahrnehmung hinaus und verdichten jenen Moment, in dem die rationale Verfügbarkeit über den Körper erlischt. Dies zeigt sich besonders deutlich bei den Überarbeitungen der teilweise auf Auktionen ersteigerten bzw. in Antiquitätenläden oder auf Flohmärkten erworbenen Porträts, Lithografien und Akte des 19. Jahrhunderts: Der Künstler gleicht seine Eingriffe dem Original stilistisch so sehr an, daß man den Eindruck hat, sie seien schon immer vorhanden gewesen.

„Ich freue mich, daß die Wahl mit Markus Schinwald auf einen herausragenden Künstler der jüngeren Generation gefallen ist. Markus Schinwald ist ein vielseitiger Künstler, der mit seinen Performances, Filmen und Skulpturen ebenso zu überzeugen vermag wie mit seiner Malerei und seinen Installationen. Ich vertraue darauf, daß die Arbeit von Markus Schinwald für den österreichischen Pavillon hohe Reputation für Österreich in der Kunstwelt erzeugen wird“, so Kulturministerin Claudia Schmied.

In seinem Beitrag zur Biennale di Venezia 2011 setzt sich Markus Schinwald mit dem von Josef Hoffmann 1934 geschaffenen österreichischen Pavillon, einem der markantesten Gebäude in den Giardini, und dessen Umgebung auseinander.

Im Kontext von Bice Curigers Generalthema ILLUMInations verhandelt Markus Schinwald die Darstellung und Manipulation von Raum, Zeit, Licht und Schatten. Er verändert nicht nur die Erfahrung des Raums durch ein Moment der Störung zwischen Sichtbarem und Verborgenen, sondern beläßt und thematisiert auch Architektur und Geschichte des Pavillons in all ihren Brüchen, Rissen und Fehlstellen und schafft es

somit, Abgründiges gesellschaftspolitisch zu visualisieren.

Approaching Venice

Um die Diskussion über die zu einem medialen Großereignis gewordene Kunstbiennale Venedig zu bereichern, werden ab 26. Jänner 2011 im Abstand von zwei Wochen neun Interviews mit international bekannten KünstlerInnen, MuseumsdirektorInnen, KuratorInnen, ArchitektInnen und KritikerInnen, SammlerInnen und GaleristInnen über die Website www.labiennale.at veröffentlicht. Diese von Eva Schlegel initiierte Videoplattform trägt den Titel Approaching Venice (Annäherung an Venedig) und setzt sich kritisch aus verschiedenen Perspektiven mit der Geschichte der Biennale di Venezia auseinander.

Seit 26. Jänner ist das erste Interview mit Jörg Heiser, Mitherausgeber des internationalen Kunstmagazins „frieze“ und derzeit Gastprofessor an der Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz, als Video über <http://www.labiennale.at> und via Facebook abrufbar. Für Smartphones werden die Interviews auf YouTube gestreamt.

Zur Unterstützung aller österreichischen Beiträge der Architektur- und Kunstbiennalen in Venedig in ihrem kulturwissenschaftlichen Bildungsauftrag wurde auf Initiative von Eva Schlegel außerdem der Förder- und Forschungsverein Biennale Venedig gegründet. Er soll Forschungstätigkeiten, Vorträge und Symposien ermöglichen sowie die Erstellung eines digitalen Archivs zum österreichischen Pavillon. ■

Foto: Margherita Spiluttini / Augarten Contemporary



Ausstellungsansicht: »Markus Schinwald, Augarten Contemporary«, Wien 2007

Fest der Ungarndeutschen

15. Festgala am Tag der Ungarndeutschen
Selbstverwaltungen im Kongreßzentrum Budapest

Von Manfred Mayrhofer.

Alle Fotos: Landesratsforum Budapest



Die Willander Jugendkapelle bei der Landesgala im vollbesetzten Konzertsaal des Budapester Kongreßzentrums

Am 8. Januar, am Tag der Ungarndeutschen Selbstverwaltungen, fand zum 15. Mal die Festgala statt, an der die besten ungarndeutschen Kulturgruppen und Solisten ein niveauvolles Programm präsentierten. Wie gewohnt, wurde die Landesgala im Budapester Kongreßzentrum veranstaltet.

Im Foyer des Kongreßhauses wurde die aus allen Ecken Ungarns herbeiströmenden Gäste von der „Heimattöne“ Kapelle aus Schemling mit donauschwäbischen Weisen begrüßt.

Nach dem Abspielen der Ungarischen Hymne und der Volkshymne der Ungarndeutschen, musikalisch von der Roger Schilling Blaskapelle (Paks) und der Willander Jugendkapelle vorgetragen, begleitet vom Wagenhoffer Frauenchor (Tscholnok) und dem Chor der Grundschule Bohl. Im vollbesetzten Konzertsaal begrüßte Otto Heinek die anwesenden Mitglieder der MSVs und alle anwesenden Gäste. Darunter befanden sich auch Vertreter Österreichs, wie Andrea Nasi (erster Botschaftsrat an der österreichi-

schen Botschaft in Budapest) mit Familie und Klaus Loderer (Vorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn), die Vertreter der Deutschen aus Ungarn, außerdem auch Vertreter der politischen Parteien und Abgesandte der deutschen Botschaft.

Otto Heinek drückte in seiner Festrede unter anderem all jenen seinen Dank aus, die sich trotz aller Hindernisse für das Heute



Die Kindertanzgruppe des Kränzlein Volkstanzvereins aus Bonnhard

und Morgen des Ungarndeutschums engagieren. In der Rede, die auch im Vorfeld der Wahlen zu sehen war, meinte er daß es nicht egal sei, wie stark die politische Legitimität der Interessenvertretung wäre.

Auf den geistig-kulturellen Beitrag der von ihm als „Aushängeschilder des Deutschums in Ungarn“ bezeichneten Ungarndeutschen Franz Erkel und Imre Steindl verwies der Festredner der Veranstaltung Tibor Navracsics, Minister für Öffentliche Verwaltung und Justiz, in seiner Festrede. Ungarn habe „erfolgreich sein können, als es offen war“ und Ansiedler aufnahm. Der stellvertretende Ministerpräsident sprach über seine Vorfahren mütterlicherseits, Ungarndeutsche aus Herend, und erinnerte an die Vertreibung eines Großteils der Familie in die ehemalige DDR. Es sei eine Ehre, Ungarndeutsche als Freunde, Bekannte oder Nachbarn zu haben. Ihre positiven Eigenschaften kenne schließlich jeder. „Wir haben eine gemeinsame Kultur, eine gemeinsame Geschichte und eine gemeinsame Zukunft“, endete Navracsics.

Bei der Gala werden jedes Jahr die Valeria-Koch-Preise für Mittelschüler und Studenten, die einen lobenswerten Beitrag für das Ungarndeutschtum geleistet haben,

*) Manfred Mayrhofer ist, gemeinsam mit Franz Heilig, für die Herausgabe des Mitteilungsblattes des Landesrates Ungarndeutscher Chöre, Kapellen und Tanzgruppen verantwortlich und lebt in Budapest.

Österreich, Europa und die Welt



Einige der Ehrengäste im Budapester Kongreßzentrum

sowie die höchste Auszeichnung der Ungarndeutschen, die Ehrennadel in Gold für das Ungarndeutschtum, die für besondere Verdienste um das Ungarndeutschtum vergeben wird überreicht.

Die Vielfalt und die Farbenpracht der ungarndeutschen Kultur zeigte die 15. Landesgala der deutschen Minderheitensebstverwaltungen. Die Gala wird auch deshalb veranstaltet, um den Reichtum der ungarndeutschen Kultur unter Beweis zu stellen, um aus ihr Motivation zu schöpfen und das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Volksgruppe zu stärken. Nun zeigten die besten Kulturgruppen des Landes ihr Können bei einem niveaullollen Kulturprogramm. Die Willander Jugendblaskapelle spielte unter Leitung

von Georg Ahmann auf. Für die Deutsche Bühne Ungarn rezitierte Intendantin Ildiko Frank ein Gedicht von Valeria Koch. Der Wagenhoffer Frauenchor unter Leitung von Theresia Mayer sang Tscholnoker Lieder. Auch die Kindertanzgruppe des Kränzlein Volkstanzvereins aus Bonnhard unter Leitung von Erzsébet Peitler-Ferencz entzückte das Publikum. Die Blaskapelle Roger Schilling aus Paks unter Leitung von Josef Fricz begeisterte das Publikum mit einem Marsch und einer Polka. Der Chor der Grundschule Bohl sang drei ungarndeutsche Volkslieder (Leiterin: Marte Bagány-Máthé). Unter dem Titel „Erbe der Großeltern“ (wiederum gut von Frau Ibolya Hock-Engländer zusammengestellt) trugen drei Preisträger der Landes-

rezitationswettbewerbe vor. Von Dominik Mayer (Tscholnok), Emanuel Hedrich (Tschaltali) und Ingrid Manz (Baje) hörten wir ihre preisgekrönten Mundarttexte. Auf der Knopfharmika wurden sie von Szilvia Bede (Fünfkirchen) begleitet. Der fulminante Endpunkt der Landesgala war die „Nadascher Hochzeit“, die vom Volkskunstensemble Nadasch dargestellt wurde.

Dank der Choreographie von Anton Schram wurde die Tradition schwäbischer Hochzeiten auf der Bühne lebendig. 20 Tanzpaare, drei Generationen, boten eine bunte Mischung aus Tanz, Gesang, Musik und Text dar, die das Publikum bis zum Schluß fasziniert hatte. Der fast nicht endenwollende Applaus war der verdiente Lohn für alle Künstler. Das Ensemble unter Leitung von Susanne Hernest-Hajdú wird uns noch lange in guter Erinnerung bleiben. Gute Stimmung herrschte lange nachher auch im Foyer, wo die Heimattöne Kapelle aus Schmeling unter Leitung von Nándor Berendi zum Tanz aufspielte.

Die Landesgala wurde wieder einmal von einem reichen und niveaullollen Programm umrahmt, das den Abgeordneten und den Festgästen erneut belegte, zu welchen kulturellen Spitzenleistungen die Ungarndeutschen in der Traditionsbewahrung fähig sind. Auch dies trug dazu bei, daß die 15. Landesgala wieder zukunftsorientiert verlief und selbst in Krisenzeiten die eigene Kraft und das eigene Vermögen in den Vordergrund stellte, anstatt die zu erwartenden Schwierigkeiten zu betonen.

Dies ist wohl der größte Dank, den alle engagierten Ungarndeutschen für ihre Arbeit erhalten können. Nach der Gala der Minderheitensebstverwaltungen zog es uns, wie jedes Jahr, hinaus nach Tekele/Tököl um am traditionellen Schwabenball teilzunehmen.

Wir fanden einen überfüllten Saal vor wo uns schon unsere Freunde aus Hanselbeck/Erd, Tschip, Harast und Ujfluch erwarteten.

Zur Unterhaltung des Publikums spielte Laszlo Kreis mit seinen „Inselbuam“ auf. Als Kulturprogramm wurden aufgeboden der Deutsche Chor aus Tekele, die Tanzgruppen der Musik und Kunstschule aus Tekele, sowie die „Überraschungstanzgruppe“ aus Tschip. So war gute Unterhaltung und tolle Stimmung garantiert. Das Tanzparkett wurde nie leer, Kreis und seine „Buam“ spielten ungarndeutsche Musik vom Feinsten und wurden so ein Garant, daß der Abend zum vollen Erfolg wurde.

<http://www.landesratforum.de>



Der fulminante Endpunkt der Landesgala war die »Nadascher Hochzeit«, die vom Volkskunstensemble Nadasch dargestellt wurde.

Österreich(er) im Ausland – quo vadis?

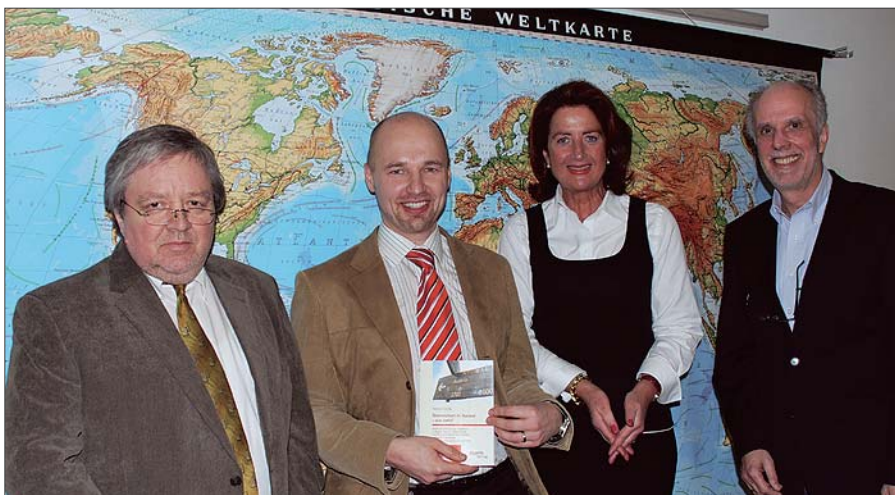
Reisen in mehr als 50 Länder und mehrjährige Aufenthalte im Ausland waren die Grundlage für eine überaus interessante Dissertation am Institut für Geographie und Raumforschung an der Karl-Franzens-Universität Graz.

Seit 15 Jahren beschäftigt sich der gebürtige Kärntner Helmut Tomitz, Absolvent des Instituts für Geographie und Raumforschung an der Karl-Franzens-Universität Graz, mit dem Thema „AuslandsösterreicherInnen“. Nach Reisen, die ihn in mehr als 50 Länder der Welt führten – in manchen von ihnen hielt er sich über Monate auf, auch in Australien – hat er im Frühling 2010 seine Dissertation mit dem Titel „Multikulturalismus und Migration zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Eine Identitätsanalyse der Persistenz kultureller Eigenheiten österreichischer Auslandssemigranten in Lateinamerika am Beispiel Argentinien“ fertiggestellt.

Es kommt selten vor, daß „der Auslandsösterreicher“ Gegenstand derart minutiöser wissenschaftlicher Arbeit wird, noch seltener ist es wohl, daß jemand, wie Autor Helmut Tomitz, mit soviel Verständnis und Zuneigung an dieses Thema herangeht. Das war wohl auch der Grund dafür, daß er aus seiner Zeit der Recherchen viele Freunde in sein „neues Leben“ als Lehrer an einem Grazer Gymnasium mitgenommen hat.

Hauptaugenmerk der vorliegenden Arbeit hat Tomitz auf unsere Landsleute in Lateinamerika gesetzt, wobei er die Gruppe jener österreichischen Emigranten erforscht, die Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg und aus freiem Willen verlassen haben. Um ein weitreichendes Bild zu zeichnen, hat der Autor auch Eindrücke jener ÖsterreicherInnen in seine Studien aufgenommen, die nur kurz in den untersuchten Regionen wohnhaft sind beziehungsweise waren, beispielsweise Schüler und Studenten bzw. Kontrakt- oder Investitionsösterreicher, also diejenigen, die wegen eines Arbeitsvertrages geraume Zeit für ihr Unternehmen bzw. aus rein wirtschaftlichen Gründen im Ausland tätig sind.

Hauptforschungsaspekt dieser Dissertation ist die Persistenz, also Beharrlichkeit und Ausdauer, kultureller Eigenheiten der Zielgruppe. Speziell das Einwanderungsland Argentinien stellt mit seiner multikulturellen Gesellschaft und den emigrantenfreundlichen Zugängen einen in der Wissenschaft noch unergiebig erforschten Bereich dar. Erkenntnisreich interpretierte Erhebungsbögen bilden nach ihrer vergleichenden Auswertung eine wichtige Basis für die Recherchen.



v.r.: Univ.-Prof. Friedrich M. Zimmermann, Renate Metlar (Büro für AuslandsösterreicherInnen), Autor Helmut Tomitz und Michael Mössmer (»Österreich Journal«)

Die Schlußfolgerungen werden mit den Erkenntnissen aus persönlichen Gesprächen und Interviews mit Personen der Zielgruppe in Beziehung gebracht. Analoge Fachliteratur sowie persönliche Recherchen beziehungsweise Erlebnisse des Verfassers dieser Arbeit bilden eine weitere vergleichbare, wichtige Basis. Sämtliche Erkenntnisse und Aspekte fließen in ein umfangreiches Schlußresümee ein, in dem sich abschließend herauskristallisiert, daß sich der überwiegende Teil der heute in Argentinien lebenden Österreicher sehr wohl noch als Österreicher fühlt und sich der österreichischen Werte bewußt ist.



Diese Aussage muß jedoch differenziert interpretiert werden, weshalb jedes einzelne Kapitel dieser Publikation erforderlich ist. Nach der Definition, wer als Österreicher bezeichnet werden kann, geht Tomitz der Frage nach, mit welchen Herausforderungen AuslandsösterreicherInnen weltweit zu Beginn des 21. Jahrhunderts konfrontiert sind. Viele von ihnen haben aber gemeinsam, daß sie auch angesichts etlicher Relativierungen nach wie vor stolz sind, sich als Österreicher bezeichnen zu dürfen. Andere wiederum leiden gewissermaßen darunter, sich weder Österreich, noch ihrem Gastland so richtig zugehörig zu fühlen. In der zweiten Generation der Ausgewanderten kommt es bisweilen vor, daß der Bezug zur alten Heimat Österreich verloren gegangen ist: viele sind bereits im Ausland geboren, sind dort aufgewachsen und sind sozusagen assimiliert aufgewachsen. Interessanterweise macht sich dann die nächste Generation auf die Suche nach den Wurzeln der Großeltern. Zu dem Land, in dem diese ihre Kindheit verbracht haben, kann so eine Bindung entstehen.

Helmut Tomitz konnte sich – verdienstermaßen – weltweiter Unterstützung sowohl vom offiziellen Österreich wie auch von AÖ-Vereinigungen und einzelnen Personen erfreuen – nicht zuletzt diente ihm auch das Dokumentationszentrum des Auslandsösterreicher-Weltbundes in Graz als Quelle. ■

Der untenstehende Link führt Sie zum online-Angebot der Buchhandlung Thalia.

Freude über Zusage Österreichs

Die Brennerautobahn-Gesellschaft soll die A22 auch künftig führen, eine Gesellschaft mit ANAS und RFI eine Koordinierungsfunktion übernehmen.

Dies ist das neue Modell, das Südtirols Landeshauptmann Luis Durnwalder am 1. Feber mit dem Brennerbasistunnel (BBT)-Koordinator der Regierung, Mauro Fabris, diskutiert hat. Durnwalder äußerte auch seine Genugtuung über die österreichische Finanzierungszusage für den BBT.

Fabris informierte den Landeshauptmann bei einem Treffen in Bozen über die römischen Entwicklungen rund um den BBT und die damit zusammenhängende Entscheidung über die künftige Führung der Brennerautobahn, über die die Querfinanzierung des Bauwerks sichergestellt werden soll. „Der Koordinator hat mich heute darüber informiert, daß Rom in der Zwischenzeit die Anfrage in Brüssel gestellt habe, ob eine Verlängerung der Konzession für die Autobahn-Gesellschaft möglich wäre“, so Durnwalder, dem vorschwebt, daß in einem solchen Fall der bereits früher angedachten „Korridorgesellschaft“ eine Koordinierungsfunktion zugeschrieben werden könne. Ihr würden die Straßenverwaltung ANAS und des Schienenbetreibers RFI angehören, darüber hinaus aber auch die drei beteiligten Länder und die Autobahn-Gesellschaft.

Der „Korridorgesellschaft“ dagegen die Konzession der Brennerautobahn zu überlassen, ist eine Option, gegen die sich der Landeshauptmann stellt. „Im derzeit diskutierten Modell wären die drei Länder nicht ausreichend vertreten, könnten nicht mitentscheiden“, so Durnwalder. Anstatt einer solchen Gesellschaft die Führung der Autobahn zu übertragen, so informierte der Landeshauptmann auch den BBT-Koordinator, würde das Land Südtirol eine Ausschreibung der Konzession bevorzugen. „Diese Ausschreibung soll dann zeigen, wer das beste Modell vorlegt“, so Durnwalder.

Fabris hat auch darauf gedrängt, daß die von der Brennerautobahn-Gesellschaft für den Bau des BBT bisher auf die hohe Kante gelegten rund 500 Millionen Euro baldmöglichst flüssig gemacht werden sollten, damit der Rechnungshof sein OK zum vom interministeriellen Planungsbeirat CIPE vorgelegten Finanzierungsentwurf des BBT geben könne, was wiederum Voraussetzung für die Verwirklichung des ersten Bauabschnitts des Tunnels ist. „Wir sind allerdings der Mei-



Foto: LPA / Pertl

Im Gespräch über den BBT: LH Luis Durnwalder (l.) mit Koordinator Mauro Fabris

nung, daß wir die Gelder erst lockermachen, wenn diese in eine Kapitalaufstockung der BBT-Gesellschaft fließen und uns ein entsprechendes Mitspracherecht eingeräumt wird“, so der Landeshauptmann.

Mit großer Freude und Genugtuung hat Durnwalder dagegen die Nachricht aufgenommen, daß die österreichische Bundesregierung entschieden hat, den BBT zu unterstützen und die notwendigen Geldmittel bereitzustellen. „Mein Dank gilt der gesamten Regierung, in erster Linie Vizekanzler

Josef Pröll und Ministerin Doris Bures, mein Dank gilt aber ganz besonders dem Kollegen Günther Platter, der sich in besonderem Maße für die heutige Entscheidung eingesetzt hat“, so der Landeshauptmann. Dank der Wiener Entscheidung lägen nun die Zusagen beider beteiligten Regierungen vor, jährlich 280 Millionen Euro in den Weiterbau des BBT zu investieren. „So können die Arbeiten hoffentlich ohne Unterbrechung fortgeführt werden“, so Durnwalder. ■

<http://www.provinz.bz.it>

180 Südtiroler in Großbritannien trafen einander in London

Am 29. Jänner war es wieder soweit mit dem traditionellen Treffen der Südtiroler in Großbritannien: Mehr als 180 waren ins Victoria Park Plaza Hotel gekommen – Premiere für den Ehrengast und Frontmann der Kastelruther Spatzen, Norbert Rier.

„Wir Südtiroler im Ausland sind stolz auf unsere Wurzeln und freuen uns einmal im Jahr in London zu treffen und unserer Botschafter-Rolle gerecht zu werden“, so Kurt Kuen, Organisator der 20. Auflage des London-Events. Ihm zur Seite stand das Organisationsteams bestehend aus den Wahlengländern Anita Hohenegger, Felix Piazza und Stephan Kofler, sowie der Verein Südstern – das Netzwerk der Südtiroler im Ausland.

Ehrengast Norbert Rier, der angereist war um über die Erfolgsstory der Kastelruther Spatzen zu erzählen und seine Landsleute musikalisch zu unterhalten. „Es ist mir eine besondere Freude, heute zum ersten Mal in Großbritannien zu sein und den vielen Landsleuten in diesem besonderen Rahmen ein Stück Heimat mitzubringen“, so Rier.

Angereist waren auch Südtiroler aus der Heimat und aus anderen Teilen der Welt. Darunter Erich Achmüller (Vorsitzender der Südtiroler in der Welt), Thomas Mur, Armin Hilpold, Andreas Schneck, Hubert Rienzner (Netzwerk Südstern) sowie der Wahlschweizer und Südstern-Mitbegründer Christian Girardi. ■

Ungarn wünscht sich ein starkes Europa

Ungarn hat für die Zeit zwischen dem 1. Jänner und dem 30. Juni 2011 zum ersten Mal den EU-Vorsitz, die Ratspräsidentschaft, übernommen. Die Ungarn erwarten die Ratspräsidentschaft mit Optimismus.



Foto: Math / CC-BY-SA-2.5; Released under the GNU Free Documentation License

Faszinierender Blick auf Budapest und die Donau mit der Margareteninsel (Margitsziget) in der Bildmitte

Zur Jahreswende 2010/11 standen An-
gelegenheiten und Zielstellungen auf der
Tagesordnung der EU, die sich weitgehend
mit den eigenen Bestrebungen Ungarns
deckten. Ungarns Entwicklung und Wettbe-
werbsfähigkeit geht Hand in Hand mit der
internen Entwicklung der Gemeinschaft und
der Gestaltung ihrer globalen Wettbewerbs-
fähigkeit. Deshalb ist die Stärkung des In-
tegrationsprozesses und somit der EU das
estrangige Ziel der Ratspräsidentschaft.

Dieses Halbjahr ist einmalig und unver-
gleichlich. Die erste Ratspräsidentschaft ist
für jeden Mitgliedsstaat der Gemeinschaft
wie eine Feuertaufe, denn die komplizierten

Mechanismen der Entscheidungsfindung in
der EU verstehen wir eigentlich erst dann
vollständig, wenn wir sie einmal selbst steu-
ern mußten.

Die Ratspräsidentschaft bringt gleichzei-
tig politische, diplomatische, fachliche und
Kommunikationsaufgaben mit sich, und die
Beurteilung des Mitgliedsstaats, der den EU-
Vorsitz gerade innehat, wird in markanter
Weise davon beeinflusst, wie erfolgreich er
mit diesen Aufgaben umzugehen versteht.
Die sechs Monate der Ratspräsidentschaft
rufen den Ländern innerhalb und außerhalb
der EU ins Bewußtsein, daß Ungarn als Mit-
gliedsstaat der Gemeinschaft angehört.

Gleichzeitig wird der ungarischen Öffent-
lichkeit erneut die Mitgliedschaft in der
Europäischen Union mit all ihren Vorzügen
und Chancen vor Augen geführt.

Die Ratspräsidentschaft ist für Ungarn
auch deshalb eine Herausforderung, weil mit
dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon
neue institutionelle Rahmen „eingefahren“
und mit Inhalten gefüllt werden müssen.
Ungarn kommt eine große Verantwortung
zu, weil in der ersten Jahreshälfte 2011
außerordentlich wichtige Fragen auf der EU-
Tagesordnung stehen, die für die Zukunft
des gesamten europäischen Integrationspro-
zesses maßgebend sind, und gleichzeitig

Europa

Foto: The Council of the European Union / Mario Salento



Ministerpräsident Viktor Orbán (l.) und EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy

jede Menge komplizierte strategische Aufgaben bewältigt werden wollen.

Im Rahmen des spanisch-belgisch-ungarischen Dreivorsitzes wird Ungarn alles dafür tun, um die Suche nach Auswegen aus der Wirtschaftskrise voranzubringen und eine Basis für die künftige Entwicklung zu schaffen. Die Europäische Union hat bereits viele Krisen hinter sich und ging aus jeder einzelnen gestärkt hervor. Nun wird sich die ungarische Ratspräsidentschaft bemühen, auf die aktuellen Herausforderungen ebensolche Antworten zu finden, die dazu beitragen, daß die EU stärker wird denn je, und somit ein wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch und institutionell gleichermaßen robustes Europa unterstützen.

Die Tagesordnung der ungarischen Ratspräsidentschaft wird grundlegend durch den Umgang mit den Folgen der Wirtschaftskrise und die Findung neuer Formen der Zusammenarbeit geprägt. Die Gemeinschaft muß für eventuelle spätere Krisen besser gerüstet sein, daher gilt es, einen ständigen Mechanismus des Krisenmanagements zu schaffen, die wirtschaftliche Koordination zu verbessern und strengere Kontrollen der Finanzdisziplin einzuführen. Doch auch nach der Krise geht das Leben weiter. Schon heute müssen wir uns mit der Frage beschäftigen, welche langfristigen Maßnahmen die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU stärken können. Die Strategie Europa 2020 bietet eine zuverlässige Grundlage, die dazu beiträgt, daß Europa durch eine Verbesserung der Beschäftigungslage, die Stärkung der regionalen und sozialen Kohäsion und die Steige-

rung der Innovationsbereitschaft der Unternehmen aus den jüngsten Erschütterungen erneuert und gestärkt hervorgehen kann.

Die ungarische Ratspräsidentschaft konzentriert sich auf vier Themenbereiche: Wachstum und Beschäftigung – zur Bewahrung des europäischen Sozialmodells, Stärkung Europas, Bürgernähe der Gemeinschaft sowie Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik. Den Kern dieser politischen Tagesordnung bildet der menschliche Faktor. Die Ratspräsidentschaft konzentriert sich – angefangen bei den wirtschaftlichen Angelegenheiten über die Fachpolitiken der Gemeinschaft bis hin zur Frage der Erweiterung – in jedem Fall auf den Bürger: auf die Menschen als Basis eines intelligenten, nachhaltigen und inklusiven Wachstums. Denn Europa können einzig und allein die Menschen mit dem in ihnen schlummernden schöpferischen Potential stark und groß machen.

Die Prioritäten und das Programm der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft

Die ungarische Ratspräsidentschaft gruppierte ihre politische Tagesordnung um den menschlichen Faktor, wobei sie sich auf vier relevante Themenkreise konzentriert:

- Wachstum und Beschäftigung zur Bewahrung des europäischen Sozialmodells,
- ein stärkeres Europa,
- eine bürgernahe Europäische Union und
- Erweiterung und Nachbarschaftspolitik.

Mit dem 1. Januar 2011, mit der Übernahme des Ratsvorsitzes, ist es Ungarns Aufgabe, die auf der Tagesordnung der Europäi-

schen Union befindlichen Angelegenheiten den gemeinsamen Interessen der 27 Mitgliedsstaaten entsprechend zu gestalten. Um unter diesen vielen Aufgaben den richtigen Kurs beizubehalten, wurden jene Themen benannt, denen Ungarn eine herausragende Bedeutung zuordnet. Die ungarische Ratspräsidentschaft möchte ihre Tätigkeit im ersten Halbjahr 2011 angeleitet von vier Prioritäten vornehmen. Dabei möchte sie angefangen von den Wirtschaftsbelangen über die Gemeinschaftspolitiken bis hin zur Frage der Erweiterung in allen Fällen den menschlichen Faktor als die Basis für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum im Auge behalten.

Wachstum und Beschäftigung zur Bewahrung des europäischen Sozialmodells

Die Gemeinschaft als Ganzes wird durch eine wirtschaftliche Neuausrichtung geprägt. Die ungarische Ratspräsidentschaft setzt die eingeleitete Konsolidierung fort. Es ist ihre Überzeugung, daß der Schlüssel zum Erfolg in einer zukunftsorientierten Wachstumsstrategie der EU und einer Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung liegt.

Die Strategie „Europa 2020“ möchte die Qualität der Lebensumstände der europäischen Bürger verbessern bzw. bewahren, weshalb in ihrem Mittelpunkt die Schaffung von Arbeitsplätzen und eine nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit stehen muß. Deshalb möchte die ungarische Ratspräsidentschaft die Lage der Klein- und mittelständischen Unternehmen verbessern, die als Motoren der Schaffung von Arbeitsplätzen dienen, und die Mitgliedsstaaten darauf hinweisen, welche Auswirkungen Demographie und Familienpolitik auf Beschäftigung und Wirtschaftswachstum haben können. Bei der Initiative zum Abbau der Armut möchte die Ratspräsidentschaft dem Kampf gegen die Kinderarmut besondere Aufmerksamkeit schenken, die außerdem markante Schritte auf europäischer Ebene in der Frage der Integration der Roma anstrebt.

Stärkeres Europa

Die interne EU-Politik dreht sich um die drei Grundelemente bei der Determinierung der Zukunft künftiger Generationen: Nahrungsmittel, Energie und Wasser. Die ungarische Ratspräsidentschaft widmet deshalb dem Umstand besondere Beachtung, diese Fachpolitiken und damit Europa zu stärken. Die Überprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik, die Schaffung einer gemeinsamen Energiepolitik und die Ausgestaltung der

Europa

europäischen Wasserpolitik als einem neuartigen Gebiet dienen diesem Ziel. Parallel zur Debatte um die Bewahrung der Wasservorräte soll während der ungarischen Ratspräsidentschaft zudem die auf eine Entwicklung der Donau-Region gerichtete europäische Strategie verabschiedet werden.

Ungarn wünscht eine echte und tiefeschürfende Debatte zu oben genannten Themenbereichen. All das ist unverzichtbar dafür, daß der Budgetrahmen der Europäischen Union für den kommenden Haushaltszyklus auf diesen gemeinsamen Politiken basiert, mit denen die Kohäsion und die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten gestärkt werden.

Bürgernahe Europäische Union

Die Europäische Union muß sich auch mit Fragen auseinandersetzen, welche die Bürger im Alltag unmittelbar berühren. Deshalb finden sich unter den Zielstellungen Ungarns eine Weiterführung der Verwirklichung des Stockholmer Programms, im Interesse der Freizügigkeit der Bürger ein Voranbringen der Ausweitung des Schengen-Raums um Rumänien und Bulgarien sowie der Schutz grundlegender Rechte. Darüber hinaus ist es ein Ziel der ungarischen Ratspräsidentschaft, die Mitgliedsstaaten auf die Kulturvielfalt als einen zu schützenden europäischen Wert aufmerksam zu machen. Die Kulturvielfalt wird während der Ratspräsidentschaft das bestimmende Thema der kulturellen Ereignisse sein.

Erweiterung und Nachbarschaftspolitik

Ungarn möchte der Weiterführung des Erweiterungsprozesses und der Stärkung einer Integrationsperspektive für die Region des Westbalkans eine außerordentliche Beachtung schenken. Die ungarische Ratspräsidentschaft unternimmt alles, damit die laufenden Beitrittsverhandlungen mit Kroatien in der ersten Jahreshälfte 2011 einen Abschluß finden können. Ein herausragendes Ziel ist zudem die Stärkung der Ostdimension in der Nachbarschaftspolitik, in deren Rahmen im Mai 2011 in Ungarn das zweite Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft ausgerichtet wird.

Große Zustimmung im Land

Auch mehr als sechs Jahre nach dem EU-Beitritt von Ungarn ist die Unterstützung der EU-Mitgliedschaft eindeutig. Laut der Untersuchung von zwei ungarischen Instituten, Policy Solutions, einem Institut für politische Beratung und Analyse, und dem Me-

dián Institut für Meinungsforschung, würden 69 Prozent der Wähler mit Ja abstimmen, wenn die Frage über den Beitritt jetzt in einer Volksabstimmung gestellt würde. Es ist jedoch bemerkenswert, daß die skeptischen Stimmen seit April 2004 lauter werden: Damals unterstützten beinahe 84 Prozent der Wähler den EU-Beitritt und nur 16 Prozent lehnten ihn ab, während heute schon ein Viertel die EU-Mitgliedschaft ablehnen würde.

Unter den 18-29- und 30-39-jährigen wird die EU-Mitgliedschaft von den meisten – 76 Prozent – positiv beurteilt, während dieser Anteil bei den Altersstufen über 50 Jahren nur bei 62-63 Prozent liegt. Die meisten Bedenken bezüglich Ungarns EU-Mitgliedschaft haben die Beschäftigten im Agrarbereich, nur 58 Prozent von ihnen würden bei einer Volksabstimmung mit Ja abstimmen. Die Studenten sind hingegen auffallend optimistisch, 83 Prozent würden die EU-Mitgliedschaft auch mit ihrer Stimme unterstützen.

Die entscheidende Mehrheit der ungarischen Gesellschaft, 76 Prozent, hält es für wichtig, daß Ungarn vom 1. Januar 2011 an für sechs Monate die anstehende Ratspräsidentschaft der EU übernimmt. Die Meinungen sind jedoch geteilt, was die Frage angeht, wie die ungarische Ratspräsidentschaft das Ansehen des Landes im Ausland prägen wird. Laut der Umfrage denken 51 Prozent der Gesamtbevölkerung – vor allem die vertrauensvollen Wähler der Regierungspartei Fidesz (Junge Demokraten), daß das Ansehen Ungarns weiter wachsen wird. Die Wähler der Oppositionsparteien sind schon

mißtrauischer, sie denken, daß Ungarns Ansehen während der Ratspräsidentschaft entweder unverändert bleibt oder sich verschlechtern wird.

Trotz der positiven öffentlichen Beurteilung der ungarischen EU-Mitgliedschaft konnten Mitte November nur 45 Prozent der Befragten „von sich aus“ sagen, daß in der ersten Hälfte des Jahres 2011 Ungarn die EU „leiten“ wird. Es stimmt allerdings, daß die Regierungskommunikation über die Vorbereitungen auf die Präsidentschaft erst im Dezember wirklich aktiv wurde.

Es zeigt sich ein starker Zusammenhang zwischen der Anzahl der gut Informierten in dieser Frage mit deren jeweiliger Bildungsstufe. Ca. 70 Prozent der Hochschulabsolventen wissen über die Präsidentschaft Bescheid, wobei dieser Anteil unter denjenigen, die über kein Abitur verfügen, nur bei 34 Prozent liegt.

Die Städte der Ratspräsidentschaft

Budapest

Die an beiden Seiten der Donau liegende Stadt der tausend Gesichter ist absolut einzigartig in Europa. Breite Alleen und grüne Parks, Einzelkunsterwerke und Kirchen im Jugendstil, Barock- und klassizistische Paläste – fast jeder Baustil und jede besondere Stimmung ist in den Straßen Budapests zu finden.

In Buda, am rechten Ufer der Donau, wurde die erste Burg bereits im 13. Jahrhundert errichtet und später im gotischen Stil bzw. in der Zeit von König Matthias Corvinus (1443-1490) im Renaissancestil umgebaut. Ihre heutige Form erlangte sie nach



Blick vom Gellért Berg auf die Stadt Budapest mit Marien- und Kettenbrücke

Europa

mehreren Kriegen im 19. Jahrhundert, doch bewahrt das Burgviertel auch heute die Zeichen aller baulichen Epochen. Am gegenüberliegenden Ufer wurde Ende des 19. Jahrhunderts zu den Feierlichkeiten zum Gedenken des tausendjährigen ungarischen Staatswesens das auch heute sichtbare Zentrum des Pester Stadtteils gestaltet. In diesem Zeitraum wurden die Paläste der Andrassy út, mit ungarischen volkstümlichen Motiven dekorierte Gebäude im Jugendstil gebaut, die einen Teil des Welterbes bilden.

Budapest ist eine der wenigen Hauptstädte, in denen es Thermalquellen gibt. Ihr Wasser wird in einem Dutzend Heil- und Strandbädern genutzt. Von ihnen wurden einige vor 500 Jahren, während der Türkenherrschaft gegründet. Die seit dem 18. Jahrhundert neu erblühende ungarische Bäderkultur erweiterte die Palette um zahlreiche neue klassizistische, später Jugendstil- oder eben moderne Bäder.

Budapest ist auch eine Stadt der Musik. Sie beherbergt die nach dem weltberühmten ungarischen Komponisten Franz Liszt (1811-1886) benannte, im Jugendstil erbaute Musikakademie. Dort lernte bzw. lehrte später Béla Bartók, der größte ungarische Komponist des 20. Jahrhunderts. Würdiger Nachfolger der Konzerttraditionen der Musikakademie ist der moderne, Weltniveau verkörpernde Konzertsaal des in jüngster Vergangenheit übergebenen Palastes der Künste. Der andere Stolz der Stadt ist das Opernhaus im Neorenaissance-Stil, dessen Direktor zum Ende des 19. Jahrhunderts für kurze Zeit auch Gustav Mahler war.

Die ungarische Hauptstadt gibt einer Vielzahl von Veranstaltungen der Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2011 ein Zuhause. Ein Hauptschauplatz der Veranstaltungen ist das Ethnographische Museum in der Nachbarschaft des Parlaments, wo in erster Linie Sitzungen von Sachverständigen organisiert werden.

Debrecen

Die zweitgrößte Stadt Ungarns liegt im nördlichen Teil der Tiefebene, 220 Kilometer von Budapest entfernt. Debrecen wird oft calvinistisches Rom genannt, da seine Bürger zur Reformationszeit, im 16. Jahrhundert zum neuen Glauben übergangen und die Stadt bald zur Hochburg des ungarischen Protestantismus wurde. Debrecen ist auch eines der wichtigsten Bildungszentren des Landes und seine Universitäten, Schulen und Einrichtungen der Berufsbildung nehmen Schüler aus allen Teilen des Landes auf.



Foto: McDuckler / GNU Free Documentation License.

Der Stolz der Stadt Debrecen ist die Große Reformierte Kirche auf dem Hauptplatz.

Debrecens Geschichte reicht bis ins Mittelalter zurück. König Ludwig der Große von Ungarn aus dem Hause Anjou (1326–1382) verlieh der Stadt zahlreiche Vorrechte: sie durfte einen eigenen Richter und auch einen Stadtrat wählen. Während der Türkenherrschaft kam die Entwicklung der Stadt ins Stocken und es war nur den Fähigkeiten und der Findigkeit der Stadtväter zu verdanken, daß ihre Bürger diese Periode geschützt überstanden. Die Stadt wurde in den letzten zwei Jahrhunderten sogar zweimal Hauptstadt des Landes. Erstmals 1849, als die ungarische Revolutionsregierung von Lajos Kossuth aus Budapest hierher flüchtete. Im letzten Abschnitt des Zweiten Weltkrieges, Ende 1944 wurde Debrecen dann für kurze Zeit wieder zur Hauptstadt, diesmal des von der deutschen Besatzung befreiten Ungarns.

Der Stolz der Stadt, die Große Reformierte Kirche auf dem Hauptplatz ist nicht nur ein religiöses Denkmal, sondern bildete auch den Schauplatz mehrerer wichtiger Ereignisse der ungarischen Geschichte. Hier wurde 1849 die Entthronung der Habsburger verkündet. Nach der Wende, im Jahre 1991 besuchte auch das Oberhaupt der Katholischen

Kirche, Papst Johannes Paul II die Kirche.

Während der ungarischen Ratspräsidentschaft wird in Debrecen die informelle Ratsitzung der europäischen Landwirtschaftsminister abgehalten.

Balatonfüred

Balatonfüred ist eine Siedlung mit nur 13.500 Einwohnern. Die Stadt liegt am Nordufer des Plattensees, dem größten Süßwassersee Mitteleuropas, und ist 120 Kilometer südwestlich von Budapest zu finden.

Balatonfüred wurde 1211 in den Schriften der nahen Abtei Tihany erstmals erwähnt. Die Siedlung wurde zu einem landweit bekannten Erholungsort, wozu alle Gegebenheiten vorhanden sind: an den sanft absteigenden Berghängen wird seit Jahrhunderten Wein angebaut, und der Plattensee bzw. die im Stadtgebiet anzutreffenden Heilquellen haben hier eine Badekultur entstehen lassen. Das hiesige Thermalwasser nutzte man zu Beginn zur Behandlung von Magenbeschwerden, während später in der Stadt das Staatliche Krankenhaus für Herzerkrankungen gegründet wurde, in dem mit Heilwasser eine therapeutische Behandlung von Herzbeschwerden vorgenommen wird. Ihre

Europa

Foto: Misuga / Released under the GNU Free Documentation License



Während der ungarischen Ratspräsidentschaft ist Balatonfüred Gastgeber einer Konferenz der zuständigen Minister.

Glanzzeit hatte die Siedlung im 19. Jahrhundert, als berühmte Personen der Reformzeit, Politiker und Künstler den Sommer in der Stadt verbrachten. Von hier aus ging 1846 auf Beschluß von Graf István Széchenyi (1791-1860), dem „Größten Ungarn“ der erste Schaufelraddampfer des Plattensees „Kisfaludy“ auf die erste Fahrt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde Balatonfüred zu einem beliebten Ferienort der immer größer werdenden ungarischen Mittelschicht.

Die bekanntesten Bauwerke der Stadt sind die ehemaligen Ferienhäuser und Villen berühmter Personen. Von diesen hebt sich

das 1816 im klassizistischen Stil errichtete Sommerhaus von Lujza Blaha (1850-1926) heraus. Die „Nachtigall der Nation“ genannte Schauspielerinnen verbrachte hier 23 Jahre lang den Sommer. Während der ungarischen Ratspräsidentschaft ist Balatonfüred Gastgeber einer Konferenz zuständiger Minister.

Gödöllő

Gödöllő ist eine etwa 30 Kilometer von Budapest entfernte Kleinstadt mit 30.000 Einwohnern. In der Stadt befindet sich die Szent-István-Universität, die Hochburg der ungarischen Agrarausbildung. Außerdem ist

die Stadt wegen des hiesigen Grassalkovich-Schlusses auch ein wichtiger touristischer Zielpunkt.

Der Ruf der Stadt wurde von Graf Antal Grassalkovich (1694-1771) begründet. Als Förderer der Katholischen Kirche ordnete er in Ungarn den Bau von mehr als 30 Kirchen an und bereicherte damit den barocken Kirchenbaustil Ungarns. Das berühmteste Gebäude, das seinen Namen trägt, ist das Schloß Gödöllő, das mit seinen prunkvollen Sälen und seinem königlichen Park der größte und bekannteste barocke Schloßbau in Ungarn ist und zahlreichen Architekten später als Vorbild diente. Das Schloß wurde während der Herrschaft des österreichischen Kaisers und ungarischen Königs Franz Joseph (1830-1916) zur beliebtesten ungarischen Residenz der kaiserlichen Familie. Nach dem Österreichisch-Ungarischen Ausgleich 1867 nutzte das Königspaar das Gebäude, das in das Eigentum des ungarischen Staates gelangt war, als Rastschloß. Die verehrte Königin Elisabeth (1837-1898), von ihren Anhängern Sisi genannt, mochte Gödöllő besonders und verbrachte hier einen bedeutenden Teil ihres Lebens. Ein Teil des Schlosses stellt auch gegenwärtig das Leben des Königspaares in Gödöllő vor.

Das Palais wurde aus Anlaß der ungarischen Ratspräsidentschaft renoviert, da im Gebäude die Mehrzahl der informellen Ministertreffen veranstaltet wird.

<http://www.eu2011.hu>



Das Schloß Gödöllő ist der größte und bekannteste barocke Schloßbau in Ungarn und diente zahlreichen Architekten als Vorbild.

Grußwort von Ministerpräsident Viktor Orbán

»Auf den Trümmern von Krieg und Hass Freundschaften aufzubauen, den Kommunismus in die Knie zu zwingen, Europa wiederzuvereinigen, eine neue Weltwährung zu schaffen, einen gemeinsamen und einheitlichen Wirtschaftsraum für 500 Millionen Menschen und 27 Nationen zu erbauen, das alles war ganz sicher schwieriger, als jene Arbeit, die heute auf uns wartet.«

Lange, lange ist es schon her! Als ich vor 2002 als Repräsentant meines Landes an den Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union teilnahm, waren wir alle von Enthusiasmus, Optimismus, der historischen Verpflichtung uns der Wiedervereinigung Europas zu verschreiben, vom Stolz aufgrund des historischen Aktes die Gemeinschaftswährung Euro einzuführen, und vom Vorgefühl einer weiteren triumphalen Epoche der ureuropäischen Zivilisation durchdrungen.

Als sich mir im Sommer 2010 zum zweiten Mal die Tore zu den europäischen Gipfeltreffen auftaten, begegnete ich besorgten

Es hat keinen Sinn, daß wir uns ob dieser ungerechten und unglücklichen Schicksalswende empören. Denn letzten Endes bringt das der Lebenszyklus der großen Zivilisationen, der althergebrachten Kulturen, der globalen Spitzenreiter-Wirtschaftssysteme mit sich. Auf Missionen, die uns in die Höhe heben, folgen kritische Gezeiten und die von Zweifeln belastete Suche nach dem Ausweg, ehe wir die kathartischen, Kraft spendenden und vor Selbstvertrauen sprühenden Jahre erleben dürfen, in denen wir auf die neue Mission stoßen.

So gab uns die Vorsehung inmitten eines vom zweiten Weltkrieg in Schutt und Asche

die tektonischen Verschiebungen der Globalisierung ab, die zu einer Neuaufteilung der Weltmärkte führten. Die vor der Europäischen Union stehende Aufgabe ist keinesfalls kompliziert, sondern nur schwierig. Wir müssen die heute scheinbar überhand nehmenden Krisen einzelner Volkswirtschaften bewältigen, den Euro mit einem erfolgreichen Krisenmanagement festigen und zur zuverlässigsten Währung der Welt machen bzw. das europäische Wirtschaftssystem in einer Weise erneuern, daß es den Wettbewerb mit den von Ehrgeiz angetriebenen und erfolgshungrigen neuen Rivalen bestehen kann.

Die sechs Monate Arbeit der belgischen Ratspräsidentschaft erinnern an den gelungenen Start eines Wettlaufs, wo es nun an den Magyaren liegt, einen Vorsprung herauszulaufen, damit die Polen schließlich gut über die Zielgerade kommen.

In der spezifischen Sprache der Eurokraten heißt das so viel, daß während der belgischen Ratspräsidentschaft eine Task Force des Krisenmanagements aufgestellt wurde, daß Ungarn die Korrekturen am Vertragswerk durchsetzen und einen ständigen Mechanismus des Krisenmanagements zustande bringen, das europäische Wirtschaftssemester anschieben und die zu Vollbeschäftigung bzw. zur Achtung von Arbeit und Produktion führenden Türen aufstoßen muß, bevor die Polen mit einem Husarenritt jene Instrumente schaffen müssen, einen mehrjährigen Rahmenplan, mit dem diese Ziele erreicht werden können.

Das ist alles. Das mag schwierig anmuten, ist aber alles andere als unmöglich. Auf den Trümmern von Krieg und Haß Freundschaften aufzubauen, den Kommunismus in die Knie zu zwingen, Europa wiederzuvereinigen, eine neue Weltwährung zu schaffen, einen gemeinsamen und einheitlichen Wirtschaftsraum für 500 Millionen Menschen und 27 Nationen zu erbauen, das alles war ganz sicher schwieriger, als jene Arbeit, die heute auf uns wartet. Warum also sollten wir bitte schön nicht Optimisten sein? ■

<http://www.eu2011.hu>

Foto: The Council of the European Union / Mario Salenro



Ministerpräsident Viktor Orbán und EU-Außenpolitikbeauftragte Catherine Ashton

Gesichtern, tief gefurchten Stirnen, Reden über eine ungewisse Zukunft, auf Hilfe drängenden und in Krisenberatungen versinkenden Staatsmännern und Staatsfrauen. Und all das wurde durch ein Ächzen der Fugen des Euro-Gebäudes untermalt.

Ein Zuversicht verheißender Zeitabschnitt fand seinen Abschluß, eine Mission wurde beendet, die Kraftstofftanks einer großartigen Berufung sind erschöpft, und die Trägerraketen haben eine Notlandung vollzogen.

gelegten Europa die Sendung aus, einen dauerhaften europäischen Frieden zu erschaffen, und so wurde die Angelegenheit der Wiedervereinigung des europäischen Kontinents, nachdem der Kommunismus in sich zusammengebrochen war, zu unserer Sendung, worunter wir auch den Euro als das wichtigste und die größte Standhaftigkeit versprechende stählerne Band des vereinten Europas verstehen.

Den beinahe zwei Jahrzehnte währenden Zeitabschnitt unseres Triumphzugs lösten

10 Jahre Landes- hauptmann Hans Niessl

Unter dem Motto „10 Jahre Landeshauptmann – die Basis für eine gute Zukunft des Burgenlandes“ ließ Landeshauptmann Hans Niessl am 12. Jänner im Rahmen einer Grundsatzrede im TechLab in Eisenstadt das vergangene Jahrzehnt seiner Tätigkeit vor zahlreichen Fest- und Ehrengästen, mit dem Wiener Bürgermeister Michael Häupl an der Spitze, Revue passieren und gab gleichzeitig einen Ausblick auf die Aktivitäten im Jubiläumsjahr 2011.

„Das Burgenland steht heute in vielen Bereichen besser da, als das Burgenland des Jahres 2000. Ich habe in diesen 10 Jahren immer die Interessen des Landes an die erste Stelle gesetzt, mich voll und ganz für unser geliebtes Heimatland eingesetzt und immer versucht, eine Politik nicht nur für, sondern auch mit den Menschen zu machen. Dieses erfolgreiche Jahrzehnt ist aber in erster Linie ein Erfolg der Burgenländerinnen und Burgenländer. Es ist dem Fleiß und Einsatz, der Verlässlichkeit und dem großen Engagement, dem gelebten Miteinander und der Toleranz der Menschen dieses Landes zu verdanken, daß dieses Jahrzehnt so positiv gestaltet werden konnte“, betonte Landeshauptmann Hans Niessl.

Diese 10 Jahre waren, so Niessl weiter, mit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“, der EU-Erweiterung und dem Fall der Schengen-Grenzen vor allem von tief greifenden Veränderungen im europäischen Gefüge geprägt. Als einzige europäische Region, die an drei neue EU- bzw. Schengen-Länder angrenzt, waren wir von diesen nahezu welthistorischen Veränderungen besonders stark betroffen. Das Burgenland hat in dieser Phase die EU-Fördergelder sehr gut genutzt, die zweite Ziel 1-Periode erfolgreich abgeschlossen und es mit dem Phasing Out-Status geschafft, weiterhin die besten Fördermöglichkeiten aller Bundesländer inne zu haben.

Niessl dazu: „Wir können für diese Zeitspanne eine positive wirtschafts-, bildungs- bzw. sozialpolitische Bilanz ziehen und haben im Umweltbereich einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Diese Modernisierung, die sichtliche und spürbare Verbesserung der Lebenssituation im Land, hat ein neues Bewußtsein möglich gemacht. Wir werden uns



Wiens Bürgermeister Michael Häupl, Landeshauptmann Hans Niessl und Landeshauptmann a.D. Hans Sipötz (v.l.)

damit aber nicht zufrieden geben. Wir wollen auch weiterhin neue Wege gehen. Wir wollen das Burgenland zur Zukunftsregion im Herzen Europas machen. Wir Burgenländer können stolz sein auf das Erreichte, wir können aber auch selbstbewußt und voller Zuversicht in die Zukunft blicken!“



SPÖ-Landesgeschäftsführer Robert Hergovich (l.) gratuliert Landeshauptmann Hans Niessl zum Jubiläum.

Nach dem Haydn-Jahr 2009 begeht das Burgenland heuer das Liszt-Jubiläumsjahr mit kulturellen Schwerpunkten zu Ehren des großen Musik-Genies. Das Jahr 2011 steht aber auch im Zeichen des Jubiläums "90 Jahre Burgenland". Rund um dieses Jubiläum wird es eine Vielzahl an Veranstaltungen und Aktivitäten geben. „Dieses besondere Jubiläum werden wir im Burgenland in einer neuen Form begehen. Denn im Mittelpunkt dieser Feierlichkeiten wird nicht die Politik stehen, im Mittelpunkt werden die Burgenländerinnen und Burgenländer stehen, die dieses Land aufgebaut und den Aufstieg des Landes durch ihre Leistungen ermöglicht haben“, so Niessl abschließend.

SPÖ-Landesgeschäftsführer Robert Hergovich beschreibt Niessl als „Vorbild für jüngere Politiker-Generationen. Der Landeshauptmann macht visionäre Politik mit strategischem Weitblick, hat aber nie die Bodenhaftungen und die Nähe zu den Menschen verloren.“ Deshalb zeigt sich Hergovich auch wenig überrascht von der großen Anteilnahme am Landeshauptmann-Jubiläum: „Vor 10 Jahren begann eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Landeshauptmann Hans Niessl ist seit seinem Amtsantritt der bekannteste und beliebteste Politiker des Burgenlands.“

Burgenland ist für die Arbeitsmarktöffnung gerüstet

Am 1. Mai fallen die Übergangsfristen am Arbeitsmarkt. Niessl:
»Die Einhaltung der rechtlichen Vorschriften muß kontrolliert werden.«

Ab 1. Mai 2011 können alle Arbeitnehmer aus den Staaten, die 2004 der Europäischen Union beigetreten sind, ohne Bewilligung in Österreich arbeiten. Gleichzeitig dürfen EU-Unternehmen in Österreich ihre Dienstleistungen unter Einhaltung der im Burgenland gültigen Rahmenbedingungen frei anbieten. Am Vormittag des 4. Februar wurden bei einem Kontrollgipfel in der Wirtschaftskammer offene Fragen zur Umsetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Dienstleistungsrichtlinie diskutiert. Landeshauptmann Hans Niessl: „Veränderungen

sen muß“, betonte Niessl. Zu diesen „gefährlichen Gewerben“ zählen rund 40 Gewerbe, darunter Baumeister, Elektrotechnik, Gas- und Sanitärtechnik, Fußpflege, Kosmetik und Zimmermeister.

Es liegt auf der Hand, daß die Öffnung des Arbeitsmarktes nicht nur eine Herausforderung für die heimische Wirtschaft sondern auch für jene Behörden ist, die die Einhaltung der rechtlichen Vorschriften zu kontrollieren haben. Natürlich, so Niessl, müßten alle Gesetze und auch Kollektivverträge eingehalten werden. Wirtschaft, Land

Wochenenden“. Außerdem, so Nemeth, sollte nicht nur dort kontrolliert werden wo offensichtlich ein gewerblicher Betrieb ansässig ist, sondern auch dort, wo viele ausländische Fahrzeuge schon in der Früh in Wohngebieten parken würden: „Die Augen des Gesetzes sollten weitläufiger blicken.“ Auch Soziallandesrat Peter Rezar (SPÖ) sieht das Burgenland gut vorbereitet: „Ich erwarte mir auch positive Auswirkungen des Gesetzes gegen Sozial- und Lohndumping, das im März im Nationalrat beschlossen werden soll.“

Teilnehmer am Arbeitsmarktgipfel waren neben Landeshauptmann Hans Niessl und Soziallandesrat Peter Rezar Vertreter der Sozialpartner und zahlreicher Behörden. ■



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landesrat Peter Rezar, Landeshauptmann Hans Niessl und der Präsident der Wirtschaftskammer Burgenland, Peter Nemeth (v.l.)

brauchen Regeln, und die Einhaltung der Regeln muß kontrolliert werden. Wichtig ist, daß es zu keiner Wettbewerbsverzerrung kommt. Für alle müssen die gleichen Bedingungen gelten.“

Mit dem Fall der siebenjährigen Übergangsfristen dürfen ab 1. Mai 2011 etwa ungarische und slowakische Staatsbürger in Österreich und im Burgenland arbeiten. Firmen aus diesen Ländern brauchen nicht länger einen eigenen Firmensitz in Österreich, um hier tätig zu werden. „Es gibt aber auch bestimmte Gewerbe, wo der Unternehmer seine Berufsqualifikation nachwei-

und Arbeitnehmer würden hier an einem Strang ziehen. Die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen sei ihm ein Anliegen: „Wir müssen auf die ‚Qualitätsmarke Burgenland‘ hinweisen, auf die Qualität der Produkte und der Dienstleistungen. Wir müssen informieren, was man sich mit Qualität kauft und wie viel man sich damit im Laufe der Zeit erspart, zum Beispiel durch Energiesparen oder beim Klimaschutz.“

Wirtschaftskammerpräsident Peter Nemeth wünscht sich „daß Kontrollen von der Finanzpolizei nicht nur Montag bis Freitag stattfinden, sondern auch immer wieder an

Die Übergangsfristen

Anläßlich des Beitritts neuer Mitgliedsstaaten zur EU wurden mit diesen zum Schutz des heimischen Arbeitsmarktes Übergangsregeln im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit und im Bereich der Dienstleistungsfreiheit vereinbart. Für Bürger der neuen Mitgliedsstaaten gilt nach dem Ende der Übergangsfrist dasselbe wie für andere EU-Bürger der „alten“ Mitgliedstaaten: Es ist keine Zulassung zum österreichischen Arbeitsmarkt mehr erforderlich.

Ab 1. Mai 2011 ist die Dienstleistungserbringung mit Arbeitnehmern auch in sensiblen Branchen (Reinigungsdienste, Soziale Dienste und Hauskrankenpflege, Bewachungs- und Schutzdienste, Gärtnerische Leistungen, Bau- und Bauneben-gewerbe) ohne Entsende- bzw. Beschäftigungsbewilligung möglich.

Das heißt, ein Bauunternehmen mit Sitz in Ungarn kann eigene Arbeitnehmer zur Durchführung einer Dienstleistung auch ohne Beschäftigungsbewilligung nach Österreich schicken, sie müssen nach dem entsprechenden österreichischen Kollektivvertrag entlohnt werden.

Leistungen der Freiwilligenorganisationen sind unbezahlbar

LH Niessl: »Jeder Euro der in die Unterstützung von Freiwilligenorganisationen fließt, reduziert auch gesellschaftliche Probleme. Die für 2011 zugesagten finanziellen Mitteln werden in voller Höhe fließen.« – LH-Stv. Steindl vergibt »Youth Award« für freiwilliges Engagement.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

(v.l.): Arbeiter-Samariter-Bund Landespräsident Komm.-Rat Paul Habeler, Landesvorsitzender des Pensionistenverbandes Johann Grillenberger, Landesfeuerwehrkommandant Alois Kögl, Präsident des RK Landesverband Burgenland Bruno Wögerer, Landeshauptmann Hans Niessl, ASKÖ Burgenland-Präsident KO Christian Illedits, ASVÖ Burgenland-Präsident Robert Zsifkovits und Obmann des Burgenländischen Blasmusikverbandes Alois Loidl betonen die Wichtigkeit der Freiwilligenorganisationen.

Jeder 17. Burgenländer tut es – er, und immer öfter auch sie, ist Mitglied bei der Freiwilligen Feuerwehr. „43 Prozent der Österreicher und Österreicherinnen sind in Vereinen ehrenamtlich tätig. Sie leisten eine Arbeit, die, müßte sie von der öffentlichen Hand bezahlt werden, nicht finanzierbar wäre“, betonte Landeshauptmann Hans Niessl am 10. Jänner bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit den Spitzen wichtiger Freiwilligenorganisationen des Burgenlandes. Die Europäische Union hat das Jahr 2011 zum „Europäischen Jahr der Freiwilligkeit“ erklärt.

„Gerade im Jubiläumsjahr ‚90 Jahre Burgenland‘ wollen wir die Leistung der vielen ehrenamtlich Engagierten, sei es bei Blaulichtorganisationen Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund und der Feuerwehr oder bei den zahlreichen Vereinen von der Musik bis zum Sport herausstreichen“, so Niessl, der besonders den sozialen Aspekt der Tä-

tigkeiten der Freiwilligenorganisationen betont: „Jeder Cent der in die Förderung von Freiwilligenorganisationen fließt, mindert auch gesellschaftliche Probleme.“

ASVÖ Burgenland-Präsident Robert Zsifkovits schlägt in die gleiche Kerbe: „Die Vereine leisten einen wichtigen Beitrag in den Bereichen Jugend und Sozialisation. Hier lernen junge Menschen in Gruppen zu arbeiten, Regeln zu akzeptieren.“ Nicht unwesentlich sei, so Zsifkovits, daß von den Fähigkeiten, die Freiwillige bei ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit erwerben, auch ihre Arbeitgeber profitieren würden. „Die Burgenländerinnen und Burgenländer haben die in den letzten Jahren aufgekommene ‚Ich-AG‘ hinter sich gelassen in Richtung ‚Wir-Gesellschaft‘“, ergänzt Niessl. Bei den Förderungen werde es 2011 keine Kürzungen geben. Die zugesagten Mittel würden in voller Höhe fließen, bestätigt Niessl: „Mit rund einer Million Euro mit Schwerpunkt in den

Bereichen Sport, Jugend, Kultur und Soziales bleiben sie auf dem Niveau des Vorjahres. Aber: das ist nur ein kleiner finanzieller Beitrag. Die Hauptlast tragen die vielen freiwilligen Helfer. Danke für ihr Engagement für unser Heimatland Burgenland.“

315.000 Wochenstunden

Im Burgenland werden im Jahr rund 315.000 Wochenstunden an ehrenamtlicher Arbeit geleistet. Niessl: „Ein Ziel muß es sein, mehr Sensibilität für den Wert der freiwilligen Tätigkeit in der Gesellschaft zu erreichen.“

Für ASKÖ Burgenland-Präsident Christian Illedits tragen die burgenländischen Vereine und deren Funktionäre wesentlich zur hohen Lebensqualität bei. Die Gemeinden sind dabei ein wichtiger Partner, so Illedits, der sich einen Abbau von Bürokratie wünscht: „Bürokratische Hürden müssen beseitigt werden, um die Arbeit der Funk-

Foto: Bgld. Landesmedienservice



Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl mit dem »Youth Award« 2011

tionäre zu erleichtern. Sport, nicht Bürokratie ist wichtig.“ Der ASKÖ Burgenland betreut 470 Vereine mit 67.000 Mitgliedern. Ein Schwerpunkt liegt im Kinderbereich. „2010 wurden 20.000 Kinder bewegt“, so Illedits.

2150 freiwillige Helfer

Nicht weniger als 2150 freiwillige Helfer stellen sich in den Dienst des Roten Kreuzes Burgenland. „Bei uns ist die Freiwilligkeit Grundprinzip“, sagt Bruno Wögerer, Präsident des Österreichischen Roten Kreuzes Landesverband Burgenland. Das Rote Kreuz ist im Rettungsdienst, in der Krisenintervention, der „Team Österreichtafel“ und im Hospizwesen engagiert. „Aber die Zahl der Freiwilligen nimmt ab. Das gesellschaftliche Verhalten hat sich geändert. Für konkrete Projekte, also punktuell, haben wir mehr als genug Helfer. Das Problem liegt im langfristigen Engagement“, meint Wögerer. 2010 wurden beim Roten Kreuz Burgenland 140.000 freiwillige Stunden geleistet.

16.500 bei den Feuerwehren

Über 16.500 Burgenländerinnen sind bei den burgenländischen Feuerwehren unentgeltlich tätig. Der endgültige Leistungsbericht 2010 liegt noch nicht vor, aber auch die vorläufige Bilanz beeindruckt: 5055 Einsätze im technischen Bereich, 1284 Mal mußte zu Bränden ausgerückt werden, so Landesfeuerwehrkommandant Alois Kögl. Der Arbeiter-Samariter-Bund Burgenland kam laut

Präsident Paul Habeler im Vorjahr auf 135.000 Einsatzstunden.

87 Musikvereine

„Neben den Sportvereinen und Blaulichtorganisationen spielen auch Musikvereine eine zentrale Rolle im gesellschaftlichen Zusammenleben. Derzeit gibt es davon 87 im Burgenland“, weiß Alois Loidl, Obmann des Burgenländischen Blasmusikverbandes. Für Burgenlands Blasmusik-Aushängeschild gilt: „Ehrenamt ist Ehrensache.“

Verdienstvolle Persönlichkeiten geehrt

Jugendreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl nahm das „Euro-

päische Jahr der Freiwilligentätigkeit“ zum Anlaß, um verdienstvolle Persönlichkeiten in der Jugendarbeit sowie 16 TeilnehmerInnen am Europäischen Freiwilligendienst Anerkennung auszusprechen und für ihren idealistischen Einsatz und ihr langjähriges Engagement zu danken.

„Gerade die ehrenamtlichen FunktionärInnen in den Jugendorganisationen schaffen die Voraussetzungen für eine funktionierende Jugendarbeit und Nachwuchspflege. Im ‚Europäischen Jahr der Freiwilligen‘ wollen wir deshalb diesen Personenkreis vor den Vorhang bitten und besonders würdigen. Nach 2007 wird daher heuer wieder der ‚Youth Award‘ an verdienstvolle Persönlichkeiten vergeben“, so Jugendreferent Steindl.

Alle Jugendorganisationen sind eingeladen, bis Anfang März Personen aus ihren Reihen zu nominieren. Im Rahmen eines Festaktes erfolgt dann Mitte Juni in der Cselley Mühle die feierliche Übergabe des „Youth Awards 2011“. Detailinformation dazu sind via Internet unter <http://www.ljr.at> in Erfahrung zu bringen.

Was das freiwillige Engagement betrifft, sind Jugendliche vor allem in den Bereichen Kultur, Katastrophenhilfe, Religion und Sport aktiv. Steindl dazu abschließend: „Ein wichtiger Aspekt der ehrenamtlichen Arbeit ist auch, daß sich Jugendliche durch ihr freiwilliges Engagement wertvolle Kompetenzen, wie Teamfähigkeit, rhetorische Fähigkeiten, organisatorisches Talent etc. aneignen können. In einer Befragung von 400 Unternehmern stimmten 93 Prozent der Befragten der Aussage zu, daß durch freiwilliges Engagement Fähigkeiten und Fertigkeiten erlangt werden können, die für den Beruf einen Nutzen bringen.“ ■

AUVA Pflegepreis 2010 geht an Eduard Kölly

In vielen Fällen sei die Pflege in der Familie die Voraussetzung für einen Therapieerfolg, sagte Soziallandesrat Peter Rezar bei der Verleihung des AUVA-Pflegepreises 2010, den Eduard Kölly aus Unterpetersdorf erhalten hat. „Es ist gerade die häusliche Umgebung, die den Hilfebedürftigen die nötige Hoffnung, Kraft und Geborgenheit gibt.“

Seit nunmehr elf Jahren pflegt und kümmert sich Eduard Kölly um seine Gattin. Er hat sein Leben vollständig darauf ausgerichtet: Elf Jahre nach dem Autounfall auf dem Arbeitsweg sitzt sie mit am Tisch, nimmt aktiv an der Unterhaltung teil und kann wieder alleine – mit Stock – gehen. „Ihre außer-

gewöhnlichen Fortschritte sind der Lohn der Familie für die intensive Pflege“, unterstrich Rezar die enormen Leistungen der Ehemannes und der Familie.

Der Preis wurde von Friederike Lackenbauer, Direktorin der AUVA-Landesstelle, und Soziallandesrat Rezar im Landhaus in Eisenstadt überreicht. „Gerade in der heutigen Zeit müssen wir der Menschlichkeit und Solidarität einen höheren Stellenwert geben. Denn eine Gesellschaft ist vor allem daran zu messen, wie sie mit kranken, behinderten und älteren Menschen umgeht“, hob Rezar in seiner Ansprache im Landtagssitzungssaal hervor. ■

Neue Energie für das Burgenland

Für den neuen BEWAG Vorstand sind eine zweite Windinitiative und die Kooperation von BEWAG und BEGAS historische Chancen, die es zu nutzen gilt. Mehrere hundert Millionen EURO an Investitionen machen das Burgenland zum Ökoland und liefern Impulse für die Wirtschaft.

Wir haben das Glück, daß wir als neues Führungs-Duo der BEWAG in den kommenden Jahren viel für das Land, seine Menschen und die Umwelt bewegen können“, waren sich Vorstandssprecher Michael Gerbavsits und sein Vorstandskollege Reinhard Schweifer bei ihrer Antritts-Pressekonferenz im „Pannonia Tower“ einig. In der Lounge des Parndorfer Hotels gaben sie am 2. Februar in unmittelbarer Windpark-Nähe einen Überblick über ihre Pläne: „Gleich zwei historische Chancen werden

triebes, haben rasch das operative Geschäft aufgenommen und arbeiten mit Hochdruck an einem Budget, das ihre Handschrift trägt und bereits wichtige Weichenstellungen vornimmt: Schweifer: „Wir wollen sparen, wo es möglich ist und investieren, wo es Sinn macht.“

Neuer Kurs für BEWAG

„Die neue BEWAG wird drei große Bereiche haben: Erzeugung, Netz und Vertrieb“, skizziert Gerbavsits die schlankere

nächsten drei Jahren Investitionen von rund 350 Mio. € geplant.

Höchste Qualität bei Versorgungssicherheit

„Wind braucht starke Netze“, weiß Gerbavsits. Deshalb werde BEWAG Netz bis 2015, zusätzlich zu den laufenden Aufwendungen für Erneuerung und Instandhaltung, rund 66,5 Mio. Euro in die Netzinfrastruktur investieren. „Die geplanten Investitionen stellen sicher, daß die Versorgungsqualität im Land auch künftig so hoch bleibt“, verspricht der BEWAG Vorstandssprecher. Daß die Einspeisung der Windenergie durchaus eine technische Herausforderung darstellt, zeigt ein Blick in die Zukunft: „Wenn im Burgenland alle geplanten Windparks in Betrieb sind, wird die Einspeiseleistung rund 1000 MW betragen. Das entspricht der Leistung von etwa fünf Donaukraftwerken!“

Das heimische Stromnetz zählt heute zu einem der sichersten Netze Europas. So liegt die Ausfallszeit im Burgenland weit unter dem Österreichschnitt, trotz der hervorragenden Versorgungsqualität zahlen die BurgenländerInnen nicht mehr als der österreichische Durchschnitt. Mit Jahresbeginn wurden die Netztarife gesenkt, was den burgenländischen Stromkunden 2011 eine Entlastung von mehr als 1,1 Mio. Euro bringt, seit der Liberalisierung des Strommarktes vor 10 Jahren sind die Netztarife im Burgenland in Summe um rund 47 Prozent reduziert worden. Ermöglicht wurden diese Tarifsenkungen durch Modernisierung und Erhöhung der Effizienz.

E-Mobilität als Perspektive

Das Thema „E-Mobilität“ bietet mittelfristig gesehen zahlreiche Perspektiven für die BEWAG. ElectroDrive Burgenland – so der Name der Elektromobilitätsinitiative der BEWAG – hat 2010 den Betrieb aufgenommen und wird sich auch künftig um den Ausbau der Infrastruktur im Burgenland kümmern. Weiters ist die BEWAG Partner



Foto: BEWAG Gruppe

BEWAG-Vorstände Michael Gerbavsits (l.) und Reinhard Schweifer

wir nutzen: Einerseits starten wir eine zweite Windenergie-Initiative, die das Burgenland zu dem Ökoland Europas macht“, so Gerbavsits weiter, „andererseits werden wir aus BEWAG und BEGAS einen konkurrenzfähigen und modernen Energiedienstleister formen“, ergänzt Schweifer. Mit der Fokussierung auf das Kerngeschäft und den Heimmarkt könne man sich auf das Wesentliche konzentrieren: Gerbavsits: „Wir wissen, was die BurgenländerInnen von ihrem Energiedienstleister erwarten!“

Die beiden Manager, seit Anfang Jänner an der Spitze des burgenländischen Leitbe-

Struktur. Schon jetzt ist die BEWAG mit ihrer Tochter Austrian Wind Power mit Abstand größter Ökostromproduzent, (138 Windräder mit 242 MW Leistung), künftig wird man Windenergie im Burgenland noch mehr nutzen. „Damit sind wir Partner des Landes bei der Umsetzung der Strategie ‚2013‘. Ziel ist es, so viel Strom aus erneuerbaren Energien zu erzeugen, wie im Land verbraucht wird. Das Burgenland wird so Öko-Nummer eins in Europa!“ Die Behördenverfahren für weitere 200 MW Windenergie sind abgeschlossen, Turbinenlieferungen sind vertraglich gesichert und in den

Fotos: BEWAG Gruppe



Schon jetzt ist die BEWAG mit ihrer Tochter Austrian Wind Power mit Abstand größter Ökostromproduzent.

der Landeshauptstadt bei „Eisenstadt e-mobilisiert“. Das Projekt paßt gut in die Strategie der BEWAG. „Im Feldversuch können wir Neues ausprobieren und so wichtige Erkenntnisse für die Zukunft gewinnen“, meint Schweifer.

»Burgenland Energie«

Die Eigentümer der beiden Landesenergieversorger haben sich grundsätzlich darauf verständigt, daß BEWAG und BEGAS ein Unternehmen werden sollen. „Ziel ist es, Synergien zu nützen und diese an die Kunden und Eigentümer weiterzugeben“, so Schweifer. Aber auch die beiden Unternehmen sollen von diesem Zusammenschluß profitieren: „Burgenland Energie“ – so der Arbeitstitel – wird mit geballter Energie auftreten und sich so im Wettbewerb besser behaupten können. Reinhard Schweifer, der aus jahrzehntelanger Management-Erfahrung die BEGAS hervorragend kennt und nun an der Spitze der BEWAG steht: „Wir werden diesen Prozeß professionell abwickeln und sehen in dieser Kooperation eine große Chance für alle Beteiligten.“

Chancen für die Jugend

„Wenn wir heute einen Blick in die Zukunft werfen, ist natürlich auch die Jugend ein Thema“, so Michael Gerbavits. „Die BEWAG ist Motor und Partner der

Wirtschaft, wie die geplanten Investitionen zeigen, und auch ein wichtiger Arbeitgeber.“ Natürlich bietet der Energiedienstleister auch Jugendlichen hervorragende Job-Chancen. Gerbavits: „Derzeit bilden wir 35 Lehr-

linge in der BEWAG Gruppe aus – im heurigen Jahr werden bis zu neun weitere aufgenommen.“

Niessl: Zukünftig nur mehr ein Energieversorger im Burgenland

„In Zukunft soll es im Burgenland nur mehr einen Energieversorger geben“, kündigte Landeshauptmann Hans Niessl bei einer gemeinsamen Presskonferenz mit Landeshauptmannstellvertreter Franz Steindl und Eigentümervertretern beider Unternehmen in Eisenstadt an. In zwei Jahren soll die Energieversorgung im Burgenland unter dem Dach eines Unternehmens gebündelt sein. Angst um seinen Arbeitsplatz muß kein Mitarbeiter haben. Niessl: „Betriebsbedingte Kündigungen wir des keine geben.“

Land will Gemeindeanteile der BEGAS kaufen

„Ab sofort wird an einer Strategie zur Umsetzung der Fusion gearbeitet, in 14 Tagen soll diese zu Papier gebracht sein“, kündigt Niessl an. In einem ersten Schritt plant das Land, den Gemeinden ihre Anteile an der BEGAS abzukaufen, die Finanzierung soll über die Burgenländische Landesholding abgewickelt werden. Bis Jahresmitte 2011 soll eine Bewertung des Energieversorgers auf dem Tisch liegen. „Es gibt eine gute Gesprächsbasis“, bestätigt der stv. BEGAS-



»Burgenland Journal«

Aufsichtsratsvorsitzende Bgm. Günter Toth. Außerdem würde ein Verkauf der Gemeinde-Anteile an der BEGAS den Gemeinden zusätzliches Geld für notwendige Infrastrukturprojekte in die Gemeindekasse spülen. Aktionäre des Versorgungsunternehmens sind in die in der BEGAS-Gemeindeanteilsverwaltung AG zusammengeschlossenen 110 erdgasversorgten burgenländischen Gemeinden mit 51 Prozent und die Burgenland Holding AG mit 49 Prozent. Einem Verkauf muß eine Dreiviertelmehrheit der Aktionäre zustimmen.

Keine Entlassungen

Unterstützung für die Fusionspläne signalisiert LH-Stv. Franz Steindl: „Wir müssen die Kräfte bündeln um uns auch in Zukunft am Markt zu behaupten. Den Gemeinden werden wir ein faires Angebot legen.“ Eine Fusion von BEGAS und BEWAG sei im Sinne der BurgenländerInnen, betont Niessl



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: EVN-Generaldirektor Burkhard Hofer mit LH Hans Niessl und LHstv Franz Steindl bei der Pressekonferenz in Eisenstadt

ebenso wie Steindl: „Wir wollen den Burgenländerinnen und Burgenländern bei Gas und Strom den besten Preis bieten.“ Angst um seinen Arbeitsplatz müsse in den beiden Unternehmen niemand haben: „Es wird keine Entlassungen geben. Natürliche Abgänge werden dort, wo es Sinn macht, nicht nachbesetzt“, so Niessl. Derzeit sind in der BEWAG 1200 Arbeitnehmer beschäftigt, 240 in der BEGAS.

Effizienter durch Kooperationen

Effizienter gearbeitet soll schon vor einer Fusion werden, nämlich durch eine verstärkte Kooperation zwischen den beiden burgenländischen Energieversorgern. Niessl: „Dort wo es angebracht und sinnvoll ist, muß sofort damit begonnen werden. Alle Bereiche müssen nach Synergiemöglichkeiten durchleuchtet werden.“ Beispielsweise gebe es die Möglichkeit, das vor Jahren gegründete gemeinsame Vertriebsunternehmen „Best“ (Burgenland Energie Service Technik) wieder aufleben zu lassen.

BEWAG: Konzentration auf das Kerngeschäft

„Die BEWAG wird sich in Zukunft auf das Kerngeschäft, der Energieproduktion und dem Energieverkauf konzentrieren. Geschäftsfelder die nicht zu diesen Bereichen gehören und Auslandsbeteiligungen sollen verkauft werden“, kündigt Niessl an. Angestrebt wird der Ausbau der Ökoenergie. Das, so Niessl, werde zu einer massiven Ausweitung der Geschäftstätigkeit führen. ■

<http://www.bewag.at>



Foto: Bgld. Landesmedienservice

»E-Mobilität« bietet, mittelfristig gesehen, zahlreiche Perspektiven für die BEWAG.

Ehrung für Altbischof Paul Iby

Pädagogische Hochschule Burgenland zeichnet Altbischof Paul Iby aus.



Foto:

V.l.: der Amtsführende Präsident des Landesschulrates Burgenland Gerhard Resch, Landeshauptmann Hans Niessl, Altbischof Paul Iby, der Vorsitzende des Hochschulrates, Karl Klement, die Vizerektorin der Pädagogischen Hochschule Burgenland, Inge Strobl-Zuchtriegl, Landeshauptmannstellvertreter Franz Steindl beim Festakt in der Pädagogischen Hochschule Burgenland

Fast 18 Jahre war Paul Iby Diözesanbischof in Eisenstadt. „Ich wage zu behaupten, daß es ohne ihn im Burgenland keine Pädagogische Hochschule mehr gäbe“, betonte Landeshauptmann Hans Niessl anlässlich der Ehrung des Altbischofs in Anerkennung seiner Verdienste um die Gründung und erfolgreiche Positionierung der Pädagogischen Hochschule Burgenland.

Iby erhielt die Ehrennadel in Gold und eine Ehrenurkunde der Pädagogischen Hochschule Burgenland. „Paul Iby hatte den Weitblick zu erkennen, wie wichtig diese Hochschule für das Burgenland ist. Es ist auch sein Verdienst, daß unsere Schule heute eine wichtige Säule im Kanon der Aus- und Weiterbildung und der Forschung ist“, sagte der Rektor der Pädagogischen Hochschule Burgenland, Walter Degendorfer, der gemeinsam mit Vizerektorin Inge Strobl-Zuchtriegl die Auszeichnung vornahm. „Hier werden Generationen an Lehrerinnen und Lehrern ausgebildet. Das ist genau das, was das Burgenland braucht. Die Bildung war und ist die Grundlage für den Aufstieg unseres Heimatlandes“, unterstrich der Landeshauptmann die Wichtigkeit der Ausbildungseinrichtung.

LH-Stv. Franz Steindl lobte vor allem die Handschlagqualität und die Dialogfähigkeit Ibys: „Er war in vielen Bereichen ein wichtiger Ansprechpartner. Ausgemachtes war wasserdicht und hat gehalten.“

Zuguterletzt durfte sich Iby als Erster ins neu aufgelegte Gästebuch eintragen. Sein Nachfolger, Bischof Ägidius Zsifkovics, mußte seine Teilnahme am Festakt aus Termingründen kurzfristig absagen. ■



Foto: St. Martinus / Walter Fikisz

Altbischof Paul Iby erhielt aus den Händen von Rektor Walter Degendorfer die Ehrennadel in Gold und eine Ehrenurkunde der Pädagogischen Hochschule.

Lisztomania 2011

Bundespräsident übernimmt Ehrendschutz und eröffnet Lisztomania 2011 im Burgenland.

Foto: KSB - Kultur-Service Burgenland GmbH.



Zahlreiche Gäste waren nach Raiding gekommen, unter ihnen Bundespräsident Heinz Fischer (3.v.r.) mit seiner Gattin Margit.

Mit seinem gigantischen Oeuvre zählt Franz Liszt zu den historisch bedeutendsten Komponisten. 2011 jährt sich sein Geburtstag im burgenländischen Raiding – das zu Liszts Lebenszeit noch zu Ungarn gehörte – zum 200. Mal. Aus diesem Anlaß präsentierten Landeshauptmann Hans Niessl, Kulturlandesrat Helmut Bieler, Johannes und Eduard Kutrowatz, Intendanten des Liszt Festivals Raiding, Josef Wiedenhofer, Geschäftsführer der Franz Liszt-Gesellschaft Burgenland, Wolfgang Kuzmits, Geschäftsführer der Kultur-Service Burgenland, und Burgenland Tourismus Direktor Mario Baier, am 10. Jänner in der Hofburg in Wien Bundespräsident Heinz Fischer, der den Ehrendschutz für dieses Jubiläumsjahr übernommen hat, das vielfältige Programm der „Lisztomania 2011“.

Die Intendanten des Liszt Festivals Raiding, Johannes und Eduard Kutrowatz, setzen 2011 im Liszt Zentrum mehrere Schwerpunkte: Ein Klavierzyklus, ein Orchesterzyklus, ein Lied- und Vokalzyklus, sowie

Gedenkkonzerte bis hin zu grenzüberschreitenden Konzerten, die sich mit Uraufführungen und Improvisationen auf schöpferisch-innovative Art mit dem Werk von Franz Liszt auseinandersetzen, werden im Januar, März, Juni und Oktober in vier Jahreszeiten-Blöcken aufgeführt.

So wird den Festivalbesuchern die Möglichkeit geboten, im Gedenkjahr hochkarätige musikalische Darbietungen im Konzertsaal direkt neben dem Geburtshaus von Franz Liszt mit den besten Interpreten der Welt am Geburtsort dieses einzigartigen Künstlers zu erleben.

Die feierliche Eröffnung

Zwei Wochen später, am 27. Jänner, wurde in Raiding das Jubiläumsjahr „Lisztomania 2011“ feierlich eröffnet. „In diesem Jahr würdigen wir einen großartigen österreichischen Komponisten, dessen Schaffenskraft höchstes Niveau erreicht hat. Das Burgenland rückt damit einmal mehr in das nationale und internationale Rampenlicht.

Seine Wirkungsstätten lassen die großartige schöpferische Persönlichkeit Franz Liszt und seine einzigartigen Werke in bemerkenswerter Weise präsent sein und eröffnen damit vielen Menschen die Möglichkeit, Zugang zum Werk und zur Persönlichkeit dieses großen österreichischen Komponisten zu finden“, so der Bundespräsident in seiner Eröffnungsansprache.

Zahlreiche Gäste waren in die verschneite 850-Seelen-Gemeinde im Mittelburgenland gekommen, um gemeinsam mit Liszts Ururenkelin, der Weimarer Kunstfest-Chefin Nike Wagner, die feierliche Eröffnung der Lisztomania 2011 zu begehen. In zahlreichen Konzerten und Ausstellungen zelebriert das Land Burgenland den 200. Geburtstag Liszts am 22. Oktober.

Im Jubiläumsjahr hat man im Burgenland 2011 die einzigartige Gelegenheit, sich einen Eindruck vom authentischen Lebensumfeld des jungen Franz Liszt zu machen: Das Liszt-Haus in Raiding als Geburtsort, das daran angrenzend errichtete Konzerthaus Raiding

sowie die Taufkirche Liszts sind Originalschauplätze, an denen spannende Konzerte und Ausstellungen stattfinden. „Franz Liszt ist neben Joseph Haydn der zweite weltberühmte Musiker, der im Burgenland lebte, wirkte und das kulturelle Leben hier und in der ganzen Welt der klassischen Musik entscheidend prägte. Das Musikgenie aus Raiding ist für das Burgenland ein wesentlicher Identitätsstifter, ein Symbol der reichen kulturellen Wurzeln des Burgenlandes“, betonte Landeshauptmann Hans Niessl.

„Lisztomania“ ist keineswegs eine moderne Wortschöpfung – im Gegenteil: Heinrich Heine prägte den Begriff „Lisztomanie“ im Zusammenhang mit der berühmten, viel umjubelten Konzerttournee von Franz Liszt 1841/42 in Berlin. Die Werbekampagne hat dieses Motiv aufgegriffen und holt Franz Liszt ins 21. Jahrhundert. Gleichzeitig sorgt die „Popstar-Brille“ auf einem Originalfoto aus dem Jahre 1858 von Franz Hanfstaengl für die bildliche Umsetzung des „Superstar-Themas“.

Dazu LH-Stv. Franz Steindl: „Der Kulturtourismus ist ein wichtiger Bestandteil unserer Tourismusstrategie, der Dynamik und zusätzliche Wertschöpfung ins Land bringt. Erfreulicherweise zählt die Kultur, ebenso wie Gesundheit und Wellness, zu den Zukunftstrends. Dieses Potential werden wir in Zukunft noch stärker fördern, um zusätzliche Gästeschichten anzusprechen. Das Lisztjahr bietet aber auch die einmalige Chance, der Jugend diese erstaunliche Persönlichkeit und seine Musik näher zu bringen.“ Eduard und Johannes Kutrowatz, Intendanten des Liszt Festival Raiding und selbst hervorragende Lisztinterpreten, bezeichneten Franz Liszt als den „Ur-Vater“ der modernen Klaviertechnik und „Architekten der Zukunftsmusik“. Dank ihrer internationalen Kontakte ist es ihnen gelungen, ein hochkarätig besetztes Festivalprogramm zu organisieren.

Nike Wagner, die künstlerische Leiterin des Kunstfestes Weimar und Urenkelin von Franz Liszt, beleuchtete in ihrer Festrede Liszts „Wurzeln und Flügel“. Erhard Busek porträtierte die wahrhaft europäische Ausrichtung in Liszts Leben. „Im Burgenland liegt die Kinderstube des Musikgenies Franz Liszt, von hier aus hat er ganz Europa erobert. Diese Entwicklung vom Wunderkind zum Weltbürger, sein Leben und seinen Lebensstil zeichnen die insgesamt acht Ausstellungen nach. Hier, an seinem Geburtsort, kann man den ‚Superstar‘ des Burgenlandes am besten kennenlernen. Im Jubiläumsjahr wird das ganze Burgenland zur



Foto: Bild. Landesmedienservice

Bundespräsident Heinz Fischer (M.) mit Landeshauptmann Hans Niessl, Kulturlandesrat Helmut Bieler sowie Johannes und Eduard Kutrowatz (v.l.)

kulturellen Bühne“, gab Kulturlandesrat Helmut Bieler einen Ausblick auf Lisztomania 2011.

Seit Jahren pilgern Musikfreunde in Liszts Geburtsort, um in dem 2006 eröffneten Konzertsaal Stücke des europaweit gefeierten Komponisten im Rahmen des jährlich stattfindenden Liszt-Festivals zu hören. Viermal im Jahr bitten die Intendanten, die Brüder Eduard und Johannes Kutrowatz, zu den Konzerten. Sie selbst bezeichnen Liszt als „Ur-Vater“ der modernen Klaviertechnik und „Architekten der Zukunftsmusik“. Einen minimalen Auszug aus Liszts Werken präsentierten die beiden auch persönlich beim Festakt.

Lisztomania 2011 auf Europatournee

Zahlreiche Künstler aus europäischen Städten, in denen Liszt wirkte, haben sich in Oslip mit synästhetischen Phänomenen in der Kunst am Beispiel des europäischen Künstlers Liszt auseinandergesetzt. Sie haben somit bereits 2010 einen zeitgenössischen Beitrag zur Lisztomania geschaffen. Ausgewählte Exponate sind von 28. Jänner bis 6. März in der Burgenländischen Landesgalerie in Eisenstadt zu sehen, wo „Vivat Liszt: Hör das Licht ... sieh den Klang“ erstmals gezeigt wird. Im Zuge der Lisztomania 2011 geht diese Ausstellung anschließend auf Europatournee: Budapest, Bayreuth, Weimar, Bratislava, Leipzig, Raiding, Luxemburg, London und Venedig sind die Stationen. Alle Orte sind Schauplätze großer

Konzerte oder Lebensstationen des Virtuosen Franz Liszt.

Wie Franz Liszt von Raiding aus die Welt erobert habe, begeben sich auch diese Ausstellung vom Burgenland aus auf Reise, um das Musikgenie in ganz Europa zu feiern. 28 europäische KünstlerInnen ließen sich von Franz Liszt inspirieren und haben moderne, zeitgenössische Kunst geschaffen, die somit auch das ausgeprägte Interesse Liszts an Kunst, Literatur und Musik zeigen, das dieser auch durch regen Austausch mit Künstlern und Intellektuellen seiner Zeit pflegte. Lisztomania 2011 soll die Welt ins Burgenland bringen und das Burgenland in die Welt“, sagte Kulturlandesrat Helmut Bieler.

Das eu-art-network

Dank des dicht geknüpften Netzwerkes des eu-art-workshops waren die Kontakte für die „Tour d'Europe“ in kurzer Zeit hergestellt. „Franz Liszt hat mit dem Geburtsort Raiding natürlich einen direkten Bezug zum Burgenland. Durch sein grenzüberschreitendes Schaffen und Denken empfand und verstand er sich selbst als ‚europäischer Künstler‘. Als leidenschaftlicher Verfechter der Avantgarde steht Franz Liszt auch im 21. Jahrhundert für Neue Kunst im Sinne der europäischen Idee“, sagt Christa Prets, Präsidentin von „Burg Forchtenstein Fantastisch“ und Initiatorin des Symposions in Oslip, während dem die Ausstellungsstücke entstanden sind. ■

<http://www.lisztomania.at>

Die Geschichte des Burgenlandes

Anlässlich des Jubiläums »90 Jahre Burgenland« im Jahr 2011 beginnen wir unsere Serie mit dem Zeitraum von den Jägern und Bauern der Steinzeit bis zum Niedergang des Römischen Reiches.

Von Michael Floiger, Karl Heinz Gober, Oswald Guber, Hugo Huber und Josef Naray*)

Vor etwa 75.000 Jahren herrschten bei uns Klimabedingungen, wie man sie heute in Alaska oder Grönland findet. Die Alpen waren von einer mächtigen Eisschicht bedeckt, gewaltige Gletscher flossen weit in das Alpenvorland.

Jäger und Bauern

Das Leben in der Steinzeit

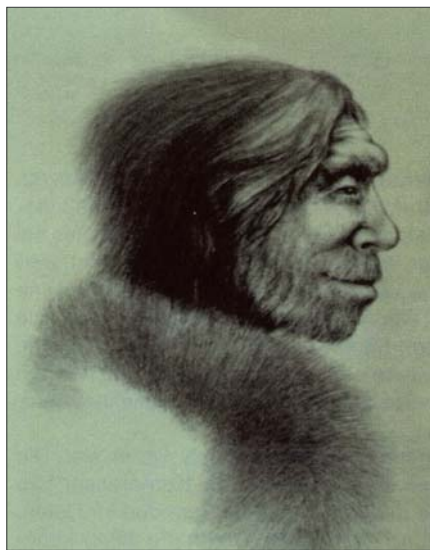
Der Alpenostrand, das Gebiet des heutigen Burgenlandes, wurde zwar von den Gletschern nicht erreicht, war aber eine Kältesteppe. Der Boden taute nur im Sommer oberflächlich auf. Es wuchsen kaum Bäume, lediglich entlang der Flüsse gab es Auwälder. Die übrige Landschaft war mit einer kargen Strauchvegetation bedeckt. In dieser Landschaft lebten Mammut und Ren, Auerochse und Höhlenbär. Aber auch Menschen waren trotz des kalten Klimas in diese Gebiete vorgedrungen. Als geschickte Jäger hatten sie sich den Naturbedingungen hervorragend angepasst.

Jungsteinzeit-Zeit der Bauern

Um 5500 v. Chr. kam die Kenntnis des Ackerbaues vom Südosten Europas her auch in unser Gebiet. In Mesopotamien und in Ägypten hatten die Menschen ja schon viel früher mit der Zähmung von Tieren und dem Anbau von Getreide begonnen diese neue Lebensform erwies sich als so überlegen, daß sie sich über die Balkanhalbinsel bis nach Mitteleuropa und später über ganz Europa ausbreitete.

In Österreich siedelten die ersten Bauern im Osten, im heutigen Burgenland und Niederösterreich. Dort fanden sie Böden auf Löß vor, die sie leicht mit ihren Steinhacken und Grabstöcken bearbeiten konnten. Sie bauten Langhäuser, in denen eine Großfamilie oder

Sippe lebte, hielten Schafe, Ziegen, Rinder und Schweine als Haustiere, bauten Weizengerste und Hirse an. Aus Schafwolle erzeugten sie Gewebe. Diese Lößbauern stellten



Zeichnung eines Neandertalers für eine Ausstellung im Burgenländischen Landesmuseum

auch Tongefäße her, die sie mit Spiralmustern verzierten. Diese schlangen sich bandförmig um das ganze Gefäß, sodaß man von Bandkeramik spricht. Neben Bechern, Schalen und Schüsseln wurden auch große, halbkugelige Vorratsgefäße und Gefäße, die man an Schnüren aufhängen konnte, erzeugt. In einer späteren Phase der Jungsteinzeit wurden die im Töpferofen gebrannten Gefäße

nachträglich mit verschiedenen Farben und Mustern bemalt (Bemaltkeramik).

Handwerker, Händler und Krieger in der Bronzezeit

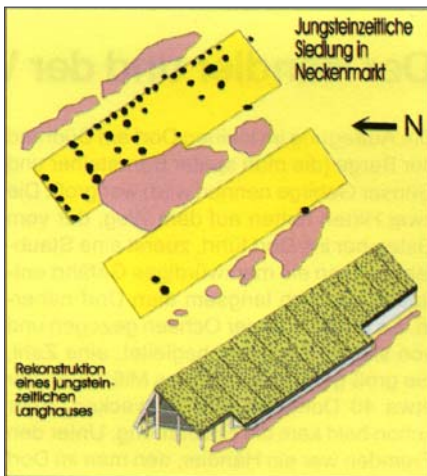
Die Menschen der Jungsteinzeit hatten mit der Einführung des Ackerbaues und der Viehzucht ihr Leben wesentlich verbessert. Sie waren nicht nur mehr vom Jagdglück abhängig. Sie konnten, da sie nun sesshaft waren, Vorräte anlegen. Ihre Werkzeuge bestanden noch immer aus Stein, auch wenn man lernte, den Stein besser und sorgfältiger zu bearbeiten. In der späten Jungsteinzeit aber, etwa um 4000/3800 v. Chr., wurde auch bei uns das Kupfer bekannt. Im Vorderen Orient wurde es schon viel früher verwendet. Vermutlich brachten Händler aus Südosten, vom Balkan, oder aus den Bergen Siebenbürgens die ersten Gegenstände aus Kupfer an den Alpenraum. Ebenso verbreitete sich allmählich die Kenntnis des Kupfererzbergbaues und die Kupferbearbeitung. Die ältesten bisher bekannten Kupfergegenstände Österreichs wurden jedenfalls im Osten gefunden. Bald aber fand man auch in den Alpen, besonders in Salzburg und Tirol, große Kupfererzvorkommen. So gelangte aus beiden Richtungen das Kupfer an den Alpenostrand. In der späteren Bronzezeit wurden dann auch im Güns Gebirge Erze abgebaut.

Diejenigen, die über das wertvolle Kupfer verfügten, die es gewannen und damit Handel trieben, wurden reich und mächtig. Die Händler besorgten außerdem noch das wertvolle Zinn, das es nur an wenigen Stellen in Europa gab. Den Bergleuten, Handwerkern und Kaufleuten mußte außerdem Schutz zur Verfügung gestellt werden. Diese Aufgabe übernahmen die Krieger. Die Organisation des Bergbaues, die Kontrolle der Handelswege, der Bau von Befestigungsanlagen stellte bedeutende Anforderungen, sodaß einzelne Menschen bald aus der Masse der Bauern herausragten. Aus den Kriegern und Händlern entstand eine reiche und mächtige Oberschichte.

*) Wir haben – mit freundlicher Genehmigung des Burgenländischen Landesarchivs, des Landesschulrats für Burgenland und des Verlags Ed. Hölzel Gesellschaft m.b.H. Nfg KG, Wien, – Text und Bilder dieser Serie dem Lehrbuch für die Unterstufe „Geschichte des Burgenlandes“ entnommen.



Diese gesellschaftliche Aufteilung zeigt sich deutlich in den Gräbern der Bronzezeit. Einige sind als Handwerkergräber, andere als Kriegergräber erkennbar. Den Kriegern wurden ihre Waffen mit ins Grab gegeben. Besonders sorgfältig angelegte und reich ausgestattete Gräber lassen auf den Wohlstand und die Bedeutung des Bestatteten schließen. Auch in den Siedlungen der Bronzezeit, die meist auf Bergkuppen angelegt wurden, können die Archäologen manchmal eine Gebäudegruppe erkennen, die von den übrigen Gebäuden abgegrenzt war und vermutlich einem Fürsten als Wohnstätte diente.



Die Ausgrabungen in Neckenmarkt und eine zeichnerische Rekonstruktion von Langhäusern. An den Verfärbungen im Boden konnte man deutlich erkennen, wo Pfostenlöcher waren. Außerdem wurden Tonscherben gefunden.

Leider sind aber viele Gräber schon bald nach ihrer Anlage, also noch in der Bronzezeit, ausgeraubt worden. Das wertvolle Metall der Grabbeigaben zog die Diebe an.

Das Ende der Bronzezeit – eine kritische Zeit

In der späten Bronzezeit kam eine neue Bestattungsform auf: die Toten wurden verbrannt, ihre Aschenurnen beigesetzt. Man spricht daher von „Urnenfelderkultur“. Das Zentrum dieser Kultur lag im Nordosten Österreichs und im Karpatenbecken. Von dort aus breitete sie sich über weite Teile Europas aus. Es scheint damals auch große Wanderungen gegeben zu haben. Die „Urnenfelderleute“ hatten ihre Zentren in großen Befestigungsanlagen auf Anhöhen. Sie wurden durch Gräben, Erdwälle und Palisaden geschützt. In diesen befestigten Anlagen gab es neben einem größeren Haus für den „Fürsten“ auch Werkstätten für die Handwerker



Archäologen bei der Ausgrabung einer Siedlung aus der Bronzezeit auf der Parnsdorfer Platte. Heute ist diese Ausgrabung wieder zugeschüttet und die A4, die Ostautobahn, führt darüber.

und Häuser für die übrigen Bewohner. Sie dienten auch als Marktplätze. Zu den Grabbeigaben der „Urnenfelderleute“ gehören Lanzen, Speere, Schwerter und Dolchmes-



Die »Venus von Draßburg« – diese Frauendarstellung wurde am Taborac, einem Hügel in Draßburg, zusammen mit Tonscherben gefunden.

ser, Schilde und Helme, seltener auch Brustpanzer und Beinschienen. Oft findet man auch Teile eines Pferdegeschirrs, und zwar paarweise. Daraus kann man schließen, daß die Krieger mit einem Streitwagen fuhren.

Das Pferd wurde auch aber auch als Reittier benutzt.

Der Leichenbrand wurde in einer tonernen Urne beigesetzt, diese manchmal zusätzlich in einer Steinkiste. Waffen und Schmuck wurden mitverbrannt, ebenso die Gefäße aus dem Besitz des Toten. Zusätzlich wurden den Verstorbenen aber auch Behälter mit Speisen und Getränken mit ins Grab gegeben. Im Burgenland wurden bei Siegendorf mehrere, nicht beraubte Grabhügel der Spätbronzezeit gefunden. In einem dieser Gräber war ein Krieger mit besonders interessanten Beigaben bestattet.

Fürsten und Schmiede – das Burgenland in der Eisenzeit

Im 8. Jahrhundert v. Chr. begann sich Südeuropa stark zu verändern: Die Griechen traten aus dem Dunkel der Vorgeschichte heraus. Um 750 schuf der Dichter Homer aus alten Sagen und Legenden seine großartige Heldenerzählung vom trojanischen Krieg. Die griechischen Stadtstaaten entwickelten sich allmählich, und griechische Seeleute und Händler begannen, an den Küsten des Mittelmeeres ihre Kolonien anzulegen. Auch die Phönizier gründeten Stützpunkte und dehnten ihre Handelsfahrten bis in den Atlantik aus. In Mittelitalien ließen sich die Etrusker nieder. Sie wurden in vielen Dingen, aber auch in der Gewinnung und Verarbeitung des Eisens, die Lehrmeister der

»Burgenland Journal«

Römer. Im Jahre 753 soll der Sage nach die Stadt Rom gegründet worden sein.

Nördlich der Alpen entstand ab etwa 750 v. Chr. die Hallstattkultur. Sie ist nach dem bedeutenden Fundort Hallstatt im Salzkammergut benannt. Dort wurde das wertvolle Salz abgebaut. Und dort sammelte sich auf dieser Grundlage beträchtlicher Reichtum an. Dementsprechend prächtig sind die Funde in den Gräbern von Hallstatt. Darunter waren auch einheimische Produkte aus Bronze und Eisen, das es in den Alpen in zahlreichen Vorkommen gibt. Es fanden sich aber auch „Importwaren“, die im Tausch



Trinkgeschirrsatz der Hallstattkultur aus Donnerskirchen



Trinkgefäß aus Hallstattzeit, darunter Weintraubenkerne aus dem 9. Jhdt. v. Chr. aus der Gegend um Ödenburg

gegen Salz und Eisen aus dem Süden nach Hallstatt gelangten.

Ab etwa 700 v. Chr. gehörte auch das Gebiet des heutigen Burgenlands zur Hallstattkultur. Man merkt dies vor allem an den

Grabbeigaben. Dazu gehören in der Hallstattzeit besonders häufig ein meist vierteiliger Satz Trinkgeschirr und bronzene oder eiserne Gegenstände, die zum Geschirr der Pferde gehörten.

Die Archäologen legten viele Höhenburgen aus der Hallstattzeit frei. Das sind große, befestigte Anlagen auf Bergen oder Hügeln, die man heute wohl eher als „Städte“ bezeichnen würde. Im Burgenland gab es solche Höhenburgen am Burgstall (=Burg-

dabei eine bedeutende Rolle gespielt haben. So etwa vermutet man, daß die Stierkopfunken, von den man in Donnerskirchen gleich zwei schöne Stücke gefunden hat, bei den Totenfeierlichkeiten verwendet wurden.

Die Kelten

Das erste namentlich bekannte Volk auf burgenländischem Gebiet

Im 5. und 4. Jahrhundert v. Chr. wurde auch bei uns die Hallstattkultur von der La



Feuerböcke wurden den Frauen als Grabbeigabe mitgegeben.

stelle) von Purbach, am Burgstall von Eisenstadt und bei der Burg an der Pinka im südlichen Burgenland. Nicht weit von der burgenländischen Grenze entfernt liegt die größte derartige Anlage am Burgstall von Ödenburg. Große Grabhügel aus der Hallstattzeit, unter denen Fürsten oder Adelige begraben wurden, gibt es in Jois, Purbach, Donnerskirchen, Siegendorf, Schattendorf, Krensdorf, Schandorf, Burg, Eisenberg, Badersdorf und bei Pinkafeld.

Auf den größeren Höhenburgen lebten noch Handwerker: Bronzegießer, Eisen Schmiede, Töpfer. Sie alle waren sehr angesehen und verfertigten im Auftrag des Fürsten besonders schöne Stücke. Auch Händler, die auf der Durchreise waren, fanden Aufnahme. Sie boten ihre Waren den Fürsten und den Adeligen, aber auch den Menschen aus der Umgebung an. Auf der Höhenburg gab es auch einen Marktplatz, wo diese Waren verkauft werden konnten. Auch das Heiligtum eines ganzen Gebietes befand sich vermutlich auf diesen Höhenburgen.

Die Hallstattleute verehrten Naturgottheiten wie etwa einen Wettergott; ein Sonnenkult ist nachweisbar. Manche Tiere wie Wasservögel, Stiere und Widder dürften

Téne-Kultur abgelöst. Die großen Wanderungen der Kelten begannen, die sie bis nach Italien, Griechenland und Kleinasien brachten. Auch in unser Land wanderten keltische Völker ein, die die Herrschaft an sich rissen.

Im Nordburgenland siedelten die keltischen Boier, die ihren Stammesmittelpunkt auf dem Burgberg von Preßburg (Bratislava) hatten. Im Südburgenland lebten die Ardiates (nach dem Fluß Raab benannt). Ihr Zentrum war der Veitsberg bei Güns (Velem / St. Vid bei Kőszeg). Zeitweise gehörte das ganze Gebiet des heutigen Burgenlandes zum Königreich Noricum. Dieses war der erste „Staat“ auf österreichischem Boden.

Die Kelten waren es auch, die vor allem im mittleren Burgenland im großen Stil Eisenerz förderten und Eisen verarbeiteten. Tausende Abbaugruben (Pingen) sind noch heute in den Wäldern des mittleren und südlichen Burgenlandes erhalten. Zahlreiche Schmelzplätze und Schmelzöfen wurden gefunden. Einer der Öfen, gefunden in Klostermarienberg, wurde im Burgenländischen Landesmuseum aufgebaut. Das mittlere Burgenland muß im ersten Jahrhundert v. Chr. ein riesiges Industriezentrum gewesen sein.

Römerzeit

Die Römer erobern den Alpen- und Donauraum

Um Christi Geburt eroberten die Römer den Alpen- und Donauraum. In diesen Gebieten richteten sie Provinzen ein. Das heutige Österreich erstreckte sich auf die Provinzen Rätien, Noricum und Pannonien. Das heutige Burgenland lag in der Provinz Pannonien. Die Hauptstadt Pannoniens war Savaria (Szombathely/Steinamanger), später Carnuntum.

Die Donau blieb für Jahrhunderte die Grenze im Norden und im Osten der Provinz Pannonien. Mit dem Bau des Limes wurde sie zu einer stark befestigten Militärgrenze. Der Limes war ein Grenzverteidigungssystem mit Gräben, Erdwällen, Mauern, Palisaden, Wachtürmen, Kastellen und mächtigen Militärlagern. Der Donaulimes war aber keine undurchlässige Grenze. Handelsströme verliefen in beiden Richtungen über die Donau. Aber für die Römer blieb das Land jenseits der Donau das Barbarenland.

Zur besseren Beherrschung und Verwaltung teilten die Römer Pannonien in Stadtgebiete und Stammesgebiete. Die Verwaltung der Stammesgebiete wurde einem Rat der einheimischen Fürsten und Vornehmen übertragen. An der Spitze der Stammesgebietsverwaltung stand oft ein römischer Offizier als Kontrolleur. Die Städte verwalteten meist ein Gebiet von einigen 1000 Quadratkilometern. So gehörte der heutige Bezirk Neusiedl am See zum Stadtgebiet von Carnuntum, die Bezirke Eisenstadt, Mattersburg und Oberpullendorf unterstanden der Stadtverwaltung von Scarbantia (Sopron, Ödenburg) und die Bezirke Oberwart, Güssing und Jennersdorf wurden damals von Savaria aus verwaltet.



Mit dem Troß der Soldaten kamen auch Landvermesser ins Land. Ihnen oblag die genaue Vermessung des nutzbaren Landes. Die fruchtbarsten Böden wurden für die Veteranen beschlagnahmt, die keltischen Vorbesitzer enteignet. Bisweilen konnten diese auf ihren einstigen Gütern und Höfen als Pächter der Landarbeiter bleiben. Von den Gutshöfen der Veteranen und von den Städten strahlte bald römische Zivilisationsdesertion auf die Umgebung aus. Zahlreiche solcher Veteranensiedlungen wurden freigelegt, so zum Beispiel in Parndorf, Potzneusiedl, Donnerskirchen und Walbersdorf.

Die Romanisierung unserer Heimat

Die frühesten Einwanderer in Pannonien ließen sich um die Legionslager und Kastelle nieder. Es entstanden bescheidene

Siedlungen, die man Canabae nannte. Anfangs bestanden diese aus Zelten, Bretterbuden und Hütten, in denen die Frauen und Kinder der Soldaten lebten. Aber auch Wirte, Dirnen, Händler und Handwerker ließen sich hier nieder. Diese verdienten im Laufe der Zeit ein schönes Geld, als die Ansprüche der Soldaten und Soldatenfamilien sowie der Einheimischen mannigfaltiger wurden. Die bescheidenen Behausungen in den Canabae wichen bald festen Steinhäusern. Es ließen sich auch immer mehr ehrenwerte römische Bürger und Kaufleute nieder. In unseren Raum kamen viele italienischer Kaufleute und Bevollmächtigte italienischer Kaufleute aus Aquileia. Aufgrund der guten Handels- und Verdienstmöglichkeiten blieb so mancher ehrenvoll entlassene Veteranen in der Canabae. Dabei konnte er auf seine ihm zustehende Landanweisung (im heutigen Burgenland 2,5 km² = 250 ha) verzichten, stattdessen nahm er eine Geldabfindung, womit ein Geschäft oder eine Werkstatt eröffnen konnte.

Einige Jahrzehnte nach der Eroberung überzog ein relativ dichtes Netz von Straßen, Poststationen, Villen (Gutshöfen) und Städten die Provinz Pannonien. Vor allem im Bereich der Städte schritt die Romanisierung rasch voran. Von den Städten strahlte römische Zivilisation auf die Umgebung aus, wo sie von den Kelten aufgenommen und nachgeahmt wurde: die Typik des römischen Hausbaues mit der üblichen Heiztechnik, neue Methoden in der Landwirtschaft, Obst- und Gemüsebau und die verfeinerte Weinkultur.



Römischer Familiengrabstein aus Neumarkt im Tauchental. Rechts der bärtige Mann in der römischen Toga, links die Frau und in der Mitte die Tochter in einheimischer traditionell keltischer Tracht um 200 n.Chr. Die Tochter hält eine Weintraube in der Hand – die »erste burgenländische Weinkönigin«, ihr Name war Respectilla.

Mit der römischen Zivilisation drangen auch die von den Römern und romanisierten Einheimischen gepflogene Kulte aufs Land vor. Altäre, Statuen und Reliefs des Sivlanus, des Herkules, der Diana und des Mithras zeugen davon. Die Einheimischen übernahmen auch die römische Sitte, Grabsteine aufzustellen. Darauf stehen die für die Kelten typischen Namen wie Proteus, Cenumarus, Devogna, Matta oder Turbo.

In entlegenen Gebieten war die Romanisierung nicht so intensiv. Hier blieben einheimische Lebensart und Brauchtum weiterhin lebendig. Die Grabsteine beweisen, daß die Frauen länger am alten Brauchtum festhielten. So zeigen die Reliefs auf den Grabsteinen den Mann meist in der römischen Tunika, die Frau noch in keltischer Tracht.

Der Heilige Martin und das Burgenland

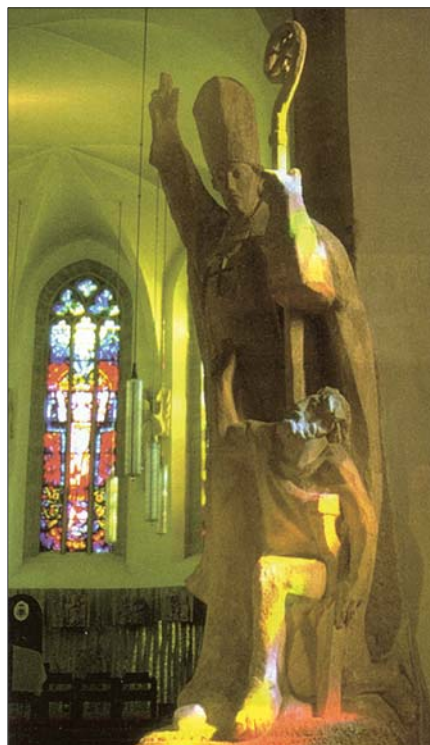
Im Jahre 313 n.Chr. gaben Kaiser Konstantin der Große und sein Mitregent Licinius das „Mailänder Edikt“ heraus. Dieses gewährte den Christen die freie Ausübung ihrer Religion. Kaiser Konstantin der Große ließ aber dem Christentum statt der ursprünglichen Gleichberechtigung immer mehr Bevorzugung zuteil werden. Als Folge dieses Vorgehens traten massenweise Heiden zum Christentum über. Kaiser Konstantin, dem die Kirche wegen seiner Verdienste um sie den Beinamen „der Große“ verlieh, ließ sich an seinem Lebensende taufen.

In dieser Zeit, etwa 316/317 n.Chr., wurde in Savaria (Szombathely/Steinamanger) Martinus geboren. Sein Vater war Tribun, der sich vom einfachen Soldaten zum Offizier hochgedient hatte. Erzogen wurde Martinus in Pavia, wo er mit 15 Jahren in die römische Armee eintrat. Es war damals üblich, daß auch der Sohn die Berufslaufbahn des Vaters einschlug. In seine Soldatenzeit fällt auch die bekannte Begebenheit vor dem Stadttor Amiens: Martin begegnete einem frierenden Bettler. Er hieb mit dem Schwert seinen Mantel entzwei und gab die eine Hälfte dem Bettler. Bald darauf soll dem Martin Christus erschienen sein, bekleidet mit eben diesem Mantel.

Mit 18 Jahren empfing Martin, der sich gegen den Willen seiner Eltern dem Christentum angeschlossen hatte, das Sakrament der Taufe. Ein Jahr später erwirkte er die Entlassung aus dem Heeresdienst. Mit seiner christlichen Überzeugung war der Heeresdienst nicht vereinbar. Martin wurde nun Schüler des Bischofs Hilarius und gründete später ein Kloster. Im Jahr 371 n. Chr. wurde

er zum Bischof von Tours ausgerufen. Martin fühlte sich dieses Amtes nicht würdig. Er soll sich deswegen bei seiner Ausrufung in einem Gänsestall versteckt haben, wo er durch das Schnattern der Gänse verraten wurde. Aus dieser Legende kommt unser Brauch des „Martinigansl Essens“. Martin wurde in Frankreich ein berühmter Bischof. Als er starb, betrauerte ihn eine ungeheure Zahl von Gläubigen.

Der Heilige Martin hat sich seine alte Heimat „zurückerober“t. Viele Kirchen des Burgenlandes sind ihm geweiht. Etliche Orte tragen seinen Namen. Der Heilige Martin ist unser Diözesan- und Landespatron. Das Fest des Heiligen Martin, sein Gedenktag, wird am 11. November gefeiert. Das Martinsfest beschert – unter anderem – den Schülern und Lehrern einen schulfreien Tag, wenn Martini auf einen Schultag fällt.



Der Heilige Martin

Die Bernsteinstraße – eine römische Autobahn durch das Burgenland

Zu den bedeutendsten Leistungen der Römer zählte die verkehrstechnische und wirtschaftliche Erschließung der eroberten Provinzen. Der Bau römischer Straßen erfolgte ursprünglich überwiegend aus militärischen Gründen. Römische Truppen konnten auf gut ausgebauten Straßen rasch in die Krisenherde und auf die Kriegsschauplätze zum Einsatz gebracht werden. Erst in zweiter Linie dienten die Straßen römischen Handels- und Wirtschaftsinteressen.

Die Römer unterschieden verschiedene Straßentypen: Die großen Reichsstraßen waren Straßen erster Ordnung, vergleichbar mit den heutigen Autobahnen. Eine große römische Reichstraße – und somit eine „römische Autobahn“ – war die sogenannte Bernsteinstraße. Der römische Bernstein, der im 1. Jhdt. n.Chr. in Rom zum Modeschmuck wurde, gab diesem uralten Handelsweg seinen Namen.

Ausgangspunkt der römischen Bernsteinstraße war der Adriaflughafen Aquileia, das Zentrum der Bernsteinverarbeitung. Von hier führte die Straße nach Emona, (Ljubljana/Lai-bach), Celeia (Cilli), Peotovio (Ptuj/Pettau) bis nach Savaria (Szombathely/Steinamanger). Von Savaria führte dann die Trasse nach Norden durch das heutige mittlere Burgenland bis nach Scarbantia (Ödenburg/Sopron). Nördlich von Scarbantia mündet die Bernsteinstraße bei St. Margarethen wieder auf heutiges burgenländisches Gebiet ein und zieht zwischen Neusiedlersee und Südostabbruch des Leithagebirges nach Nordosten. Zwischen Breitenbrunn und Winden biegt sie in die Nähe der „Bärenhöhle“ nach Norden ab, quert das Leithagebirge und verläuft über Bruckneudorf/Bruck a.d. Leitha und Höflein zum Endpunkt nach Carnuntum.

An der Bernsteinstraße lagen in regelmäßigen Abständen von 15 bis 20 km Raststätten. Eine solche ist zum Beispiel bei Purbach am Neusiedlersee durch Ausgrabungen bekannt. Die Raststätten jener Zeit war mit Herbergen, Bädern, Stallungen, Scheunen, Wagenreparaturwerkstätten und Unterkünften für das Personal ausgestattet. Hauptsächlich beherbergten diese Raststätten Militärs und Beamte sowie Kurier. Neben ihrer Hauptbeschäftigung als Nachrichtenübermittler und der römischen Post- und Transportgesellschaft kontrollierten die Kurier Straßenzustand, überwachten die Beamten und meldeten Mißstände der Zentrale in Rom. Kurier, Beamte und Militärs durften die Straßen und alle Einrichtungen der Raststationen unentgeltlich benutzen. Kaufleute, Händler und Privatpersonen reisten auf eigene Kosten und auf eigenes Risiko.

Der römische Staat verpachtete die Raststationen meist für fünf Jahre an einen Vorsteher. Diesem oblag unter anderem die Kontrolle der Reiseerlaubnisscheine und die Kontrolle der Höchstgewichte bei Wagen. Auf Höchstgewichtsbeschränkungen wurde genau geachtet, da überladene Wagen den Straßenunterbau ruinierten.

Auf den römischen Straßen sah man die verschiedensten Wagentypen, von den leich-

ten zweirädrigen Personenfahrzeugen bis zu den schweren vierrädrigen Lastkarren. Die Zweiachser wurden zwei oder vierspännig gefahren. Für die Post kamen Pferde, für den Gütertransport Ochsen und auch Maultiere zum Einsatz. An den Raststationen wurden die Tiere gewechselt. Hier stand oft ein Tierpark von 40 bis 50 Tieren zur Verfügung.

Die Reisegeschwindigkeit auf den römischen Straßen war natürlich recht unterschiedlich. Römische Soldaten marschierten mit Waffen und Gepäck (20 bis 30 Kilo) etwa 30 bis 40 km pro Tag. Kaiserliche Kuriere legten zwischen 75 und 90 km pro Tag zurück. Dabei wechselten sie an fünf bis acht Raststationen ihre Pferde.

Wer auf Fernverkehrsstraßen des römischen Reiches reiste, benötigte Straßenkarten oder Reisebeschreibungen. Letztere gaben überblicksmäßig Straßen, Orte und Distanzen sowie auch die Lage der Raststationen an. Genauer waren die Straßenkarten. Die bekannteste uns überlieferte ist die Tabula Peutingeriana. Auf ihr sind die wichtigsten Raststationen und Entfernungen in Meilen genau angegeben. Eine römische Meile betrug 1,48 km. Die am Straßenrand aufgestellten Meilensteine ließen den Benutzer der Straßenkarte die zurückgelegte Strecke und Entfernung zum nächsten Zielort genau bestimmen. Auf den Meilensteinen standen Ziffern, die die Distanz von jedem Ort angaben, von dem die Zählung in einer Region ihren Ausgang nahm.

Das Ende der Römer Herrschaft

In der Provinz Pannonien verlief die politische Entwicklung bis in das 2. Jhdt. relativ ruhig. Aber während Kaiser Marc Aurel (161 n.Chr. bis 180 n.Chr.) herrschte, brachen die Markomannen in das Römerreich ein und drangen bis Italien vor. Das war möglich, weil die römischen Truppen an der Donau durch das Wüten der Pest arg geschwächt worden waren. Auch die in der heutigen Slowakei sesshaften Quaden überrannten den Donaulimes und plünderten Teile der Provinz Pannonien. In dieser für Rom gefährlichen Situation übernahm Kaiser Marc Aurel das Oberkommando und ging zum Gegenangriff über. Die Eindringlinge konnten über die Donau zurückgedrängt werden. Die Gefahr blieb aber bestehen. Marc Aurel schlug sein Hauptlager in Carnuntum auf, um von hier aus Angriffe direkt in das Feindesland vorzutragen.

Im Jahre 193 n.Chr. wurde Septimius Severus, der Statthalter Oberpannoniens, in Carnuntum von seinen Truppen zum Kaiser



Die bekannteste uns überlieferte Straßenkarte ist die »Tabula Peutingeriana«.

ausgerufen. Es begann damit die Zeit der Soldatenkaiser. Rom und Italien verloren an Bedeutung. Nicht mehr Rom und Italien stellten dem Reich die Kaiser, sondern die Provinzen. Hier wurden die Kaiser von ihren Truppen „gemacht“. Die Zeit von 364 bis 392 n.Chr. war die Periode der pannonischen Kaiser. In dieser unruhigen Zeit erschütterten

Bürgerkriege und Kämpfe um den Kaiserthron das Römische Reich. Allein zwischen 235 und 284 n.Chr. gab es nicht weniger als 30 Kaiser! Und fast keiner starb eines natürlichen Todes.

Angesichts dieser inneren Schwäche waren die Außengrenzen des römischen Reiches zwangsläufig vernachlässigt worden. Der Grenzschutz brach allmählich zusammen. Germanenstämme kamen immer häufiger über die Grenze und machten die Grenzzonen unsicher. Dadurch erlitt das Wirtschaftsleben einen deutlichen Rückschlag. Als im Jahr 375 n.Chr. Kaiser Valentinian, der erste pannonische Kaiser, nach Carnuntum kam, traf er die einst blühende Stadt als „verlassenes und schmutziges Nest“ an. Drei Jahre später brach dann die Katastrophe herein: Eine römische Armee wurde bei Adrianopel (Edirne, Türkei) vernichtet. Das siegreiche Heer bestand aus Alanen, Hunnen, Westgoten und Ostgoten. Die Folge war, daß Rom diese nun als Förderaten (Bündnispartner) in Pannonien ansiedeln mußte. Die romanisierte Bevölkerung floh und zog sich in sichere Gebiete zurück. Etwa 450 n.Chr. waren die Ostgoten die Herren in Pannonien. In unserer Heimat war damit das Ende der über 400 Jahre dauernden Römer Herrschaft gekommen. ■



Denar – Silbermünze, 196/197 n. Chr. in Rom geprägt; Fundort Eisenstadt



»Rex Quadis Datus« zeigt einen germanischen Krieger und Kaiser Antonius Pius

Bildnachweis

Leopold Banny, Lackenbach; Burgenländisches Landesarchiv, Eisenstadt; Burgenländisches Landesmuseum, Eisenstadt; Michael Floiger, Loipersbach; GRU-Mediathek Lutzmannsburg; Fotoarchiv Atelier am Berg, Mattersburg; Hugo Huber, Weiden am See, Fotostudio Muik, Güssing; Gerhard Mollay, Neusiedl am See.

Wachstum gewinnt durch Exportdynamik an Schwung

Binnenkonjunktur bleibt verhalten – Mittelfristige WIFO-Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2015 – Inflation steigt 2011 deutlich über 2 Prozent

Das Bruttoinlandsprodukt wird in Österreich von 2011 bis 2015 real um durchschnittlich 2,2% pro Jahr expandieren. Aufgrund des Anstiegs des in- und ausländischen Arbeitskräfteangebotes wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht weiter entspannen. Die Arbeitslosenquote (laut AMS-Definition) wird im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2015 6,8% betragen. Im Gefolge der Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und der Konjunkturbelebung dürfte das Budgetdefizit bis 2015 unter 2% des BIP sinken. Die Inflationsrate wird durch die Steuererhöhungen und den anhaltenden Rohstoffpreisauftrieb 2011 auf 2,1% steigen und über den gesamten Prognosezeitraum bei 1,9% liegen.

Die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise löste in Österreich Mitte 2008 eine schwere Rezession aus. Getragen von einer starken Exportdynamik, nicht zuletzt durch die expansive Geld- und Fiskalpolitik in den großen Wirtschaftsräumen und die rasche Erholung in den Schwellenländern trat Mitte 2009 die Trendwende ein. Für die Periode 2011/2015 wird ein jährliches reales Wachstum von 2,2% prognostiziert. Damit dürfte die österreichische Wirtschaft um etwa ¼ Prozentpunkt schwächer expandieren als in den 10 Jahren vor der Wirtschaftskrise. Die Weltwirtschaft und besonders die Wirtschaft der großen Schwellenländer in Asien und Südamerika hat die Folgen der Krise schneller als erwartet überwunden. Im Durchschnitt 2011/2015 wird mit einem jährlichen Zuwachs von 4½% gerechnet. Die Belebung des Welthandels bewirkt eine Zunahme der österreichischen Exporte um durchschnittlich 6,2% p. a., die annähernd an die Raten in den 10 Jahren vor der Krise herankommt. Da die Importe mit durchschnittlich +5,8% p. a. etwas schwächer zunehmen, wird der Außenbeitrag das heimische Wirtschaftswachstum stützen.

Das Anspringen der Exportkonjunktur konnte 2010 die Investitionstätigkeit nicht ausreichend beleben, weil die Kapazitätsauslastung zu Jahresbeginn noch sehr gering

gewesen war. Im Prognosezeitraum 2011/2015 sollte aufgrund der anhaltend starken Exportnachfrage auch die Investitionstätigkeit zunehmen (Bruttoanlageinvestitionen +2,9% p. a.).

Die in den Jahren 2009 und 2010 wirksam gewordenen Maßnahmen zur Konjunkturbelebung (Steuerreform, Ausweitung der Transfereinkommen, Kurzarbeit) unterstützten die verfügbaren realen privaten Haushaltseinkommen und stabilisierten über einen Anstieg des privaten Konsums die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Im Durchschnitt 2011/2015 wird mit einem Konsumwachstum von 1,2% p. a. gerechnet.

Die beiden Konjunkturpakete und die Steuerreform 2009 sowie die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Milderung der Wirtschaftskrise und die konjunkturbedingte Dämpfung der Steuereinnahmen und die Ausweitung der Staatsausgaben ließen das Defizit der öffentlichen Haushalte 2010 auf 4,1% des BIP wachsen. Aufgrund der geplanten Konsolidierungsmaßnahmen des Bundes und der Konjunkturbelebung scheint eine Rückführung der Defizitquote unter 2% des BIP bis 2015 möglich. Um die Ausgabendynamik nachhaltig zu verringern, sind aber grundlegende Strukturreformen in den Bereichen Gesundheit, öffentliche Verwaltung und Staatsorganisation sowie Förderungen notwendig.

Die Beschäftigung wird in den Jahren 2011 bis 2015 um 0,6% pro Jahr zunehmen. Da das in- und ausländische Arbeitskräfteangebot in diesem Zeitraum etwa gleich schnell wächst, ist vor 2014 mit keiner weiteren Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen, die Arbeitslosenquote dürfte im Durchschnitt bei 6,8% der unselbständigen Erwerbspersonen verharren. Ihre Senkung auf das Niveau vor der Krise bedarf zusätzlicher Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Nach dem Preisverfall von Mitte 2008 bis ins I. Quartal 2009 kehrte sich der Trend auf den internationalen Rohstoffmärkten um. Auch in den kommenden Jahren werden die Rohöl- und Rohstoffpreise anziehen. Die Pro-

gnose nimmt einen Anstieg des Rohölpreises mit der Erholung der Weltkonjunktur von 79 \$ je Barrel im Jahr 2010 auf 105 \$ im Jahr 2015 an. Die Anhebung indirekter Steuern im Zuge der Budgetkonsolidierung wird die Inflationsrate im Jahr 2011 um 0,4 Prozentpunkte auf 2,1% steigen lassen. Von anderen inländischen Faktoren werden in den kommenden Jahren kaum inflationäre Effekte erwartet. Im Zeitraum 2011/2015 dürfte die Inflationsrate in Österreich durchschnittlich 1,9% p. a. betragen.

Die in der vorliegenden Prognose unterstellte Erholung der Wirtschaft hängt wesentlich von der Verbesserung der internationalen Konjunktur ab. Sollte sich diese etwa wegen einer Verschärfung der Staatsschuldenkrise in der EU nicht im erwarteten Ausmaß einstellen, würde das auch die Belebung in Österreich beeinträchtigen. Ebenso bleibt die Lage der Finanzmärkte und des Bankensystems fragil.

Mitterlehner: Basis für Jahre des Aufschwungs gelegt

„Wir haben in der Krise die richtigen Maßnahmen gesetzt und damit die Basis für die Jahre des Aufschwungs gelegt“, sagt Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner. „Bei dem bis zum Jahr 2015 prognostizierten Konjunkturplus von 2,2 Prozent kann man inzwischen auch von einem selbsttragenden Wachstum sprechen.“ Bemerkenswert sei zudem, daß dieses Wachstum laut Wifo im Schnitt der kommenden Jahre sogar höher sein wird, als in den vergangenen zwei Fünf-Jahresperioden.

Erfreulich ist für Mitterlehner, daß vor allem der Export mit einem Zuwachs von 6,2 Prozent pro Jahr der Motor der wirtschaftlichen Aktivitäten sein wird. „Es hat sich also ausgezahlt, daß wir in der Krise mehr Geld in die Hand genommen haben und mit der Internationalisierungs-Offensive zahlreiche Unternehmen zu Exporten animiert haben“, so Mitterlehner. „Wir dürfen uns jetzt aber nicht auf unseren Erfolgen ausruhen, sondern müssen weiterhin mit neuen Produkten neue Märkte im Inland und im Ausland

Wirtschaft

erschließen. Denn nur so schaffen wir für die Menschen Arbeitsplätze, die sie auch in ein paar Jahren noch haben, und sichern die finanzielle Basis Österreich für die kommenden Generationen“, so Mitterlehner.

Konjunkturmotor Einzelhandel

Nach vorläufigen Berechnungen von Statistik Austria lag der Umsatz im Einzelhandel (ohne Handel mit Kfz) in Österreich im Jahr 2010 nominell um 4,0% und real um 2,3% höher als 2009. Dies sind die höchsten Zuwachsraten, sowohl nominell wie auch real, seit den 1990er Jahren. Der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren setzte im Jahr 2010 nominell 4,0% und real 3,2% mehr um als im Vorjahr. Auch der Einzelhandel mit Nichtnahrungsmitteln erzielte mit 3,5% nominell und 2,1% real deutliche Umsatzsteigerungen.

Im Dezember 2010 erwirtschaftete der Einzelhandel – getragen vor allem durch das erfolgreiche Weihnachtsgeschäft – ein um nominell 4,5% und real 2,3% höheres Umsatz- bzw. Absatzvolumen als im Vergleich zum Vorjahresmonat. Allerdings hatte der Dezember 2010 um einen Einkaufstag mehr als der Dezember 2009. Bereinigt um den Kalendereffekt ergibt dies ein nominelles Plus von 2,7% und real eine Zunahme von 0,4%.

Erzielt wurde das gute Ergebnis für den Dezember 2010 vor allem im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren mit einer Umsatzsteigerung von 4,9% und einer Zunahme des Absatzes von 3,0%. Etwas schwächer, aber ebenfalls deutlich positiv entwickelte sich der Einzelhandel mit Nichtnahrungsmitteln mit einem nominellen Umsatzplus von 3,6% und einer Steigerung des Absatzvolumens von 2,0%.

Das Ergebnis für den Dezember 2010 wurde auf Basis von 45% des Einzelhandelsvolumens berechnet.

Inflation steigt 2011 deutlich über 2 Prozent

Der jüngste Anstieg der Teuerung hat die Angst vor einem Ausufern der Inflation neu aufkeimen lassen. Auslöser für den deutlichen Preisauftrieb sind steigende Weltmarktpreise für Energieträger und Agrarrohstoffe, die auch weiterhin Druck auf die Verbraucherpreise ausüben werden. Auch die Budgetkonsolidierung wird 2011 die Preise geringfügig antreiben. Die stabile Kerninflation und der fehlende Nachfragedruck machen deutlich, daß eine konjunkturell bedingte Inflation derzeit nicht vorhanden und

vorerst auch nicht zu erwarten ist. Die Inflation wird sich 2011 zwar um plus 2,5 Prozent im Jahresvergleich bewegen, jedoch mit sinkender Tendenz zum Jahresende hin. Die Inflation in Österreich ist abgesehen von temporären, durch externe bzw. einmalige Effekte verursachten Schwankungen unter Kontrolle und sollte es auch bleiben. Trotzdem setzen die gestiegenen Inflationserwartungen die EZB unter Druck.

Der Anstieg der Inflation in Österreich gegen Jahresende 2010 war zwar nicht unerwartet, hat in seinem Ausmaß jedoch überrascht. Das spürbare Überschreiten der 2 Prozent-Marke im Dezember und damit des Zielwerts der Europäischen Zentralbank stellt diese vor eine große Herausforderung“, sagt Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer, „Der derzeitige Preisauftrieb ist zwar nicht besorgniserregend, da er nur auf externe Effekte, wie den höheren Preisen für fossile Energieträger und Agrarrohstoffe zurückzuführen ist und kaum konjunkturell bedingt ist. Die starken Signale der Realwirtschaft in Ländern wie Deutschland und das allgemein unsichere Umfeld erhöhen jedoch die Inflationserwartungen und setzen die EZB zunehmend unter Druck.“

Verbraucherpreisinflation hat vorerst Höhepunkt noch nicht erreicht

Die kommenden Monate werden von einem andauernden Aufwärtsdruck betreffend die Teuerung gekennzeichnet sein, der weiterhin überwiegend von den Auftriebsfaktoren Energie und Nahrungsmittel ausgehen wird. Insbesondere im ersten Halbjahr 2011 ist in Österreich teilweise mit Inflationswerten über der 2,5 Prozent-Marke zu rechnen, zumal sich auch einige Maßnahmen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung der öffentlichen Hand preistreibend niederschlagen.

Der Aufwärtstrend bei Rohstoffpreisen wird sich 2011 fortsetzen, da ein knappes Angebot auf eine konjunkturell bedingt steigende Nachfrage trifft. Dafür ausschlaggebend ist vor allem die hohe Wirtschaftsdynamik in den Schwellenländern. Neben dem Rohölpreis, den wir 2011 um durchschnittlich rund 20 Prozent über dem vergangenen Jahr sehen, ist auch der Preisauftrieb bei Metallen ein Thema. Insbesondere höhere Preise von Industriemetallen, wie u.a. Kupfer schlagen auf die Verbraucherpreise letztlich durch. Zunehmender Druck auf die Inflation ist in der ersten Jahreshälfte 2011 auch durch höhere Preise für Agrarrohstoffe zu erwarten, verstärkt durch den Basiseffekt des vorjährigen, starken Rückgangs der

Nahrungsmittelpreise. Die Preise für verarbeitete Nahrungsmittel werden in den nächsten Monaten unweigerlich nach oben tendieren, nachdem sich im vergangenen Halbjahr die Weltmarktpreise für Weizen, Mais, Baumwolle und Zucker beinahe verdoppelt haben. Ernteaufträge aufgrund ungünstiger Wetterverhältnisse, wie z.B. dem Hochwasser in Australien, dem viertgrößten Weizenexporteur der Welt, verringern den Preisdruck zwar vorerst nicht, die Auswirkungen auf die Inflation in Österreich sind angesichts eines Anteils der Nahrungsmittel am gesamten Verbraucherpreisindex von rund 11 Prozent jedoch begrenzt.

Auch die Konsolidierung der öffentlichen Budgets wird im Jahr 2011 die Verbraucherpreisinflation etwas nach oben heben. Durch die Erhöhung der Mineralölsteuer und anderer einnahmenseitiger Maßnahmen erwarten wir einen zusätzlichen Aufschlag auf die Inflationsrate von etwa 0,3 Prozentpunkten. Auch die prekäre Lage der Landes- und Gemeindebudgets wird sich über Gebühren- und Abgabenerhöhungen geringfügig erhöhend in der Inflationsrate niederschlagen.

„Alle drei wesentlichen Preistreiber des Jahres 2011 sind temporär und im Falle der fiskalischen Maßnahmen zudem als einmalig einzustufen. Wir gehen daher davon aus, dass die höhere Inflation eine zwischenzeitliche Erscheinung bleibt und die Inflationswerte in der zweiten Jahreshälfte 2011 wieder leicht sinkende Tendenz haben werden“, so Bruckbauer. Dafür spricht, daß die Kerninflation (allgemeine Inflation ohne Energie und Saisonwaren) seitwärts tendiert und auch nachfrageseitig kein Druck auf die Inflation in Sicht ist. „Schließlich steigen die Preise nur dann, wenn die Nachfrage schneller wächst als das Angebot und es an Kapazitäten fehlt, um die Nachfrage zu bedienen. Davon sind wir derzeit in Österreich noch weit entfernt“, meint Bruckbauer. Auch die Lohnabschlüsse für 2011 mit einem Tariflohnplus von knapp über 2 Prozent lassen keinen dauerhaften Inflationsauftrieb erwarten. „Der durch Rohstoffe und Budgetmaßnahmen verursachte Preisauftrieb ist zwar mit Sicherheit unangenehm für die österreichischen Verbraucher, Sorgen über eine dauerhaft anspringende Inflation sind nach unserer Einschätzung jedoch übertrieben. Die Inflation in Österreich wird zwar über den in den vergangenen Jahren gewohnten Werten liegen, ist aber unter Kontrolle und sollte es unter den derzeitigen Rahmenbedingungen auch bleiben“, so Bruckbauer. ■

Exportziele schon im November erreicht

Exportdynamik wird auch 2011 Aufschwung der Gesamtwirtschaft stützen – Internationalisierungs-Offensive wird neu ausgerichtet – Jänner bis November 2010: Ein- und Ausfuhren um jeweils 15,8% gestiegen

Die Anfang Feber veröffentlichten Exportzahlen für den Zeitraum Jänner bis November 2010 machen Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner optimistisch für den weiteren Aufschwung der Wirtschaft: „Wir haben unser Exportziel mit einem Volumen von 100 Milliarden Euro für das Vorjahr schon im November erreicht. Ich bin daher zuversichtlich, daß wir diesen Schwung ins Jahr 2011 mitnehmen können und der Export ein Turbo für den Aufschwung bleibt“, betonte Mitterlehner. Allein im November lagen Österreichs Ausfuhren bei 10,4 Mrd. Euro – und damit schon wieder auf Vorkrisenniveau. Höher waren die Monatswerte – verglichen mit saisonbereinigten Daten – zuletzt im Juni des Hochkonjunkturjahrs 2008.

Mitterlehner hebt besonders den klaren Trend in Richtung der außereuropäischen Märkte hervor. Im Jahr 2000 lag deren Anteil noch bei 14,5 Prozent, per November 2010 waren es schon 17,7 Prozent. „Durch eine Diversifizierung des Exports können wir Krisen in einzelnen Weltregionen besser verkraften und profitieren gleichzeitig vom starken Wachstum in Schwellenländern wie China, Brasilien und Indien. Daher richten wir unsere Internationalisierungs-Offensive künftig noch stärker als bisher auf die wachstumsstarken Märkte außerhalb der Europäischen Union aus“, so Mitterlehner. Allein die Exporte nach China sind von Jänner bis November im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 41,5 Prozent gestiegen, nach Brasilien lag der entsprechende Zuwachs bei 35,7 Prozent.

Wie Statistik Austria anhand vorläufiger Ergebnisse errechnete, lag der Gesamtwert der Einfuhren von Waren im Zeitraum Jänner bis November 2010 mit 103,43 Mrd. Euro um 15,8% über dem Vorjahreswert, die Ausfuhren von Waren verzeichneten ebenfalls einen Zuwachs von 15,8% auf 99,87 Mrd. Euro. Die Warenverkehrsbilanz wies damit ein Passivum von 3,56 Mrd. Euro auf.

Aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bezog Österreich im Berichtszeitraum Waren im Wert von 75,01 Mrd.

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuss (+)	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber Vorjahr		Anteil	
				Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
	1.000 €				Prozent		
Insgesamt							
2010*	103.429.683	99.874.275	-3.555.408	15,8	15,8	100	100
2009	89.287.659	86.216.234	-3.071.425			100	100
EU27							
2010*	75.008.603	70.577.960	-4.430.643	14,6	14,9	72,5	70,7
2009	65.430.179	61.399.408	-4.030.771			73,3	71,2
Drittstaaten							
2010*	28.421.080	29.296.316	875.235	19,1	18,1	27,5	29,3
2009	23.857.480	24.816.827	959.347			26,7	28,8
Q: STATISTIK AUSTRIA, Monatliche Außenhandelsstatistik – *) vorläufige Ergebnisse							

Q: STATISTIK AUSTRIA, Monatliche Außenhandelsstatistik – *) vorläufige Ergebnisse

Tabelle 1: Der Außenhandel Österreichs Jänner bis November 2010

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuss (+)	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber Vorjahr		Anteil	
				Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
	1.000 €				Prozent		
Insgesamt							
2010*	10.314.223	10.369.487	55.264	18,5	19,3	100	100
2009	8.704.317	8.691.686	-12.631			100	100
EU27							
2010*	7.542.737	7.311.001	-231.735	15,4	16,5	73,1	70,5
2009	6.538.862	6.275.235	-263.627			75,1	72,2
Drittstaaten							
2010*	2.771.486	3.058.486	287.000	28,0	26,6	26,9	29,5
2009	2.165.456	2.416.451	250.995			24,9	27,8
Q: STATISTIK AUSTRIA, Monatliche Außenhandelsstatistik – *) vorläufige Ergebnisse							

Q: STATISTIK AUSTRIA, Monatliche Außenhandelsstatistik – *) vorläufige Ergebnisse

Tabelle 1: Der Außenhandel Österreichs Jänner bis November 2010

Euro, das entspricht einem Anstieg von 14,6% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Der Wert der in diese Länder versandten Waren betrug 70,58 Mrd. Euro, das ist um 14,9% mehr als in der Periode Jänner bis November 2009. Die Handelsbilanz mit der Europäischen Union verzeichnete damit ein Passivum von 4,43 Mrd. Euro.

Der Außenhandel mit Drittstaaten zeigte im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum einen Zuwachs bei den Importen von 19,1% auf 28,42 Mrd. Euro und bei den Exporten von 18,1% auf 29,30 Mrd. Euro. Daraus ergab sich ein Aktivum der Handelsbilanz mit Drittstaaten von 0,88 Mrd. Euro. ■

Rekord bei Ankünften

2010: Inländische Gäste und Wien sorgen für Nächtigungsplus von 0,4%

Nach ersten vorläufigen Ergebnissen lag im Kalenderjahr 2010 laut Statistik Austria die Anzahl der Nächtigungen mit insgesamt 124,82 Mio. um 0,4% über jener des Vorjahres. Dies ist insbesondere auf die Nächtigungszuwächse in Wien (+10,3% auf 10,86 Mio.) und jenen bei den inländischen Gästen (+1,6% auf 35,01 Mio.) zurückzuführen. Damit wurde das fünftbeste jemals erhobene Ergebnis erreicht, welches nur in den Jahren 1991, 1992 (Rekordwert mit 130,42 Mio. Nächtigungen), 1993 und 2008 übertroffen wurde.

Neuer Rekord bei inländischen Gästenächtigungen

Mit knapp über 35 Mio. Nächtigungen erreichten die inländischen Gäste einen neuen Rekordwert und lagen damit um mehr als eine halbe Million Nächtigungen über dem Vorjahr; die Zahl der Nächtigungen ausländischer Gäste blieb mit 89,81 Mio. weitgehend unverändert (-0,1%). Der wichtigste Herkunftsmarkt Deutschland nahm um mehr als 700.000 Nächtigungen ab (-1,5%), ebenso der zweitwichtigste Markt Niederlande (-4,1%). Verzeichnete man zu Beginn der 1980er Jahre noch mehr als 65 Mio. deutsche Gästenächtigungen, waren es im aktuellen Kalenderjahr mit 48,13 Mio. um knapp ein Drittel weniger. Ausgeglichen wurden die Nächtigungsrückgänge deutscher bzw. niederländischer Gäste durch Zuwächse bei Gästenächtigungen aus Rußland (+23,2%), der Schweiz (+4,2%), den USA (+11,9%), Schweden (+9,6%), Frankreich (+2,7%) oder Polen (+2,6%). Weniger Nächtigungen wurden bei Gästen aus Belgien (-2,6%), Rumänien (-2,5%) und Großbritannien (-0,5%) festgestellt.

33,37 Millionen Ankünfte: Rekordwert von 2008 um 2,3% überschritten

Mit insgesamt 33,37 Mio. Ankünften wurde der bisherige Rekordwert aus dem Jahr 2008 (32,62 Mio.) um 2,3% überschritten. Die Zahl der inländischen Gästeankünfte, die 2007 mit 10,37 Mio. erstmals die 10-Millionen-Marke überschritten hatte, erhöhte sich im Jahr 2010 weiter auf ein neues Höchstniveau von 11,38 Mio. (+3,8% im Vergleich zum Vorjahr). Dem langjährigen Trend entsprechend verringerte sich die

durchschnittliche Aufenthaltsdauer weiter (vor 30 Jahren noch 6,2 Tage) und lag im Jahr 2010 nunmehr bei 3,7 Nächtigungen.

Deutlicher Nächtigungszuwachs in Wien, Trend zu höherwertigen Quartieren

Bei den Nächtigungsergebnissen der Bundesländer konnte Wien mit 10,86 Mio. Nächtigungen und einem Zuwachs von 10,3% am deutlichsten zulegen. Damit erreichte die Bundeshauptstadt einen bundesweiten Marktanteil von 8,7%, 1980 waren es nur 3,9%. Auch das Burgenland (+1,5%), die Steiermark (+0,9%), Niederösterreich (+0,6%) und Salzburg (+0,5%) lagen bei den relativen Zuwächsen über dem Bundesschnitt. Rückgänge im Vergleich zum Vorjahr gab es in Kärnten (-3,7%), der bundesweite Markt-

Wien – den Trend zu höherwertigen Quartieren wider. So verzeichneten Betriebe der 5/4-Stern Kategorie Nächtigungszuwächse von +4,1% bei einem gleichzeitigen Marktanteil von 35%. Insgesamt entwickelte sich die Zahl der Nächtigungen in gewerblichen Beherbergungsbetrieben durchwegs positiv (+1,3%), trotz der relativ hohen Verluste von 2-/1-Stern Betrieben (-3,8%). Signifikant hohe Nächtigungsrückgänge weisen auch Privatquartiere mit -6,7% auf.

Dezember 2010: Nächtigungsrückgang um 6,3%

Im Dezember 2010 konnte trotz guter Schneelage, aber bedingt durch die ungünstige Feiertagskonstellation, mit 9,51 Mio. Nächtigungen die 10-Millionen-Marke, die



Foto: WienTourismus / F 3

Bei den Nächtigungsergebnissen der Bundesländer konnte Wien mit 10,86 Mio. Nächtigungen und einem Zuwachs von 10,3% am deutlichsten zulegen (unser nächtliches Bild zeigt die Peterskirche und den Stephansdom).

anteil lag bei 8,7% und hatte 1980 noch 16,0% betragen. Auch Oberösterreich (-1,8%) und Tirol (-0,5%) verzeichneten Einbußen.

Eine Analyse nach Unterkunfts-kategorien spiegelt – beeinflusst durch das Ergebnis von

erstmal 2008 (10,35 Mio.) und 2009 (10,15 Mio.) überschritten wurde, nicht erreicht werden. Dies bedeutet einen Rückgang zu Dezember 2009 von -6,3%. Die Zahl der Nächtigungen inländischer Gäste verzeich-

Wirtschaft

nete ein Minus von rd. 90.000 (-4,2%), jene der ausländischen Gäste sogar um rd. 544.000 (-6,8%). Auch die Zahl der Ankünfte von inländischen Gästen war im Vergleich zum Vorjahreshöchstwert mit rd. 742.000 leicht rückläufig (-0,4%), jene von ausländischen Gästen verringerte sich um 2,4% auf 1,89 Mio.; insgesamt nahm somit die Zahl der Gäste um 1,8% auf 2,63 Mio. ab.

Im Dezember 2010 nächtigten um 7,1% weniger deutsche Gäste in Österreich als noch im Vorjahr. Die höchsten relativen Zuwächse unter den wichtigsten Herkunftsmärkten verzeichneten Rußland (+29,5%), die USA (+14,9%), Frankreich (+5,1%) und die Schweiz (+4,7%).

Erstes Drittel der Wintersaison Nächtigungen -2,5%, Ankünfte +1,7%

Bedingt durch das rückläufige Dezemberergebnis (November 2010: +10,5%) sank die Zahl der Nächtigungen im ersten Drittel der Wintersaison 2010/11 (November und Dezember 2010) um 2,5% auf 13,35 Mio., während jene der Ankünfte um 1,7% auf 4,13 Mio. stieg. Der Rückgang der ausländischen Gästenächtigungen um 3,6% konnte durch die Entwicklung der inländischen Gästenächtigungen (+0,1%) nicht kompensiert werden.

Burgenland kratzt an der 3-Millionen-Marke

Das Burgenland konnte im abgelaufenen Jahr 2,911.034 Nächtigungen, das sind um 44.050 mehr als 2009, verbuchen. Mit einem Plus von 1,5 Prozent wurde damit das beste Ergebnis in der Geschichte der burgenländischen Tourismuswirtschaft – und damit der sechste Rekord in Folge – erzielt.

Einen noch deutlicheren Zuwachs gab es im Burgenland bei den Ankünften, sowohl bei den Ausländern, als auch bei den Inländern, denn sie stiegen insgesamt um 45.258 bzw. 5,1 Prozent. Unterschiedlich sind die Gesamtjahresergebnisse in den Regionen. Überproportionale Zuwächse erzielten dabei die Regionen Rosalia, Güssing und Neusiedler See. Hauptverantwortlich für dieses Ergebnis sind der Sonnberghof in Bad Sauerbrunn, die Leitbetriebe in Stegersbach sowie die St. Martins Therme & Loge in Frauenkirchen.

Die stärksten Zuwächse gab es in den 4- und 5-Stern-Unterkunftskategorien und bei Urlaub am Bauernhof. Die Inländernnächtigungen sind um 2,3 Prozent auf 2,273.659 gestiegen. Das Burgenland liegt damit im



Foto: St. Martins Therme & Lodge

Hauptverantwortlich für das gute Ergebnis im Burgenland sind der Sonnberghof in Bad Sauerbrunn, die Leitbetriebe in Stegersbach sowie die St. Martins Therme & Lodge in Frauenkirchen.

österreichweiten Trend hin zu einem Anstieg der Inländernächtigungen. Einen leichten Rückgang mußte das Burgenland bei den Nächtigungen ausländischer Gäste hinnehmen. Allerdings sind die Ankünfte gleichzeitig um 3,1 Prozent gestiegen. Ein Wermutstropfen ist der Rückgang bei den deutschen Gästen. Die Deutschen bleiben aber im Burgenland unangefochten die Nummer 1 bei den Auslandsnächtigungen – ihr Anteil macht hier 70 Prozent aus. Umso erfreulicher ist dafür, daß es aus dem Osten wieder und weiterhin markante Zuwächse gibt.

Ziel ist es, der Destination Burgenland auf den wichtigsten Herkunftsmärkten ein unverwechselbares Profil zu geben, das für Urlauber, Kurzurlauber und Tagesgäste gleichermaßen attraktiv ist. Die begonnene Ausrichtung des Angebots auf Basis der fünf Themensäulen Wein und Kulinarik, Natur, Gesundheit, Kultur und Sport soll dazu weiter verfolgt und stärker professionalisiert werden.

Salzburg: bestes Ergebnis seit dem Mozartjahr

Das vergangene Jahr brachte mit knapp 2,2 Millionen Nächtigungen in der Stadt Salzburg das beste touristische Ergebnis seit dem Mozartjahr. Die Nächtigungszahlen in den Monaten Mai, September, Oktober und November waren so gut wie nie zuvor.

Bereits im ersten Halbjahr 2010 war ein deutlicher Aufwärtstrend bei den Nächtigungen und Ankünften in der Stadt Salzburg spürbar. Dieser Trend hat sich bestätigt: Mit

2,193.058 Nächtigungen waren es nur 39.018 Nächtigungen weniger als im Rekordjahr 2006, im Vergleich zu 2009 wurde ein deutliches Plus von 6,45 Prozent erzielt. „Bei den Ankünften konnte das Mozartjahr sogar noch übertroffen werden“, bestätigt der ressortzuständige Bürgermeister-Stellvertreter der Stadt Salzburg, Harry Preuner bei der Präsentation der Daten Anfang Feber.

Oberösterreich startet mit Plus in die Wintersaison

Die Wintersaison 2010/11 hat für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Oberösterreich sehr positiv begonnen. Die vorläufige Nächtigungsstatistik weist für November und Dezember 2010 einen Zuwachs von 1,5 Prozent bei den Nächtigungen (auf insgesamt 750.300) und 1,8 Prozent bei den Ankünften (279.400) im Vergleich zum Vorjahr aus.

Der frühe und reichliche Schneefall ermöglichte im Wintersportland Oberösterreich einen zeitgerechten Start in die Saison. Zudem fanden die zahlreichen Adventsmärkte und Weihnachtsveranstaltungen sowie das Wohlfühlangebot in den Gesundheitsdestinationen großen Anklang. Das zeigen Zuwächse beispielsweise in Bad Ischl, St. Wolfgang oder der Vitalwelt (Bad Schallerbach, Gallspach, Geboltskirchen, Grieskirchen, Haag a.H., Wallern). Oberösterreich punktete vor allem bei den inländischen Gästen (+2% Ankünfte, +3,1% Nächtigungen), Zuwächse verzeichnete insbesondere die gehobene Hotellerie im 4/5-Stern-Segment. ■

Wien bleibt Top-Standort

Wirtschaftsagentur Wien präsentierte Bilanz
über internationale Betriebsansiedlungen 2010

Die Wirtschaftsagentur Wien konnte im Vorjahr gemeinsam mit der Bundes-Ansiedlungsagentur ABA-Invest in Austria 113 internationale Unternehmen neu in der Bundeshauptstadt ansiedeln. Das bedeutet eine Steigerung von 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr (98 Unternehmen) und das drittbeste Ansiedlungsergebnis für Wien überhaupt.

„Die Unternehmen entscheiden sich für Wien aufgrund der hohen internationalen Attraktivität des Standorts. Sie profitieren in Wien von der guten Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte, von der modernen Infrastruktur, vom wissenschaftlichen Know-how und der hohen Rechtssicherheit. Nicht zuletzt kann Wien mit der unbestritten höchsten Lebensqualität weltweit punkten“, so Finanz- und Wirtschaftsstadträtin Vizebürgermeisterin Renate Brauner. Durch die Neuansiedlungen entstanden rund 600 neue Arbeitsplätze am Standort.

„Jedes zweite von der ABA bei der Ansiedlung in Österreich betreute Unternehmen hat sich für Wien entschieden“, bestätigt ABA-Geschäftsführer René Siegl. „Der Hauptgrund dafür liegt in der Drehscheibenfunktion des Standortes für Mittel- und Osteuropa: Westeuropäische Unternehmen, die den Marktzugang suchen, und OsteuropäerInnen, die den Sprung in die EU-Märkte wagen, finden hier optimale Bedingungen vor.“

Insgesamt konnte die Wirtschaftsagentur gemeinsam mit der ABA seit 2004 rund 650 internationale Unternehmen in Wien ansiedeln. Dadurch konnten über 5.400 neue Arbeitsplätze geschaffen und Investitionen von rund 470 Millionen Euro ausgelöst werden.

Spitzenreiter Deutschland und CEE

Die meisten der angesiedelten Unternehmen kommen auch 2010 wieder aus Deutschland: Insgesamt waren es 39. Auch das Interesse von Unternehmen aus Mittel- und Osteuropa ist ungebrochen. 30 Neuansiedlungen aus dem CEE-Raum konnten verzeichnet werden. Die wichtigsten Investoren sind dabei Rußland (zehn) und Tschechien (acht). Stark vertreten waren 2010 auch die USA: Sieben US-amerikanische



Foto: Harri Mannsberger / PID

v.l.: René Siegl (GR Austrian Business Agency), Vizebürgermeisterin Renate Brauner und Gerhard Hirczi (GF der Wirtschaftsagentur Wien)

Unternehmen haben sich im vergangenen Jahr für Wien entschieden.

Hinsichtlich der Branchen setzte sich auch 2010 der Trend hin zur Technologie- und Dienstleistungsorientierung fort. 23 der neu in Wien angesiedelten Unternehmen sind in industrienahen Dienstleistungen tätig, 18 im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien bzw. der Neuen Medien. „Wien hat es in den letzten Jahren erfolgreich geschafft, in seine Stärkefelder zu investieren. Die große Zahl an Ansiedlungen im IKT-Bereich bestätigt die Strategie der Stadt Wien“, so Gerhard Hirczi, Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien.

Nummer eins im Bundesländer-Vergleich

Wien setzt sich im bundesweiten Vergleich traditionell klar an die Spitze. Das zeigen die Erhebungen der ABA. Stärkstes Bundesland nach Wien war Oberösterreich mit 21 internationalen Betriebsansiedlungen vor Niederösterreich mit 18. 17 Firmengründungen wurden in Salzburg, 14 in Tirol und 13 in Kärnten registriert. Neun waren es in der Steiermark, fünf in Vorarlberg und drei im Burgenland.

Expat Center: neue Servicestelle für internationale Unternehmen

Die Wirtschaftsagentur steht Unternehmen, die sich am Standort Wien ansiedeln wollen, mit einem umfassenden und kostenlosen Serviceangebot zur Seite. Im Jahr 2010 wurde dem stetig steigenden Zulauf internationaler Unternehmen mit einer innovativen Maßnahme Rechnung getragen: Mit dem „Expat Center Vienna“ schuf die Wirtschaftsagentur eine zentrale Plattform für internationale Unternehmen und ihre hochqualifizierten MitarbeiterInnen, die den beruflichen und privaten Start in Wien noch besser und einfacher macht. Das nach modernsten europäischen Standards ausgestattete Center im Herzen Wiens funktioniert nach dem One-Stop-Shop-Prinzip. Ein ExpertInnen-Team bietet den Expats und ihren Angehörigen individuelle und maßgeschneiderte Beratung zu allen Belangen des täglichen Lebens und alle Erstinformationen, die sie für ihren Start und Aufenthalt in Wien brauchen.

Das Angebot der Servicestelle richtet sich aber auch an jene Expatriates, die bereits seit längerer Zeit in Wien leben.

<http://www.expatscenter.at>

Neuer OÖ-HighTech-Fonds

Der Wirtschaftsstandort Oberösterreich wird für junge, innovative Unternehmen um einen starken Eckpfeiler reicher

Auf Initiative von Wirtschafts-Landesrat Viktor Sigl haben das Wirtschaftsressort des Landes OÖ und oberösterreichische Banken mit Unterstützung der Europäischen Union (EFRE-Mittel) einen neuen OÖ-HighTech-Fonds geschaffen. Dieser ist für Start up-Finanzierungen innovativer GründerInnen vorgesehen. Mehr als 11 Millionen Euro stehen zur Verfügung. Ziel ist es, damit absolute HighTech-Gründer zu unterstützen und sie in Oberösterreich zu halten und begleiten: vielleicht bringt zum Beispiel der Softwarepark Hagenberg ja schon demnächst ein neues oö. Microsoft oder Apple oder als Produkt ein Mühlviertler I-Pad oder I-Phone hervor.

Die starke Entwicklung des Wirtschafts-, Universitäts- und Fachhochschulstandortes Oberösterreich hat in den letzten Jahren eine Flut an innovativen Ideen, Köpfen, Dienstleistungen und Produkten hervorgebracht. Um diese Innovationen auch marktreif zu machen, sind Finanzierungsmöglichkeiten für junge, innovative Start-up-Unternehmen von Bedeutung. Sie erhalten eine Anschubfinanzierung, die ihnen einen Firmenstart ermöglicht, da gerade bei diesen jungen Technologie-High-Potentials kein bis wenig Eigenkapital gegeben ist.

Oberösterreichs Banken – mit Ausnahme der Volksbanken – bringen für den OÖ-HighTech-Fonds mehr als 5,5 Millionen Euro auf. Ebenfalls 5,5 Millionen Euro stellen Land OÖ und Europäische Union – je zur Hälfte – parat, so daß insgesamt mehr als 11 Millionen zur Verfügung stehen. Der OÖ-HighTech-Fonds kann sich mit einer atypisch stillen Beteiligung oder auch direkt mit Eigenkapital mit einem Betrag zwischen 300.000 Euro und 1,5 Millionen Euro an den Unternehmen beteiligen.

Oberösterreich steht für Wirtschaft, Innovation und Ausbildung. Die starke Entwicklung des Wirtschafts-, Universitäts- und Fachhochschulstandortes Oberösterreich in den letzten Jahren hat eine Flut an innovativen Ideen, Köpfen, Dienstleistungen und Produkten zur Folge. Um diese Innovationen auch marktreif zu machen, sind mehr denn je Finanzierungsmöglichkeiten für junge, innovative Start-up-Unternehmen aus dem High-Tech-Bereich von Bedeutung. Insbesondere



Foto: Land Oberösterreich

Wirtschafts-Landesrat KommR Viktor Sigl, Generaldirektor Franz Gasselsberger, MBA (Obmann Sparte Bank und Versicherung, WKO OÖ) und Friedrich Filzmoser, Geschäftsführer der Sparte Bank und Versicherung in der WKO OÖ.

auch, um sie in Oberösterreich zu halten und ansiedeln zu können.

Bei der Einrichtung des Fonds wurde besonderes Augenmerk darauf gelegt, unnötige Bürokratie zu vermeiden und Kosten zu sparen. Dieses Ziel wird unter anderem dadurch erreicht, daß die Verwaltung und die Geschäftsführung des Fonds von den MitarbeiterInnen bzw. Geschäftsführern der OÖ KGG/OÖ UBG (Friedrich Filzmoser und Konrad Remplbauer) übernommen werden. Die endgültige Entscheidung über Art und Umfang einer Beteiligung wird von einem mit Branchenexperten und Bankenvertretern besetzten Bewilligungsbeirat, der auch die Geschäftsführung überwachen wird, vorgenommen werden.

Umfassende Betreuung und Begleitung der Unternehmen

Die Betreuung innovativer Start up-Unternehmen sollte gerade in der Anfangsphase möglichst intensiv sein. Meist sind zwar hervorragende technische Fähigkeiten und Ideen vorhanden, kaufmännische Themen dagegen werden oft vernachlässigt. Der OÖ. High-tech Fonds wird seinen Beteiligungen genau für diesen Bereich gezieltes Coaching anbieten, um sicherzustellen, daß die betriebswirtschaftlichen Agenden mit den Unternehmen

mitwachsen können. Weiters kann das Coaching-Angebot je nach Bedarf der Unternehmen noch folgende Dienstleistungen umfassen:

- (Weiter-)Entwicklung des Geschäftsmodells mit Erarbeitung einer langfristig erfolgversprechenden Strategie,
- Entwicklung der Marktbearbeitung sowie insb. der Vertriebsstruktur,
- Patent- und Technologiestrategie, Unterstützung bei der Erstellung des Proof of Concept,
- Erarbeitung eines mittel- und langfristigen Finanzierungskonzepts für zukünftige Finanzierungsrunden und
- Bildung eines Netzwerks zur Steigerung der Kooperationsmöglichkeiten mit anderen (bereits etablierten) Unternehmen.

Die enge Zusammenarbeit zwischen Land OÖ und den heimischen Banken hat eine lange Tradition. Erfolgreiche Beispiele sind die OÖ Kreditgarantiesellschaft (KGG), die allein in den letzten beiden Jahren nahezu 600 Bürgschaftsanträge heimischer Klein- und Mittelbetriebe zu bearbeiten hatte und mittlerweile 670 Bürgschaften für mehr als 450 Unternehmen mit einem Gesamtbürgschaftsobligo von rund 42 Millionen Euro aufweist. ■

1.000.000.000 € für St. Pölten

Positive Entwicklung am Wirtschaftsstandort der NÖ Landeshauptstadt

St. Pölten feiert in diesem Jahr das 25jährige Bestehen als Landeshauptstadt von Niederösterreich. Die Stadt hat in dieser Zeit eine Entwicklung erfahren, wie wohl noch nie zuvor in der langen Stadtgeschichte. Aus Anlaß des Neujahrsempfanges für die Wirtschaftstreibenden in St. Pölten gibt Bürgermeister Matthias Stadler die neusten Wirtschaftsdaten für den Standort bekannt und erstellt einen Ausblick auf die Entwicklungsmöglichkeiten des Wirtschaftsstandortes St. Pölten.

Grundlagen schaffen und fördern

„Die St. Pöltner Wirtschaftstreibenden zeichnen sich durch Pioniergeist, umsichtiges unternehmerisches Vorgehen, hohes Verantwortungsbewußtsein gegenüber den Mitarbeitern und Zielstrebigkeit aus. Die Stadt St. Pölten unterstützt die Unternehmer durch nachhaltige Investitionspolitik, gezielte Förderungen, Schaffung des Wirtschaftsservice der Stadt ecopoint, Erstellung von bestmöglichen Rahmenbedingungen – etwa durch deutlich beschleunigte Verwaltungsverfahren und Verbesserung der Infrastruktur – und die Vorgabe von klaren Zielen für die Stadt- und Standortentwicklung. Gemeinsam ist es daher trotz der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftskrise gelungen, den Wirtschaftsmotor in St. Pölten nicht nur auf Touren zu halten, sondern sogar einen Gang höher zu schalten. Der rasante Aufschwung St. Pöltens ist unter anderem an der regen Bautätigkeit und den hohen Investitionssummen deutlich abzulesen“, stellt der Bürgermeister fest.

Dynamische Entwicklung mit Investitionen von 1 Mrd. Euro

Die enorme Kraft und die Dynamik des Wirtschaftsstandortes St. Pölten wird durch die Investitionssummen des Jahres 2011 verdeutlicht. Private Investoren, Wirtschaftstreibende, die Stadt St. Pölten sowie andere öffentliche Körperschaften und Institutionen investieren fast 1 Mrd. Euro im Stadtgebiet.

„Das ist eine Summe in wirklich astronomischer Höhe. Wir haben alle größeren Projekte, die sich derzeit in Umsetzung befinden, bei denen Vorleistungen in der Planung erbracht werden oder im heurigen Jahr begonnen werden, erhoben und zusammen-



Foto: mss/vorläufer

v.l.: Christoph Schwarz (Ecopoint), Dir. Friedrich Schmidl (Austrian Business Agency), Monika Schulz-Strelow (Austrian Business Agency Büro Berlin), Bürgermeister Matthias Stadler und Franz Schmitzberger (GF Sunpor)

gerechnet. Der Aufschwung ist also enorm. Regelmäßig werden uns im Rathaus neue Projekte und Investitionen bekanntgegeben“, zeigt sich Stadler von der Entwicklungsdynamik beeindruckt.

Im wesentlichen verteilt sich dieses enorme Investitionsvolumen auf die sechs Bereiche Wirtschaft, Öffentlicher Verkehr, Infrastruktur und Sicherheit, Wohnen, Gesundheit und Zentralklinikum, Bildung und Innenstadt und Domplatz.

Beachtliche Bewegungen gab es 2010 bei den Gewerbeberechtigungen: Der Saldo aus den erteilten (477) und den gelöschten (347) Gewerbeberechtigungen ergibt ein Plus von 130. Beeindruckend ist die Gesamtzahl der Betriebe in St. Pölten: betrug sie im Jahr 2008 insgesamt 3008, so steigerte sie sich bis Ende 2010 auf den Spitzenwert von 3359 aktive Betriebe, das sind + 22,7% seit 2000.

„Wir wissen von den internationalen Messen und unseren Wirtschaftsreisen, daß die Grundstücksreserven für die positive Entwicklung eines Wirtschaftsstandortes von grundlegender Bedeutung sind. Viele Städte haben schlichtweg keinen Platz mehr. Durch die umsichtige Grundstücks politik der Stadt verfügen wir über ausreichend Betriebsflächen, die wir weiterentwickeln können“, erläutert Stadler. Derzeit liegen 552,94 ha gewidmete Betriebsflächen im Stadtgebiet. Davon sind 366,49 ha bebaut.

D.h., in St. Pölten sind noch 186,45 ha Betriebsflächen frei.

Die Einnahmen aus der Kommunalsteuer kletterte von 21.719,336 im Jahr 2007 auf eine Höhe von 23.120.859 Euro im Jahr 2010. Einbrüche bei der Kommunalsteuer in der Höhe von zweistelligen Prozentsätzen und in Millionenhöhe, wie in manchen anderen Städten sind der Niederösterreichischen Landeshauptstadt erspart geblieben.

ecopoint weiter erfolgreich

Der Wirtschaftsservice der Stadt St. Pölten ecopoint kann für das Jahr 2010 ebenfalls eine überaus positive Bilanz vorlegen.

77 Investorenprojekte wurden betreut und die Liste der realisierten Projekte ist eindrucksvoll: Privatbrauerei Fritz Egger GmbH, Sunpor Kunststoff GmbH, Hit FM Privatrado GmbH, Wohnprojekt Living City Immobilien KG, Classics Reloaded Handels GmbH etc. Durch diese Aktivitäten fanden im vorigen Jahr 148 Menschen einen neuen Arbeitsplatz, 459 Mitarbeiter wurden am Standort St. Pölten gesichert, gesamt also 607 Arbeitsplätze.

Durch die Vergabe von Baurechtsgründen für Unternehmer in den Gewerbegebieten St. Pölten/Salcherstraße und Dürnergasse wurde ein Investitionsvolumen von 9,4 Mio. Euro ausgelöst. Auf insgesamt 20.598m² haben sich sechs neue Betriebe angesiedelt. ■

Siemens baut U-Bahnen für Warschau

35 Züge im Wert von 272 Mio. Euro aus der neuen Metro-Generation
»Inspiro« – Überwiegender Teil der Wertschöpfung wird in Österreich erbracht

Die Warschauer U-Bahn GmbH (Metro Warszawskie Sp. z o.o.) hat ein Konsortium aus Siemens und dem polnischen Hersteller Newag mit der Lieferung von 35 sechsteiligen Metro-Zügen im Wert von 272 Mio. Euro beauftragt. Dies ist zugleich die erste Order für komplette Fahrzeuge aus der neuen Metro-Generation „Inspiro“, die auf der weltgrößten Bahnmesse InnoTrans vorgestellt wurde. Die Züge, die für den Einsatz im Netz der Warschauer Metro vorgesehen sind, sollen ab Herbst 2012 geliefert werden. „Für Siemens als grünen Infrastruktur-Konzern ist das ein weiterer Erfolg im wachstumsstarken Markt für U-Bahnen. Der ‚Inspiro‘ ist das Ergebnis unserer Anstrengungen der letzten Jahre, umweltschonende Lösungen für steigende Fahrgastzahlen zu entwickeln“, erklärt Siemens-Österreich-Chef Wolfgang Hesoun.

Warschau verfügt über eine etwa 23 Kilometer lange Metrolinie mit 21 Stationen. Zurzeit befindet sich der zentrale Abschnitt der neuen Linie 2 im Bau. Die neuen Züge sollen auf beiden Linien zum Einsatz kommen. Mit den jetzt bestellten 35 Zügen passt die U-Bahn Warschau ihr Angebot den stetig wachsenden Passagierzahlen an. Allein von 1998 bis 2008 hat sich die Zahl der Fahrgäste pro Jahr auf gut 126 Millionen verdreifacht. Der Kunde plant, 15 Züge auf der bestehenden und 20 Züge auf der neuen Strecke einzusetzen. Für den weiteren Ausbau der L2 sieht eine Option den Abruf von weiteren 17 Zügen dieses Typs innerhalb der nächsten drei Jahre vor.

Österreich: Bedeutender Teil der Wertschöpfung

„Der aktuelle Auftrag umfaßt die Lieferung, die Inbetriebnahme, die Tests und die Zulassung der Fahrzeuge. Die ersten zehn Garnituren werden komplett im Siemens-Mobility-Werk Wien Simmering gefertigt“, betont Mobility-Chef Arnulf Wolfram. Die Endmontage der verbleibenden Fahrzeuge erfolgt im polnischen Nowy Sącz durch das lokale Partnerunternehmen Newag. Das bedeutet, daß ein überwiegender Teil der Wert-

schöpfung für dieses Projekt in Österreich erbracht wird. Dieser Anteil umfaßt die Rohbauten und die Drehgestelle, das Engineering und die komplette Montage und die Inbetriebsetzung der ersten 10 Züge. Dieser wichtige Teil der Fertigung findet in den Weltkompetenzzentren Wien Simmering und Graz Eggenberg statt.

Metromarkt: weltweites Wachstum

Warschau steht stellvertretend für viele Städte in Osteuropa. Dort wird eine überdurchschnittliche Entwicklung des Metromarktes prognostiziert, da die bestehenden Flotten vor einer Modernisierung stehen. Für

technologie sowie durch moderne Antriebstechnik eine deutliche Absenkung des Energieverbrauchs. Bei der Wahl des Materials – sowohl des Wagenkastens als auch des Interieurs – hat Siemens großen Wert auf Wiederverwertbarkeit gelegt. Die Recycling-Quote beträgt über 95 Prozent. Die neue Metro-Generation ist Teil des Siemens-Umweltportfolios, mit dem das Unternehmen im Geschäftsjahr 2010 einen Umsatz von rund 28 Mrd. Euro erzielte. Das macht Siemens zum weltweit größten Anbieter von umweltfreundlicher Technologie. Kunden haben mit entsprechenden Produkten und Lösungen des Unternehmens im selben Zeitraum 270



Foto: Siemens

»Inspiro«: Die neue Metro-Plattform mit 95 Prozent Wiederverwertungsquote

den weltweiten Metromarkt sieht der europäische Bahnindustrieverband Unife bis 2016 ein Wachstum von 4 Prozent pro Jahr bei einem Volumen von derzeit rund 5 Mrd. Euro für Fahrzeuge und weiteren gut 2 Mrd. Euro für Bahninfrastruktur. Das Wachstum wird vor allem durch die Bevölkerungszunahme in den Großstädten getrieben.

»Inspiro« mit 95 Prozent Wiederverwertungsquote

Die Metro von Siemens, die unter dem Namen „Inspiro“ vermarktet wird, erzielt durch konsequenten Einsatz von Leichtbau-

Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO₂) eingespart, das ist so viel wie Hongkong, London, New York, Tokio, Delhi und Singapur in Summe an CO₂ jährlich ausstoßen.

Wien: World-Headquarter für Metros und Reisezugwagen

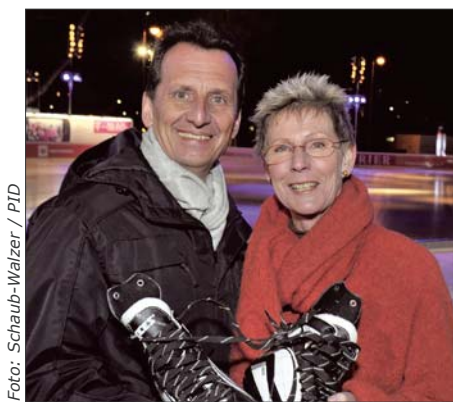
Der Standort Wien von Siemens ist internationales World-Headquarter für Metros und Reisezugwagen. Hier ist das Know-how der gesamten Logistik- und Prozesskette von Forschung, Entwicklung, Engineering, Fertigung, Endmontage bis zu Inbetriebsetzung vereint. ■

Der Wiener Eistraum

Erstmals grenzenloses Vergnügen am Eis vom Rathaus bis zum Ring.

Größtes Freizeitvergnügen garantiert auch heuer wieder Wiens beliebteste Wintersportveranstaltung – der Wiener Eisraum. Seit 21. Jänner sind wieder alle Bewegungsfreudigen, Profis wie Anfänger, große und kleine Eisläufer eingeladen, vor dem Rathaus ihre Runden zu drehen. Im letzten Jahr tummelten sich 560.000 Besucher auf Wiens größter Eisfläche. Heuer wird auf einer über 6000 Quadratmeter großen Eislandschaft zauberhafte Atmosphäre und winterliches Sportvergnügen geboten. „Neu ist in dieser Saison, daß das Eis-Vergnügen nun ohne Unterbrechung vom Rathaus bis zur Ringstraße reicht“, erklärte der zuständige Stadtrat Christian Oxonitsch. „Der Rathausplatz wird somit zur einzigartigen Rieseneisfläche“. Zudem überrascht der Traumpfad im Rathauspark mit noch mehr Kurvenvielfalt und abwechslungsreicher Streckenführung. Sieben Gastronomen verwöhnen die Gäste mit kulinarischen Köstlichkeiten und wärmenden Getränken. Die bereits erfolgreiche Radio Wien Disco sorgt für beste Stimmung.

Auch heuer können im Rahmen der Schulaktion wieder alle Wiener Volksschulen, Kindergärten und Horte am Wiener Eisraum gratis ihre Runden drehen. Von Montag bis Freitag (immer von 9.00 bis 16.00 Uhr) steht ihnen die Eisfläche ohne Voranmeldung frei zur Verfügung. Über 20.000 Kinder nehmen dieses Gratisangebot jährlich wahr.



StR Christian Oxonitsch mit Eislauf-Legende Trixi Schuba bei der Eröffnung

Zur selben Zeit – und an Wochenenden ganztags – können Kinder und Anfänger kostenlos eine 480 Quadratmeter große synthe-



Heuer bietet Wien eine über 6000 Quadratmeter große Eislandschaft.

tische Eisfläche der Eisstockbahnen für die ersten Eislaufversuche nützen. Hier können Kinder so gleichmäßig wie auf echtem Eis gleiten, ohne beim Hinfallen naß zu werden. Für mehr Sicherheit dabei gibt es noch zehn Eislaufhilfen, die beliebten „Pinguine“. Am Abend wird diese Fläche dann zur Eisstockbahn.

Der Schlittschuhverleih bietet für die Eisraum-BesucherInnen über 1200 Paar mit Warmluft vorgewärmte Schlittschuhe in den Größen 23 bis 52 an. Sicherheit hat oberste Priorität und so stehen für die kleinsten Gäste neben den kostenlosen Sicherheitshelmen auch gratis verstellbare Doppelkufen in den Größen 21 bis 25 zur Verfügung. ■

Kurioses über Grenzen hinweg

6000 Pendler queren täglich die Grenze zwischen Salzburg und Bayern

4000 hierhin und 2000 dorthin! Die Rede ist von Pendlern zwischen Salzburg und Bayern. Die Zahl der so genannten Grenzgänger hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Vor allem die Zahl derer, die zum Arbeiten nach Salzburg kommen.

Dieser „Grenzfall“ ist ein weiterer aus der erfolgreichen Serie „Salzburger Grenzfälle“, die jeden ersten Mittwoch des Monats auf <http://www.salzburg.at> der Plattform für die Europaregion veröffentlicht werden. In Buchform gibt es sie als Nr. 235 der Serie „Sonderpublikationen“ in der Schriftenreihe des Landespressebüros. Die unterhaltsame Lektüre versammelt Kuriositäten rund um die Salzburger Grenzen, gleichzeitig ist das Buch eine aufschlußreiche Lektüre zu Geschichte, Landeskunde und Politik Salzburgs.

Zum Arbeiten über die Grenze

4000 bayerische Pendler kommen täglich von Bayern nach Salzburg, um zu arbeiten. Umgekehrt ist die Zahl nur halb so groß: Rund 2000 SalzburgerInnen haben derzeit ihren Arbeitsplatz in einem bayerischen Betrieb. Grund für diese Unausgeglichenheit sei der bessere Verdienst in Österreich, sagen viele Deutsche, die sich für einen Arbeitsplatz in Salzburg entscheiden. Weiters sei das Fehlen eines Zentralraumes auf deutscher Seite ein zusätzlicher Grund für diese Unausgeglichenheit zwischen bayerischen und Salzburger Grenzgängern.

Die Regionen Berchtesgadener Land und Traunstein sind geprägt durch einen guten Branchenmix. Allerdings mit sehr vielen kleinen Betrieben. Die Arbeitskräftenachfrage ist nicht in allen Berufsbezeichnungen

gleich hoch. Ein ähnliches Bild wie bei den ausgebildeten Arbeitskräften ergibt sich auch bei der Berufsausbildung: Während rund 500 deutsche Jugendliche eine Lehre im Land Salzburg absolvieren, pendeln nur etwa 30 Lehrlinge zu ihrer Ausbildung ins benachbarte Bayern. Genaue Daten, in wel-

etwa Rosenheim mit Kufstein, Weilheim mit Innsbruck oder Passau mit Scharding.

Auf gute Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit der Agentur für Arbeit in Traunstein mit dem AMS Salzburg etwa funktioniert laut Farrenkopf sehr gut, konstruktiv und vertrauensvoll. Regelmäßig finden Besprechungen der unterschiedlichsten Gremien über diverse Themen wie Fachkräftebedarf, Ausbildung, berufliche Weiterbildung, Förderung der Selbstständigkeit statt. Hierzu organisieren die Agentur und das AMS grenzüberschreitende Veranstaltungen und Projekte, gemeinsame Beratertage über das Arbeiten im jeweiligen Nachbarland und vieles mehr. Zusätzlich werden zahlreiche Broschüren zum Beispiel vom EURES-Netzwerk, dem europäischen Portal für berufliche Mobilität, angeboten.

Grenzgänger sollten sich, bevor sie

ihre neue Arbeitsstelle jenseits der Grenze antreten, über Lebens- und Arbeitsbedingungen, Besteuerung, Sozialversicherung, Pensionsvorsorge, Familienleistungen, Anerkennung von Berufsabschlüssen und vieles mehr informieren. Denn obwohl die Arbeitsstellen in der Salzburger bzw. bayerischen Nachbarschaft zum Greifen nahe sind, ergeben sich für Grenzgänger ständig neue Fragen und Probleme, die jedoch kein Grund sein sollten, sich nicht neuen beruflichen Herausforderungen zu stellen. Die Regelungen und Informationen dazu wurden in den vergangenen Jahren laufend überarbeitet, ergänzt und verbessert, so daß einer „grenzgenialen“ Jobaussicht nichts mehr im Wege steht. ■



6000 Pendler queren täglich die Grenze zwischen Salzburg und Bayern

chen Branchen die Grenzgänger in Salzburg bzw. Bayern beschäftigt sind, führen sowohl die Agentur für Arbeit in Deutschland als auch das Arbeitsmarktservice nicht.

Daß die Grenze zwischen Salzburg und Bayern in den Köpfen der ArbeitnehmerInnen kaum noch existiert, zeigt das rapide Ansteigen der Grenzgänger: „2001 waren es gerade einmal 1100 bayerische Pendler, fast zehn Jahre später hat sich diese Zahl nahezu vervierfacht“, sagt Anette Farrenkopf von der Agentur für Arbeit Traunstein. „Umgekehrt gibt es stetig einen Rückgang der Grenzgänger“, bestätigt die Agenturchefin.

Die Agenturen für Arbeit in Bayern arbeiten mit verschiedenen Arbeitsmarktservices in Österreich eng zusammen. So kooperiert

Drei Viertel mit Nichtraucherschutz zufrieden

Jeder dritte Raucher hat Gastronomiebesuche eingeschränkt –
Miteinander von Rauchern und Nichtrauchern auf Rekordhoch

Seit sechs Monaten ist das Nichtraucherschutzgesetz in den heimischen Gaststätten zur Gänze in Kraft. Die Gastronomie zog darüber Bilanz und das Ergebnis einer repräsentativen Befragung des market Instituts ist eindeutig: Nahezu drei Viertel (74 Prozent) der Österreicherinnen und Österreicher sind mit den Maßnahmen zum Nichtraucherschutz zufrieden. Zwei Drittel der Bevölkerung ziehen den österreichischen Weg einem totalen Rauchverbot in der Gastronomie vor. Darüber hinaus hat sich das einhellige Nein gegen ein österreichisches oder europaweiteres Rauchverbot in der Bevölkerung weiter verstärkt. 65 Prozent der Österreicher wären mit einem generellen Rauchverbot nicht einverstanden.

Die Gastronomie sieht jedoch nicht nur positive Seiten der bestehenden Regelung: „Das Rauchen ist vor allem in Betrieben, in denen keine Speisen konsumiert werden, wie Bars, Pubs oder Diskotheken, ein wesentlicher Bestandteil. Nichtraucherräume werden nur zum Teil genutzt. Wenn sie leer stehen, wirkt sich das negativ auf die Ertragssituation der Betriebe aus“, betont Helmut Hinterleitner, Obmann des Fachverbandes Gastronomie in der WKÖ.

Werner Beutelmeyer, Geschäftsführer market Institut, präsentierte die repräsentative Studie: „Gegenüber unserer Untersuchung vor 1,5 Jahren haben sich einige spannende Trendverschiebungen dargestellt. Die Gastronomie hat den eiskalten Gegenwind der Wirtschaftskrise gespürt. Vor allem Raucher bleiben öfters zu Hause: Jeder dritte Raucher gibt an, den Gastronomiebesuch gegenüber dem Vorjahr eingeschränkt zu haben. Offensichtlich wirkt sich das Nichtraucherschutzgesetz auf die Frequenz der Gasthaus- und Restaurantbesuche aus und führt zu Rückzugstendenzen bei rauchenden Männern und Frauen. Da der Anteil der Raucher insgesamt unverändert geblieben ist, wird vermutlich im privaten Bereich mehr geraucht.“

Der Trend, daß ein Fünftel der Österreicher weniger oft in Gastronomiebetrieben anzutreffen sind, setzte sich 2010 fort.

Waren es 2009 noch deutlich mehr Männer als Frauen, die von rückläufigem Gastronomiebesuch berichteten, so ist 2010 bei den Frauen ein gleich hoher Rückgang zu verzeichnen. „Das tut der Gastronomie weh“, so Beutelmeyer. Hinterleitner fügt hinzu: „Dies deckt sich auch mit den Erfahrungswerten aus der Branche: Hier geben 56 Prozent der Gastronomiebetriebe an, daß sie die Auswirkungen der Wirtschaftskrise nach wie vor



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

spüren, nur 17 Prozent fühlten sich von der Wirtschaftskrise generell nicht betroffen.“

„Das Miteinander von Rauchern und Nichtrauchern hat sich durch das neue Gesetz signifikant verbessert. Hier ist fast kein Spielraum nach oben mehr drinnen“, resümiert Beutelmeyer: „Nahezu drei Viertel (74 Prozent) der Bevölkerung finden das derzeitige Miteinander von Rauchern und Nichtrauchern im eigenen Stammlokal zufriedenstellend bzw. eher zufriedenstellend – das sind um 11 Prozent mehr Zufriedene als im Jahr 2009. Besonders erfreulich: Der Gastronomie ist es gelungen, das Miteinander für 50 Prozent der Gäste ganz zufriedenstellend

zu gestalten – 2009 waren dies nur 31 Prozent. Der Prozentsatz derer, die überhaupt nicht zufrieden sind, hat sich von 21 Prozent auf 6 Prozent verringert – vor allem die Jüngeren äußern deutlich weniger starke Unzufriedenheit als noch im Vorjahr.“

Die Bevölkerung hat die Anstrengungen und Investitionen der heimischen Gastronomie wahrgenommen: „71 Prozent haben die Raumtrennung, 61 Prozent die Kennzeichnung von Raucher- und Nichtraucherbereichen wahrgenommen. Jeder Fünfte hat ein verstärktes Angebot an Nichtraucherbetrieben bemerkt. Für diese Wahrnehmung gibt es keinen Unterschied zwischen Rauchern und Nichtrauchern“, so der market-Geschäftsführer.

Von den 70.000 Gastronomiebetrieben sind insgesamt 10.200 Betriebe, für die sich grundsätzlich die Frage eines allfälligen Umbaus zur Herstellung eines abgetrennten Raucherraums gestellt hat, betroffen. Hinterleitner: „Der überwiegende Teil der Gastronomie hat sich für Glaswände als bauliche Abtrennung eines Raucherraumes entschieden. Durchschnittlich wurden zwischen 5000 und 10.000 Euro investiert. Rauchverbote in der Gastronomie sind kein probates Mittel zur Raucherprävention. Für Österreichs Gaststätten hat Rechtssicherheit beim Nichtraucherschutz zu bestehen. Wir sind beim Nichtraucherschutz auf dem richtigen Weg. Nicht die Wenigen, die laut schreien, sind die Mehrheit. Sondern die große Mehrheit der Bevölkerung, die mit der Regelung zufrieden ist, wie die Studie gezeigt hat.“

Nicht zufrieden ist die Initiative „Nicht rauchen in Lokalen“ des Wieners Franz Hubert Doppelhofer, der über seine Internetplattform bzw. über facebook bereits rund 105.000 Zustimmungserklärungen aus der Bevölkerung gesammelt hat mit dem Ziel, ausreichend Unterstützung für eine Volksbegehren zu erhalten: die nichtrauchende Bevölkerung, ihre Familien und die ArbeitnehmerInnen in der Gastronomie auch in Österreich solle endlich wirksam vor den Schadstoffen und dem Gestank des Rauchens geschützt werden. ■

Mühlviertler Bergkräuter

Erstmals wurde heuer die »Genuss Region des Jahres« gewählt: Bundessieger ist die oberösterreichische Genuss Region Mühlviertler Bergkräuter.



Foto: GRM / Wildbild

v.l.: Toni Mörwald (BÖG-Präsident), Landwirtschaftsminister Niki Berlakovich, Barbara Klaczak (GF GRM GenussRegionen Marketing GmbH), Stefan Wagner (GR-Koordinator Mühlviertler Bergkräuter), Margareta Reichsthaler (Obfrau Dachverband Genuss Region Österreich), Präsident Helmut Mödlhammer (Österreichischer Gemeindebund)

Knapp gefolgt wird die Siegerregion von der Genuss Region Weizer Berglamm und Bregenzerwälder Alp- und Bergkäse. „Wir haben in ganz Österreich einzigartige Regionen. Mit diesem neuen Preis zeichnen wir die Besten der Besten in Österreich, dem Feinkostladen Europas, aus. Mit best practice Beispielen wollen wir den Genuss Regionen neue Impulse geben und zeigen, welche Kraft und Ideen in den Regionen stecken“, bekennt Landwirtschaftsminister Niki Berlakovich einmal mehr zu Regionalität, Saisonalität und Authentizität in der Lebensmittelherstellung.

Bundesobfrau Margareta Reichsthaler vom Dachverband der Genuss Regionen freut sich, daß die Aufbauarbeit der letzten Jahre Früchte trägt und die besten Genuss Regionen Lokomotive für die ganze Bewegung sein werden. Jede Region kann sich an erfolgreichen Beispielen ansehen, welche Faktoren

erfolgsversprechend sind. An diesem Wettbewerb haben alle Genuss Regionen teilgenommen. Die Auswahl war ein hartes, aber transparentes Verfahren. „Ich gratuliere dem Bundessieger und den Landessiegern für ihre tolle Arbeit“, sagt Reichsthaler.

Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer konnte sich dem Lob vollinhaltlich anschließen und betonte, daß für die regionale Entwicklung eine gute Zusammenarbeit mit den Gemeinden und BürgermeisterInnen wichtig sei. Das zeige auch das Siegerprojekt deutlich auf. Auf die gute Verankerung der Genuss Regionen in den Gemeinden sollte auch in Zukunft ein großes Augenmerk gesetzt werden, immerhin sind 1539 BürgermeisterInnen PartnerInnen der Genuss Regionen.

Der Bundessieger wurde vom Kuratorium des Dachverbandes Genuss Region Österreich aus den Landessiegern auf Basis

einer Punktebewertung gekürt. Auf Landesebene wurde zuvor aus den bestbewerteten Regionen der Landessieger in Kooperation mit den Agrarlandesräten ausgezeichnet.

Die Landessieger sind:

- Mittelburgenländische Kaesten und Nuß, Burgenland,
- Gailtaler Almkäse g.U., Kärnten,
- Pielachtaler Dirndl, Niederösterreich,
- Mühlviertler Bergkräuter, Oberösterreich,
- Tennengauer Almkäse, Salzburg,
- Weizer Berglamm, Steiermark,
- Wildschönauer Krautingerrebe, Tirol, und
- Bregenzerwälder Alp- und Bergkäse, Vorarlberg.

Für die Bewertung wurden eine Vielzahl von Indikatoren und Benchmarks herangezogen. Von intakter Organisationsstruktur über Teilnahme an Bildungsmaßnahmen, Teilnahme und Erfolge bei Wettbewerben

Gastronomie & Kulinarisches

Foto: BMLFUW/Rita Newman



Stefanie im Gemüse- und Kräutergarten des Hayböck-Hofes

sowie wirtschaftliche Entwicklung reichte die Bandbreite der bewerteten Aktivitäten. Ebenfalls zentral für den Erfolg waren die Schaffung von Arbeitsplätzen, Preis- und Produktentwicklungen und Zusammenarbeit mit anderen Organisationen auf Gemeinde- und Landesebene und insbesondere mit den Gemeinden in der Region selbst. Teilnahme an Qualitätsentwicklung, die Förderung zur Sicherung und Entwicklung des traditionellen Wissens und Verarbeitung der Genuss Regionsprodukte fanden in der Bewertung ebenfalls ihren Niederschlag.

Entscheidungsgründe für »Genuss Region Mühlviertler Bergkräuter«

Zur Begründung der Juryentscheidung führte Bundesobfrau Margareta Reichsthaler aus: „Der hauchdünne Sieg für die Genuss Region Mühlviertler Bergkräuter fußte letztlich auf der Innovation mit insgesamt 11 neuen Produkten, die getätigten Investitionen in der Region. Produktentwicklung im Lebensmittelbereich, im Küchen- und Gesundheitsbereich und im Tourismus. Sie standen zuletzt bei verschiedensten Prämierungen und Kulinarik-Wettbewerben im Finale. Ihre Produkte finden sich in den Regalen von SPAR und Merkur. Und sie stellten 2009 und 2010 jeweils den oberösterreichischen Genuss Wirt des Jahres. Es zeigt

vorbildhaft, was mit Kreativität, Professionalität und Nachhaltigkeit auch im nichtklassischen agrarischen Bereich bewegt werden kann. Die Region lebt auch in hervorragender Weise vor, was Genuss Regionen ausmacht und ihnen eine gute Zukunft sichert. Zunächst die Kooperation zwischen Landwirtschaft, Gastronomie und Verarbeitung, weiters zwischen Genuss Region und anderen regionalen Initiativen wie insbesondere Leader sowie mit den Gemeinden. Auch mit dem Tourismus in der Region und auf Landesebene gibt es funktionierende Kooperationen. Initiativen in der Bewußtseinsbildung und Vermarktung mit Hilfe moderner Medienarbeit (WEB 2.0) sind wichtige Themen, die nicht nur der Genuss Region, sondern der Region und ihrer Entwicklung insgesamt zugute kommen“, so Reichsthaler.

Qualität säen und Erfolg ernten...

...lautet das Resümee nach fünf Jahren Genuss Regionen Österreich. „Die Initiative ist seit dem Jahr 2005 von 25 auf 113 Regionen gewachsen. Die Marke hat in dieser Zeit eine enorme Bekanntheit von 40 Prozent erreicht. Die Genuss Regionen Österreich ist somit die erfolgreichste heimische Initiative für Regionalität“, so Landwirtschaftsminister Niki Berlakovich Ende 2010 rückblickend.

Die aktuellen Meilensteine der Genuss

Regionen Österreich können sich sehen lassen: So gibt es etwa bereits über 1200 GenussWirt, 1539 Gemeinden zählen zu den Genuss Regionen, 22.000 Arbeitsplätze werden dadurch gesichert, die Zahl der Lizenzbetriebe hat sich von 750 auf fast 3000 vervierfacht und mit den Leitprodukten werden pro Jahr 133 Millionen Euro Umsatz erwirtschaftet.

Voraussetzung für den Erfolg ist die Kompetenz und die gelebte Partnerschaft in den 113 österreichischen Genuss Regionen. „Besonders wichtig ist mir eine optimale Zusammenarbeit mit Landwirtschaft, Gastronomie, Gewerbe, Tourismus und Handel. Ein funktionierendes Netzwerk von engagierten Partnerinnen und Partnern ist die notwendige Voraussetzung für ein erfolgreiches Projekt. Deshalb liegt der Schwerpunkt der Weiterentwicklung der Genuss Regionen Österreich seit zwei Jahren in der Festigung und Schaffung von Kooperationen. Dadurch gestalten wir Win-Win-Situationen für alle Beteiligten“, bekräftigt Berlakovich. Der Dachverband und die GRM GenussRegionen Marketing GmbH sind dabei wichtige Wegbereiter für die Breite der Initiative und deren Weiterentwicklung, insbesondere betreffend Qualitätssicherung, Kooperationen und Innovationen.

Daß die Herkunft von Lebensmitteln neben Qualität, Frische und dem Gesundheitsaspekt für die Konsumentinnen und Konsumenten besonders wichtig ist, bestätigt eine aktuelle Umfrage. „Regionalität“ ist dabei für die Menschen der Zukunftstrend, der all diese Aspekte vereint. Beispielsweise ist für über 80 Prozent der Konsumentinnen und Konsumenten Herkunft und kurzer Transportweg ein entscheidendes Kauf-Kriterium. „Mit diesem ‚Ernteergebnis‘ können wir mehr als zufrieden sein. Es zeigt auch deutlich, daß wir mit den Genuss Regionen Österreich auf dem richtigen Weg sind und bestärkt uns darin weiterzumachen“, so der Landwirtschaftsminister.

Mit der Initiative Genuss Regionen Österreich ist es gelungen, regionale Spezialitäten wieder stärker ins Bewußtsein der Konsumenten zu bringen und die Wertschöpfung in den Regionen zu steigern. „Wir können den Tisch der Österreicherinnen und Österreicher mit gesunden, sicheren Lebensmitteln decken. Außerdem tragen wir damit zum Erhalt von bäuerlichen Betrieben ebenso bei, wie zum Erhalt unserer Kulturlandschaft. Trotz aller Erfolge entdecken wir aber laufend, wo noch Potenzial vorhanden ist“, so Berlakovich abschließend. ■

Bruno Kreisky

Am 22. Jänner 2011 hätte Österreichs längstdienender Bundeskanzler seinen 100. Geburtstag gefeiert. Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit bei den Nationalratswahlen 1983 zog sich Bruno Kreisky aus der Politik zurück. Er starb am 29. Juli 1990 in Wien.

Am 22. Jänner 1911 wurde Bruno Kreisky als Sohn eines jüdischen Geschäftsmannes in Wien-Margareten geboren. Schon in seiner Mittelschulzeit wurde Kreisky im Verband der Sozialistischen Mittelschüler aktiv. Diese Organisation sagte ihm jedoch nicht zu („Diskussion um der Diskussion willen“), sodaß er kurz darauf der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) beitrug, wo er 1933 die gesamte Verantwortung über die Bildungsarbeit des Verbandes übernahm. Im Herbst 1929 begann Kreisky auf Ratschlag Otto Bauers, den Kreisky in diesem Jahr kennengelernt hatte, ein Jusstudium an der Universität Wien. Nach dem Verbot der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und ihrer Vorfelddorganisationen im Februar 1934 wurde unter der Führung von Kreisky die „Revolutionäre Sozialistische Jugend“ gegründet. Als Mitglied der Revolutionären Sozialisten wurde er von den Austrofaschisten 1935 wegen „Verdachts des Hochverrats“ verhaftet und war einer der Angeklagten im „Sozialistenprozeß“. Kreisky verbüßte eine einjährige Haftstrafe. 1938 gelang ihm nach Aufhebung des Studienverbots der Abschluß des Jusstudiums.

Das Exil in Schweden

Als 1938 die Nationalsozialisten in Österreich die Macht übernahmen, wurde Kreisky von der Gestapo in „Schutzhäft“ genommen, als Jude drohte ihm die Inhaftierung in ein Konzentrationslager. Kreisky konnte fliehen und auf Einladung eines befreundeten sozialdemokratischen Jugendfunktionärs nach Schweden emigrieren. Die internationale Solidarität verschaffte Kreisky, der seit dem Sozialistenprozeß bereits über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt war, einen verhältnismäßig komfortablen Einstieg in Schweden. Schweden bedeutete für Kreisky „eine wesentliche Bereicherung und Abrundung meiner politischen Vorstellungen“, wie er später betonte. 1940 trifft Kreisky zum ersten Mal mit Willy Brandt zusammen, mit dem ihn eine lebenslange Freundschaft verband. 1942 heiratete Kreisky die aus einer jüdischen Industriellenfamilie stam-



Bruno Kreisky (mit Pfeife) im schwedischen Exil, 1941

mende Vera Fürth, 1944 wird sein Sohn Peter und 1948 Tochter Suzanne geboren. In den ersten Nachkriegsjahren war Kreisky in Schweden als Diplomat tätig und baute eine Freundschaft mit dem späteren schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme auf, mit dem er schließlich gemeinsam mit Brandt der Sozialistischen Internationale neues Leben einhauchte.

Rückkehr nach Österreich

Nach 13 Jahren in Schweden kehrte Bruno Kreisky 1951 schließlich nach Österreich zurück und beriet alsbald den Bundespräsidenten Theodor Körner in politischen Fragen. Ab 1953 war er als Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt maßgeblich an den Staatsvertragsverhandlungen beteiligt. Zwischen 1959 und 1966 diente er als Außenminister in der Großen Koalition. Im Februar 1967 wurde er als Nachfolger von Bruno Pittermann zum Parteivorsitzenden der SPÖ gewählt.

In seiner Funktion als Außenminister war Kreisky u.a. an der Gründung der EFTA (European Free Trade Association) beteiligt. Sein außenpolitisches Wirken zeichnete sich zudem durch eine Normalisierung und Intensivierung der Nachbarschaftspolitik (z.B.

Südtirol-Paket) und weitgehendes Engagement in der Nord-Süd-Politik aus. So entwarf er bereits in den frühen 60er-Jahren eine Art Marshallplan für die Dritte Welt („Kreisky-Plan“).

Eine neue Ära in der Sozialdemokratie beginnt

Unter dem neuen Parteivorsitzenden Bruno Kreisky wurden die Weichen der SPÖ in mehrfacher Hinsicht neu gestellt. Als „Modernisierung der Gesellschaft“ und „Humanisierung der Arbeitswelt“ können zwei wesentliche Eckpunkte bezeichnet werden, die Kreiskys Arbeit als Bundeskanzler und Parteivorsitzender prägten. Er setzte aber auch auf wissenschaftliche Beratung. Schon zu Beginn seiner Amtszeit forcierte er die programmatische Erneuerung, indem er 1.400 Experten beauftragte, „Alternativen für ein modernes Österreich“ in Bereichen wie Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft zu formulieren. Dies bildete den Hintergrund für eine umfassende Reformpolitik, die in unterschiedlichen Bereichen eine notwendige Erneuerung einleitete.

Im Jahr 1969 startete die SPÖ unter seiner Führung gemeinsam mit der Fraktion sozialistischer Gewerkschafter im ÖGB ein

Personalia

Foto: BKA/BPD



Gruppenfoto der österreichischen Bundesregierung - Kabinett KREISKY II (04. November 1971 bis 28. Oktober 1975):
v.l.n.r. stehend: Ernst Eugen Veselsky; Rudolf Kirchschläger; Christian Broda; Josef Moser; Otto Rösch; Karl Lütgendorf;
Erwin Frühbauer; Josef Staribacher; Hannes Androsch; Oskar Weihs; Fred Sinowatz
v.l.n.r. sitzend: Elfriede Karl; Hertha Firnberg; Bruno Kreisky; Ingrid Leodolter; Rudolf Häuser

Volksbegehren zur Einführung der 40-Stunden-Woche. Das Ergebnis war überaus erfreulich: Rund 890.000 Unterschriften unterstützen diesen Vorstoß. Bereits mit Jahresbeginn 1970 erlangte dann der Generalkollektivvertrag über die Einführung einer 43-Stunden-Woche Gültigkeit, die 40-Stunden-Woche wurde ab 1. Jänner 1975 Realität.

1970 bis 1971 – Die Zeit der Minderheitsregierung

Bei den Nationalratswahlen am 1. März 1970 erreicht die SPÖ überraschend die relative Mehrheit. Bruno Kreisky wird Bundeskanzler und bildet eine Minderheitsregierung unter Duldung der FPÖ. Gleich im ersten Jahr seiner Regierungszeit verwirklicht Bruno Kreisky zahlreiche Reformen, die noch heute als Meilensteine der Politik gelten.

In den 1970ern schlägt die große Stunde der Sozialdemokratie. Bei den Bundespräsidentenwahlen 1971 gewinnt der Sozialdemokrat Franz Jonas klar vor Kurt Waldheim. Am 10. Oktober desselben Jahres erringt die SPÖ unter Kreisky bei den Nationalratswahlen erstmals die absolute Mehrheit. Bruno Kreisky konnte auf Vorarbeiten der

Oppositionsjahre aufbauen. Bis zum historischen Wahlsieg 1970 hatte der neue Bundespartei vorsitzende eine grundlegende Modernisierung des Parteiprogramms und eine Öffnung der Partei gegenüber neuen Wählerschichten durchgezogen. Dieser Weg wurde nun im großen Stil fortgesetzt. „Besser wohnen, besser leben, bessere Bildung, besseres Gesundheitswesen, bessere Justiz“, war Kreiskys Ziel. Intellektuellen, kritischen Denkern, durchaus auch jenen, die der SPÖ skeptisch gegenüberstanden, bot er für dieses Ziel an, „ein Stück des Weges“ mit ihm zu gehen.

1971 bis 1975 – Alleinregierung der SPÖ

Nach dem Sieg für die Sozialdemokraten setzt Bruno Kreisky seine Reformarbeit zügig fort. Beim Parteitag im April 1971 setzten die SPÖ-Frauen die Einführung der Fristenlösung durch, und im selben Jahr wurden auch gleichgeschlechtliche Beziehungen legalisiert. 1971 wird die Schülerfreifahrt eingeführt, ab dem Schuljahr 1972/73 bekommen alle Schülerinnen und Schüler gratis Schulbücher. 1973 wird die Mehrwertsteuer eingeführt, 1974 das reformierte

Strafrecht. Weiters erfolgt 1974 eine ORF-Reform.

Im Jahre 1974 kommt es auch zu einer Reform im Schulunterrichts- und Arbeitsverfassungsgesetz, und der Zivildienst wird als Alternative zum Präsenzdienst geschaffen. All diese Reformen sorgen für eine weitere Demokratisierung der Gesellschaft, liberalisieren das gesellschaftliche Klima und bringen der SPÖ noch größeren Zuspruch von Seiten der Bevölkerung.

Ein weniger erfreuliches Kapitel stellte Mitte der 70er-Jahre der Konflikt Kreiskys mit dem Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums Simon Wiesenthal dar. Dieser deckte die SS-Vergangenheit des damaligen FPÖ-Obmannes Friedrich Peter auf, zu dem Kreisky ein gutes politisches Verhältnis pflegte. Kreisky reagierte harsch auf diese Vorwürfe und bezichtigte Wiesenthal der Nazi-Kollaboration, woraufhin Wiesenthal wegen übler Nachrede klagte – und gewann.

Am 23. Juni 1974 wird der auf Vorschlag Kreiskys aufgestellte parteilose SPÖ-Kandidat Rudolf Kirchschläger zum Bundespräsidenten gewählt. Als er sich 1980 erfolgreich der Wiederwahl stellte, nominierte die ÖVP keinen eigenen Kandidaten und schloß sich

Personalia

der Wahlempfehlung für Kirchschläger an.

Bei den Nationalratswahlen am 4. Oktober 1975 können die Sozialdemokraten unter der Devise „Kreisky – wer sonst?“ einen noch deutlicheren Sieg erringen.

Kreiskys Außenpolitik

Kreiskys Lieblingsbetätigungsfeld – abseits von innenpolitischen Reformvorhaben – blieb aber die Außenpolitik. Der Nord-Süd-Konflikt und vor allem die Nahostfrage blieben Zeit seines Lebens die Gebiete, auf denen er seine größten Erfolge feierte. Als er im März 1974 zur ersten „Fact Finding Mission“ in den Nahen Osten aufbrach, erkannte er schon bald die Sprengwirkung des Palästinenserproblems und entwickelte Perspektiven, die ihm besonders bei seinen israelischen Parteiländern heftige Kritik einbrachten, die heute aber weitgehend unbestritten sind.



Bruno Kreisky mit John D. Rockefeller III (r.), 1972



Willi Brandt, Olof Palme und Bruno Kreisky, 1975

1978 kam es zum aufsehenerregenden Treffen zwischen Kreisky, Willy Brandt, Shimon Peres, Anwar el Sadat in Wien, ein Jahr später zum Gipfel Brandt-Kreisky-Arafat. Kreisky war der erste Regierungschef, der den Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat, empfing. 1980 erkannte Österreich als erster westlicher Staat die PLO an.

Nicht zu unterschätzen ist zudem Kreiskys Engagement beim Aufbau der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), der späteren OSZE. Kreisky förderte eine Entspannungspolitik zwischen Ost und West. Kreiskys internationales Engagement machte Wien zu einem Ort

des internationalen Austauschs und Dialogs. Am 1. Jänner 1980 wird Wien der dritte Standort des UNO-Sekretariats, was nicht zuletzt auf Kreiskys Wirken zurückzuführen ist.

1975 – Die SPÖ erringt zum zweiten Mal die absolute Mehrheit

Ab Mitte der 1970er liegt der Schwerpunkt der sozialistischen Regierungspolitik im wirtschaftlichen Bereich. Dennoch fallen viele soziale Meilensteine in diese Regierungszeit. So wird 1977 der Mindesturlaub eingeführt und ein Milizheer aufgebaut. Ab 1978 gibt es das Kindschaftsrecht und ein neues Ehegesetz tritt im Rahmen der Familienrechtsreform in Kraft. Ab 1979 sorgen

die Arbeiterabfertigung und das neue Gleichberechtigungsgesetz für mehr Rechte für Arbeitnehmer.

Nach Ende der Hochkonjunktur im Jahre 1974 und der im Gefolge des Ölpreisschocks immer stärker werdenden internationalen Wirtschaftskrise versucht die SPÖ, die Folgen für Österreich möglichst gering zu halten. Die Rechnung geht auf. Zwischen 1975 und 1981 bleibt die Vollbeschäftigung erhalten und die Arbeitslosenrate steigt im Vergleich zu den anderen europäischen OECD-Ländern nur minimal. Dies gelingt hauptsächlich durch ein breites Programm staatlicher Infrastrukturinvestitionen sowie den gezielten Einsatz des großen verstaatlichten Sektors.

Für die Maßnahmen im wirtschaftlichen Bereich mitverantwortlich zeichnet der damalige Finanzminister und Vizekanzler Hannes Androsch, der als bislang jüngster Minister 1971 in die Regierung berufen wurde. Später geriet er aber durch die parallele Führung einer Steuerberatungskanzlei in öffentliche Kritik und es kam zum Zerwürfnis mit seinem politischen Mentor Kreisky.

Aus Anlaß seines 65. Geburtstags wird Kreisky 1976 mit der Ehrenbürgerschaft der Stadt Wien geehrt. Im selben Jahr wird die „Bruno Kreisky Stiftung für Verdienste um die Menschenrechte“ gegründet, die alle zwei Jahre Persönlichkeiten, die sich um die Menschenrechte verdient gemacht haben, auszeichnet. Im November wird Kreisky beim 13. Kongreß der Sozialistischen Internationale zu einem der Vizepräsidenten gewählt – Präsident wird Willy Brandt.

Personalia

1978 – Zwentendorf

In den Siebzigern ist „Atomenergie“ das Schlagwort der Zeit und es entsteht ein regelrechter „Bauboom“ von Atomkraftwerken in Europa. Noch zu Zeiten der ÖVP-Regierung wird der Bau des einzigen österreichischen Atomkraftwerks „Zwentendorf“ beschlossen und auch die SPÖ-Führung spricht sich für eine Inbetriebnahme des Reaktors aus. Nach zahlreichen Expertendiskussionen und einer breiten Anti-Atom-Bewegung wird eine Volksabstimmung beschlossen, die schließlich mit einem knappen „Nein“ gegen Zwentendorf ausgeht. Zwentendorf wird nicht in Betrieb genommen, im Dezember 1978 wird das Atomsperrgesetz beschlossen.

1978 – Das neue Parteiprogramm

1978 wird ein neues SPÖ-Parteiprogramm beschlossen. Kreisky läßt ein pluralistisch zusammengesetztes Expertenteam einen breit gefächerten Katalog mit Fragen über die Gesellschaftsentwicklung ausarbeiten. Dieser wird dann in der Partei beraten und schließlich beschlossen. Das neue Parteiprogramm verbindet Grundwerte wie Gleichheit, Freiheit, Solidarität mit Zielen wie einer klassenlosen Gesellschaft. Es bleibt skeptisch gegenüber einem bürokratischen Staatsapparat, bekennt sich zur Fortsetzung des „österreichischen Weges“ wie Sicherung der Vollbeschäftigung, Ausbau von Sozialrechten für Arbeitnehmer. Ebenso wird ein weiterer Schwerpunkt auf die Fortführung der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft gelegt.

1979 – Die SPÖ erreicht das beste Wahlergebnis in der Parteigeschichte

Bei den Nationalratswahlen 1979 erreicht die SPÖ mit 51,03 Prozent der Stimmen das beste Ergebnis in der Parteigeschichte. Nun steht die SPÖ und Kreiskys „österreichischer Weg“ am Höhepunkt ihres Einflusses. 1980 wird Kreisky in Paris von einem Gremium aus Politikern, Künstlern und Wissenschaftlern zum Politiker des Jahres gewählt. Zwei Jahre später wird der Bundeskanzler mit 484 von 489 Stimmen erneut zum Parteivorsitzenden der SPÖ gewählt – ein Amt, das er mittlerweile 15 Jahre bekleidet hatte.

In den 1980er-Jahren macht der SPÖ neben internen Spannungen auch die internationale Entwicklung zu schaffen. Der politische Trend wendet sich immer mehr dem Neo-Konservatismus zu. Während in der BRD die sozialliberale Ära mit der Amtszeit von Helmut Schmidt zu Ende geht, beginnt



Foto: Stiftung Bruno Kreisky Archiv

Bruno Kreiskys letzter Wahlkampf im Jahr 1983

auch in den USA und in Großbritannien die Zeit der neokonservativen Politiker. Obwohl gesundheitlich angeschlagen, entschließt sich Kreisky, dennoch als Spitzenkandidat für die Nationalratswahlen 1983 anzutreten. Er betonte aber, nur als Kanzler einer SPÖ-Alleinregierung zur Verfügung zu stehen. Bei den Wahlen am 24. April 1983 bleibt die SPÖ zwar noch stimmenstärkste Partei, verliert aber deutlich an Prozenten und ist mit 47,6 Prozent gezwungen, eine Koalition einzugehen. Kreisky macht seine Rücktrittsankündigung wahr und übergibt den Parteivorsitz an Fred Sinowatz.

1983 – Eine Ära geht zu Ende

Der neue Bundeskanzler Sinowatz bildet am 24. Mai 1983 eine Koalitionsregierung mit der FPÖ. Die Ära Kreisky geht zu Ende, aber viele seiner Reformen sind in der Gegenwart sozialdemokratischer Politik nach wie vor aktuell. Unter Bundeskanzler Bruno Kreisky wird Österreich zu einem modernen Industrie-, aber auch Sozialstaat. Durch sein Gespür für die Probleme der Bevölkerung und neue gesellschaftliche Strömungen erkennt er die Wichtigkeit der Umsetzung der Frauenrechte, die Bedeutung von KünstlerInnen und Intellektuellen und die Notwendigkeit von Medien und Umweltschutz. In der Ära Kreisky wird Österreich demokratischer, liberaler und weltoffener.

1983 wird Kreisky zum Ehrenvorsitzenden der SPÖ ernannt, auch für seine internationale Arbeit wird Kreisky mit Preisen aus-

gezeichnet. Schließlich übernimmt Kreisky 1986 den Vorsitz der international viel beachteten „Europäischen Kommission für Beschäftigungsfragen“, deren Ergebnis unter dem Titel „20 Millionen suchen Arbeit“ 1989 in der OECD präsentiert wird.

Im Jahr 1987 kommt es zu schweren Verstimmungen zwischen Kreisky und der SPÖ. Kreisky tritt von seinem Ehrenvorsitz und allen übrigen Funktionen zurück. Als Grund wird das Koalitionsabkommen mit der ÖVP (Verlust des Außenministeriums) angesehen. 1989 trat Kreisky gemeinsam mit Bundeskanzler Franz Vranitzky anlässlich der Feierlichkeiten zu „100 Jahren Sozialdemokratie“ öffentlich in Erscheinung, sodaß sich letztlich das Verhältnis zur Parteispitze wieder entspannte.

In den Jahren nach seiner Kanzlerschaft unternahm Kreisky eine Vielzahl an Reisen, sein Feriendomizil auf der Insel Mallorca nutzte er für zahlreiche internationale Begegnungen. Er wurde dort von Politikern wie Yassir Arafat oder Felipe Gonzáles und vielen anderen besucht. Am 21. November 1983 wurde ihm der Nehru-Preis für Internationale Völkerverständigung, die bedeutendste Auszeichnung Indiens, verliehen. Im Rahmen der Sozialistischen Internationale setzte Kreisky nach wie vor viele Aktivitäten. Seine letzte Reise führte ihn, gezeichnet von seiner Krankheit, nach Südtirol.

Am 29. Juli 1990 stirbt Bruno Kreisky im Alter von 79 Jahren in Wien.

Quelle: <http://www.kreisky100.at>

Innsbrucks Altbürgermeisterin Hilde Zach ist gestorben



Foto: Österreich Journal

Innsbrucks Altbürgermeisterin Hilde Zach: AuslandsösterreicherInnen hatten für sie immer einen besonders hohen Stellenwert, wie sie zuletzt beim Auslandsösterreicher-Weltbundtreffen in Innsbruck im Jahr 2009 neuerlich unter Beweis stellte.

Jahrzehnte politischer Einsatz, 15 Jahre Stadt- und auch Europapolitik, acht Jahre Bürgermeisterin. Ein Leben mit vorbildlichem Engagement für Gemeinwesen, Wirtschaft, Politik, Kultur, mit Mut, Willensstärke und Durchsetzungskraft sowie mit großer Toleranz, viel Herz und spontaner Hilfsbereitschaft ging zu Ende.

Hilde Zach ist am 25. August 1942 in Innsbruck geboren. Ihre Mutter stammte aus einer mit 16 Kindern gesegneten Haller Salinenarbeiterfamilie. Die Eltern Josef Zach (er kam mit 13 Jahren als Lehrbub von Bayern nach Hall) und Mathilde Ebenbichler haben einander als Lehrbub und Lehrlin kennen gelernt und hatten später als Eheleute die Möglichkeit, einen Betrieb in Hall von ihrem Lehrherrn zu übernehmen. Selbst war sie das mittlere von drei Kindern.

Die Schwester ist heute Wirtin im Leipziger Hof und der Bruder übernahm den (heute nicht mehr bestehenden) elterlichen Metzgereibetrieb in der Wilhelm-Greil-Straße.

Ihre Liebe zur Musik und zum Theater hat sie von der Mutter geerbt. Die Familie Ebenbichler galt als sehr musikalisch und dem Theater verbunden.

Nach dem Besuch der Volks-, Haupt- und Handelsschule (im Internat in Feldkirch) hat Hilde Zach später neben der Berufstätigkeit die Matura im Abendstudium nachgeholt. In der Handelsschule war sie immer Vorzugsschülerin. Ihren Wunsch, auf eine höhere Schule zu gehen und Lehrerin zu werden, hatte der Vater nicht goutiert, weil er der Meinung war, „daß sich das nicht auszahlt, weil die Madeln eh wegheiraten. Alle mußten wir die Metzgerlehre machen und im Geschäft mitarbeiten, mein Bruder hatte das männliche Privileg, die Handelsakademie besuchen zu dürfen“, erzählte Zach einmal.

Hilde Zach kam mit 18 Jahren nach Innsbruck. Ihre Eltern hatten 1956 die Bombenruine „Weiß“, das Eckhaus am Bozner Platz/Wilhelm-Greil-Straße, erworben.

Im Alter von 20 Jahren – das war ihr er-

ster Einstieg in die Politik – ist sie zur „Jungen Wirtschaft“ gestoßen. Im Rahmen der politischen Laufbahn ist Hilde Zach mit 40 zum Wirtschaftsbund gekommen, vertrat dort die Interessen der Innenstadt-Wirtschaft und wurde 1990 Wirtschaftsbundobfrau.

Die kaufmännische Ausbildung bekam sie im elterlichen Betrieb, dort hatte sie über 20 Jahre hindurch eine Führungsposition inne. Anschließend folgten über 12 Jahre selbstständige Tätigkeiten in verschiedenen Branchen u. a. auch in Deutschland, Frankreich und England. Hilde Zach war Inhaberin einer gastronomischen Vollkonzession. Viele kennen Hilde Zach auch noch von ihrem Betrieb „Zach am Markt“, den sie später verpachtet hatte.

Zwei schwere Schicksalsschläge, von denen sie sich nicht aus der Bahn hat werfen lassen, hat Hilde Zach erlebt. Mit 30 Jahren, kurz vor der Heirat, der tödliche Unfall ihres Verlobten, Josef Norz – sie hatten gemeinsam die Tanzbar Fortuna in Zirl – und 1997

Personalia



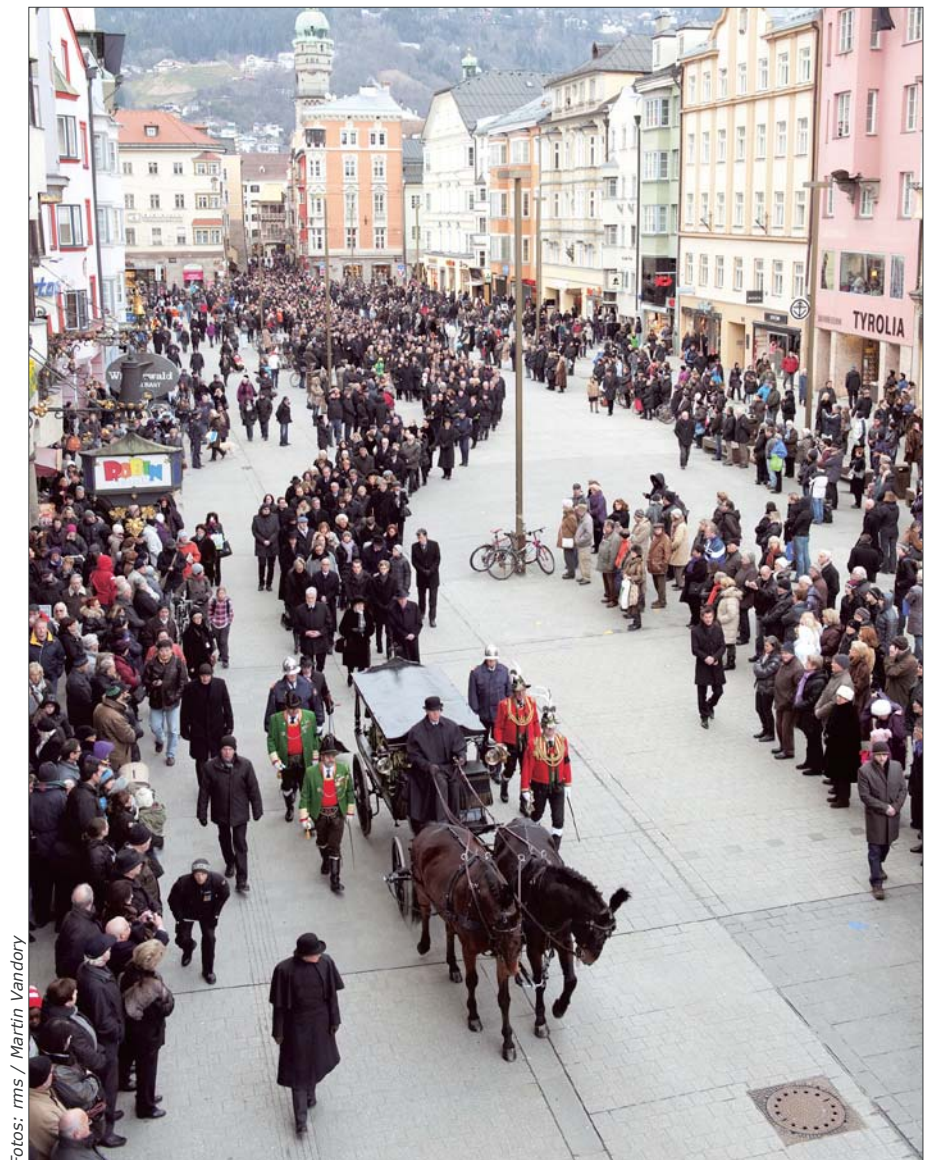
Der Gemeinderat der Stadt Innsbruck trat am 19. Jänner im Beisein der Trauerfamilie zu einer öffentlichen Trauersitzung im Plenarsaal zusammen. Im Bild: Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer bei ihrer Trauerrede.

die Krebserkrankung, die sie überwunden zu haben glaubte. Nach langer schwerer Krankheit und über viele Jahre mit großer Geduld ertragenem Leiden, das ihren überdurchschnittlichen Einsatz in ihrer Verantwortung als Bürgermeisterin von Innsbruck aber in keiner Weise schmälerte, ist Kommerzialrätin Hilde Zach in der Nacht vom 15. auf 16. Jänner im 69. Lebensjahr zu Hause in der Obhut ihres langjährigen Lebenspartners, Kurt Bruni, verstorben.

LH Platter: »Wir verlieren eine leidenschaftliche Innsbruckerin und eine große Tirolerin«

„Ein großes Herz hat aufgehört zu schlagen. Wir verlieren mit Hilde Zach eine leidenschaftliche Innsbruckerin und eine große Tirolerin. Hilde Zach hat zweifelsohne zu den prägendsten politischen Persönlichkeiten der vergangenen Jahre und Jahrzehnte gezählt. Ihr ganzes politisches Leben war von einer tiefen Verbundenheit mit den Menschen in ihrer Heimatstadt geprägt. Hilde Zach war Tag und Nacht für ihr Innsbruck da. Was sie alles für Innsbruck geleistet hat, wird sich noch in vielen Jahren zeigen.“ Das sagte Tirols Landeshauptmann Günther Platter. Er trauere nicht nur um einen großartigen Menschen, sondern auch um einen wichtigen Gesprächspartner, mit dem man leidenschaftlich um Lösungen für Stadt und Land ringen konnte. „Bei all diesen Diskussionen stand immer das Wohl der Bürgerinnen und

Der Trauerkondukt bewegt sich – vorbei an Hilde Zachs ehemaligem Amtssitz – durch die Mariatheresienstraße.



Fotos: rns / Martin Vandory

Bürger im Vordergrund. Ob ihr etwas persönlich oder politisch nützlich war, das hat sie nie interessiert. Letztlich war es wohl genau das, was sie auch politisch so erfolgreich gemacht hat“, zollt Platter der Altbürgermeisterin Respekt: „Heute trauert nicht nur ihre Stadt, sondern das ganze Land Tirol. Wir verneigen uns in tiefer Ehrfurcht vor einer leidenschaftlichen Innsbruckerin und einer großen Tirolerin. Unser Mitgefühl gilt ihrer Familie.“

Der Gemeinderat der Stadt Innsbruck trat am 19. Jänner im Beisein der Trauerfamilie zu einer öffentlichen Trauersitzung im Plenarsaal zusammen. Die Gemeinderatsfraktionen erwiesen im Rahmen der Sondersitzung der Verstorbenen über die Parteigrenzen hinweg in sehr emotionalen und persönlichen Worten ihre Hochachtung. Der Platz, den Hilde Zach acht Jahre lang als Bürgermeisterin von Innsbruck einnahm, vorne in der Mitte des Plenarsaals, blieb leer, nur

Personalia

geschmückt mit einem Blumenstrauß und einer Kerze, dahinter wurde ein Bild der Altbürgermeisterin projiziert.

Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer: „Hilde Zach hat eine bedeutende Ära für Innsbruck geprägt. Ihr unermüdlicher Einsatz für Innsbruck, ihr Mut und Rückgrat, ihr Durchsetzungsvermögen und nicht zuletzt ihr soziales Wirken, ihr Verständnis, ihre Toleranz und ihre Hilfsbereitschaft waren beispielhaft“, so Oppitz-Plörer.

„Es liegt alles in Gottes Hand, davon bin ich zutiefst überzeugt. Jeder Mensch muß mit Aufgaben fertig werden, die ihm im Leben gestellt werden. Alles hat eine gewisse Wichtigkeit und auch wieder nicht. In irgendeiner Form hat alles einen kausalen Grund“, war eine von Hilde Zachs Lebensweisheiten.

Hilde Zach trat stets für die Toleranz und das Miteinander ein: Toleranz gegenüber Kindern, MigrantInnen, Behinderten, Menschen, die das Leben nicht bewältigen kön-



Der Trauerkondukt auf dem Weg zum Dom zu St. Jakob

nen, alten Menschen, Andersdenkenden und auch Andersartigen.

Verantwortung und hoher Einsatz

Meilensteine setzte sie u.a. mit ihrem konsequenten Eintreten für eine gute Balance zwischen dem historischen Erbe und der Moderne, den Neubau der Hungerburgbahn, für das Projekt Straßenbahn/Regionalbahn, für die Neugestaltung der Maria-Theresien-Straße und für die erfolgreiche Bewerbung Innsbrucks um die ersten Olympischen Winterjugendspiele im Jahr 2012. In ihrer Ressortverantwortung für die Finanzen war sie konsequent und gewissenhaft bemüht, den sparsamen Kurs fortzusetzen, neue Schulden, wenn irgendwie möglich, zu vermeiden und hatte so nicht nur den Haushalt der Stadt, sondern auch Gebarung der Beteiligungen im Auge.

Als Kulturverantwortliche war es ihr ein großes Anliegen, den Ruf Innsbrucks als Kulturstadt international zu festigen, den großen traditionellen Kulturveranstaltern wie z.B. Landestheater, Konzerte der Stadt, Festwochen und Tanzsommer eine optimale Basis zu geben und gleichzeitig auch die junge Kultur entsprechend zu fördern. Mit der Einführung des Neujahrskonzertes hat sie Innsbruck zu einem beschwingten Start ins neue Jahr verholfen.

Erste Bürgermeisterin einer österreichischen Landeshauptstadt

Hilde Zach wurde am 30. Oktober 2002 in einer Sondersitzung des Gemeinderates in Nachfolge von Herwig van Staa zur Bürgermeisterin von Innsbruck gewählt. Innsbruck war somit die erste österreichische Landeshauptstadt mit einer Frau als Stadtoberhaupt.



Fotos: rms / Martin Vandory

Das feierliche Requiem wurde im Dom zu St. Jakob zelebriert.

Personalia



Bischof Manfred Scheuer und Erzbischof Alois Kothgasser im Dom zu St. Jakob



Fotos: rms / Martin Vandory

Die letzte Ruhestätte Hilde Zachs auf dem Westfriedhof ihrer Stadt

Rechtzeitig hatte Hilde Zach die Weichen für ihre Nachfolge gestellt und in der früheren Stadträtin und Vizebürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer die nach ihrer Ansicht am besten geeignete Kandidatin gefunden. Im Rahmen einer Sondersitzung des Gemeinderates am 8. März 2010 im Plenarsaal des Innsbrucker Rathauses wurde Christine Oppitz-Plörer in Nachfolge von Hilde Zach mit großer Mehrheit zur neuen Bürgermeisterin von Innsbruck gewählt.

Beeindruckend waren die Dankes-Bezeugungen für Hilde Zach, die von allen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen kamen und die die Bewunderung für ihren überdurchschnittlichen Einsatz und ihr aufrichtiges Bemühen als Bürgermeisterin zum Ausdruck brachten.

Für Hilde Zach war die Stadtpolitik das Leben, sie war rund um die Uhr für Inns-

bruck im Einsatz, war mit allen Maßnahmen und Entscheidungen vertraut und fehlte praktisch nie bei für die Stadt wichtigen Ereignissen. Sie fühlte sich stets gesamtverantwortlich für alle Entscheidungen und für das Geschehen in der Stadt. Für die Daseinsfürsorge, für Jugend und Familien, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, für Innsbruck als Bildungs- und Wirtschaftsstandort hatte Zach stets zwei offene Ohren. Beeindruckend war auch ihr sozialer Einsatz und die Zeit, die sie für einsame und in Not befindliche Menschen aufwendete, ohne das je an die große Glocke zu hängen. Ihre „harte Schale“ überdeckte für manche, die Hilde Zach nur oberflächlich kannten, ihre Herzlichkeit, ihr Verständnis und ihre große Hilfsbereitschaft.

Ihre Liebe galt vor allem der Kultur, ihre größte Sorge – zuletzt verstärkt in der Zeit der Weltwirtschaftskrise – dem Erhalt der in

den letzten Jahren vorbildlich und konsequent erkämpften Konsolidierung des Stadtbudgets mit Verwaltungsreform, Schuldenabbau und einer gut durchdachten Investitionspolitik. Zach war auch begeisterte aber zugleich auch kritische Europäerin. Die Europäische Einigung bezeichnete sie stets als großes Friedenswerk.

Europäisches Engagement

Seit 2004 war Hilde Zach neben ihrer Funktion als Bürgermeisterin Vertreterin des Österreichischen Städtebundes im Kongress der Gemeinden und Regionen des Euro-Parates. Von 2004 bis 2008 war sie als Vorsitzende des ständigen Ausschusses für Kultur und Erziehung, zuständig für Medien, Jugend, Sport und Kommunikation des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Euro-Parates tätig. Seit 2008 war sie Vizepräsidentin des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Euro-Parates. Es war ihr Verdienst, daß der 23. Europäische Gemeindetag 2006 in Innsbruck stattgefunden hat. Mit der Verleihung der Ehrenmedaille des Euro-Parates wurde ihr europäisches Engagement entsprechend gewürdigt. Am 22. Februar 2010 wurde Hilde Zach in Barcelona für ihr europäisches kommunalpolitisches Engagement geehrt. Die Ehrung steht unter dem Titel: „Bürgermeister, die Geschichte geschrieben haben“. Unter den vielen Ehrungen und Auszeichnungen, die Zach erhielt, stechen besonders die Verleihung des Großen Goldenen Ehrenzeichens der Republik Österreich sowie die Ernennung zur Ehrensensatorin der Universität Innsbruck hervor.

Ehrenbürgerin Hilde Zach

Im engsten Familien- und Freundeskreis wurde Bürgermeisterin Hilde Zach im Beisein der Ehrengäste Landeshauptmann Günther Platter, Alt-Bürgermeister und Alt-Landeshauptmann Lt-Präs. Herwig van Staa und Bischof Reinhold Stecher sowie Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer und Vizebgm. Christoph Kaufmann am 19. März im Stadtsenatssitzungszimmer mit der höchsten Würdigung der Stadt Innsbruck, der Ehrenbürgerschaft, ausgezeichnet.

Das „Österreich Journal“ schließt sich den unzähligen Trauerbekundungen an. AuslandsösterreicherInnen hatten für Hilde Zach immer einen besonders hohen Stellenwert, wie sie zuletzt beim Auslandsösterreicher-Weltbundtreffen in Innsbruck im Jahr 2009 neuerlich unter Beweis gestellt und die Herzen aller – wie immer – sofort gewonnen hatte. MM

Ein Kuppelbau aus reinem Eis

Ein Bauingenieur-Team der Technischen Universität (TU) Wien baut diesmal auf Eis statt auf Stahlbeton: In Obergurgl entstand in einem ausgeklügelten Bauverfahren eine Eiskuppel mit 10 Metern Durchmesser, die nun als Bar genutzt wird.

Bauwerke aus Eis und Schnee zu formen – damit hat wohl jeder als Kind experimentiert. Eis als Baumaterial ist allerdings auch in der Wissenschaft ein Thema. In der Forschungsgruppe von Prof. Johann Kollegger vom Institut für Tragkonstruktionen wird untersucht, wie man große, stabile Kuppeln aus Eis bauen kann. Nach einer ausführlichen Vorbereitungs- und Forschungsphase wurde in Obergurgl nun weltweit zum ersten Mal eine neue Eiskuppelbauweise in der Praxis getestet. Das Bauwerk mit einem Durchmesser von über 10 Metern wird jetzt als Bar genutzt – zumindest solange die Wintertemperaturen das erlauben.

Eis als Baumaterial ist eigentlich nichts Neues: Ganze Eis-Hotels wurden bereits errichtet. „Allerdings ist das Eis dabei meist kein tragendes Bauelement, sondern dient nur als Verkleidung für die eigentliche Konstruktion“, erklärt Prof. Kollegger. Beim Projekt der TU Wien allerdings entstand eine Eiskuppel, die ganz alleine, ohne zusätzliche Verstärkungen durch andere Baumaterialien stabil stehen bleibt. Schon in den vergangenen Jahren gab es dazu theoretische Berechnungen und mehrere Experimente. Mit der nun entwickelten Technik lassen sich Eiskonstruktionen errichten, die groß und stabil genug sind, um tatsächlich als benutzbares Bauwerk zu dienen.

Zunächst wird bei der neuen Kuppelbau-Technik eine 20 Zentimeter dicke Eisplatte in maßgeschneiderte Bauteile zersägt, dann müssen die zweidimensionalen Platten in eine dreidimensionale Struktur umgeformt werden. Das TU-Forschungsteam nützt dazu eine Eigenschaft des Eises, die man als „Kriechverhalten“ bezeichnet. Wird das Eis durch Druck belastet, kann es sich langsam, stetig und kontinuierlich verformen, ohne dabei zu brechen. Das Fließen von Gletschern folgt demselben Prinzip. „Die Eis-Platten werden auf Holzstapeln platziert. Unter der Last des eigenen Gewichtes beginnt sich das Eis dann ganz von selbst zu verformen, und ein gebogenes Kuppelsegment entsteht“, erklärt Sonja Dallinger, Assistentin am Institut für Tragkonstruktionen. Sie leitete direkt vor Ort in Obergurgl das Bauexperiment.



Die Eiskuppel wird errichtet – zunächst mit Hilfe eines stützenden Holzturmes.



Die Eiskuppel, von innen beleuchtet.

Die größte Herausforderung besteht darin, einen Bruch der einzelnen gekrümmten Bauteile beim Zusammenfügen zu einer Kuppel zu verhindern. Zu diesem Zweck wird zunächst ein Holzturm errichtet und die Kuppelsegmente werden mit Stahlseilen zusammengehalten. Erst wenn alle Segmente am richtigen Ort fixiert worden sind, kann der Holzturm entfernt werden und die Eiskuppel steht ganz von alleine.

Daß ein Forschungsteam, das sich normalerweise mit Betonbau beschäftigt, ein Eis-

Projekt in Angriff nimmt, ist naheliegender als man zunächst glauben könnte: „Beton und Eis haben vieles gemeinsam“, erklärt Sonja Dallinger. Beide Werkstoffe sind gießfähig und spröde. Auch Beton zeigt, ähnlich wie Eis, ein Kriechverhalten.

Errichtet wurde die Eiskuppel vor dem Wellness-Bereich des Hotels Alpina der Familie Platzer in Obergurgl. Das TU-Bauwerk wird dort nun als Eis-Bar genutzt. Die Getränke bleiben dort garantiert schön kalt...

KIX – Das fliegende Eiweiß

Erste detaillierte Daten über ein im gasförmigen Zustand stabiles Protein

Forscher um die Innsbrucker START-Preisträgerin Kathrin Breuker haben ein Protein entdeckt, das auch im gasförmigen Zustand über lange Zeit stabil gefaltet bleibt. Durch vergleichende Studien des gelösten und gasförmigen Proteins konnten die Forscher zeigen, daß eine Kombination von elektrostatischen Wechselwirkungen für diese erstaunliche Stabilität verantwortlich ist. Die neuen Erkenntnisse werden helfen, Eiweißstrukturen besser zu verstehen. Die Wissenschaftler berichten darüber in der aktuellen Ausgabe der Fachzeitschrift „Angewandte Chemie International Edition“.

Proteine sind die Bausteine des Lebens und übernehmen vielfältige Aufgaben im Organismus. Die meist sehr komplexen räumlichen Strukturen dieser Makromoleküle haben entscheidenden Einfluss auf ihre biologischen Funktion. Diese Strukturen im Detail zu verstehen, erweist sich jedoch als schwierig. Mit bisherigen Methoden kann die Struktur von Proteinen nur in kondensierter Form, etwa in Kristallen, untersucht werden. Ein von Kathrin Breuker vom Institut für Organische Chemie der Universität Innsbruck angewandtes Verfahren, die Fourier-Transform-Ionen-Zyklotron-Resonanz-Massenspektrometrie, erlaubt nun auch die Untersuchung gasförmiger, von Lösungsmitteln freier Proteine. Die gelösten Biomoleküle werden dazu vom Lösungsmittel getrennt und ionisiert und dann in einer Vakuumkammer vermessen.

„Mit dieser Methode sehen wir die Eiweiße quasi im ‚nackten‘ Zustand durch unser Messinstrument fliegen“, verdeutlicht die Forscherin. Gemeinsam mit ihrem Institutskollegen Priv.-Doz. Martin Tollinger hat Breuker nun ein ganz spezielles Protein ins Visier genommen. Tollinger hatte mittels Kernspinresonanzspektroskopie schon länger die Struktur und Stabilität des Proteins KIX in gelöster Form untersucht. KIX besteht aus drei gebündelten Helixspiralen und weist besondere Stabilitätseigenschaften auf, wie Breuker und Tollinger nun zeigen konnten.

„Während Proteine in der Gasphase normalerweise innerhalb von Millisekunden ihre natürliche Faltung verlieren, fliegt KIX mindestens vier Sekunden lang stabil gefaltet durch die Vakuumkammer“, erzählen die

Forscher von ihrer überraschenden Beobachtung.

Proteinstrukturen besser verstehen

Durch einander ergänzende Analysen konnten Breuker und Tollinger detaillierte Daten zu dem Protein gewinnen. Grund für die besondere Stabilität von KIX sind demnach elektrostatische Wechselwirkungen.

gut für diese Untersuchungen, weil nicht nur die Struktur als Ganzes sondern auch einzelne Details im gasförmigen Zustand erhalten bleiben. „Unser Ziel ist es, weitere strukturelle Eigenschaften zu bestimmen, die uns Aufschluß über das Verhalten der Proteine in unterschiedlichen chemischen Umgebungen geben können“, sagen die beiden Wissenschaftler.



Foto: Universität Innsbruck

Kathrin Breuker und Priv.-Doz. Martin Tollinger vom Institut für Organische Chemie der Universität Innsbruck.

Die Forscher schreiben die Stabilität vier unterschiedlichen Typen von Wechselwirkungen zu, wobei die sogenannten Salzbrücken – Ionenbindungen zwischen positiv und negativ geladenen Seitenketten der Proteine – am meisten zur Stabilität beitragen. Vergleichende Studien zeigen aber, daß erst die Kombination mehrerer Wechselwirkungstypen diese hohe Stabilität garantiert. „Damit steht uns erstmals ein Modellsystem für die Analyse von Proteinstrukturen in der Gasphase zur Verfügung, mit dem auch andere bzw. neue Methoden getestet werden können“, erklärt Kathrin Breuker. „Diese Untersuchungen helfen uns, Proteinstrukturen besser zu verstehen.“ Dabei geht es vor allem um die Frage, welche Wechselwirkungen die Struktur von Proteinen stabilisieren. Das Protein KIX eignet sich besonders

Kathrin Breuker ist Mitglied des Forschungszentrums für Molekulare Biowissenschaften (CMBI) der Universität Innsbruck und wurde 2007 mit dem START-Preis ausgezeichnet. Martin Tollinger leitet eine eigene Arbeitsgruppe am Institut für Organische Chemie der Universität Innsbruck. Die Forschungsarbeiten wurden vom österreichischen Wissenschaftsfonds FWF unterstützt (Y372, P19428). Die Ergebnisse wurden in der aktuellen Ausgabe der Fachzeitschrift Angewandte Chemie International Edition veröffentlicht. ■

Publikation: Electrostatic Stabilization of a Native Protein Structure in the Gas Phase. Kathrin Breuker, Sven Brüschweiler und Martin Tollinger.

Angewandte Chemie International Edition 2011. DOI: 10.1002/anie.201005112

Mit »grünen« Drohnen den zivilen Luftraum erobern

Der Studiengang »Luftfahrt/Aviation« der FH JOANNEUM ist mit unbemannten Luftfahrzeugen auf dem Weg, den zivilen Luftraum in Österreich zu erobern.

Das mögliche Einsatzspektrum für zivile Drohnen ist gerade im Alpenland Österreich groß: Bei der Suche nach Lawinen-Verschütteten oder vermissten Bergsteigern etwa stoßen Hubschrauber bei Nacht oder Nebel schnell an ihre Grenzen. GPS-unterstützte Drohnen hingegen, ausgerüstet mit Lawinensuchgeräten, Wärmebildkameras und optischer Ausrüstung, könnten problemlos ein definiertes Gebiet abfliegen und dabei lebensrettende Nachrichten senden. Bislang blieb diese Möglichkeit jedoch ungenutzt.

Der Studiengang „Luftfahrt/Aviation“ an der FH JOANNEUM entwickelt im langfristig angelegten Forschungsprojekt „Joanneum Xperimental Platform (jxp)“ Drohnen, die genau auf solche zivilen Zwecke abgestimmt sind: Durch Elektromotor, Solarzellen und Leichtbauweise sind sie besonders umweltfreundlich konzipiert, mit einem angepeilten Einstiegspreis in der Größenordnung eines Mittelklasse-PKW sollen sie auch für Hilfsorganisationen oder Unternehmen leistbar sein. „Das Projekt hat für den zivilen Luftraum in Österreich Pioniercharakter. Mit den ersten flugfähigen Modell-Drohnen haben wir nun den ersten großen Meilenstein in der Entwicklung serienreifer ziviler Drohnen geschafft“, freut sich Studiengangsleiter Bruno Wiesler. Parallel wird bereits die erste Originaldrohne mit sieben Metern Spannweite konstruiert, in Kooperation mit dem Studiengang „Industrial Design“ wurde darüber hinaus eine funktionale und dynamische Formgebung für die Drohnen erarbeitet.

Studierende als erste Entwicklungsmotoren

Die Entwicklung der Drohnen erfolgt in einem Projektteam aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der FH JOANNEUM, externen Partnern sowie mit Studierenden des Studiengangs „Luftfahrt/Aviation“. „Wir setzen bewusst auf eine langsamere und stufenweise Entwicklungsarbeit, da das Projekt in verschiedene Lehrveranstaltungen integriert ist. Unserem didaktischen Konzept gemäß sind unsere Studierenden von der anspruchsvol-

len Theorie im Hörsaal bis zur wissenschaftlichen Umsetzung an der Entwicklung der Drohnen beteiligt“, sagt Wiesler.

Anforderungen an die „ideale“ zivil einsetzbare Drohne, wie sie dem Projektteam vorschwebt, gibt es zahlreiche: Sie soll leicht und umweltfreundlich sein, autonom steuerbar und mit verschiedenen Geräten (wie etwa einer Infrarotkamera) flexibel ausrüstbar sein, und dabei möglichst lange und zugleich möglichst langsam fliegen können, um Luftbilder mit hohem Schärfegrad liefern zu können. „Mit den technischen Her-



Foto: FH JOANNEUM

Das Projekt-Team der FH JOANNEUM

ausforderungen ist es aber noch nicht getan: Pioniergeist ist auch im Bereich der Luftfahrtzertifizierung sowie in rechtlichen Fragen erforderlich, denn die unbemannten Luftfahrzeuge werden sich in das bestehende Luftverkehrssystem einfügen müssen, ohne dieses zu verändern“, stellt Gerhard Lipitsch von der österreichischen Luftfahrtbehörde Austro Control fest.

Die dafür erforderlichen Maßnahmen in ihrer Komplexität zu erforschen und die Erkenntnisse danach in die Praxis umzusetzen, ist ohne Teamarbeit nicht erreichbar. Der „Rulemaking Process“ ist auf internationaler wie auch auf nationaler Ebene voll im Gange. Dem muß im Zuge des Projekts Rechnung getragen werden, der Studiengang

„Luftfahrt/Aviation“ arbeitet daher eng mit Austro Control zusammen.

Einsatzgebiet von Suchaktionen bis Weinbau

Es wird zwar noch mehrere Jahre dauern, bis die zivilen Drohnen in breiter Form praktisch anwendbar sind, das Spektrum potentieller Einsatzgebiete ist jedoch jetzt schon groß. Neben der Suche nach vermissten Bergsteigern und Lawinen-Verschütteten könnte die „jxp“-Drohne auch zum Übertragen von Luftbildern bei kleineren Sportevents oder Open-Air-Festen zum Einsatz kommen, wo eine flächendeckende Überwachung durch Hubschrauber zu teuer wäre. „Wir möchten hier insbesondere auch mit Unternehmen und Organisationen, beispielsweise mit Hilfs- und Rettungsorganisationen, zusammenarbeiten, und die neuen Möglichkeiten ziviler Drohnen aufzeigen“, so Wiesler. Die „grünen“ Drohnen könnten außerdem auch zum Beobachten von Wildbewegungen eingesetzt werden, oder, etwas unorthodoxer, beispielsweise im Weinbau: Bunt bemalt könnten die Drohnen als eine Art „fliegende Vogelscheuche“ die Ernte sichern.

Zukunftsorientierte Forschung

Für Karl Peter Pfeiffer, Rektor der FH JOANNEUM, ist die Entwicklung der Drohnen eines der Leuchtturmprojekte im Fachbereich „Information, Design und Technologien“, das sich durch interdisziplinäre Zusammenarbeit auszeichnet. „Die Arbeit an diesem Forschungsprojekt stellt hohe Anforderungen an unsere Studierenden und bereitet sie damit optimal auf eine Berufswelt vor, in der die Verknüpfung von theoretischem Wissen und Anwendungskompetenz unerlässlich ist.“

Technische Daten

GPS-unterstützt steuerbar, Leichtbauweise aus Kohlefaser und Balserholz mit unter 20 kg Gewicht, Spannweite sieben Meter, Elektromotor mit 1,8 Kilowatt und ca. 2,5 PS sowie ergänzender Solarantrieb, „betankbar“ über Steckdose und Solartankstelle, angestrebte Minimal-Fluggeschwindigkeit von ca. 45 km/h. ■

Eine Lösung, die sich rechnet

Mathematische Vermutung nach Jahrzehnten bewiesen

Eine im Jahr 1985 aufgestellte mathematische Vermutung – die Andrews-Robbins-Vermutung – konnte jetzt erstmals bewiesen werden. Damit steht fest, daß sich die Struktur sogenannter „total symmetrischer planarer Partitionen“ mit einer einzigen Formel beschreiben läßt. Die Beweisführung gelang unter Einsatz enormer Computer-Ressourcen und wurde damit erst nach „computergerechter“ Aufbereitung der Formel möglich. Dieses mit Unterstützung des Wissenschaftsfonds FWF erzielte Ergebnis einer Forschungsgruppe aus Linz wurde am 25. Jänner 2011 in den „Proceedings of the National Academy of Sciences“ veröffentlicht. Mit dem Beweis ist endgültig auch die letzte einer ganzen Reihe berühmter mathematischer Vermutungen bewiesen, die sich auf planare Partitionen beziehen.

Auch MathematikerInnen spielen mit Bauklötzen. Zumindest dann, wenn ihr Interesse sogenannten planaren Partitionen gilt. Denn diese werden durch Türme von „Bauklötzen“ auf einer schachbrettartigen Grundfläche dargestellt. „Bauen“ MathematikerInnen nun solche planaren Partitionen, müssen sie bestimmten Regeln folgen: Kein Turm darf höher sein, als die Grundfläche breit ist, und auch nicht, als ein anderer Turm dahinter oder links. Die Frage, wie viele verschiedene Anordnungen von Türmen sich bei einer gegebenen Grundflächengröße bauen lassen, ist dank einer entsprechenden Formel leicht beantwortet. Schwieriger wird es, wenn die Anordnungen der Türme bestimmte Symmetrien aufweisen sollen oder wenn man nicht die Anordnungen selbst, sondern ihre Bestandteile abzählen will. Zwar gibt es auch dafür Formeln. Doch die Krux ist – nicht bei allen diesen Formeln weiß man, ob sie wirklich korrekt sind. Das wird nur vermutet.

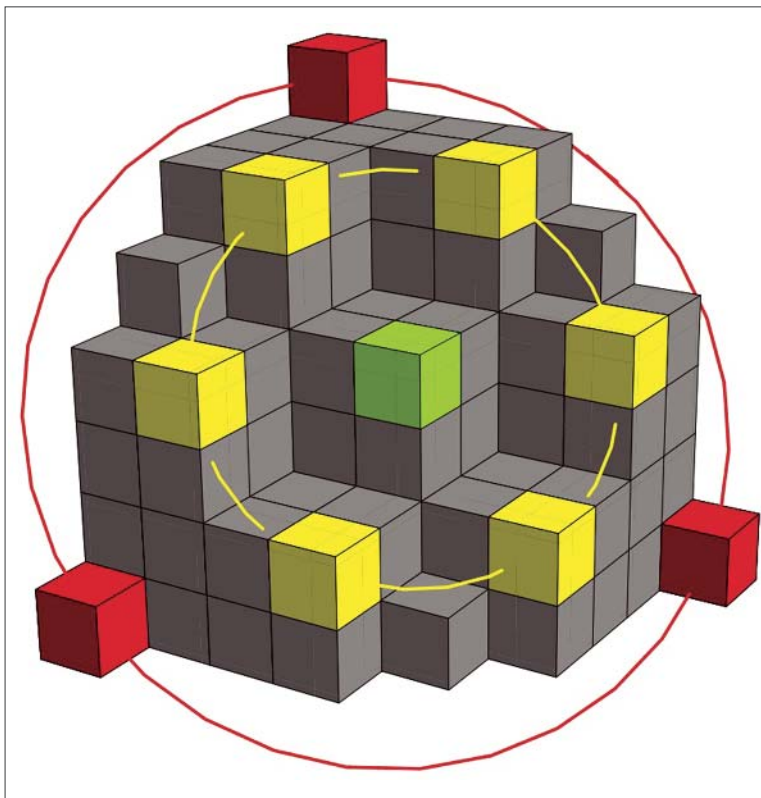
Wer weiß den Beweis?

Der Beweis, daß eine bestimmte dieser Formeln korrekt ist, gelang nun Christoph Koutschan und Manuel Kauers vom Institut für Symbolisches Rechnen der Johannes

eine geeignete Form zu bringen, die dann mit dem Computer bewiesen werden konnte“, so Koutschan. Daß die Hilfsgleichung dabei in Wirklichkeit etwas komplexer als „ $U=V$ “ war, belegt ihr Umfang: Ausgedruckt würde sie ca. 1 Mio. A4-Seiten bedecken und ist damit vermutlich die längste Gleichung, die je in einem mathematischen Beweis verwendet wurde.

Stanleys Liste

Der Aufwand für diese „Formulierung“ hat sich jedoch gelohnt. Denn mit dem Beweis der Andrews-Robbins-Vermutung gelang es den Forschern, die letzte einer Reihe berühmter Vermutungen zu beweisen. Diese wurden im Jahr 1985 vom US-Mathematiker Richard Stanley auf einer historischen Konferenz in Montreal vorgestellt. Alle diese Vermutungen wurden in den folgenden Jahren bewiesen – bis auf die Andrews-Robbins-Vermutung. Dazu meint Kauers: „Als letzter verbleibender Eintrag in Stanleys Liste hat diese Vermutung



Total symmetrische planare Partitionen stellten MathematikerInnen lange Jahr vor Rätsel. Ein Computer löste nun das letzte davon.

Kepler Universität Linz in Zusammenarbeit mit Prof. Doron Zeilberger aus den USA. Dabei ging es um eine Formel für die Berechnung einzelner Komponenten in total symmetrischen planaren Partitionen. Zur besonderen Methode der Beweisführung meint Koutschan: „Wir haben es den Computer machen lassen! In manchen Bereichen der Mathematik ist das ja inzwischen Routine.“ Das Prinzip hinter solchen Computerbeweisen ist zunächst einfach. Um $A=B$ zu beweisen, berechnet der Computer eine Hilfsgleichung $U=V$ mit folgenden zwei Eigenschaften: „Wenn $U=V$ wahr ist, dann ist auch $A=B$ wahr“ und „ob $U=V$ wahr ist, kann leicht überprüft werden“.

Das stellte eine große Herausforderung dar: „Dieses Verfahren funktioniert nicht für jede Gleichung. Unser wesentlicher Schritt war es, die Andrews-Robbins-Vermutung in

viele bedeutende Experten und Expertinnen angezogen. Trotzdem blieb sie für fast 30 Jahre unbewiesen. Daß der Beweis schließlich mit einem automatischen Beweisverfahren gelungen ist, zeigt, daß moderne Computerprogramme mathematische Probleme knacken können, an denen traditionelle Mathematiker und Mathematikerinnen scheitern.“

Zwar sind solche Erfolge bisher die Ausnahme, doch zeigt dieses FWF-Projekt das Potential einer computerbasierten Beweisführung. Vor dem Hintergrund des rasanten Fortschritts der Rechnerleistung werden Computer vielleicht eines Tages sogar Antworten zu den größten offenen Fragen der Mathematik liefern.

Originalpublikation: A proof of George Andrews' and David Robbins' q -TSPP conjecture. C. Koutschan, M. Kauers D. Zeilberger. DOI: 10.1073/pnas.1019186108

Im Fluß der Zeit

Heraklit: »Wer in dieselben Flüsse hinabsteigt,
dem strömt stets anderes Wasser zu.«

Von Christa Mössmer.

Unser Leben ist in der Zeit verhaftet, es läuft in ihr ab, obwohl wir gar nicht wissen, was die Zeit eigentlich wirklich ist. Eine unsichtbare Dimension, ein unheimliches Etwas, ein unerklärliches Phänomen. Trotzdem bedienen wir uns der Zeit, um unser Leben zu gestalten, um unser Leben zu strukturieren, und nehmen darauf Bedacht, uns in ihr nicht zu verlieren oder, anders gesagt: unsere wertvolle Zeit nicht zu vertrödeln. Es mutet uns seltsam genug an und bereitet uns auch gedanklich Schwierigkeiten, die Zeit, die uns immateriell, körperlos, erscheint, zu erfassen. A priori scheint sie uns zur Verfügung zu stehen, doch kaum drehen wir uns um, ist sie verschwunden – wie ein kostbarer Schleier, fortgetragen, fortgeweht von einem Hauch unseres eigenen Atems.

Was ist die Zeit? Ist sie eine körperlose Göttin? Ist sie eine gnadenlose Illusion der Menschheit oder ein launiges Luder? Tag für Tag eilen wir ihr nach, sehnen uns danach, daß sie uns mehr schenkt von ihrem kostbaren Wesen, welches nur sie allein uns geben kann. Unerbittlich tickt der Zeiger der Uhr. Wir wünschen uns mehr Zeit für Menschen und Dinge, die für uns wertvoll, kostbar sind. Sobald wir uns in einem Zustand der Versenkung befinden oder in einem Zustand der Selbstvergessenheit, kommt uns die Zeit abhanden. In diesem Zustand verlieren wir jegliches Zeitgefühl.

Heute, in der Postmoderne, bemüht sich der Mensch, wieder ein Gefühl für die Zeit zu entwickeln. Immer mehr wollen wir uns von dem Diktat der gemessenen oder eingeteilten Zeit lösen. Unser Sehnen geht immer mehr dahin, für uns Zeit zu gewinnen. Zeit zu gewinnen für Dinge, die uns wichtig sind, Zeit zu gewinnen für Dinge, die uns wertvoll sind. Wir verspüren Angst oder Unbehagen, wenn uns die Zeit verinnt, wie ein feiner Sand zwischen den Fingern und nicht selten mahnt uns eine altmodische Sanduhr an unsere Begrenztheit der eigenen Lebensdauer.

Uns wird nicht bewußt, daß ein gegenwärtiger Zustand, wenn er vergangen ist, nie wieder rückholbar ist. Jede Sekunde der Gegenwart verlieren wir an die Vergangenheit und kein Schritt zurück erlaubt uns, zurück-

zukehren. Nichts ist wiederherstellbar, nichts ist mehr zu korrigieren. Wir sind mit jedem Wort, mit jeder Tat, mit jeder Handlung in jeder Zehntelsekunde festgelegt, verantwortlich vor uns selbst und vor den anderen. Die Zeit hält alles gnadenlos fest. Ein Augenblick leitet die Zukunft ein, die wir uns selbst oder unsere Mitmenschen gelegt haben. Ob wir autonom bleiben oder ob wir abhängig werden von Geschehnissen, hängt davon ab, wie sensibel wir darauf achten, was zu jedem Zeitpunkt in unserem Leben sich ereignet.

Doch wir können nicht jede Sekunde achtsam sein, denn zu stark sind wir eingefangen in unseren Alltäglichkeiten. Daher läuft so vieles unbewußt ab und unser Han-

*»Dreifach kommt die Zeit: Zögernd
kommt die Zukunft hergezogen,
pfeilschnell ist das Jetzt entflohen,
ewig still steht die Vergangenheit.«*

Friedrich Schiller

deln sammelt sich in der immateriellen Zeit, die eines Tages unsere Früchte zum gegebenen Zeitpunkt in unsere materielle Welt wirft, wie einen Spielball, den wir dann aufzufangen haben und nicht selten als Zufall oder Schicksal empfinden. Die hohe Sensibilität für die Zeit ist uns verlorengegangen, weil wir verlernt haben, nach dem Wert des individuellen Lebens und nach dem Wert der Zeit zu fragen. Keiner weiß, wieviel Zeit ihm verbleibt. Aber wir leben manchmal so, als hätten wir alle Zeit der Welt gepachtet. Daher verspüren wir den fatalen Wunsch, wenn wir uns der Verschleuderung unserer eigenen Zeit bewußt werden, noch einmal etwas Vergangenes zu erleben, weil es so schön war.

Derjenige Mensch, der aber gelernt hat, die Zeit als das kostbarste Gut zu betrachten, dem ist ein Wunsch, in die Vergangenheit zurückzukehren, fremd, da er jeden Augenblick in der Gegenwart sein Leben so kostbar gestaltet, weil er um die Kostbarkeit der Zeit weiß und um die Endlichkeit seines eigenen Lebens. Ja, er geht so weit, daß er sich sagt: Dies könnte mein letzter Tag sein. Nicht, weil er pessimistisch ist, sondern weil er sich

genau deshalb seinen Tag, seine Zeit nicht sinnlos vergeudet. Wer seinem Leben eine Wertigkeit beimessen will, d. h. ein wertvolles, sinnerfülltes Leben führen will, erreicht es nur durch eine zeitliche Erweiterung des geistigen Horizonts. Je mehr er sich darin übt, was ihm anfänglich gar nicht vorstellbar ist, verspürt bald, wie schal und leer sein Leben vorher gelebt wurde. Er beginnt sein Leben zu überschreiten, er transzendiert allmählich alle verpflichtende Alltagsarbeiten in einem höheren Sinn, um sich nicht darin zu verlieren wie früher, sondern das alltäglich Verpflichtende bald und zügig zu erledigen, um für sich genug Zeit zu gewinnen. Dieser Gewinn ist eines der höchsten Güter, die ein Mensch gewinnen kann. In jedem Augenblick ist es uns möglich, unser Leben zu gestalten, ihm eine neue Wendung zu geben, mag der Anlaß auch noch so gering sein. Letztendlich wissen wir nicht, was auch den geringsten Anlaß, den wir selber setzen, welche große Wirkung er eines Tages haben kann.

Es gibt für uns keinen anderen Augenblick als die Gegenwart, in der wir etwas verändern können. Und hier ist die Zeit eine großmütige Göttin. Denn tausendmal am Tag erleben wir für einen Augenblick die Gegenwart, daher haben wir tausendmal die Möglichkeit zur Veränderung. Nicht von großen Dingen soll hier die Rede sein, nicht von unrealistischen Vorhaben, die schon im Vorhinein zum Scheitern verurteilt sind. Nein, von unseren alltäglichen Dingen, die wir verändern können. Denkmuster in eine andere Richtung lenken, Verhaltensweisen ändern, die uns nerven, einen wichtigen Anruf tätigen, den wir solange aufgeschoben haben, etwas hervorholen was wir lange vernachlässigt haben, etwas umgestalten, etwas wegwerfen, Zukunftspläne schmieden, sich mit Freunden treffen. Wer sich die Mühe macht, bei den aller kleinsten Dingen die ersten Veränderungen herbeizuführen, lernt auch mit der Zeit, sich an größere Vorhaben heranzuwagen. Denn es kommt nicht auf die Größe an, sondern auf die Routine. Der Mensch, der in und mit der Zeit lebt, entwickelt sich zu etwas Kostbarem, weil er erkannt hat, daß die Zeit eine Kostbarkeit ist. ■

Österreich hat ein neues Museum

Mit der Eröffnung des »PhantastenMuseum Wien« ist nicht nur das kulturelle Angebot unseres Landes wesentlich bereichert.

Von Michael Mössmer.

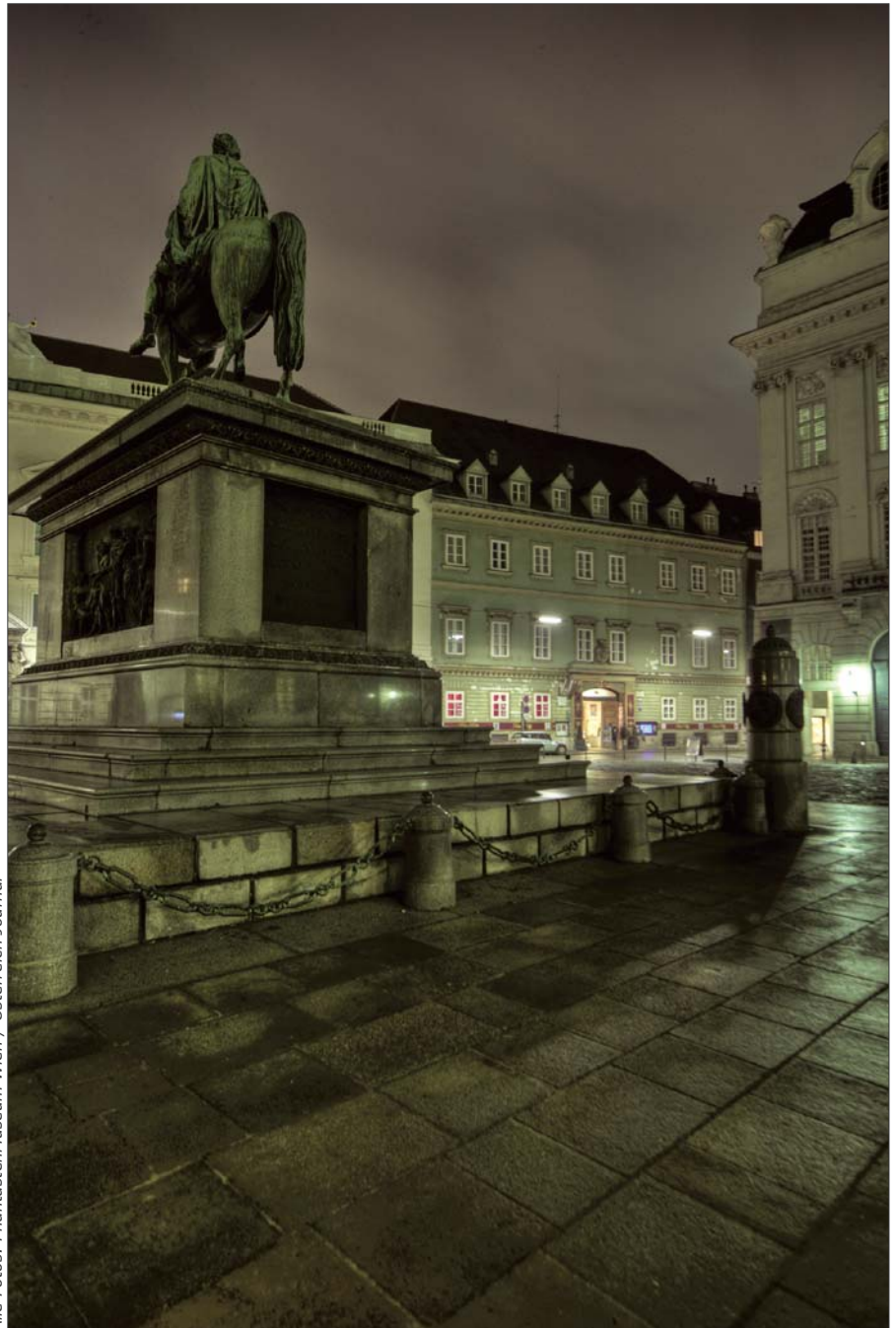
Mit Eröffnung des „PhantastenMuseum Wien“ im Palais Pallfy am Josefsplatz im 1. Wiener Gemeindebezirk hat die Phantastische Kunst einen Mittelpunkt in Europa gefunden: Hier kann man die Geschichte der Legende des Phantastischen Realismus der Wiener Schule und Werke international bedeutender Maler der phantastischen, surrealen und visionären Kunst kennenlernen.

Wie schon so oft, mußten viele Jahre vergehen, bis die Idee des Galeristen, Autors und Herausgebers kunstbezogener Werke, Gerhard Habarta, umgesetzt werden konnte. Er war, im besten Sinne des Wortes, von dem Gedanken besessen, der – bis heute – praktisch heimatlosen Wiener Schule des Phantastischen Realismus einen fixen Platz in der heimischen Museumslandschaft zu geben.

Am Vormittag des 15. Jänner gab es im historischen „Figaro-Saal“ des Palais Pallfy eine kurze Begrüßung mit Eröffnungsansprachen vom Präsidenten des Trägervereins „Österreichisches Kulturzentrum seit 1958“, Piero Banchemo, und dem Direktor des Hauses, Erich Peischl. Gerhard Habarta, auch Kunstsammler, Betreiber des „Internationalen Archivs der phantastischen Künstler“, Autor des „Lexikons der phantastischen Künstler“ und Museumskurator, führte in einer spannenden Übersicht durch die Geschichte dieser Kunstrichtung und der Entstehung des Museums.

Der Einladung zur Eröffnung waren neben Kunstinteressierten auch viele der ausgestellten Künstler ins Pallfy gefolgt und zeigten sich gerührt von der späten Ehre, die ihnen durch diese Initiative endlich auch in Wien zuteil wurde. Wie so vielen anderen österreichischen Künstlern war es auch Ernst Fuchs, Arik Brauer oder Wolfgang Hutter ergangen: überall auf der Welt kennt man sie, in ihrer Heimatstadt Wien dauerte es Jahrzehnte, bis diese herausragenden Werke eine dauerne Heimat bekommen sollten.

Banchemo wies in seinen Begrüßungsworten darauf hin, daß das „PhantastenMuseum Wien“ als Dauerausstellung eingerichtet ist.



Alle Fotos: PhantastenMuseum Wien / Österreich Journal

Das »PhantastenMuseum Wien« hat im Palais Pallfy eine idealen Standort gefunden, liegt es doch – eingebettet in die Wiener Hofburg – im Herzen Wiens.

Es enthält Werke nahezu aller Künstler der Wiener Schule des Phantastischen Realis-

mus – der Vorläufer und der eigenständigen Nachfahren – aus Österreich Europa und der

Kultur



Bei der Eröffnung im »Figaro-Saal« (v.r.): Rainer Stern, Arik Brauer, Ernst Fuchs, Franz Baier, Annemarie Habarta, De Es Schwertberger, Anna Hausner, Ernst Steiner, Peter Proksch und Kurator Gerhard Habarta

ganzen Welt. „Das macht mich besonders froh“, so Banchero, „da ich in Sardinien geboren bin und mich ganz als Europäer fühle.“ Und er wies auch darauf hin, daß mit dem Palais Palfy auch ein idealer Standort gefunden worden sei, liege dieses doch – eingebettet in die Wiener Hofburg im Herzen Wiens – im Mainstream der Touristen. „Besonders bedanken möchte ich mich bei der Künstlerschaft, die es ermöglicht hat, diese ständige Ausstellung trotz schlankster Kostenstruktur und ohne staatliche Mittel zu realisieren“, schloß Banchero, nicht ohne dem Hauptinitiator und Kurator, Gerhard Habarta, besonderen Dank für dessen unermüdlichen Einsatz auszusprechen – das Publikum, das sich in Nebenräume und auf das Stiegenhaus ausgebreitet hatte, pflichtete dem Präsidenten durch langanhaltenden Applaus und „Bravo“-Rufe bei.

Bevor sich Habarta zur Entstehungsgeschichte zu Wort meldete, ergriff auch der Geschäftsführer des Palais Palfy, Erich Peischl, die Gelegenheit, sich bei den vielen anwesenden Künstlern zu bedanken dafür, daß sie die teils weite Anreise auch aus dem Ausland zu diesem Eröffnungsvormittag nicht gescheut haben. Peischl wies auch darauf hin, daß im selben Stockwerk – neben dem „Figarosaal“ – am selben Tag auch die

„Museumsgalerie“ eröffnet wurde, „in der Professor Gotthard Fellerer Arbeiten aus den 1970er-Jahren zeigt, die bis jetzt in einem Archiv verwahrt waren und das erste Mal der Öffentlichkeit zugänglich wurden. Professor Fellerer“, so Peischl weiter, „ist sicher nicht den Phantasten zuzuordnen, aber er ist einer der Väter des Projektes ‚Phantasten Museum Wien‘.“ „Fellerer hat sich auch be-

reit erklärt, mit uns Kulturprogramm zu machen. Deshalb findet seit Anfang 2010 jeden ersten Mittwoch im Monat ein ‚BravDa-Salon‘ statt, der unter dem Motto ‚Kulturge-spräche mit Gesprächskultur‘ steht. Ein Hintergrund dabei war es, Wirtschaft und Kultur zusammenzubringen. Einer der ersten Gäste war Gerhard Habarta. Wir hatten dazu DDr. Müller eingeladen, der unseren Verein



Das Foyer des Palais Palfy wurde vom Lehmden-Schüler Kurt Welther zum Thema Figaros Hochzeit neu gestaltet.

in freundschaftlicher Weise in wirtschaftlichen Angelegenheiten berät und der sehr bald vom ‚Virus der Phantasten‘ befallen und nach einigen Gesprächen auch sehr rasch bereit war, die Finanzierung des Projektes zu übernehmen. Ich bedanke mich persönlich bei ihm für sein Vertrauen, das er uns entgegenbringt, und auch, daß er auf so unbürokratische Weise Gelder zur Verfügung gestellt hat.“ Dann wandte sich Peischl an Gerhard Habarta und verwies darauf, daß dieser sein umfangreiches Archiv in das Museumsprojekt eingebracht habe, das jetzt einen ganzen Raum fülle. Nicht zuletzt habe man die Umsetzung des Projektes auch dessen Gattin Annemarie zu verdanken, die ihrem Mann eine große Stütze gewesen sei.

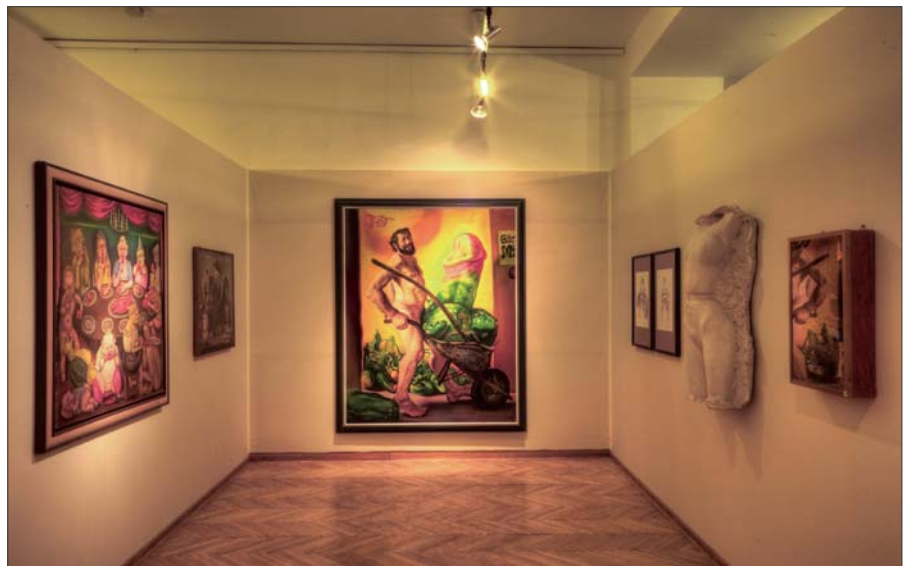
»Eine ganze Reihe Verräter«

Museums-Erfinder Gerhard Habarta ließ gleich eingangs wissen, warum er gekommen sei: „In Wirklichkeit bin ich da, um einiges über die Verräter an der Modernen Kunst zu sagen. Sie sitzen hier alle: der Brauer, der Fuchs, der Proksch, der Angerer, eine ganze Reihe. Und natürlich sind welche oben, die sie nicht persönlich treffen, sondern nur in den Bildern sehen können“, verwies Habarta auf die zahlreichen anderen Kunstschaffenden, deren Werke im Stockwerk darüber gemeinsam sozusagen auf die erste gemeinsame Präsentation warteten.

„1945 hat – von einem Tag auf den anderen – die Moderne das Sagen gehabt. Die, die bis dahin die Gefeierten waren, die Nazi-Maler, die Maler des deutschen Schamhaars, die Realisten, die die Scheinwirklichkeit der Bauern und Soldaten gezeigt haben, die in offiziellem Auftrag malten, die waren plötzlich unten durch. Und danach kam die Moderne, und die ist zurückgekommen aus Strafkompagnien, aus dem Krieg, aus den KZs, aus den Fabriken, weil sie Arbeitsverbot hatten, wie der Gütersloh zum Beispiel, und aus der unfreiwillig gewählten Emigration. Und die Jungen, wie sie da waren, der 16jährige Ernst Fuchs, der mittlerweile ein wenig erwachsener geworden ist, der 17jährige Lehmden, die 18jährigen Hutter und Brauer. Und die hatten die Moderne, die bis dahin verboten war, in den Drüsen“, weiß Habarta. Die hätten gespürt: das sei unwahre, falsche, gelogene Malerei, da müsse etwas anders werden. „Und sie haben es gemacht. Und die doppelt so alten, die aus dem Krieg kamen, so wie Hausner oder Janschka, die waren auf einmal gleichaltrig mit den 15- oder 16jährigen. Wie modern, progressiv und fortschrittlich die in ihrer Zeit



Die Impulsgeber sind auf Fahnen – gleich beim Museumseingang – zu sehen.



In der Bildmitte: »Saure Gurkenzeit« von Fritz Aigner



Dieses Bild zeigt Werke von Arnulf Rainer, Anton Krejcar, Ernst Fuchs, Daniela Rustin, Wolfgang Kudrnovsky und Maria Lassnig

Kultur

waren, das kann man sich heute gar nicht mehr vorstellen. Sie suchten, und sie wußten, was sie finden werden, und haben ihre Visionen von Kunst realisiert. Ohne Verbote, ohne in irgendwelchen Anhalte- oder Erziehungslager. Und sie wurden dafür beschimpft. Sie wurden beschimpft als Verräter an der Moderne.“ Wie man damals mit den Künstlern umgegangen sei, könne man im Ausstellungskatalog nachlesen.

Von der Toleranz zur Trennung

Bei einer Budgetdebatte im Jahr 1950 habe, so Habarta, ein Abgeordneter festgestellt, daß diese Kunst nicht dem alten Kulturboden Österreichs entspreche und eine Kunst sei, welche all das verbinde, was der abendländische Mensch als häßlich empfinde. „Und die Professoren Gütersloh und Wotruba erhielten eine sogenannte ‚Gnackwatschen‘, also eine hinter die Ohren, weil sie die jungen Menschen (*Studenten, Anm.*) in einem Sumpf der Perversität herumwaten ließen. D.h.: Die Wiener Phantasten waren Verräter.“

Am Anfang sei nicht ganz klar gewesen, was die Moderne Kunst sei. So, wie es in der Bibel stehe, daß das Lamm und der Leopard nebeneinander grasten, hätten in diesem Paradies geduldeter Nachbarschaft die Abstrakten und die Phantasten miteinander in einer toleranten sich gegenseitig auch akzeptierenden Gemeinschaft gelebt. Und seien auch von den Impulsgebern – diese sind auf den Fahnen gleich beim Museumseingang zu sehen – toleriert und gefördert worden. „Sie schweben über uns, diese Impulsgeber, wie der Gütersloh, wie der Otto Basil, wie der Johann Muschik: Sie sagen uns, was in der Zeit zu sagen war, und was heute noch gilt.“

Doch ist nicht alles gleich geblieben bei den Phantasten, denn Arnulf Neuwirth, der kenntnisreiche, scharf formulierende Kritiker, habe, weiß Habarta, schon 1950 bei der „Artclub Ausstellung“ vom „Durchbruch der Abstrakten“ geschrieben. Und Jörg Lampe, der zehn Jahre vorher noch vor der Hitlerkunst in die Knie gegangen sei, habe gefunden, „Wiens offizielle Moderne, das sind die Abstrakten“.

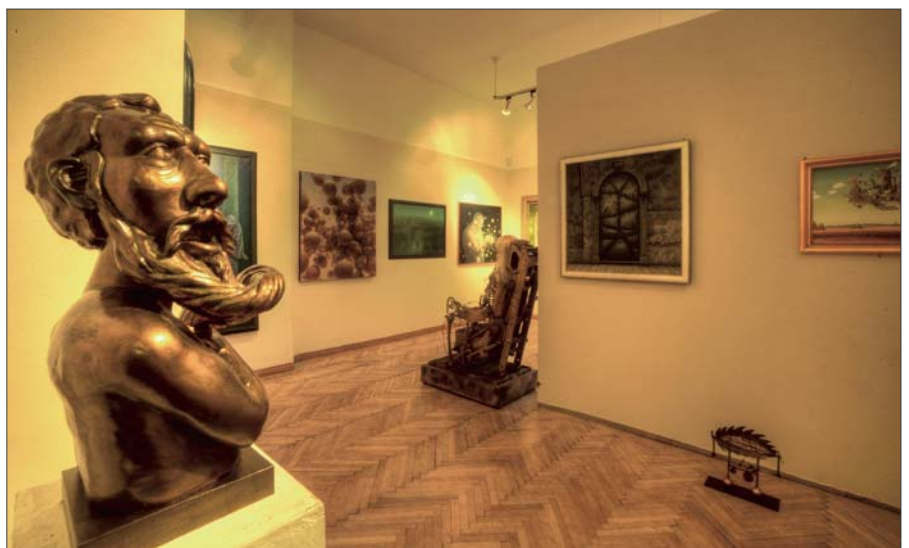
„Da trennten sich die Fronten das erste Mal so richtig deutlich. Muschik, der auf seine Erfindung des Begriffes ‚Wiener Schule des fantastischen Realismus‘ besonders stolz war, sprach von ‚einer Schar der Abstrakten, die sich langsam zu einer Menschheitskrätze auswächst‘. Damit war klar: Ab da wird auseinanderdividiert, ab da werden nicht mehr beide Qualitäten voneinander



Dieses Bild zeigt Werke von Kurt Stenvert, Zorica Nicolic Aigner, Alesandrión (Alexander Wallner), Benedetto Fellin und Peter Gric.



Dieses Bild zeigt Werke von Amanda Sage, Herwig Zens, Michael Krähner, Claus Dietrich Hentschel, Joachim Lehrer, Fritz Hörauf und Eduard Diem.



Dieses Bild zeigt Werke von Florian Aigner, Peter Gric, Kurt Stenvert, Gerhard Gepp, Alfred Zavodsky und Gerhard Palkowitz.



Dieses Bild zeigt Werke von Claus Dietrich Hentschel, Joachim Lehrer, Fritz Hörauf, Eduard Diem, Herwig Zens, Amanda Sage, Jehan Calvus, Brigid Marlin, Jon Beinhart, Jolanda Richter, Otfried H. Culmann, Victor Safonkin und Gerd Bannuscher.

getrennt bewertet“, so Habarta.

Woher kam denn die Mißachtung der Phantasten?

„Sie war ein Produkt des Kalten Kriegs. 1949 wurde das ‚American Committé for an United Europe‘ gegründet. Dieses verfügte über Unmengen an Geld, mit dem von Brüssel aus das Bollwerk gegen den Bolschewismus gegründet werden sollte. Als sich Hausner 1961 wegen der geplanten Phantasten-Ausstellung im Wiener Künstlerhaus in Belgien aufhielt, erfuhr er dort von Victor Brauner, daß ‚in Wien, in Österreich, in Europa die Marshallplan-Kunst angebrochen ist‘. Und dieser Kampf gegen die gegenständliche und phantastische Kunst, das ist interessant, hat nur in den Ländern der Marshallplan-Kunst stattgefunden. In Rußland also hat es diese Einschränkungen nicht gegeben. Und warum die Bevorzugung der Abstrakten? Weil man gesagt hat: Das ist die Freiheit. Kudrnofsky hat geschrieben, ‚die Abstrakte wurde zur Rekonvaleszenzdroge für die europäische Nachkriegsgesellschaft‘. Plötzlich war modern, was nicht phantastisch-realistisch ist.“

„Dann kam plötzlich Wieland Schmied daher“, erinnert sich Habarta, „er war von 1963 bis 1973 Direktor der Kestner-Gesellschaft Hannover, ein Freund von vielen Wiener Künstlern, und der zeigte in Hannover die Wiener Phantasten. Und was schrieb die

‚Wochen Presse‘ 1963? ‚Phantastische Hochkonjunktur!‘. Als die Ausstellung 1965 dann in Wien gezeigt wird, schreibt dieselbe von der ‚siegreichen Heimkehr aus dem deutschen Ausland‘. Nur sieben Jahre später heißt es im selben Magazin: ‚Die Grenzen des Phantastischen Realismus sind erreicht‘.“

Wenig später sagt dann Rudolf Hausner: „Die Wiener Schule des fantastischen Realismus gibt es nicht mehr.“ „Mag ja sein“, läßt Habarta offen, „vielleicht hatte es sie nie gegeben. Aber die Maler hat es gegeben – und die gibt es immer noch. Die Jungen scheren sich überhaupt nicht darum, ob es absterbende oder wiederholende Kunst ist – sie machen es ganz einfach.“

Zum Museum

Zwei Anläufe habe es bereits gegeben, ein Museum für Phantastische Kunst in Wien zu etablieren. Das erste Mal, 1987, als Ernst Fuchs nach einer Ausstellung in Belgien auf einer Speisekarte eine Ideenskizze für ein Museum entwickelte. „Und es hat gleich das gegeben, was bei der Wiener Schule dazugehört“, erinnert sich Habarta: „Es hat jeder gefunden, daß es ganz anders gehört. Hutter wollte auf keinen Fall in einem Museum vertreten sein, das Ernst Fuchs ausgestaltet hätte. Und Ernst Fuchs war das wieder alles viel zu steril.“ Habarta hatte damals vorgeschlagen, einzelne gleichgroße Module in Waben-

form aneinanderzureihen, so hätte einer den anderen nicht beeinträchtigt und es hätte die Möglichkeit der Erweiterung gegeben. Würde man eine solche Zelle anhängen, werde das Museum größer, ohne den Charakter zu verändern. „Obwohl die Frau Unterrichtsministerin daneben gesessen ist und das sehr akklamiert hat, ist daraus nichts geworden.“ 2001 hat dann Ernst Fuchs gemeint, „wir könnten doch ... da gibt es doch das schöne große Grundstück neben meiner Villa, dort könnten wir doch ein Museum machen“, auch das sollte nicht klappen.

„Und dann kam einer dieser unglaublichen Umkehrplätze des Schicksals: das Palais Pallfý. Gotthard Fellerer meinte, ‚man könnte doch‘, Erich Peischl sagte, ‚da muß man doch‘ und der Präsident sagte, ‚das ist doch etwas, was unsere internationalen Gäste verlangen, was sie interessiert‘, und ein freundlicher Freund, DDr. Müller, sagte, ‚das muß man doch finanzieren können‘. Und drei Monate später ist das Museum fertig. Schauen Sie es sich an!“, schloß Habarta, der von einem begeisterten Eröffnungspublikum mit minutenlangem Applaus bedankt wurde.

10 Bereiche

Das „PhantastenMuseum Wien“ im ersten Stock ist in 10 Bereiche gegliedert:

○ Die Impulse, die den jungen Künstlern



Dieses Bild zeigt Werke von Ernst Fuchs, Rudolf Hausner und Anton Lehmden.

erste Informationen nach dem Krieg brachten mit Werken von Edgar Jené und Gustav K. Beck und Arnulf Neuwirth.

- Die Akademie, in der sie eine künstlerische Heimat fanden, mit Werken von Albert Paris Gütersloh, Ernst Fuchs, Fritz Janschka, Anton Lehmden und Kurt Steinwendner, bevor er zum Filmemacher und Objektkünstler Stenvert wurde.
- Die Zeitgenossen, ältere Künstler des Phantastischen, die die Diktatur überlebt hatten wie Greta Freist, Kurt Goebel, Charles Lipka oder der CIA Agent Charles von Ripper. Und die Jungen wie Rudolf Schönwald oder Arnulf Rainer. Und Maler die sich im späteren „Art Club“ bewegten. Dazu gehören die „Partisanin“ Maria Biljan Bilger, Peppino Wiernik, bevor er zum Abstrakten mutierte, Carl Unger, der für das Palais Palfy eine riesige Glasfront gestaltete. Der Art Club

selbst versammelte dann die künstlerische Elite der Nachkriegszeit und wurde mit dem „Strohkoffer“ das legendäre, gesellige Zentrum.

- „Die Hundsgruppe“ wurde zur ersten Gegenbewegung in der sich die Aufrührer wie Fuchs, Rainer und Lassnig, Kudrnovsky und der Außenseiter-Phantast Anton Krejcar mit heute wertvoll gewordenen Grafiken manifestierten.
- Das Pintorarium von Hundertwasser – Fuchs – Rainer wurde zum Aktionismus mit Wandzeitung und Nacktdemonstration gegen die etablierte Akademie, die schlechte Architektur und für die Freiheit des Geistes. Hundertwasser verwirklichte diese Theorien in seinen Bauten – eine Fotodokumentation von Kurt Pultar.
- Der Kern des Museums sind bedeutende Werke der „Ersten Sechs“ der Wiener Schule des Phantastischen Realismus.

Bedeutende Bilder von Arik Brauer, Wolfgang Hutter, dem in den USA lebenden Fritz Janschka und von Anton Lehmden. Von Rudolf Hausner ist nicht nur ein Ölbild zu sehen, sondern auch die Dokumentation der langjährigen Arbeit an seiner Arche des Odysseus. Neben einem Frühwerk von Ernst Fuchs ist auch eine eigens für das Museum geschaffene große Gemälde-Fassung einer vor 55 Jahren entstandenen Zeichnung.

- In der Abteilung der Gleichzeitigen sind 16 Bilder jener Wiener Fantasten zu sehen, die sich in den 1960er Jahren erstmals präsentierten, u.a. in der Galerie, die Ernst Fuchs installierte.
- Bei der Next Generation sind jene fast „noch Jungen“, die unbeeindruckt von der zeitweiligen Ausgrenzung durch die sogenannte Avantgarde sich neuen Tendenzen des Phantastischen verpflichtet fühlen. Und zum Teil bei Hausner, Lehmden, Hutter und auch Fuchs studierten und auch als Assistenten lernten.
- Das Graphische Kabinett belegt mit einigen ausgesuchten Grafiken, den letzten Höhepunkt der graphischen Kunst in Radierung und Lithographie bis hin zum Miniatur Meisterwerk der Briefmarke.
- Wien und die Welt zeigt in etwa 30 Meisterwerken internationaler Phantasten die weltweite Vernetzung. Vertreter aus Japan, den USA, Australien und europäischen Zentren sind die Botschafter von Vereinigungen phantastischer Künstler, die „Ambassadors Of The Fantastic Universe“.

Katalog mit rund 200 Farbtafeln

Der Katalog mit rund 200 Farbtafeln und Faksimiles von Dokumenten und Texten der Künstler und zu den Werken, hat 312 Seiten, ist hart gebunden und kostet € 29. Der Eintritt kostet € 9 (es gelten natürlich die üblichen Ermäßigungen). Zu jedem Ticket gibt es die Erinnerungsmedaille als Geschenk.

Für das „PhantastenMuseum Wien“ wurden weite Bereiche des historischen, von den Kriegsschäden in den 1950er Jahren renovierten Palais neu adaptiert. Das Foyer wurde vom Lehmden-Schüler Kurt Welther zum Thema Figaros Hochzeit neu gestaltet. Hier wurde auch ein großzügiger Empfangsbereich mit Ticketkasse, Information und Museums-Shop eingerichtet. Das Museum ist täglich – ohne Ruhetage – von 10.00 bis 18.00 Uhr durchgehend geöffnet. ■

<http://www.phantastenmuseum.at>

<http://www.palais-palfy.at>

Sehen Sie auch die Fotogalerie Museum auf

Erobern – Entdecken – Erleben im Römerland Carnuntum

Niederösterreichische Landesausstellung von 16. April bis 15. November 2011



Foto: AKP

Die Villa Urbana, ein römisches Stadtpalais, wurde bis ins Detail ausgestattet. Die authentische Innenausstattung und Inneneinrichtung verleiht ihr Lebendigkeit und die Besucher werden Teil des römischen Familienlebens.

Die Niederösterreichische Landesausstellung 2011 entführt unter dem Titel „Erobern – Entdecken – Erleben im Römerland Carnuntum“ zu einer einmaligen Reise durch die Jahrtausende und zeigt die Entwicklung der Menschen und der Natur, von der Urgeschichte über die Römer bis ins Heute. So vielfältig wie das historische Gebiet der Region Römerland Carnuntum ist, so unendlich viele Möglichkeiten des Eroberns, Entdeckens und Erlebens werden zu sehen sein. Die Region Carnuntum, nur 40 km östlich von Wien entfernt, bietet eine einzigartige Landschaft in Kombination mit unberührter Natur, Kultur und kulinarischen Köstlichkeiten. Interessierte werden durch die Vielfalt des Römerlandes Carnuntum begeistert und erleben, wie die Vergangenheit einer pulsierenden Zivilisation zu neuem Leben erwacht.



Foto:

Die Besucher umgibt römisches Flair.

Das Freilichtmuseum Petronell, das Museum Carnuntinum in Bad Deutsch-Altenburg und die Kulturfabrik Hainburg sind die Standorte der Landesschau und erwarten die Besucher mit beeindruckenden Sensationen zum Thema „Erobern – Entdecken – Erleben“. Im Freilichtmuseum Petronell und Museum Carnuntinum begibt man sich auf die Spuren der Römer und erhält Einblick in ihre Lebensgewohnheiten. Die Kulturfabrik spannt mit ihrer Ausstellung über die Eroberer und Entdecker den Bogen von der Frühgeschichte bis ins Jetzt.

Freilichtmuseum Petronell

Das neue Besucherzentrum des Freilichtmuseums lässt die Gäste in eine faszinierende Erlebniswelt eintauchen. Wie bereits in der Antike, so geleitet auch heute eine Gräberstraße die Besucher nach Carnuntum. Man

Kultur

begleitet die Legionäre bei ihrem Einmarsch ins Donaudelta und erlebt die Entstehung der Legionslager und der Donaumetropole.

Die Besucher umgibt römisches Flair, während sie durch ein originalgetreu, rekonstruiertes Wohnviertel Carnuntums schlendern. Die Villa Urbana, ein römisches Stadtpalais, wurde bis ins Detail ausgestattet. Die authentische Innenausstattung und -einrichtung verleiht ihr Lebendigkeit und die Besucher werden Teil des römischen Familienlebens. Weltweit einzigartig ist die voll funktionstüchtige römische Therme: Errichtet auf den ursprünglichen Fundamenten wird sie in ihrer vollen Pracht erstrahlen. Von Umkleideraum über Heißbad, Schwitzbad, Kaltwasserbecken uvm. wurden alle Details rekonstruiert und aufgebaut. Marmor, Stuck und Malereien sowie die ausgefeilte Heiz- und Wasserversorgungstechnik zeigen das zivilisatorische Niveau in Carnuntum vor rund 1800 Jahren. Die enorme Ausdehnung der Stadt Carnuntum demonstriert ein 3D-Modell. Maßstabsgetreu ist die antike Metropole auf 350 m² abgebildet.

Museum Carnuntinum

Auf zwei Etagen präsentiert das bekannteste österreichische Römermuseum die spektakulärsten Fundstücke des antiken Carnuntum. Bereits 1904 eröffnet, bietet das „Schatzhaus“ in Bad Deutsch Altenburg mit dem großzügig angelegten Museumsgarten und dem überdachten Säulengang ein einmaliges Ambiente.

Die Ausstellung „Götterbilder – Menschenbilder“ bietet mit spannenden Rekonstruktionen, interessanten Kurzfilmen und bildlichen Darstellungen einen beeindruckenden Querschnitt römischer Kultgewohnheiten. Die Themen Opferung, Aberglaube und Magie, sowie Götterbilder, Kultplätze uvm. werden inszeniert und effektiv dargestellt.

Kulturfabrik Hainburg

Die ehemalige k. u. k. Tabakfabrik eröffnet den Besuchern auf zwei Geschoßen Einblick in die Welt der Eroberer und Entdecker. Sie werden auf eine spannende Reise, von der Frühzeit bis ins Heute, entführt.

Der historische Streifzug führt von der Urgeschichte über die Völkerwanderung bis zu den Türkenkriegen. Danach begeben sich die Besucher auf eine aufregende Fahrt: Sie erobern ferne Länder und begleiten Missionare und Forscher auf ihren ersten Entdeckungsreisen. Dieser Weg bringt die Besucher wieder in die Region – wo die Entdeckung der Donau, der Natur und der eige-



Foto: AKP

Eingangshalle des Museum Carnuntinum in Bad Deutsch-Altenburg



Foto: Kulturfabrik Hainburg / Stefan Baumann

Blick über den Kulturplatz zum Eingang zur Kulturfabrik in Hainburg

nen Heimat eine große Rolle spielt – und schließlich ins Heute, denn die Forschung und Entwicklung ist noch lange nicht abgeschlossen.

Region im Jetzt erleben und entdecken

Die Niederösterreichische Landesausstellung 2011 bietet nicht nur die Möglichkeit alle geschichtlichen Fakten und Details zu entdecken, vielmehr ist sie Gelegenheit für den Besucher, die gesamte Region Carnuntum für sich zu erforschen: Shuttlebusse verbinden die drei Standorte, umliegende Kulturjuwelen als Ticketpartner der Landesaus-

stellung laden zur Entdeckungsreise mit günstigen Preisen, Radwanderwege führen durch die traumhafte Naturlandschaft, die Gastronomie – vom Landgasthof bis zum Heurigen – verwöhnt den Gaumen mit regionalen Schmankerln und exquisiten Weinen.

Die gesamte Region nimmt die Landesausstellung zum Anlaß, sich mit lokalen Projekten und Veranstaltungen zu präsentieren. Es wird ein abwechslungsreiches Programm für die ganze Familie geboten, auch unsere Jüngsten werden dabei nicht zu kurz kommen.

<http://www.noelandesausstellung.at>

Alpine Desire

Österreichisches Kulturforum New York und Belvedere Wien präsentieren gemeinsam Werke von 21 KünstlerInnen von 27. Jänner bis 8. Mai 2011.



Foto: ACFNY / Belvedere Wien

Thomas Ender, »Großglockner mit Pasterze«. 1832, Öl auf Leinwand, Courtesy of Belvedere, Vienna (Ausschnitt)

Das Österreichische Kulturforum New York und das Belvedere Wien präsentieren die Ausstellung *Alpine Desire* mit Werken von 21 KünstlerInnen aus dem 19. bis zum 21. Jahrhundert. Diese bisher aufwendigste Ausstellung des Kulturforums – Meisterwerke der Kunstgeschichte werden zeitgenössischen Starkünstlern gegenübergestellt – wurde gemeinsam von Belvedere-Direktorin Agnes Husslein, Kulturforums-Direktor Andreas Stadler, und dem New Yorker William Stover kuratiert und wird bis 8. Mai 2011 in der Galerie des Österreichischen Kulturforums in Midtown Manhattan zu sehen sein.

Alpine Desire untersucht verschiedene, mit den kulturhistorischen Themen der Berge und des „Alpinen“ verbundene Sehnsüchte und ihre dahinter liegenden Abgründe. Die Berge wurden seit jeher als Ort von mythologischer, übermenschlicher Kraft gesehen und in der Repräsentation von KünstlerInnen im Kontext einer erhabenen, unverfälschten Natur dargestellt. Jedoch wurde

mit der Industriellen Revolution im 19. Jahrhundert damit begonnen, auch den menschlichen Gebrauch und Mißbrauch der Natur in die Kunst einfließen zu lassen. Während die Kunst im frühen 20. Jahrhundert noch vor allem die Majestät der Berge feierte – ob-



Foto: Courtesy of the artist

Richard Jochum: »Atlas«, 2009, Video loop

schon mit expressionistischer und transformativer Bildsprache – erweiterten zeitgenössische KünstlerInnen ihre Interessen in die Bereiche des Sozialen und des Politischen. Noch immer von der Natur inspiriert, betrachteten sie ebenso die verschiedenen, auch problematischen Wirklichkeiten hinter dem Visuellen. Manchmal existieren eben Schönheit und Grauen Seite an Seite. Und das Erhabene kann Albträume in sich bergen.

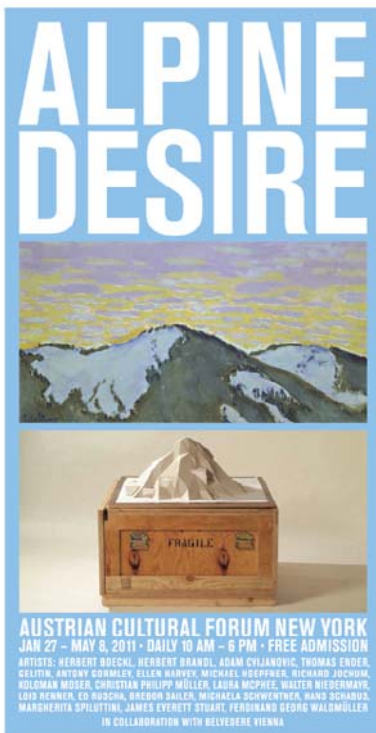
Horizon Field, Antony Gormleys aus 100 lebensgroßen Gußeisenstatuen bestehende und sich über 150 Quadratkilometer in den Vorarlberger Hochalpen erstreckende Installation, weist auf diese dialektische Beziehung zwischen Schaurigem und Majestätischem hin. Die fotografische Dokumentation wird nun im Kulturforum zu sehen sein. *Alpine Desire* versucht am Beispiel künstlerischer Arbeiten vom 19. Jahrhundert bis heute die vielschichtigen Beziehungen zwischen Ästhetik und menschlichen sowie sozialen Konventionen sichtbar zu machen (u.a.: Koloman Moser, Herbert Brandl,

Kultur

Herbert Boeckl, Margherita Spiluttini, oder Ed Ruscha und Christian Philipp Müller).

Die Ausstellung zeigt verschiedene Sichtweisen auf die Berge, wie etwa die besondere Art der Wirklichkeitsdarstellung bei Thomas Ender und Ferdinand Georg Waldmüller, oder das ambivalente Verhältnis von Mensch und Natur bei Gelitin und Richard Jochum. Die KünstlerInnen arbeiten mit unterschiedlichen Medien, von Fotografie über Video bis Malerei und Skulptur und vermögen damit den Blick auf die Alpen äußerst facettenreich und differenziert darzustellen.

Das Gehen, oder das Ergehen von Gebirgslandschaften ist ein ebenso wichtiger Topos, wie das Verhältnis von Technik und



Natur und die Konstruktion eines affektbeladenen, dramatischen und romantischen Alpenbildes. Ebenso zeigt Alpine Desire eine Auftragsarbeit von Adam Cvijanovic, in der der Künstler malerisch die Architektur des Kulturforums durchbricht und die BetrachterInnen aus dieser großstädtischen Umgebung in eine idyllische alpine Landschaft versetzt.

KünstlerInnen: Herbert Boeckl, Herbert Brandl, Adam Cvijanovic, Thomas Ender, Gelitin, Anthony Gormley, Ellen Harvey, Michael Hoepfner, Richard Jochum, Koloman Moser, Christian Philipp Müller, Laura McPhee, Walter Niedermayr, Lois Renner, Ed Ruscha, Gregor Sailer, Hans Schabus, Michaela Schwentner, Margherita Spiluttini, James Everett Stuart und Ferdinand Georg Waldmüller. <http://www.acfny.org>

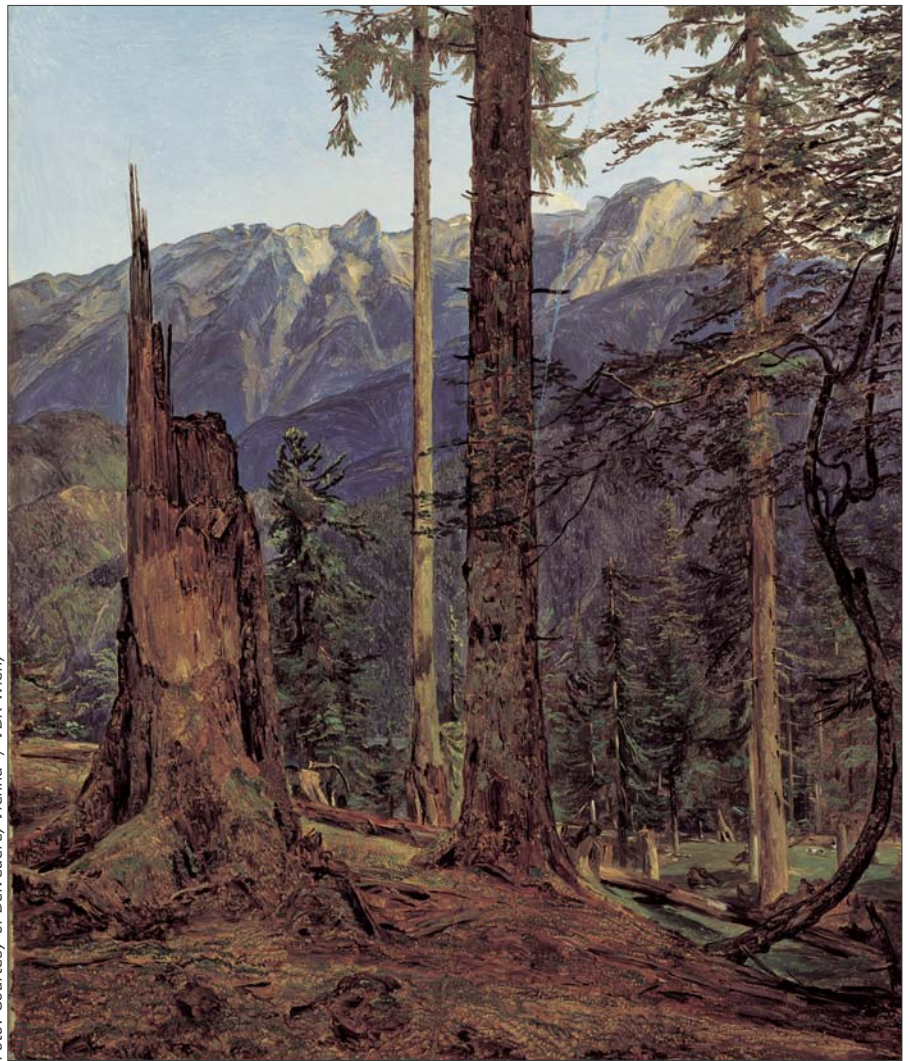


Foto: Courtesy of Belvedere, Vienna / VBK Wien,

Ferdinand Georg Waldmüller, »Das Höllengebirge bei Ischl«, 1834, Öl auf Leinwand



Foto: Private Collection

Herbert Boeckl, »Erzberg V«, 1948; Öl auf Leinwand

Florentina Pakosta

Die erste Ausstellung des Leopold Museum im Jahr 2011 ist der österreichischen Künstlerin Florentina Pakosta (*1933) gewidmet.



Foto: UNIQA Versicherungen AG / VBK Wien, 2011

»Sich formierende Männergesellschaft«, 1996, Acryl auf Leinwand, 100 x 150 cm

Die Schau im Leopold Museum Wien vermittelt mit rund 150 Arbeiten einen umfassenden Überblick über das bisherige Schaffen dieser herausragenden zeitgenössischen Künstlerin – eine große Retrospektive für die Vorreiterin der feministischen Kunst – von 21. Jänner bis 18. April 2011

Die Ausstellung wurde noch von Professor Rudolf Leopold persönlich initiiert, ehe er im Juni 2010 so jäh aus dem Leben gerissen wurde. Rudolf Leopold schätzte die Malerin und Grafikerin Florentina Pakosta sehr. Neben Maria Lassnig (*1919) und VALIE EXPORT (*1940) ist Florentina Pakosta eine der wichtigsten Künstlerinnen des Feminismus in Österreich.

Im Gegensatz zu den Lehrinhalten der Akademie und zu den gesellschaftlichen Konventionen weiblicher Kunstausbübung schuf Florentina Pakosta bereits in den 1950er Jahren authentische Skizzenblätter im Stil einer Sozialreportage in Bleistift,

Bister und manchmal auch Lippenstift mit anonymen Charakteren aus der Lokalszene

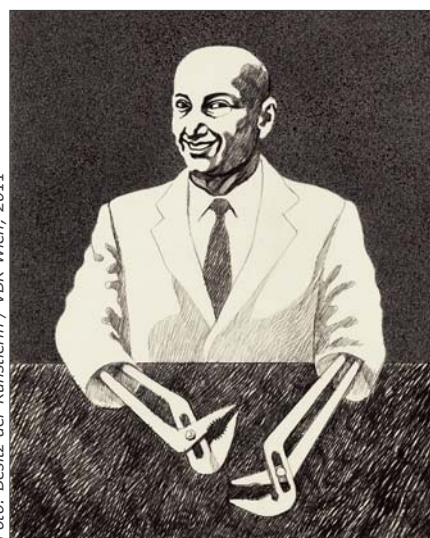


Foto: Besitz der Künstlerin / VBK Wien, 2011

»Schraubenschlüsselhände«, 1988
Bleistift und Schablonentechnik, Kreide
mit Aquarellfarbe gespritzt auf Papier

rund um den Wiener Prater. Aus der kontinuierlichen Auseinandersetzung mit der Gattung Selbstporträt entsteht der Radierzyklus »Paraphrasen zu Franz Xaver Messerschmidts Charakterköpfen«. Aus materieller Not, da sie sich keine teuren Farben leisten konnte, entwickelt Pakosta in der Folge den in der österreichischen Kunst damals vollkommen neuartigen Zyklus der »Gesichtsbildungen« in großformatigen, photorealistischen Kreidezeichnungen mit feministischer und gesellschaftskritischer Aussage. Im Stil einer politisch engagierten Pop Art entstehen gleichzeitig satirische Blätter in einer grotesk-witzigen, hellsichtigen Analyse des geschlechtsspezifischen Status Quo.

Die Erfahrung männlicher Dominanz in Politik und Kultur stellt sie Ende der 1970er und am Beginn der 1980er Jahre in einem Zyklus großformatiger, typologischer Männerbildnisse im Stil der politischen Medienkultur zur Diskussion. Parallel dazu schuf

sie eine außergewöhnliche Serie mit Darstellungen von Händen in einer expressiven Gestik im Plakatformat.

Das Verschwinden des Subjekts in der Massengesellschaft, in der Bilderflut der Informationsmedien und im Konsumismus sowie die Fremdbestimmung im Alltag durch Massenproduktion visualisiert sie im Gemäldezyklus von Menschenmassen und „Gegenstandslandschaften“ auf einzigartige Weise.

Schließlich gelangt Florentina Pakosta in ihrer aktuellen Serie der „Trikoloren Bilder“, die auf formalen Elementen dieser Stillleben basiert zum Verzicht auf das Gegenständliche in einer Revision der konstruktivistischen Gestaltungsweise, wobei jeweils drei Farben zur Anwendung kommen. Sie reagiert damit bereits 1989 auf einzigartige Weise auf die Zeitereignisse rund um dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch des Ostblocks mit dem prognostizierten Ende der bis dahin vorherrschenden politischen Ideologien. Mit diesen großartigen Werken leistet sie einen aktuellen Beitrag



Foto: Bank Austria Kunstsammlung, Wien / VBK Wien, 2011

Chaud et Froid, 1983; Schablonentechnik, Kreide mit Aquarellfarbe gespritzt auf Papier

zur geometrischen Abstraktion von internationaler Tragweite.

Die in Wien geborene Künstlerin ist heute in allen wichtigen Ausstellungen und Publikationen zur zeitgenössischen Kunst in Österreich und in vielen bedeutenden öffentlichen und privaten Sammlungen vertreten.

Florentina Pakosta wird 1933 in Wien geboren und absolviert von 1952 bis 1956 ein Studium an der Akademie der bildenden Künste in Prag bei V. Silovský und M. Holý.

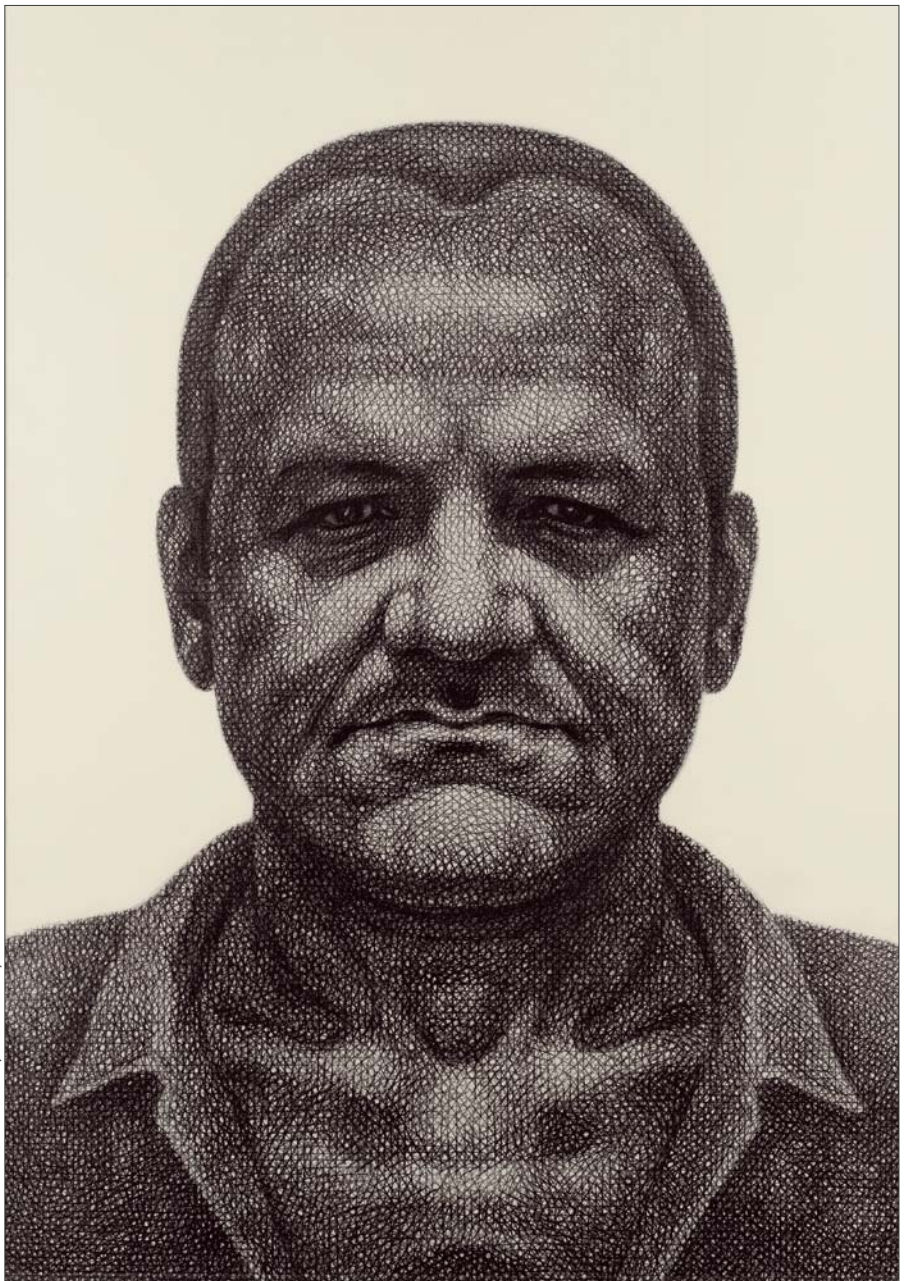


Foto: Besitz der Künstlerin / VBK Wien, 2011

Bildnis Alfred Hrdlicka, 1983; Schwarze Kreide auf Papier, 150 x 100 cm

Anschließend studiert sie an der Académie de la Grande Chaumière in Paris, Aufenthalte in Venedig, Amsterdam und ein weiterer in Prag folgen, bevor sie von 1956 bis 1960 nach Wien zurückkehrt, um an der Akademie der bildenden Künste in Wien bei Josef Dobrowsky Malerei zu studieren. 1963 führt sie ein Studium an der École des Beaux-Arts de Paris wieder nach Frankreich. 1971 wird die Mitglied der angesehenen Wiener Secession. Ab 1972 beschäftigt sie sich mit dem Werk Franz Xaver Messerschmidts (Preßburger Bildhauer, 1736-1783); ab 1975 schafft sie großformatige Zeichnungen der Gesichtsbildungen und beginnt mit der Publikation eigener Prosatexte. In diesem Jahr wird sie auch mit dem Theodor

Körner-Preis ausgezeichnet. Ab 1977 wendet sie Schablonentechnik an, ab 1979 widmet sie sich den Themen „Gestik“ und „Menschenmassen“. 1984 erhält sie den Preis der Stadt Wien für Grafik. Ab 1987 entstehen „Gegenstandslandschaften“, 1989 schafft sie die Serie der „Trikoloren Bilder“.

Florentina Pakosta kann auf zahlreiche Personalausstellungen und Ausstellungsbeiträge in Österreich, aber auch im Ausland verweisen, etwa in der Secession, in der Albertina, im Belvedere, im Wien Museum, im Museum der Moderne Salzburg Rupertinum, im Österreichischen Kulturinstitut Rom u.v.a. Florentina Pakosta lebt und arbeitet in Wien.

<http://www.leopoldmuseum.org>

Living Archives

Kooperation Van Abbemuseum – Francis Bacon, Michal Heiman, Hannah Hurtzig, Robert Indiana, Katrin Mayer, Paul McCarthy – von 2. Januar bis 3. April 2011
im Kunsthaus Bregenz

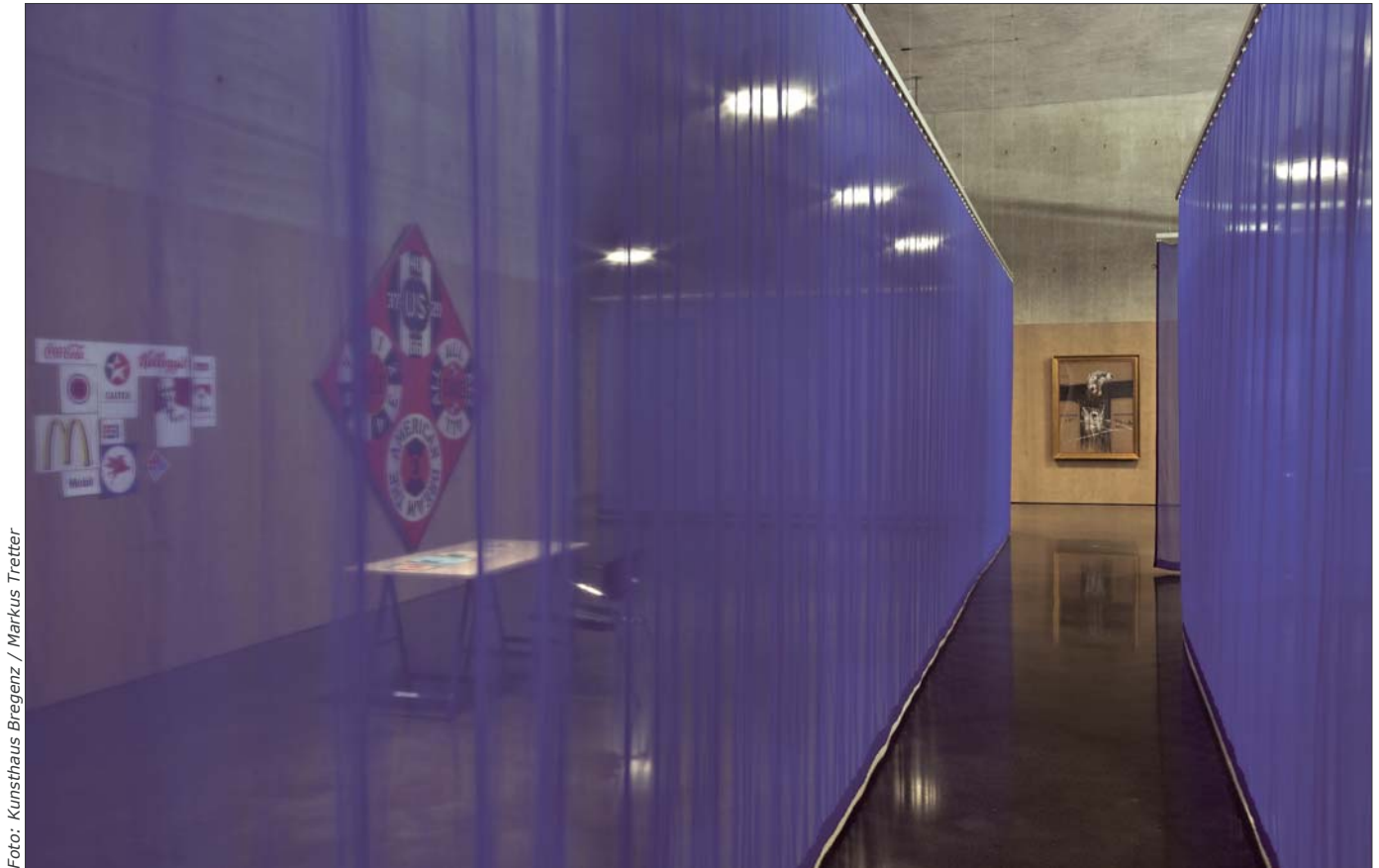


Foto: Kunsthaus Bregenz / Markus Tretter

Living Archives – Kooperation Van Abbemuseum: Ausstellungsansicht KUB-Arena im Kunsthaus Bregenz

Was ist ein Archiv? Was ist eine Sammlung? In welchem Verhältnis stehen Dokumente aus Archiven bzw. Objekte einer Sammlung zu Erinnerung, Identität, Geschichte und Politik? Was für Erzählungen werden festgeschrieben, welche alternativen Lesbarkeiten können eröffnet werden?

Ausgangspunkt der Kooperation mit dem Van Abbemuseum in Eindhoven bildet ein gemeinsames Nachdenken über die Bedeutung von Archiven und Sammlungen – Fragestellungen, die im aktuellen Diskurs über zeitgenössische Museumspraktiken von grosser Bedeutung sind. Im Rahmen des Projektes werden künstlerische sowie kuratorische Strategien vorgestellt, die individuelle, fragmentarische Kunst-Geschichten, Archive und Sammlungen entwerfen, um den etablierten Kanon zu unterlaufen und alternative Lesarten freizulegen. Neben der Präsentation Living Archive – Mixed Messages des Van Abbemuseums, die Arbeiten von Fran-

cis Bacon, Robert Indiana und Paul McCarthy umfaßt, werden anhand der künstlerischen Arbeiten von Michal Heiman, Hannah Hurtzig (beide aus der Sammlung des Van Abbemuseum) und Katrin Mayer offenere, prozessuale Strategien des Sammelns, Archivierens und der Präsentation gesammelter Materialien vorgestellt. Angesichts des Unvermögens vieler Institutionen, das Nebeneinander verschiedener, den jeweiligen Sammlungen inhärente Geschichten darzustellen, begaben sich die eingeladenen Künstlerinnen selbst auf die Suche nach historischen Materialien und Verweisen.

Ein von Katrin Mayer entworfenes Setting aus Vorhang- und Wandelementen eröffnet veränderbare Raumsegmente für die künstlerischen Beiträge, die Präsentation des Van Abbemuseums sowie für die das Projekt begleitenden Veranstaltungen. Bezug nehmend auf die Thematik des Archivs, erzeugen die transparenten Vorhänge Bewegun-

gen im Raum, die weder ein Zentrum noch eine linear strukturierte Richtung vorgeben. Ähnlich wie Archive nicht ohne das Einwirken von einem Außen gedacht werden können, wird durch das durchsichtige Material eine Unterscheidbarkeit von Innen und Außen relativiert und auf die Notwendigkeit des Zusammenwirkens beider Bereiche hingewiesen.

Ausgehend von den Publikationen des Kunsthaus Bregenz hat Katrin Mayer eine weitere Arbeit für die KUB-Arena entwickelt. Im Prozeß des „Quer-Lesens“ des am Kunsthaus-Tresen befindlichen „Ausstellungsarchivs“ hat sie unterschiedliche Text- und Bildfragmente aus den Büchern des KUB kopiert und zu einer Formulierung verwoben, die neue Lesbarkeiten der Materialien erzeugt und Bedingungen von Sichtbarkeit inszeniert und befragt. Die gewählten Motive und Erzählungen stehen dabei in Bezug zu dem Ort, an dem sie gezeigt werden, und

Kultur

können im weitesten Sinne auch als Verweise auf archivarische Vorgehensweisen gedeutet werden.

Begleitet wird die Präsentation von einer Auswahl an Materialien und Kunstwerken aus dem Projekt Living Archive – Mixed Messages, Teil einer von Diana Franssen kuratierten Ausstellungsserie, die in wechselnden Formaten und unterschiedlicher Dauer im Van Abbemuseum stattfand. Mixed Messages nähert sich aus verschiedenen Blickwinkeln drei ausgewählten Kunstwerken der Sammlung des Museums an und visualisiert unter Rückgriff auf Archivdokumente, wie und warum bestimmte Arbeiten in die Sammlung aufgenommen, wie oft sie ausgestellt wurden und wie sich die Rezeption jeweils veränderte. Jedes Kunstwerk ist beeinflusst von sozialen, politischen und ökonomischen Faktoren und stellt somit ein Medium der gegebenen Ideologien dar wie auch der nationalen Identität. Die thematischen Kontexte, in denen die Arbeiten von Francis Bacon, Robert Indiana und Paul McCarthy gezeigt werden, ermöglichen es, über ihre kunstimmanente Bedeutung hinaus die Kunstwerke auch als Ergebnis von bestimmten sozialen, politischen und ökonomischen Faktoren zu betrachten.

Ab dem 22. Februar 2011 wird das Projekt um die Arbeiten Heiman Test – Experimental Diagnostics of Affinities von Michal Heiman und Flight Case Archive von Hannah Hurtzig erweitert, die schließlich den Besucher selbst auffordern, mit Archivmaterialien umzugehen bzw. die Unmöglichkeit einer eindeutigen Lesbarkeit von Archivmaterialien zu „erfahren“.



Foto: Installationsansicht Van Abbemuseum

Hannah Hurtzig: *Flight Case Archive. Erzählungen von Orten, Städten und Territorien*, 2010

Für Michal Heiman ist Kunst ein Recherche-prozess. Nachforschungen über psychologische Experimente führten sie zu dem sogenannten Szondi-Test. In diesem in den 1940er Jahren erstmals veröffentlichten diagnostischen Test des ungarischen Psychiaters Leopold Szondi wurden Probanden gebeten, auf Fotografien von Psychiatrie-Patienten zu reagieren – diejenigen auszuwählen, die sie mochten, und diejenigen, die ihnen nicht gefielen. Szondi glaubte, daß ihre Reaktionen als Schlüssel zu ihrer Psyche dienen können. Heiman verwendete Szondis Strukturen, um ihren eigenen, während der Ausstellung durchzuführenden Test zu erstellen. Im Heiman Test – Experimental Dia-

gnostics of Affinities werden statt Patienten-porträts Fotografien verwendet, die Heimans eigenem Archiv und ihrem (erweiterten) Familienalbum entnommen sind.

Die Regisseurin Hannah Hurtzig wird wiederum ihr Flight Case Archive präsentieren: ein mobiles, seit 2004 kontinuierlich wachsendes audiovisuelles Archiv in Form eines Koffers, in dem die Besucher Platz nehmen können. Das FCA sammelt „Erzählungen von Orten, Städten und Territorien“ in Dialogen zwischen zwei Experten, zwischen Berater und Klient oder zwischen Autobiograf und Zuhörer. Alle Gespräche wurden in den verschiedenen Installationen der Mobile Academy live aufgezeichnet (u.a. Schwarzmarkt für nützliches Wissen und Nichtwissen), in denen Wissen und Information als Kommunikationsakt und Ergebnis von Verhandlungen inszeniert werden. Expertenwissen, theoretische Diskurse und biografische Erzählungen verbinden sich zu einer öffentlichen Kartografie von Gedächtnis, Raum und Rhetorik.

Unter Bezugnahme auf die vorgestellten künstlerischen und kuratorischen Strategien sowie auf in Bregenz ansässige Archive werden im Rahmen des Projektes gegenwärtige archivarische Praktiken zur Diskussion gestellt sowie Möglichkeiten der Errichtung eines Archivs im Kunsthaus Bregenz erörtert.

In enger Zusammenarbeit mit Charles Esche (Direktor) und Galit Eilat (Kuratorin) vom Van Abbemuseum im niederländischen Eindhoven.

<http://www.kunsthhaus-bregenz.at>



Foto: Peter Cox

Heiman Test no 4, 2010: Installationsansicht Van Abbemuseum (Detail)

BRUNO.

Bruno Kreisky, porträtiert von Konrad Rufus Müller
22. Jänner bis 29. Juli 2011 im Museum für angewandte Kunst.

Am 22. Jänner 2011 hätte Bruno Kreisky seinen 100. Geburtstag gefeiert. Aus diesem Anlaß präsentiert das Museum für Angewandte Kunst (MAK) bis 29. Juli 2011 im MAK-Kunstblättersaal schwarz-weiße Porträtfotografien des „Kanzlerfotografen“ Konrad Rufus Müller, eines der wichtigsten deutschen Porträtfotografen der Nachkriegszeit. Die 49 ausgestellten Aufnahmen, die zwischen 1980 und 1989 entstanden sind, dokumentieren Kreiskys Leben zwischen politischer Tätigkeit und privaten Momenten.

Obwohl Kreisky nur verhältnismäßig kurze Zeit von Müller begleitet wurde, beeinflussten die Aufnahmen dieses Künstlers maßgeblich das Bild des Politikers in der Öffentlichkeit. Müller zeigt Kreisky als Strategen, Politiker, Diplomaten, Redner, Denker oder Träumer, Familienvater oder Patient. Die Facetten der Persönlichkeit Kreiskys wurden von Müller immer im perfekten Augenblick eingefangen. Er agierte mit seiner Kamera niemals aggressiv, er ließ sich Zeit, wartete auf den einmaligen Moment, den er ohne Blitz oder artifizielles Licht einfing. Er belichtete das Motiv seiner Umgebung entsprechend und definierte somit, was er wirklich ausdrücken wollte: Authentizität und Intimität. So gelang ihm eine Reihe aufregender Porträts politischer Persönlichkeiten der Nachkriegszeit, die er losgelöst von ihrem staatstragenden Image porträtierte. Er drang tief in die Privatsphäre der von ihm fotografierten Spitzenpolitiker ein, nahm sie als Vertraute wahr und schenkte ihnen mit seinen Bildern unverrückbare Ewigkeitsswerte.

Müller und Kreisky lernten einander über Müllers Bekanntschaft mit Willy Brandt kennen. Er begleitete Kreisky mehrere Jahre, am Höhepunkt seiner Karriere als Bundes-

kanzler, als „Sonnenkönig“, zur Zeit seines Amtsaustritts bis hin zu seiner Pensionierung und dokumentierte seine letzten Lebensjahre.

Eine Aufnahme von 1980 zeigt Kreiskys Ankunft am Belgrader Flughafen. Nachdem

Mallorca. Zu sehen ist Kreisky, ein Jahr vor seinem Tod, im Schatten eines alten Baumes sitzend, die Sonne genießend. Kreisky wirkt nahbarer und vertrauter, scheint sein Leben Revue passieren zu lassen. Der Jahrhunderte alte, schon oft „verjüngte“ und resistente

Olivenbaum steht hier wie zufällig als Metapher für Bruno Kreiskys „Highs and Lows“ in seinem Leben.

Müller greift hier tief in die Privatsphäre Kreiskys ein. Im selben Jahr nahm Müller Kreisky im Kreise seiner Vertrauten in der Küche seines Wohnhauses in der Armbrustergasse in Wien 19 auf. Im Gegensatz zur ungestellten Momentaufnahme scheinen hier die Akteure um das Oberhaupt zu posieren. Ein inszeniertes Foto wie aus

einem Familienalbum, ein Foto, das Kreisky als Mensch unter Menschen präsentiert.

Konrad Rufus Müller

ist am 22. März 1940 in Berlin geboren und lebt und arbeitet in Königswinter, Nordrhein-Westfalen. Nach dem Studium der Malerei an der Hochschule der Bildenden Künste Berlin wandte er sich der Fotografie zu.

Müller suchte die Nähe einflussreicher Personen, um hinter den Vorhang der Macht zu schauen. So begleitete er als freier Fotograf neben Bruno Kreisky Persönlichkeiten wie Konrad Adenauer, Willy Brandt, Helmut Kohl, Gerhard Schröder, Wladimir Putin, François Mitterrand und Anwar el-Sadat. Seine Porträts und Reportagen wurden unter anderem in „Time Magazine“, „stern“ und „Die Zeit“ oder „Süddeutsche Zeitung“ sowie in zahlreichen Ausstellungen und Büchern („terra cognita“, „LICHT GESTALTEN“) publiziert.

<http://www.mak.at>



Im Innenhof des Bundeskanzleramts, Wien 1980 (Ausschnitt)

die Maschine den roten Teppich bereits verpaßt hatte und neu anrollen mußte, war die inzwischen geordnete Gangway für den Charterjet viel zu groß. Als eine eilig herangebrachte Aluleiter ebenfalls nicht für den Ausstieg zu benutzen war, stellte man dem verdutzten Kreisky eine Holzkiste zum Ausstieg bereit, über die er endlich zu den Gastgebern hinuntersteigen sollte. Eben dieser Moment ist auf dem Photo eingefangen. Kreisky steht an der geöffneten Tür des Flugzeugs und schaut äußerst skeptisch auf die unter ihm stehende Kiste. Zwischen ihm und der Kiste klafft noch immer eine nicht geringe Lücke von über einem halben Meter. Eine peinliche Situation, die von diesem einen Bild eindrucksvoll festgehalten wird. In dieser Aufnahme zeigt sich Konrad Müllers Qualität als Fotojournalist abseits seiner tiefstpersönlichen Künstlerporträts.

Ein prägnantes Beispiel für die persönliche Beziehung zwischen Fotograf und Kreisky zeigen die Aufnahmen von 1989 auf

Boulevardtheater im Annahof

Bühne frei für die wilde Welt der Wiener Unterhaltungsbühnen der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts.



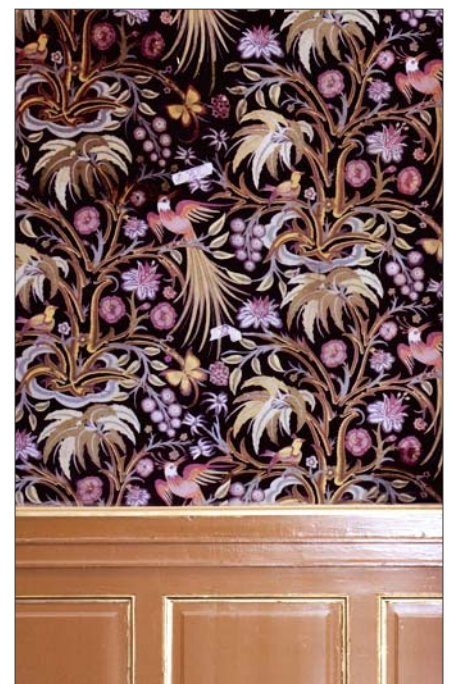
Alle Fotos: BDA / Bettina Neubauer

1909/10 wurde der große Saal der im Erd- und Untergeschoß untergebrachten »Bierwirtschaft« durch das Einziehen einer Zwischendecke abgeteilt und im Untergeschoß als Theatersaal ausgebaut. Bis zu 400 Gäste fanden dort Platz.

Dort wo Hans Moser seine ersten Auftritte feierte, Fritz Grünbaum auf der Bühne Witz und Intellekt verband und Fatty George nach dem Zweiten Weltkrieg das erste Jazz Lokal der Stadt eröffnete, lag eine der schönsten Boulevardbühnen Wiens ein halbes Jahrhundert im Dornröschenschlaf.

Wachgeküßt wurde das Etablissement von einem jungen Unternehmer, der in den Räumlichkeiten mitten im Wiener Stadtschlingel den idealen Rahmen für den Vertrieb seiner Streetwear Kollektion erblickte. Das gemeinsam mit dem Bundesdenkmalamt umgesetzte Restaurierkonzept erlaubt den Kunden und Besuchern des Geschäfts einen unerwarteten Seitenblick hinter die Kulissen einer längst vergangenen und leider oft vergessenen Epoche der österreichischen Unterhaltungskultur der Zwischen- und Nachkriegszeit.

Im späten 19. Jahrhundert wurde an der Stelle des ehemaligen Annaklosters, Anna-



Im Detail: links vor, rechts nach der Restaurierung (Tapete Entwurf Brazil)

Kultur – »Das Denkmal des Monats«

gasse 3, Wien 1., nach Plänen der Architekten Ferdinand Fellner und Hermann Helmer ein späthistoristisches Wohn- und Restaurationsgebäude errichtet. 1909/10 wurde der große Saal der im Erd- und Untergeschoß untergebrachten „Bierwirtschaft“ durch das Einziehen einer Zwischendecke abgeteilt und im Untergeschoß als Theatersaal ausgebaut. Der Saal bot Platz für vierhundert Gäste, die am zentralen Parkett oder in den leicht erhöhten, seitlichen Logen den Aufführungen beiwohnen konnten. Herausragend sind die Gestaltung der Füllungsfelder und des eisernen Vorhangs mit bedruckten Papiertapeten. Nach aufwendigen Recherchen, unter anderem in den

Archiven des Museums für Angewandte Kunst, konnten die beiden Musterrapporte als Entwürfe Otto Prutschers (1880 – 1949) identifiziert werden.

Als Entwerfer stand Prutscher im Dunstkreis der Wiener Werkstätten und konnte sich schließlich im Umfeld der Wiener Secessionisten etablieren. Die beiden Tapetenmuster im Annahof sind eine spielerische Variante secessionistischer Entwurfsprinzipien. Der Entwurf „Brazil“ übersetzt das wilde Wuchern des tropischen Dschungels als grafische Explosion in die zweidimensionale Fläche. Stark farbige Pflanzenranken und Papageienvögel verschlingen sich vor einem eleganten, tiefschwarzen Fond. Noch

abstrahierter begegnet uns das ornamentale Ranken des rot-schwarzen Tapetenentwurfs „Odessa“ für die Kurtine des Theaters.

Als das Theater im Annahof 2009 wieder entdeckt wurde, befanden sich die Tapeten in einem äußerst bedauerlichen Zustand. Teilweise abgerissen oder überstrichen, waren



Tapete Entwurf Odessa



Der Vorraum des Theaters kurz vor Abschluß der Restaurierungsarbeiten

nur mehr Reste der ursprünglichen Ausstattung intakt. Diese waren gleichwohl der größte, zusammen hängende Komplex eines Tapetenentwurfs von Otto Prutscher. Nach längerem Zögern entschied man sich für die Restaurierung der verbliebenen Tapetenstücke und eine Rekonstruktion der verlorenen Partien. In einem ersten Schritt wurden die originalen Tapeten dokumentiert und der Musterrapport der beiden Tapetenentwürfe aufgenommen. Anschließend mußten die verbliebenen Tapeten gesichert und gereinigt werden. Ein Team qualifizierter Papierrestauratorinnen konnte letztlich einen überraschend großen Bestand originaler Tapeten für die Nachwelt erhalten. In einem zweiten Schritt wurden die Tapeten nach den aufgenommenen Rapporten drucktechnisch reproduziert und die Fehlstellen mit den neu hergestellten Tapeten geschlossen.

Die gelungene Restaurierung wurde am Tag des Denkmals 2010 in Anwesenheit von Bundesministerin Claudia Schmied und der Präsidentin des Bundesdenkmalamtes, Barbara Neubauer, der Öffentlichkeit präsentiert. Die aufregende Geschichte der Wiederentdeckung des Boulevardtheaters im Annahof wird im Frühjahr 2011 in einer kleinen Broschüre der Reihe „wiederhergestellt“ gewürdigt.

<http://www.bda.at>

Prof. Peter Schubert – der Autor dieser neuen Serie – beschäftigt sich seit mehr als 10 Jahren intensiv mit dem Jugendstil. Er hat zwei Bücher darüber verfaßt und fotografierte inzwischen wahrscheinlich das größte internationale Fotoarchiv zu diesem Thema: Es umfaßt derzeit mehr als 7000 digitale und 500 analoge Fotos aus 15 europäischen Ländern. In dieser Folge widmet er sich

Jugendstil in Ungarn...

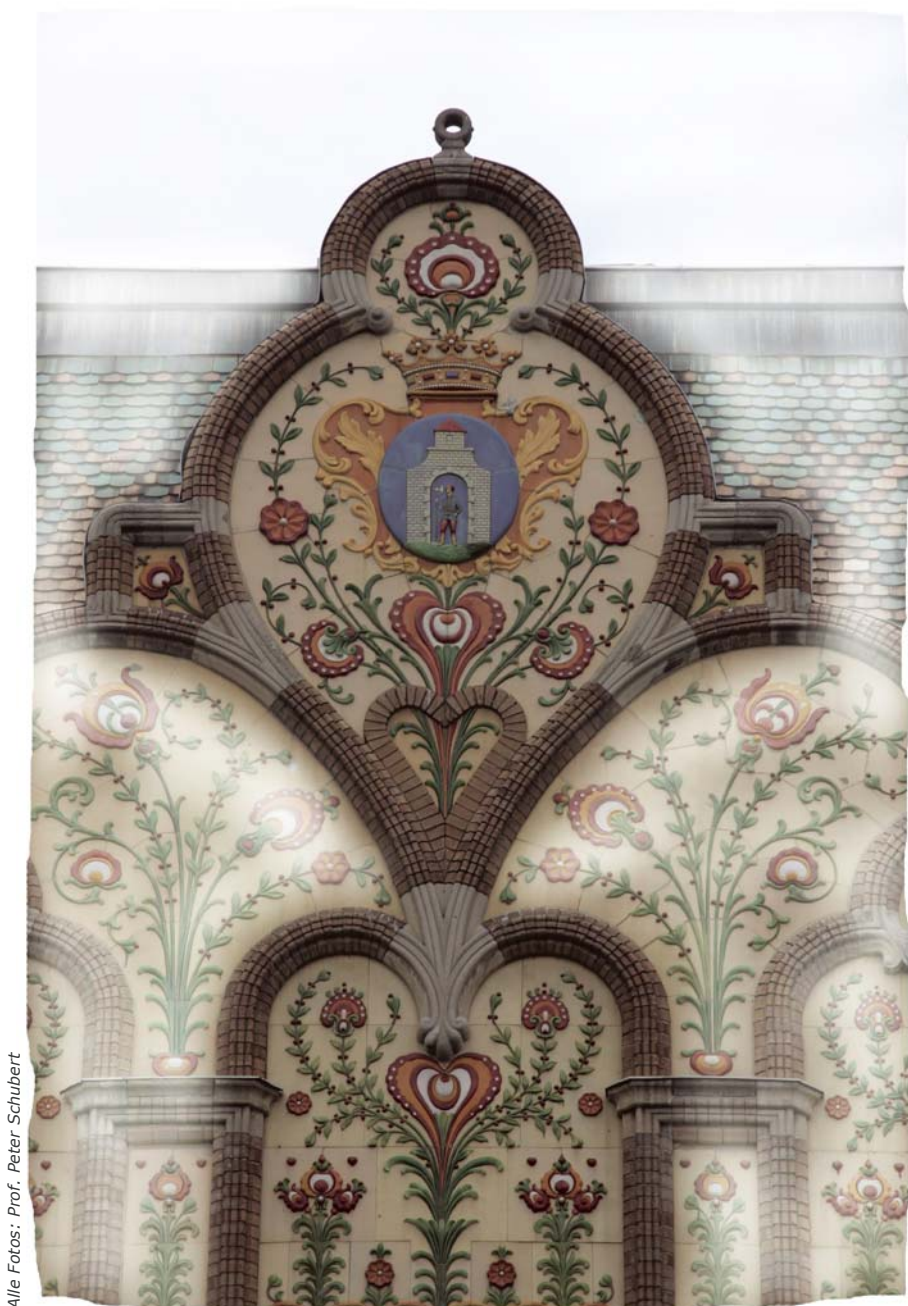
Das Jahr 1896 war vielleicht ebenso ein Höhepunkt in der ungarischen Geschichte, wie das Jahr 2011, als Ungarn die Präsidentschaft der europäischen Union innehat: 1896 feierte Ungarn das Millennium seiner Staatsgründung. Das Königreich war 1896 ein selbständiger Staat in Real- und Personalunion mit Österreich und wahrscheinlich am Höhepunkt seiner Macht und Bedeutung: Zu Ungarn gehörten das heutige Ungarn, Siebenbürgen (das heute rumänische Transsylvanien), der Banat und die Woiwodina (heute Rumänien und Serbien), die Slowakei, das seit 1921 österreichische Burgenland und das Königreich Kroatien.

Die Problematik zeigt sich sofort und zwar auch in der Kunstgeschichte: 1896 bildete sich eine Künstlerkolonie, die Pleinair malen wollte und sich in Nagybanya im Sommer niederließ. Nagybanya ist aber heute das rumänische Baia Mare: Daß in Ungarn Mitglieder anderer Nationen lebten, wurde negiert und diese möglichst magyariert, was wiederum zu verstärktem Nationalismus der Nichtungarn führte...

Doch damals, im Jahr 1896, standen diese Wolken des ungarischen Patriotenkummers – und das ist wirklich nicht abwertend gemeint, sondern im Sinne einer in der Folge des Ersten Weltkrieges und des Friedens von Trianon auftretenden Situation – noch nicht am Himmel. Ungarn war gemeinsam mit Österreich eine Großmacht und konnte sein 1000jähriges Jubiläum groß feiern.

Die Feiern wurden natürlich von architektonischen Aktionen begleitet: Budapest erhielt eine U-Bahn-Linie – immerhin eine der ersten in Europa, die auch noch bis heute fährt – und zahlreiche neue Bauten.

Als einer dieser Bauten wurde 1896 ein neues Museum für Kunstgewerbe eröffnet, das nach sechsjähriger Bauzeit nach Entwürfen des ungarischen Architekten Ödön Lechner entstanden war. Lechner war überzeugter Patriot und als solcher experimentierte er mit Formen, die sich vom Historismus abwandten und sich der Formen- und Farbenwelt der ungarischen Volkskunde bediente. Er wollte einen ungarischen Nationalstil schaffen und fand in der Keramikfabrik



Kiskunfelegyháza, Rathaus, 1911 József Vas und Nándor Morbitzer

Szolnay einen überaus effizienten Partner.

Gleichzeitig war in Europa ein neuer Stil aufgetaucht, der Jugendstil, der rasant von England aus Frankreich ergriff, und binnen weniger Monate ein Land nach dem anderen erfaßte. Überall wurde er rasch anerkannt –

und umgeformt: In München wurde er mit Barock-Formen verbunden, in Wien schufen Otto Wagner und seine Schüler des Secessionismus und in Ungarn entdeckte man, daß Ödön Lechners geplanter Nationalstil genau dieser neuen Kunstrichtung entsprach.

Serie K.u.K. Jugendstil

Damit war aber auch für den ungarischen Jugendstil eine ganz andere Ausgangssituation geschaffen, als für alle anderen Jugendstilformen in Europa: In einer Zeit des Nationalismus war er der Nationalstil schlechthin – während etwa in Österreich der „oberste“ Kunst- und Architekturkritiker Erzherzog Franz Ferdinand den Neobarockstil als „österreichischen Baustil“ befürwortete und der Jugendstil/Secessionismus auf das Bürgertum und die Künstler beschränkt blieb. (Wobei das Bürgertum als bedeutendste wirtschaftliche Kraft natürlich das Baugeschehen beherrschte.)

Der ungarische Jugendstil mit seinen überbordenden bunten floralen Dekorationen und seinen zeltartigen Hausformen hatte in Ungarn einen optimalen Nährboden, breitete sich rasant aus – und stieß auch aus eben den Gründen des Nationalismus bald an seine Grenzen: Als typisches Beispiel mögen Zagreb (damals Hauptstadt des Königreiches Kroatien unter ungarischer Herrschaft) und Rijeka (damals Fiume und wichtigster ungarisch-kroatischer Hafen) gelten: In beiden Städten wurde es zum Politikum, wie Häuser dekoriert waren, ob im „ungarischen“ oder im Wiener Jugendstil. Da aber viele kroatische Architekten in Wien studiert hatten – gewann der Wiener Stil schon allein aus praktischen Gründen.

Noch komplizierter wurde es in der oberungarischen Slowakei: Dort wurde das Korpskommando im Secessionsstil erbaut, die „blaue Kirche“ und ihr Umfeld im ungarischen Jugendstil und einige Gassen weiter eine Schule unter slowakischen Einflüssen...

In Budapest selbst entwickelte sich die damals moderne Architektur hauptsächlich ab 1907 und fast alle Architekten strebten nach den durchaus verschiedenen Idealen des Jugendstils. Dazu kommt noch die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung als Basis des Baugeschehens in der damals ungarischen Provinz, in Städten wie Szeged, Kiskunfelegyhaza, Pecs, aber auch Temesvár (Timisoara), Cluj, Arad, Oradea, etc.

Und keine Frage: Viele der dort – genauso wie in Budapest – errichteten Bauten sind erstklassige Jugendstilbauwerke. Und gerade weil es eben der ungarische Nationalstil war, wurde er – anders als in den anderen europäischen Ländern – soweit es ging, bis heute gepflegt und erhalten, auch über die Wechsel der politischen Systeme hinweg. Eine Jugendstiltour durch Ungarn ist also auf jeden Fall eine Reise wert, vor allem auch, weil es – zum Unterschied von anderen Ländern – entsprechende Literatur in einer verständlichen Sprache gibt.

Budapest ist unerlässlich: Neben dem Kunstgewerbemuseum von Ödön Lechner, dem geologischen Institut (Lechner), dem Gellert-Bad und Hotel (Hegedüs/Sterk/ Sebestyén) und dem ehemaligen Kabarett Parisienne (Bela Lajta) stößt man fast ununterbrochen auf Jugendstilbauten: Das Gresham-Hotel (Quittner und Vago) gehört genauso dazu, wie die Häuser in Váci utca (etwa Nr. 42 von Balint und Jambor) oder das Elefantenhaus im Zoo (von Kornel Neuschlosz-Knüsli). Und: Literatur darüber gibt es genug, inklusive der schmalen und wohlfeilen Hefte von „Unser Budapest“, die sich



Budapest, Stefania ut 14, Geologisches Institut, 1897-99, Ödön Lechner



Budapest, Paulay Ede utca 35, ehemaliges Kabarett Parisienne, 1908, Bela Lajta

Serie K.u.K. Jugendstil



Bild oben: Budapest, Allatherti ut, Zoo, Plan 1908-09 Kos und Zrumecky; Ausführung 1912: Kornel Neuschlosz-Knüsli

Bild rechts: Budapest, Vaci utca 42, Wohnhaus, 1908, Zoltan Balint, Lajos Jambor

als interessanter Reisebegleiter bewähren. Als besonderer Tipp sei für Budapest der jüdische Friedhof erwähnt, wo nicht nur das berühmte Schmiedl-Mausoleum von Ödön Lechner und Bela Lajta zu bewundern ist.

Etwas schwieriger mag die Provinz sein, aber auch dort gibt es einige Höhepunkte: Während etwa Kiskunfelegyhaza nicht mehr als das berühmte Rathaus und das gegenüberliegende Bankgebäude zu bieten hat, ist Szeged – von Wien aus gesehen quasi am Ende der Autobahn i mit dem Reök-haz, dem Ungar-Mayer-haz (wichtig ist die Kuppel), seiner Fußgängerzone und zahlreicher anderer Gebäude einen Ausflug wert.

Ähnlich sehenswert ist Pecs mit dem Szolnay-Museum und -Gelände und zahlreichen Gebäuden (dazu kommen auch noch andere Schätze), oder Kecskemet, mit dem ehemaligen Kasino und heutigen Kunsthaus. (Sehenswert, wenn auch nicht im Jugendstil erbaut, das Fotomuseum in der ehemaligen Synagoge).

Durch die Aufteilung Ungarns nach dem Ersten Weltkrieg findet sich ungarischer Jugendstil besonders stark in Siebenbürgen/ Transsylvanien (Rumänien), wie etwa in den Städten Cluj und Arad. Weniger stark ist der ungarische Stil in Temesvar/Timisoara vertreten – vielleicht weil dieses stärker nach Wien orientiert war. Im heute serbischen Subotica hingegen ist der ungarische Stil wiederum stark vertreten.

Als Besonderheiten wären noch drei Beispiele für den ungarischen Stil außerhalb der historischen Grenzen Ungarns anzuführen: Ein heute zur Universität gehörendes Haus mit den typisch ungarischen



Serie K.u.K. Jugendstil



Budapest, Liszt F. ter 8, Musikakademie, 1904-08, Kalman Giergl, Floris Kolb, Figur von Geza Maroti – trotz aller Gegensätze eine Parallele zur Postsparcasse von Otto Wagner

schen Fensterformen in Graz und der Gebäudekomplex einer Weinhandlung in Trier, ganz im Westen Deutschlands. Das dritte Beispiel hingegen ist tatsächlich ungarischer Jugendstil vom Feinsten in Venedig: Der 1908/1909 entstandene ungarische Pavillon auf dem Biennale-Gelände, den Geza Maroti entworfen hat.

Prof. Peter Schubert, der Autor dieser Serie, beschäftigt sich seit mehr als zehn Jahren intensiv mit dem Jugendstil. Er hat drei Bücher darüber verfaßt und fotografierte inzwischen wahrscheinlich das größte internationale Fotoarchiv zu diesem Thema: Es umfaßt derzeit mehr als 7000 digitale und 500 ana-

loge Fotos aus 15 europäischen Ländern: vom Kaliningrader Gebiet Rußlands im Norden bis Apulien im Süden, von Barcelona im Westen bis Constanta im Osten. Mehr als 200 Fotos davon hat er für Ausstellungen (bisher in Klosterneuburg, Tulln, Wien, Budapest, Szeged und Keckemet zu sehen) bearbeitet: „Es sind Details von Fassaden, daher reiße ich sie digital aus. Und ich möchte Schwerpunkte betonen, daher softe ich Störendes und Unwichtiges ab – wodurch ich zu einem ganz neuen Bild komme. Ich glaube, daß meine Fotos als Dokumentation mit eigenständigem, künstlerischem Anspruch einen neuen Weg beschreiten...“

Im Atrium des Wiener Leopold-Museums beginnt am 24. Februar 2011 eine Ausstellung mit Fotos des Autors dieser Serie über den Jugendstil in Europa (bis Anfang April, täglich außer Dienstag).

Ein Originalfoto (Betender Engel von der Otto-Wagner-Kirche am Steinhof) auf Papier, 25 x 38 cm, mit Blindprägestempel des Fotografen und rückseitig signiert (limitierte Auflage fünf Exemplare) ist derzeit für einen guten Zweck – den Sie selbst aus einer Liste von Hilfsorganisationen bestimmen können – im Internet bei „Kunst für Menschen in Not“ zu ersteigern unter der Adresse <http://www.kfmin.at>



Vom Autor dieser Serie sind drei Bücher zum Thema Schmuck von Hausfassaden erhältlich:



Barbara und Peter Schubert
Die Ringstraße des Proletariats.
Hausschmuck der Gemeindebauten 1923-1933.



Peter Schubert
Jugendstil & Co.
Hausschmuck in Floridsdorf 1880-1930.



Werner Kitlitschka / Peter Schubert
Zeit des Jugendstils in Niederösterreich.
Fassadenschmuck um 1900.

Jeder Band: 115 x 210 mm, fest gebunden, 96 bzw. 112 Seiten mit ca. 80 z.T. farbigen Fotos, € 14,40; zu beziehen über den Buchhandel oder direkt beim Verlag Stift Klosterneuburg verlag@stift-klosterneuburg.at

Salzburg Biennale 2011

»Lichtspielmusik« heißt eine der vier Programmlinien der Salzburg Biennale 2011, die von 3. bis 27. März stattfindet. Mit einem Stummfilmschwerpunkt mit Live-Musik richtet sie sich nicht nur an Musikinteressierte, sondern auch an Cineasten.

Befördert durch die digitale Restaurierung der berühmten Filme der Stummfilmzeit, wurde das Komponieren für den Film wieder zu einer ästhetischen Herausforderung. Dabei wird das Verhältnis von bewegtem Bild und Musik grundsätzlich neu befragt – mit bemerkenswerten künstlerischen Ergebnissen.

Chaplin Operas

Die beliebten Stummfilme Charlie Chaplins – „Easy Street“, „The Immigrant“, „The Adventurer“ (alle drei USA, 1917) – erklingen bei der Salzburg Biennale mit der 1988 komponierten Musik von Benedict Mason. „Ich schrieb eine Musik voller Mimikry und Turbulenz wie es dem generellen Charakter der Filmhandlung zukommt. Die drei Partituren sind gewissermaßen unsichtbare oder umgekehrte Opern, die über eine durch die Sänger (und Untertitel) hinzugefügte üppige und vielschichtige Nebenhandlung verfügen. Das Genre könnte man vielleicht als ‚Semi-opern-Filmspiel‘ bezeichnen“, so Mason.

Metropolis - Uraufführung der Musik zur Neufassung

Atemberaubende Hochhausschluchten der Zukunftsstadt Metropolis, die spektakuläre Verwandlung eines Roboters in eine

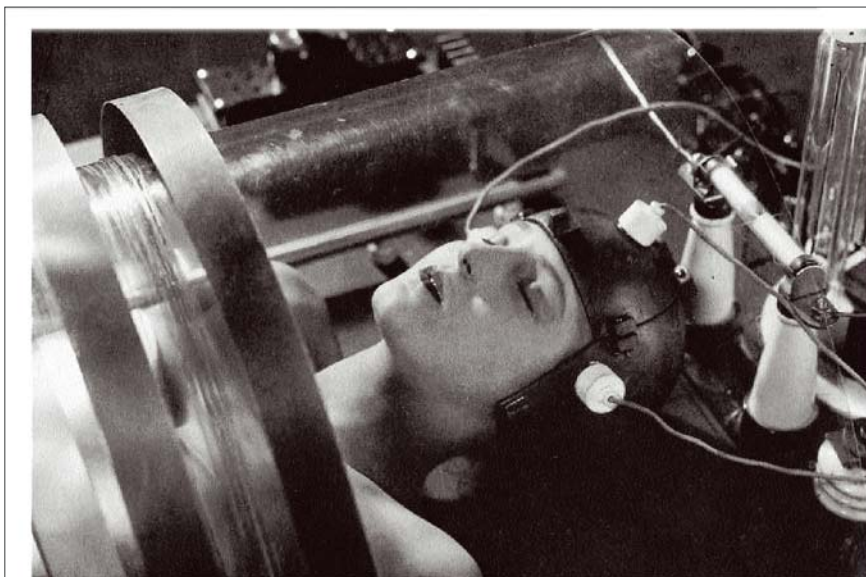


Foto: Transit Film

Fritz Lang's
METROPOLIS

TF
TRANSIT FILM

Maschinenfrau, der Aufstand der uniformen Massen der Unterstadt gegen die Herrschenden der Oberstadt – diese ikonographischen Bilder von „Metropolis“ verbinden wir seit Generationen mit dem Meisterwerk von Fritz Lang (D 1927). Und doch wußte man,

daß Metropolis nach seiner Premiere und vor seiner weltweiten Verbreitung gekürzt wurde. Ein Viertel des Films galt als „verloren“. Heute kehrt mit der aktuellen Restaurierung eine Fassung auf die Kinoleinwand zurück, die Fritz Langs „Metropolis“ so nahe kommt wie keine zuvor. Die Musik von Martin Matalon wird vom Ensemble Modern interpretiert.

Silhouettenfilm »Die Abenteuer des Prinzen Achmed« - österreichische Erstaufführung

Das „oenm . österreichische ensemble für neue musik“ wird zum Silhouettenfilm „Die Abenteuer des Prinzen Achmed“ die Musik von Wolfgang Zeller spielen, auch für Kinder ab 6 Jahren. Es war einmal ein reicher Bankier, der nicht nur das Geld, sondern auch die Künste liebte. Eines Tages traf er auf ein junges Mädchen, das von Märchen, Theater und Film besessen war und von Kindesbeinen an die Kunst des Scherenschnitts beherrschte. Es träumte davon, ihren Silhouetten nicht nur in einem kleinen Schattentheater, sondern auf der großen Leinwand Leben einzuhauchen. Der Bankier erfüllte



Foto:

Das »oenm . österreichische ensemble für neue musik« wird zum Silhouettenfilm »Die Abenteuer des Prinzen Achmed« die Musik von Wolfgang Zeller spielen.

Kultur

ihren Wunsch und stellte Geld, viel Geld zur Verfügung und so konnten das Mädchen und seine Freunde im Laufe von drei Jahren aus Hunderttausenden von einzelnen Scherenschnitten einen märchenhaften Film herstellen. Die Geschichtsschreiber sollten später vermerken, daß dies der erste abendfüllende Animationsfilm der Filmgeschichte sei.

Experimentelle und surrealistische Stummfilme der 20er Jahre

In den Jahren nach dem ersten Weltkrieg kam es zu einer intensiven Liaison von Film, avantgardistischer Musik sowie Bildender Kunst und wurden die Möglichkeiten des jungen Mediums im Kontext der damals aktuellen Strömungen erprobt: seien das die Abstraktionen des Kubismus und des Konstruktivismus, des Dadaismus oder des aufkommenden Surrealismus. Das Ensemble ascolta ließ für experimentelle und surrealistische Stummfilme der 20er Jahre neue Musik schreiben und schuf zu den eindrucksvollen Filmvorlagen musikalische Gegengewichte.

Das Cabinet des Dr. Caligari

Der in Salzburg ansässige französische Komponist und Musiker Thierry Zaboitzeff vertonte den einflußreichen deutschen Stummfilm von Robert Wiene, „Das Cabinet des Dr. Caligari“ (D 1920). Er erzählt die Geschichte des Irrenhausdirektors Dr. Caligari, der den hilflosen Schlafwandler Cesare für seine Allmachtsphantasien mißbraucht und ihn als Mordinstrument benutzt. Um die Welt des Wahnsinns und der Halluzinationen als geschlossenes System zu inszenieren, wurden die vom Expressionismus beeinflussten Bühnenbildner Hermann Warm, Walter Röhrig und Walter Reimann mit der Gestaltung der Kulissen und Kostüme beauftragt. Ein künstliches, wie von Spiegeln verzerrtes Universum, in dem es überhaupt keine natürlichen Dekors mehr gab! Kurz nach der weltweit erfolgreichen Premiere des Films fand man für diesen Stil den Begriff des „Caligarismus“. Die Grundstimmungen dieses Stils waren Verunsicherung und Angst.

»Nosferatu« – Österreichische Erstaufführung

„Nosferatu“, 1922 von Friedrich Wilhelm Murnau gedreht, ist der erste Vampirfilm der Geschichte und prägend für das Genre. Der hier geschilderte Einbruch des Dämonischen in die bürgerliche Idylle ist lesbar als ein Spiegel der kollektiven Ängste in den frühen Jahren der Weimarer Republik. Von seinen alpträumerhaften Visionen geht noch immer

eine verstörende Wirkung aus. Der spanische Komponist José Maria Sánchez-Verdú greift verfremdete Bruchteile der Original-Musik Hans Erdmanns auf und läßt die Bilder-Symphonie Murnaus durch eine zeitgenössische Klangsprache neu und unmittelbar werden.

Polaroids – Uraufführung

Ein spannendes Projekt zweier Salzburger Künstler: Bernhard Braustein begab sich auf die Suche. Seine Reise führte ihn von der Westküste der USA über Island nach Österreich. Mit seiner Polaroidkamera fotografierte er zu verschiedenen Jahreszeiten menschenleere, von der Zivilisation unberührte Landschaften. Den langsamen Ent-

Mitarbeiter Bertolt Brechts hervorgeraten, sondern hat der Filmmusik schon in ihren Anfängen innovative und kritische Impulse gegeben. Das Kammerensemble Neue Musik Berlin und Dirigent Roland Kluttig haben sich intensiv mit dem filmmusikalischen Werk Eislers auseinandergesetzt und stellen die Werke – Filme von Joris Ivens, Charlie Chaplin und Frontiers Films – zweifach, nicht nur im filmischen Kontext, sondern auch in konzertanter Form als kammermusikalische Meisterwerke vor.

Simon S. goes Hollywood oder das Genie Simon Stampfer – Filmpremiere

Die Salzburg Biennale und DAS KINO feiern mit „Simon S. goes Hollywood oder



Foto: Salzburg Biennale

Das »oenm . österreichische ensemble für neue musik« wird zum Silhouettenfilm »Die Abenteuer des Prinzen Achmed« die Musik von Wolfgang Zeller spielen.

wicklungsprozeß dieser Polaroids filmte er mit einer Videokamera ab: Ein magischer Prozeß beginnt, diffuses Grau wandelt sich zu einem farbigen Bild, einem lebenden, wachsenden Bild. Manuel de Roo macht Musik dazu. Den wachsenden Bildern werden sterbende Töne entgegengestellt; Das Verklingen wird zum Motiv. Ein Versuch, die Erfahrung des Hörsinns im Vergehen von einzelnen Tönen und komplexeren Klängen anzuregen.

Hanns Eisler, Musik für Film – Österreichische Erstaufführung

Hanns Eisler hat sich nicht nur mit politisch engagierter Musik und als kongenialer

das Genie Simon Stampfer“ (DE, 2011) eine Filmpremiere. Es ist ein Porträt über den fast vergessenen österreichischen Physiker, Mathematiker und Filmpionier Simon Stampfer, der im Jahr 1833 die stroboskopische Scheibe erfindet. Der Film erzählt von der steilen Karriere Stampfers, der vom Hirtenbub zum Professor am k.k. Polytechnischen Institut (heutige Technische Universität) in Wien avanciert. Skizzenhaft werden Herkunft Stampfers und einige seiner Erfindungen, die bis auf den heutigen Tag ihre Bedeutung nicht verloren haben nachgezeichnet, wie zum Beispiel die Erfindung des Optometers. ■

<http://www.salzburgbiennale.at>

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In dieser Folge portraitiert er

Eva von Berne

Schauspielerin

Genofeva Plentzner von Scharneck wurde am 8. Juli 1910 in Sarajevo, der Hauptstadt des zwei Jahre zuvor von Österreich-Ungarn als Reichslande annektierten Bosnien-Herzegovina, als älteste Tochter des gebürtigen Salzburgers und ranghohen Offiziers Karl Emil Angelo Plentzner von Scharneck geboren. Die Familie übersiedelte zu Beginn des Ersten Weltkriegs nach Wien, wo sie zur Society zählte.



Foto: Archiv Ulrich

Eva von Berne als das Mädchen Virginia in ihrem einzigen Hollywoodfilm. Daneben John Gilbert, der berühmteste Leinwand-Lover der damaligen Ära, als skrupelloser Wiener Aristokrat Baron Reiner.

Zum Werdegang der Künstlerin fanden sich zunächst zwei biografische Quellen: Vorkriegshefte der von Friedrich Porges in Wien herausgegebenen Zeitschrift „Mein Film“ und ein grösserer Beitrag von Hubert Voight im US-Magazin „Saturday Review“ vom März/April 1985. Gemäß „Mein Film“ (Nr. 148/1928, 159/1929) wurde Eva von Plentzner von Norma Shearer in Berlin entdeckt und nach Hollywood gebracht, wo sie in einem Film mitwirkte und anschließend nach Europa zurückging. Voight war in den späten 20er-Jahren Junior Executive im Publicity Department bei MGM in New York. Als direkter Zeuge des Geschehens erinnerte er sich im Eingangsteil seines Artikels „The Two Garbos – A Hollywood Tragedy“ an die Umstände des Engagements und den Aufenthalt der Österreicherin in Hollywood in authentischerer Form.

Demnach befand sich Irving G. Thalberg, MGM-Vice President, Anfang 1928 mit seiner Gattin Norma Shearer auf Hochzeitsreise in Wien, wo ihm eine hübsche 18jährige Tänzerin namens Eva von Plentzner auffiel. Thalberg telegraphierte enthusiastisch an sein New Yorker Büro, daß er einen zukünftigen MGM-Star verpflichtet hätte. Dem US-Publikum wurde die Mitte des Jahres in Amerika eingetroffene Neuerwerbung unter Beibehaltung des aristokratischen Partikels „von“ als Eva von Berne vorgestellt, Voights Aufgabe war es, die mit glamouröser Publicity angekündigte „really beautiful and

sweet young woman“ als eine „andere Garbo“ zu lancieren. Die filmunerfahrene und kaum englischsprechende Debütantin spielte an der Seite des berühmten Stummfilmbeaus John Gilbert in dem pseudo-metaphysischen Liebesdrama „The Masks of the Devil“, dem der Roman „Die Masken Erwin Reiners“ von Jakob Wassermann zugrunde liegt. Regie führte der Schwede Victor Sjöström (in USA Seastrom), der Filmstart war jedoch schwierig, da man am Set konstatieren mußte, daß die vermeintliche Entdeckung in schauspielerischer Hinsicht Hollywood-Ansprüchen nur in unzureichender Weise genügen konnte. Als MGM beschloß, sie aus dem Film zu nehmen, insistierten John Gilbert und Teile der am Set beschäftigten Crew zu ihren Gunsten, Thalberg selbst gab ihr die Chance, die Arbeit zu beenden. Nach dem Auslaufen ihres sechsmonatigen Vertrags war die Hollywood-Karriere der Jungdiva beendet. Als der Streifen, nach amerikanischen Begriffen „a woman's picture“, im mondänen



Eva von Berne, in den USA als »andere Greta Garbo« lanciert, in »The Masks of the Devil«, einer Variation des Dorian Gray-Themas.

Serie »Österreicher in Hollywood«

Capitol Theatre in New York anließ, bescheinigte ihr der Rezensent der „New York Times“ Mordaunt Hall „a fairly competent performance“, das Branchenblatt „Variety“ allerdings nur „an appealing figure“.

Die MGM-Bosse hatten die stets als Wienerin bezeichnete Schauspielerin mit einer Bahnfahrkarte nach New York und einem Schiffsticket nach Europa ausgestattet, Hubert Voight selbst brachte sie nach einer Abschiedsparty zum Schiff. Amerikanische Blätter nannten als Grund der plötzlichen Rückkehr, dass man die „actress“ in Sprechrollen einsetzen wollte und es dieser unmöglich gewesen wäre, in Kürze die englische Sprache perfekt zu erlernen. Eva von Berne selbst äußerte in „Mein Film“, sich in Hollywood nicht sehr wohl gefühlt zu haben, wobei auch die klimatischen Verhältnisse Anlaß waren, die Filmmetropole zu verlassen.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen in „Saturday Review“ von 1985 berichtete Voight fortgehend, daß er Monate nach der Verabschiedung Bernes in einem ihm vorgelegten Zeitungsausschnitt las, „daß Eva von Plentzner, in den USA als Eva von Berne bekannt, an den Folgen einer Überdosis verstorben sei“. Voight vermutete jedoch eher Tod an gebrochenem Herzen und machte in einem Artikel Irving G. Thalberg den Vorwurf, die junge Darstellerin, die an den Mythen Hollywood geglaubt habe, in das Rampenlicht gestoßen und dann im Stich gelassen zu haben. Die Aussage wurde von einigen amerikanischen Zeitungen übernommen, trotz des Fehlens anderer bestätigender Nachrufe geriet die irrtümliche Fama eigenartigerweise zum akzeptierten Faktum, in Filmdatenbanken schien fortan das Sterbedatum 1930 ohne Ortsangabe auf. Daß Eva von Berne 1980 in der monumentalen BBC-Dokumentation „Hollywood“ von Kevin Brownlow vorgestellt worden war, blieb unbeachtet.

Ihre Karriere endete nicht nach dem Abgang aus den USA, deutsche Produzenten betrachteten den Hollywood-Aufenthalt der Schauspielerin als Reputation. Eva von Berne stand in Berlin in vier stummen Leinwandwerken vor der Kamera: dem kriminaltelepathischen Film „Somnambul“ (auch „Der Indizienbeweis“ und „Die Hellseherin“, UA Februar 1929) mit Fritz Kortner, unter der Regie des Wiener Edgar G. Ulmer in dem teilweise in Spanisch-Marokko gedrehten Abenteuerstreifen „Flucht in die Fremdenlegion“ (UA Juli 1929), neben Luis Trenker in „Ruf des Nordens“, mit Außenaufnahmen im nördlichen Eismeer (UA Sep-

tember 1929), der aufgrund des aufkommenden Tons keinen Erfolg mehr hatte (Titel der Tonfilmfassung von 1934 „Polarstürme“) und in der weniger bekannten Kriminalgeschichte „Trust der Diebe“.

Das Zeitalter der „silents“ war zu Ende, der Tonfilm bereitete vielen Akteuren Schwierigkeiten. Eva von Berne gab die Schauspielerei auf, ging aufgrund der Umbruchszeit in



Die überaus aparte Österreicherin in der Rolle des verführten Mädchens Virginia.

Deutschland 1934 nach Wien zurück und wandte sich nach einem mehrmonatigen Auftritt im Cabaret Femina in der Show „Die schönste Frau der Welt“ anderen künstlerischen Bereichen zu. Sie besuchte drei Jahre eine Werbefachschule, war bis 1945 Auslagendekorateurin und danach für einige Zeit in Salzburg bei Prof. Hermann Aicher Mitarbeiterin an dessen bekanntem Marionettentheater. 1946 heiratete Eva von Berne Helmut Krauhs, das Ehepaar gründete anschließend in Wien ein kunstgewerbliches Atelier, das bis 1993 bestand, in dem sich der ehemalige Berufsoffizier (Hptm. a.D.) mit Unterstützung seiner Gattin (nun Eva Krauhs) als Art Designer betätigte. Seine im Rahmen eines umfangreichen Themenspektrums hergestellten historisch getreuen Figurinen und Figurinengruppen, künstlerisch ausdrucksstarke Schöpfungen, finden sich in vielen Museen Österreichs, im Bayerischen Armeemuseum Ingolstadt und in der Militär Akademie West Point in den USA.

Geraume Zeit nach dem Tode des Gatten 1995 übersiedelte die ehemalige Filmkünstlerin zusammen mit einer Freundin noch-

mals nach Salzburg, etwas später in den kleinen, grenznahen Ort Hédervár bei Nikolsburg in Ungarn. Eva von Berne, deren „frühes Ableben“ stets rätselhaft blieb, zeigte sich 2006 in einem Interview belustigt über den Umstand, lange als Totgesagte gegolten zu haben. Das letzte lebende Cast-Mitglied des (inzwischen verschollenen) MGM-Stummfilms „The Mask of the Devil“ und letzte lebende Darstellerin der deutschsprachigen Stummfilmära starb am 9. November 2010 im Alter von 100 Jahren in Hédervár, wo sie auch bestattet wurde.

Die unzutreffenden Angaben über Eva von Bernes frühen Tod fanden auch in die revidierte und erweiterte Dokumentation „Österreicher in Hollywood“ von 2004 Eingang. Unmittelbar nach deren Präsentation im Wiener Metro-Kino machte Norbert Lennár aus Wien (gest. 2008) auf die fatale Unrichtigkeit aufmerksam. Ich danke ihm und seiner Gattin Lucia sowie Christa Holy aus Hédervár, alle Freunde der Künstlerin, für die ergänzenden biografischen Angaben.

R. U.

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüber hinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.



Rudolf Ulrich
„Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten, zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1; <http://www.filmarchiv.at>

Urlaub so gut wie gebucht

Die Region Neusiedler See mit ihrer einmaligen Natur- und Kulturlandschaft wurde im Jahr 2001 von der UNESCO zum Welterbe ernannt. Alleine das wäre schon Grund genug, möglichst viel Zeit dort zu verbringen.



Foto: ARGE Naturparke

Der grenzüberschreitende Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel ist ein riesiges Naturreservat mit einzigartigen Lebensräumen.

Schier unendliche Weite, idyllische Weinfluren, der Neusiedler See, ein Paradies für Wassersportler und einzigartiges Naturreservat, pannonische Hochgenüsse aus Küche und Keller, ein erstklassiges Kulturprogramm mit spektakulären Open-Air Auführungen, optimale Bedingungen für Rad-, Reit- und Golfbegeisterte, ein mildes Klima mit mehr als 2000 Sonnenstunden im Jahr – all das und noch viel mehr erwartet die Besucher der UNESCO-Welterbe Region Neusiedler See.

Herzstück dieser Region bildet der Neusiedler See – als westlichster Steppensee ein Exote unter den europäischen Gewässern und zugleich größter natürlicher Swimmingpool des Landes, der immerhin 320 km² an Wasser- und Schilffläche umfaßt. So groß also, daß man fast meinen möchte, Wasser und Himmel berühren einander an jener fernen Linie im weiten Raum. Aber dazu trägt übrigens auch die Erdkrümmung bei, diese

beträgt nämlich zwischen Neusiedl am See und Mörbisch 9,60 Meter, so viel also, daß man nicht von einem Ende zum anderen sehen kann. Der einzigartige Steppensee stellt nicht nur für Einheimische und Urlauber gleichermaßen ein Paradies dar, sondern bietet auch seltenen Tier- und hunderten Vogelarten ein Zuhause. Kaum mehr als 180 cm tief, erwärmt sich das Wasser in den Sommermonaten bis zu 30 Grad – die daraus resultierende Wasserverdunstung wiederum trägt dazu bei, daß die Weine der Region zu den Weltbesten zählen. Kein Wunder also, daß sich im Norden des Burgenlandes (fast) alles um den See dreht. Aber überzeugen Sie sich selbst:

Mit Birdwatching der vielfältigen Natur auf der Spur

Der grenzüberschreitende Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel ist ein riesiges Naturreservat mit einzigartigen Lebensräu-

men. Mit seinem Schilfgürtel, den sumpfigen Wiesen und den salzhaltigen Lacken, an denen gar Meeresküstenpflanzen wachsen, zählt er zu den faszinierendsten Naturräumen Europas. Das Aufeinandertreffen ost- und westeuropäischer Tier- und Pflanzenarten führt zu einer außergewöhnlich hohen Vielfalt von mehr als 300 Vogelarten. Viele von ihnen können auf den laufend stattfindenden Birdwatching-Exkursionen des Nationalpark-Infozentrums beobachtet werden. Vom 15. bis 17. April 2011, zum Höhepunkt des Frühjahrsvogelzugs, findet auch heuer wieder im Nationalpark-Informationszentrum in Illmitz die Pannonian Bird Experience statt, mit allem, was zum Vogelbeobachten gehört: Aussteller zeigen ihre Produkte, Naturschutzgebiete des westpannonischen Raums präsentieren ihre Angebote, Exkursionen und Vorträge füllen drei Tage lang den Programmkalender. Auch der Naturpark Neusiedler See-Leithagebirge, das Ruster

Foto: Burgenland Tourismus / Lois Lammerhuber



Einen derartigen Sonnenuntergang am Neusiedler See sollte man selbst erleben!

Hügelland, die Leithaauen sowie der Naturpark Rosalia Kogelberg vermitteln eindrucksvolle Landschaften.

Kultur

Highlight des Sommers 2011 sind die alle fünf Jahre stattfindenden Passionsspiele vor der beeindruckenden Naturkulisse des Römersteinbruchs St. Margarethen sowie die Veranstaltungen der Lisztomania 2011 anlässlich des 200. Geburtstages von Franz Liszt. Ebenfalls im Römersteinbruch St. Margarethen steht heuer die Oper „Don Giovanni“ am Programm. Die Seefestspiele Mörbisch präsentieren 2011 den „Zigeunerbaron“. Auch die kleineren Kulturfestivals haben sich bereits fix etabliert: Die Veranstaltungen des Kultursommers Parndorf widmen sich dem Brauchtum und dem Theater, das Sommerfestival Kittsee wartet mit musikalischem Sommertheater auf. Die Panonien Fields von Nickelsdorf sind wieder Treffpunkt und Schauplatz des Nova Rock von 11. bis 13. Juni 2011, die Festivalarena Wiesen startet am 22. Juni mit „Arcade Fire“.

Weitere kunsthistorisch wertvolle Ausstellungen auf Schloß Halbturn, Schloß Esterházy oder Burg Forchtenstein, sowie Museen, Galerien, Kultur- und Kunstvereine bereichern das mannigfaltige Kulturprogramm der Region.

Sport – Wo der Sommer schon im April Einzug hält

Während einige noch den letzten Schnee in den Bergen genießen, wird am Neusiedler

See bereits Ende April der pannonische Sommer eingeläutet – durch niemand geringeren als durch die internationale Surfelite, die sich jährlich zum legendären Surf-Worldcup nach Podersdorf am Neusiedler See aufmacht. Und mit oder wegen ihnen pilgern Tausende Sonnenhungrige zu diesem Event. Denn hier können sie die Surf-Stars live erleben und persönlich kennenlernen, an den Party-Wochenenden mit jeder Menge live Konzerten feiern und abtanzen oder auch einfach nur die lässige Stimmung am Podersdorfer Strand genießen.

<http://www.summeropening.at>

Ob man nun im Sommer die Wellen segelnd oder surfend kreuzt oder im Winter auf Schlittschuhen über die gefrorene, spiegelglatte Fläche dahinflitzt – der See und sein Umfeld regen immer zu sportlicher Aktivität an. Besonders die Radler schätzen die Region Neusiedler See – hier müssen keine Bergwertungen bewältigt werden, das 500 km lange Radwegenetz bietet vielmehr vergnügliches Rad- und Naturerleben. Und gerastet wird stilvoll: 2007 wurde der neu gestaltete Radweg B10 Neusiedler See Radweg mit neuen Design-Rastplätzen eröffnet.

<http://www.bikeburgenland.at>

Wein & Kulinarik – Genießen auf höchstem Niveau

2000 Sonnenstunden an über 300 Sonnentagen, hervorragende Böden, vitale Rebstöcke und international anerkannte Spitzenwinzer haben Österreichs zweitgrößtes Weinbaugebiet zur Vorzeigeregion der neuen Weinkultur gemacht. Neben den ausgezeichneten Weingärten und vielen Winzerpersönlichkeiten ist ein wichtiger Faktor der Erfolgstory des burgenländischen Weins die Vielzahl enthusiastischer Jungwinzer, deren innovativer Geist sich auch in der neuen Kellerarchitektur widerspiegelt. Entdeckungsreisen rund um den Wein mit Kellerbesichtigungen und Degustationen sind der letzte Trend im burgenländischen Weintourismus. Der Pannonische Herbst wird mit vielen kulinarischen Events *Das Erlebnisfestival für Gourmets*. Der Startschuß fällt Mitte September, Höhepunkt des bunten Reigens ist das „Marti-



Foto: Seefestspiele Mörbisch

Seit vielen Jahren kultureller Magnet im Burgenland: die Seefestspiele Mörbisch

ÖJ-Reisetip

niloben“ um den 11. November, zu dem die Winzer mit „Tagen der offenen Kellertüren“ einladen.

Gesundheit & Lebensfreude

Am Neusiedler See ruht das Wasser nur selten still – der Wind hält es fast ständig in Bewegung, wirbelt den Schlamm auf und verleiht ihm so seine charakteristische trübe Farbe. Man könnte fast meinen, der See spiegelt das Lebensgefühl seiner Anwohner wider. Morgens und abends still, tagsüber fleißig und betriebsam. Doch auch abends kann es mitunter ganz schön stürmisch zugehen. Denn wer die Burgenländer kennt, weiß, daß sie es lieben, Feste zu feiern – und die können bis zum Morgengrauen dauern. Aber nicht nur der Hang zum Genuß, sondern auch ein hohes Maß an Offen- und Gelassenheit zeichnet die Bewohner rund um den See aus. Vielleicht gerade deshalb entdecken immer mehr Gäste diese Urlaubsregion, denn hier finden sie Lebensfreude, zahlreiche Möglichkeiten Kraft zu tanken und Körper und Geist in Einklang zu bringen. So auch in der neuen St. Martins Therme & Lodge, in der „Entdecken entspannt“ das Motto ist. Abgesehen vom klassischen Wellnessangebot erwartet den Besucher eine Menge Natur; neben Erholung wird den Gästen auch Outdoor-Abenteuer geboten. <http://www.stmartins.at>

Alles inklusive mit der Neusiedler See Card

Seit dem Jahr 2000 gibt es sie, die Neusiedler See Card. Pionierprojekt und zugleich Vorbild für andere Tourismusdestinationen in Österreich, ist sie außergewöhnliches Beispiel für ein funktionierendes Zusatzservice am Urlaubsort. Bereits ab einer Übernachtung in einem der über 750 Partnerbetriebe erhält jeder Gast die Neusiedler See Card als kostenlose Zusatzleistung. Das Angebot der Card streckt sich vom gratis Eintritt in See-, Frei- und Hallenbäder, Stadtführungen durch die Landeshauptstadt Eisenstadt, durch die Freistadt Rust, durch die Nachbarstädte Sopron, Kapúvár und Bratislava, weiters Nationalpark-Exkursionen, freier Zugang zu Museen und in ausgewählte Konzerte, Gratisfahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln bis hin zu Ermäßigungen bei ausgewählten Bonuspartnern. Die Karte ist gültig von Anfang April bis Ende Oktober. ■

Burgenland Tourismus
7000 Eisenstadt

<http://www.burgenland.info>



Foto: Südburgenland Tourismus

Das 500 km lange Radwegenetz bietet vergnügliches Rad- und Naturerleben.



Foto: Sonnenland Mittelburgenland

Rund um den 11. November: »Mariniloben« und »Tage der offenen Kellertüren«



Foto: Burgenland Tourismus / Popp & Hackner

Es gibt im Burgenland unzählige Möglichkeiten, Kraft zu tanken.